

70. Sitzung

Freitag, den 13. September 2002

Erfurt, Plenarsaal

Die Ergebnisse der Hartz-Kommission und erste Auswirkungen auf den Thüringer Arbeitsmarkt

5997

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2656 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Schuster einen Sofortbericht zu dem Antrag.

Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Hochwasserhilfe für Thüringer Kommunen

6010

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2689 -

Nach Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Köckert zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Maßnahmen des vorsorgenden Hochwasserschutzes

6017

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2677 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Staatssekretär Illert zu dem Antrag einen Sofortbericht.

Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Fortsetzung der Beratung zu dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt wird einstimmig angenommen.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Zur Situation von Frauen
in Thüringen**

6036

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/2697 -

dazu: Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/2702 -

*Ohne Begründung durch die Antragsteller erstattet Staatssekretärin
Dr. Meier einen Sofortbericht zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2697 -.*

*Auf Verlangen aller Fraktionen findet eine Aussprache zu dem Bericht
der Landesregierung mit einer Aussprache zu dem Entschließungsan-
trag - Drucksache 3/2702 - statt.*

*Die Erfüllung des Berichtersuchens wird gemäß § 106 Abs. 2 GO fest-
gestellt.*

*Eine beantragte Überweisung des Entschließungsantrags der Frak-
tion der PDS - Drucksache 3/2702 - an den Ausschuss für Soziales,
Familie und Gesundheit wird mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2702 -
wird mit Mehrheit abgelehnt.*

**"Zur Gesundheitsför-
derung in Thüringen"**

6054

**Beratung der Großen An-
frage der Fraktion der PDS
und Antwort der Landesre-
gierung - Drucksachen
3/2002/2405 - auf Antrag
der Fraktion der PDS**

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/2550 -

Beratung

**Gesamtkonzept der Landes-
regierung zur Förderung von
Jugendkulturprojekten
Beratung des Berichts der
Landesregierung - Drucksache
3/2537 - auf Verlangen
der Fraktion der CDU**

6070

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/2564 -

*Nach Beratung wird die von der Fraktion der PDS gemäß
§ 86 Abs. 2 Satz 3 GO beantragte Fortsetzung der Beratung
im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein-
stimmig angenommen.*

"Aktuelle Aspekte und Perspektiven der Familienpolitik in Thüringen"

6083

**Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung
- Drucksachen 3/2189/2669 -
auf Antrag der Fraktion der CDU**

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/2679 -

Nach Beratung wird über die von der Fraktion der PDS gemäß § 86 Abs. 2 Satz 3 GO beantragte Fortsetzung der Beratung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit nicht abgestimmt, da die gemäß Satz 4 erforderliche Zustimmung derer, die eine Beratung im Landtag verlangt haben, nicht erteilt wird.

Am Regierungstisch:

stellv. Ministerpräsident Trautvetter, die Minister Köckert, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	5997, 5999, 6001, 6004, 6007, 6009, 6010, 6013, 6014, 6015, 6016, 6067, 6068, 6070, 6072, 6076, 6077, 6080, 6081, 6082
Vizepräsidentin Ellenberger	6041, 6044, 6047, 6048, 6051, 6053, 6056, 6057, 6061
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	6017, 6022, 6024, 6025, 6026, 6027, 6030, 6031, 6032, 6033, 6034, 6035, 6062, 6065, 6066, 6067, 6088, 6091, 6095, 6097, 6098, 6100
Arenhövel (CDU)	6095
Bechthum (SPD)	6041, 6062, 6091
Becker (SPD)	6028
Bergemann (CDU)	6007
Dittes (PDS)	6033, 6091
Döring (SPD)	6076
Dr. Fischer (PDS)	6054, 6055, 6056, 6060
Gerstenberger (PDS)	5999
Groß (CDU)	6049
Dr. Klaubert (PDS)	6072, 6081
Dr. Klaus (SPD)	6032, 6035
Dr. Kraushaar (CDU)	6055, 6056
Krauße (CDU)	6025, 6026, 6027
Kummer (PDS)	6022, 6024, 6025, 6026, 6031, 6065
Dr. Müller (SPD)	6001
Nitzpon (PDS)	6051, 6061, 6082, 6083
Nothnagel (PDS)	6066, 6067, 6068, 6097
Panse (CDU)	6057, 6060, 6067, 6088, 6091
Schemmel (SPD)	6010, 6015, 6017
Schröter (CDU)	6016
Seela (CDU)	6024, 6076, 6077
Sojka (PDS)	6013
Sonntag (CDU)	6030, 6031
Tasch (CDU)	6044
Vopel (CDU)	6004, 6051
K. Wolf (PDS)	6026, 6035, 6047, 6049
Wunderlich (CDU)	6009
Illert, Staatssekretär	6017, 6034, 6035
Köckert, Innenminister	6010
Dr. Meier, Staatssekretärin	6036
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit	6068, 6098
Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	6070, 6080
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	5997

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, verehrte Gäste auf der Besuchertribüne. Ich darf unsere heutige 70. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 13. September 2002 eröffnen. Ganz besonders herzlich begrüße ich unsere mordwinischen Gäste auf der Besuchertribüne. Wir freuen uns sehr, dass sie da sind.

(Beifall im Hause)

Unter Leitung des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsversammlung der Republik Mordwinien Aleksander Sankin ist diese Delegation bei uns. Sie besucht die Erfurter Grünen Tage und wird einiges im Land mit uns, mit unseren Abgeordneten weiter wahrnehmen. Wir freuen uns über diese Beziehung.

Dann komme ich zu meinen Schriftführern. Es haben Platz genommen Frau Abgeordnete Dr. Wildauer und Herr Abgeordneter Heym. Frau Abgeordnete Dr. Wildauer wird die Rednerliste führen.

Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, Herr Minister Dr. Birkmann, Herr Minister Gnauck, Herr Minister Dr. Sklenar, Herr Abgeordneter Gentzel, Frau Abgeordnete Heß, Herr Abgeordneter Illing, Herr Abgeordneter Otto Kretschmer und Frau Abgeordnete Thierbach. Ist alles richtig oder ist jemand der Entschuldigten anwesend? Nein. Stimmt.

Dann darf ich noch einen Hinweis zur Tagesordnung geben, und zwar zu dem neu aufgenommenen Punkt auf Antrag der Fraktion der CDU "Zur Situation von Frauen in Thüringen" - Drucksache 3/2697 - wurde ein Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/2702 verteilt. Das ist also jetzt auch bekannt.

Dann komme ich zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 15**

Die Ergebnisse der Hartz-Kommission und erste Auswirkungen auf den Thüringer Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2656 -

Auf die Begründung wird verzichtet, da die Landesregierung den Sofortbericht angekündigt hat und dann bitte ich, ihn zu geben. Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das Bundeskabinett hat am 21. August die Umsetzung des Hartz-Konzepts beschlossen, noch bevor es seriös geprüft und ausgewertet wurde. Jetzt zeichnet sich ab, dass die Ankündigung einer schnellen Umsetzung wichtiger Schritte noch vor der Bundestagswahl voreilig erfolgte. Bundesarbeitsminister Riester musste einräumen, dass es für die Realisierung aller wesentlichen Vorschläge erst noch umfangreicher Gesetzesänderungen bedarf. Direkte Auswirkungen der Hartz-Vorschläge auf Thüringen sind bisher nicht erkennbar. Die Auswirkungen auf die Arbeitslosen lassen sich allerdings konkret beschreiben. Der Arbeitslose kommt in das Job-Center und unterzieht sich erst einem Profiling. Nach dem Assessment-Verfahren erfolgt dann sogleich eine Quick-Vermittlung. Führt das nicht zum Erfolg, so wird er der Personal-Service-Agentur zugewiesen, um seinen Job-Floater zu holen. Ist er allerdings schon über 55 Jahre alt, dann hilft das Bridge-System weiter und bei alledem stehen ihm die Profis der Nation zur Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn nun alle Arbeitslosen beim Arbeitsamt gewesen sind, dann ändert sich Folgendes: Die Zahl der Quick-Vermittlungen wird nicht wesentlich ansteigen, es wird die Zahl jener ansteigen, die über das Bridge-System in den Vorruhestand verabschiedet werden. Es wird eine große Zahl geben, die über die PSA zu Scheinbeschäftigten erklärt werden. Fazit: Die Statistik ist korrigiert, man könnte ja auch sagen manipuliert.

(Beifall bei der CDU)

Die Lasten sind weggedrückt auf die Alterssicherungssysteme. Die reale Situation der Arbeitslosen hat sich aber in keiner Weise geändert.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, die Veränderungen finden auf der begrifflichen Ebene statt, sie finden auf der organisatorischen Ebene statt, aber in der realen Welt, in der Wirtschaft ändert sich gar nichts und für die Arbeitslosen erst recht nichts.

Meine Damen und Herren, es wäre falsch, die Vorschläge der Hartz-Kommission in Bausch und Bogen abzulehnen. Es gibt durchaus einige richtige Ansätze, die aber im Laufe der Kommissionstätigkeit an fachlicher Substanz verloren haben. Zudem greifen auch Themen, denen die Bundesregierung noch vor kurzem ablehnend gegenüberstand, aber sie sind sehr abgeschwächt. Was meine ich damit? Die Einrichtung von Job-Centern und die Verbesserung und Intensivierung der Vermittlung ist zu begrüßen, denn die Betreuung aller erwerbsfähigen Arbeitslosen vor

Ort aus einer Hand ist Voraussetzung für einen Erfolg versprechende Beratung und Vermittlung.

Auch die vorgesehene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist grundsätzlich sinnvoll. Dies gilt ebenso für die Beweislastumkehr beim Nachweis der Unzumutbarkeit der Annahme von Stellenangeboten und die frühzeitige Meldepflicht für Arbeitnehmer bereits bei Kündigung. Kernpunkt des Konzepts sind aber die Personal-Service-Agenturen, PSA genannt. Jedem Arbeitsamt soll entweder eine eigene Organisationshoheit oder ein privates regionales Zeitarbeitsunternehmen zugeordnet werden. Bei diesen sollen die erwerbsfähigen Arbeitslosen angestellt und dann an Unternehmen verliehen werden. Durch den flächendeckenden Ausbau von PSA bis Ende 2005 sollen sich die Arbeitslosenzahlen statistisch um 780.000 verringern; das ist ein fauler Trick zur Beschönigung der Arbeitslosenstatistik. Eine solche Form der Erleichterung von Zeitarbeit ist nicht der richtige Weg. Es ändert sich nichts, wenn man die Arbeitslosen in Beschäftigte der PSA umwandelt. Der Staat würde zu einem gigantischen ScheinArbeitgeber, welcher der Wirtschaft Arbeitskräfte verleiht, ihr aber gleichzeitig Konkurrenz macht, meine Damen und Herren.

(Beifall Abg. Vopel, CDU)

Zusätzliche Arbeitsplätze werden dadurch nicht geschaffen und dies ist jedenfalls in den neuen Ländern das entscheidende Kriterium.

(Beifall bei der CDU)

Dass mit den PSA ein erheblicher zusätzlicher bürokratischer Aufwand verbunden ist, sollte noch erwähnt werden. Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung warnt deshalb vor dieser Einrichtung. Die PSA sei mit großen Kostenrisiken für den Staat verbunden, außerdem drohe ein Missbrauch. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse werden durch Zeitarbeit verdrängt.

Ich komme nun zu der Ich- oder Familien-AG: Die Hartz-Kommission schlägt vor, dass sich Arbeitslose als Ich-AG selbständig machen sollen. Die betreffenden Arbeitslosen zahlen bis zu einem Jahreseinkommen von 25.000 € nur 10 Prozent Pauschalsteuer und erhalten daneben noch einen Teil ihres Arbeitslosengeldes. Es handelt sich dabei also um eine steuersubventionierte Einrichtung von Kleingewerbebetrieben. Thüringen unterstützt seit jeher die Förderung von Existenzgründungen und Selbständigkeit, aber gerade in Thüringen, dessen Wirtschaft überwiegend klein- und mittelständisch geprägt ist, würden diese Ich-AGs eine subventionierte Konkurrenz zu bestehenden Kleinunternehmen bilden, die reguläre Steuern zahlen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ansichts der derzeit schlechten Konjunkturlage würden sie damit nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern gleichzeitig andere vernichten. Ich bleibe deshalb bei der For-

derung an die Bundesregierung, das Scheinselbständigkeitsgesetz abzuschaffen, damit wäre Selbständigen und Existenzgründern mehr geholfen

(Beifall bei der CDU)

als mit komplizierten Ich- und Familien-AGs, meine Damen und Herren.

Und nun zum Job-Floater-Konzept: Ursprünglich sollte der Job-Floater ein Volumen von 150 Mrd. € haben und dem "Aufbau Ost" zugute kommen. Nach erheblicher Kritik, wohl auch des Bundesfinanzministers, ist nun nur noch von 20 Mrd. € die Rede. Von einer vorrangigen Unterstützung der ostdeutschen Wirtschaft kann keine Rede sein. Der Job-Floater ist lediglich ein zusätzliches Subventionsprogramm, das weder zu einer realen Verbesserung der Standardbedingungen noch zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen beiträgt. Das Hauptproblem unserer Wirtschaft ist derzeit der Auftragsmangel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der Förderung werden die Unternehmen auch zukünftig nur dann Einstellungen vornehmen, wenn die Auftragslage dies betriebswirtschaftlich hergibt. Mit dem Job-Floater-Konzept würde ein zusätzlicher Schattenhaushalt geschaffen. Die Umsetzung dürfte zusätzlich komplizierte Regelungen erfordern, schon um den Missbrauch der Subventionen in Grenzen zu halten. Ungeklärt ist die Vereinbarkeit des Konzepts mit dem EU-Beihilferecht und den Maastrichtkriterien. Enttäuschend sind die Ausführungen im Hartz-Konzept zu den strukturellen und organisatorischen Änderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Dieser Punkt sollte ursprünglich "Konzentration der BA auf die Kernaufgaben" heißen. Dies klang viel versprechend, wird im Abschlussbericht allerdings nicht umgesetzt. Eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands ist nicht erkennbar. Sachfremde Verwaltungsaufgaben, wie die Familienkassen und die Bekämpfung illegaler Beschäftigung, verbleiben weiterhin in der BA. Die geforderte umfassende strukturelle Reform bleibt damit aus.

Von wesentlicher Bedeutung für die Thüringer Arbeitsmarktpolitik ist der Vorschlag, die Landesarbeitsämter aus der bestehenden hierarchischen Struktur der Arbeitsverwaltung herauszunehmen und zu Kompetenzzentren für die Förderung der Beschäftigung zu machen. Dieser Vorschlag ist äußerst kritisch zu bewerten. Die Landesarbeitsämter werden und sind ein wichtiger Ansprechpartner für die Koordinierung und Abstimmung der Landes- mit der Bundesarbeitsmarktpolitik. Über sie erfolgt eine geordnete Steuerung der einzelnen Arbeitsämter. Ich bin der Meinung, dass die Landesarbeitsämter erhalten bleiben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ein regionaler Neuzuschnitt der Landesarbeitsämter wird von allen neuen Ländern entschieden abgelehnt. Doch das entsprechende Positionspapier der neuen Länder, das der Kommission Anfang Juni übergeben wurde, blieb unbeachtet. Die Mitarbeit in der Kommission wurde den neuen Ländern verwehrt.

Nun zu den Finanzierungsfragen: Die versprochenen zusätzlichen Gegenfinanzierungsvorschläge zur Deckung immenser Kosten fehlen. Der zweckgebundene Job-Floater und ein Ausbildungszeitwertpapier reichen dafür bei weitem nicht aus. Die erträumten Einsparungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe in Höhe von 19,6 Mrd. € wird es nicht geben, weil eine Senkung der Arbeitslosenzahl um 2 Millionen völlig unrealistisch ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nicht in Abrede stellen, dass es dringend notwendiger Reformen bei der Arbeitsvermittlung und in der Organisation der Bundesanstalt für Arbeit bedarf. Es ist aber nicht die grundlegende Frage. Vielmehr bedarf es bei Reformen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene und in Deutschland eines beschäftigungsintensiven Wachstums. Dies muss erreicht werden, um nicht mehr Schlusslicht in Europa zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Hartz-Kommission löst diese Probleme nicht. Sie erwähnt sie noch nicht einmal.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Richtig!)

Die arbeitsmarkt- und insbesondere beschäftigungspolitische Wirkung gerade in den neuen Ländern wird völlig überschätzt. Viele Fachleute sehen dies zwischenzeitlich realistisch und äußern ihre Skepsis auch öffentlich. Ich verweise hier nochmals auf Klaus von Dohnany (SPD), der kürzlich Folgendes festgestellt hat, ich zitiere: "Wirkliche Lösungen liegen außerhalb der von der Kommission betrachteten Fragestellungen, nämlich in den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen." Beispielhaft nennt er eine Verringerung der Lohnnebenkosten, mehr Raum für Niedriglohnarbeit und eine stärkere steuerliche Entlastung des Mittelstands. Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das war der Bericht des Ministers der Landesregierung. Wird Aussprache gewünscht? Ja, die SPD-Fraktion beantragt die Aussprache. Dann kommen wir zur Aussprache und es hat als Erster das Wort der Abgeordnete Gerstenberger, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nachdem Herr Bergemann gestern bestätigt hat,

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Bestätigt hat hier niemand.)

dass wir heute die Hartz-Diskussion in der Variante Wahlkampf bestreiten, sind, denke ich, die Erwartungshaltungen weitestgehend durch den Minister erfüllt worden. Herr Minister, ich finde nur den Einstieg etwas zweifelhaft, das Problem ins Lächerliche zu ziehen in Anbetracht dessen, dass wir 400.000 fehlende Arbeitsplätze in Thüringen haben

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Das ist lächerlich!)

und dass es sich um 200.000 registrierte Arbeitslose handelt, halte ich für reichlich makaber und dem Gegenstand völlig unangemessen. Eine Landesregierung, Herr Minister Schuster, die bestätigt, dass die Landespolitiken in Ostdeutschland einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Erwerbstätigenzahl leisten, muss sich an dieser Aussage messen lassen und Ihre eigene Verantwortung in diesem Prozess ist hier sehr, sehr kurz gekommen. Wer im Glashaus sitzt, sollte vorsichtig sein und sollte sich überlegen, ob er mit Steinen schmeißt.

Ich will Ihnen deshalb noch vier Zahlen nennen: Die Langzeitarbeitslosigkeit, Herr Schuster, hat sich in Thüringen unter Ihrer Verantwortung massiv in Richtung 70.000 bewegt, eine Erhöhung um nahezu 20.000 im Laufe der letzten Jahre. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - ich sagte Ihnen die Zahl bereits gestern - hat sich seit 1998 bis heute um 60.000 verringert und, Herr Schuster, um auf die Erwerbstätigen zu kommen, auch die Erwerbstätigenzahl hat sich von 1999 bis heute in Thüringen um reichlich 50.000 verringert und die Arbeitslosigkeit als registrierte Arbeitslosigkeit bewegt sich auf unverändert hohem Niveau. Ob man da nun Volkswirtschaft studiert hat oder nicht, es dürfte klar sein, dass an dieser Stelle die Probleme so nachhaltig sind, dass in keiner Art und Weise von einer erfolgreichen Landespolitik, sondern vielmehr und viel deutlicher, wenn man ehrlich ist, von einer völlig gescheiterten Landespolitik zu reden ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, seit dem 16. August liegt ein Abschlussbericht der Kommission auf dem Tisch. Die Bundesregierung hat sich in der Kabinettsitzung am 4. September mit der Umsetzung ihrer Vorschläge beschäftigt. Klar ist jetzt, dass Gesetzesänderungen erst in der nächsten Legislaturperiode eingebracht werden und dass es eine gan-

ze Reihe von Gesetzen geben wird, die zu ändern sind. Das ist für jeden, der die Kommissionsvorschläge gelesen hat, völlig klar. Es gibt allerdings einige Ausnahmen und die sehen wir auch von unserer Seite sehr kritisch. Wir haben erfahren, dass 50 PSA, diese so genannten Personal-Service-Agenturen, die ja das Herzstück der Vorschläge darstellen, bis zum Jahresende installiert sein sollen. Leider wurde allerdings ein Element der Kommissionsvorschläge für die Umsetzung im flotten Galopp ausgewählt, was weder parlamentarisch noch gesellschaftlich ausreichend diskutiert wurde. Wenn die Presseinformationen vom Dienstag stimmen, muss sich sogar der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt darüber beschweren, dass die bereits eingerichteten zwei PSA's mit ihm als Vorstand noch nicht mal abgesprochen sind.

Fragwürdig ist das Konzept in der von der Kommission veröffentlichten Form für uns deshalb, weil staatlich subventioniertes Lohndumping und ein Druck auf Arbeitslose, die unter den Bedingungen arbeiten müssen, nicht ausgeschlossen sind. Auch dem Missbrauch der Instrumente durch Unternehmen ist Tür und Tor geöffnet. Gerade deshalb hätten wir uns genau an dieser Stelle eine breitere Debatte im Vorfeld gewünscht. Wozu also diese überholte und schnelle Einführung? Leider lässt sich das auch für uns nur mit dem Begriff "Wahlkampf" begründen.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Leider!)

Für uns ist das allerdings kein ausreichender Grund. Wir sagen es deutlich: die Neustrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit war überfällig. Sie hätte unter der Kohl-Regierung längst eingeleitet sein müssen. Die, die 16 Jahre Zeit für die Neustrukturierung hatten, sind heute die ersten Mahner. Das erscheint auch mehr als zweifelhaft, aber Politik vergisst sehr schnell.

(Beifall bei der PDS)

Noch einmal, meine Damen und Herren, wir halten es - und das ist auch ein Ansatz des Papiers - für einen falschen Ansatz, dass Arbeitslosigkeit als ein Individual- und Vermittlungsproblem abzutun ist. Es ist für den Arbeitsmarkt Ost bei fehlenden Arbeitsplätzen nicht das Problem der Vermittlung, sondern es ist ein Beschäftigungsproblem. Ich finde es sehr gut, dass das Hartz-Papier dafür gesorgt hat, dass diese Einsicht jetzt auch bei der Landesregierung auftaucht und auch von der Landesregierung vertreten wird. Jetzt brauchen wir nur noch die Vorschläge der Landesregierung, wie wir diesem Problem beikommen. Allerdings ist heute außer "das geht nicht" und "das haben wir schon immer gesagt" nichts Neues gekommen. Das ist für aktives Regierungshandeln viel zu wenig.

(Beifall bei der PDS)

Herr Minister, es fehlen Punkte in dem Papier, die von Ihrer Seite hätten angesprochen werden müssen, die ich mir auch gewünscht hätte. Von unserer Seite sehen wir,

dass das Verschlechterungsverbot und ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat zu wenig im Papier enthalten ist. In der Formulierung einiger Punkte gibt es eindeutige Anzeichen, dass man sich vom Sozialstaat verabschieden will. Uns fehlt weiter die Meldepflicht von offenen Arbeitsplätzen durch die Unternehmer, denn, wer behauptet, Herr Kretschmer, 1,5 Mio. Arbeitsplätze wären in den Unternehmen vorhanden, der sollte das bitte nicht geheim halten, sondern sollte diese Arbeitsplätze benennen, so dass Instrumente aufgebaut werden können, um 1,5 Mio. Menschen in 1,5 Mio. offene Arbeitsplätze zu vermitteln. Wenn es tatsächlich das Problem der Westunternehmen ist, dass diese Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, dann wäre es die Pflicht, diese Arbeitsplätze zu benennen. Dieser Pflicht hätte man ohne Probleme nachkommen können. Leider ist dazu die Weigerungshaltung von Ihnen deutlich erkennbar und offensichtlich auch von den Unternehmen so ausgeprägt gewesen, dass man diese plakative Aussage gerne weiter in der Öffentlichkeit hält und ihre Nachprüfbarkeit unter allen Umständen und allen Bedingungen offensichtlich verhindern will.

Bei anderen Ansätzen ist zu befürchten, meine Damen und Herren, dass sie sich direkt kontraproduktiv in Ostdeutschland auswirken. Deshalb unsere gestrige Forderung, sich für die Umsetzung der ostdeutschen Interessen in der Hartz-Kommission stark zu machen. Das hat die CDU-Fraktion, die hier in der Mitte des Hauses die Mehrheit stellt, gestern abgelehnt. Es ist interessant - das sollte man auch den Bürgern sehr deutlich sagen, da wir uns in einer Wahlkampfveranstaltung befinden - wie die Haltung in diesem Haus zu diesem Problem ist. Allerdings, meine Damen und Herren, den Ansatz, Arbeitslose bei Personal-Service-Agenturen für sechs Monate zum Arbeitslosengeld und ohne grundlegende Arbeitnehmerrechte zu beschäftigen, lehnen wir nachhaltig und ganz massiv ab. Das widerspricht dem Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und ist letztendlich staatlich sanktioniertes Lohndumping, was zu einem ungeheuren Missbrauch führen kann und führen wird. Die Auswirkungen dieses Vorschlags bezahlen die Arbeitslosen bzw. die noch in Beschäftigung Befindlichen.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt hinweisen, den ich für nicht umsetzbar in den neuen Bundesländern und damit auch in Thüringen halte. Ich spreche vom Ausbildungszeitwertpapier zur Finanzierung von garantierten Ausbildungsstellen. Die Einkommenssituation Ost und insbesondere Thüringen - im Hochtechnologieland Thüringen mit dem niedrigsten und schlechtesten Bruttolohnschnitt aller Bundesländer - lässt einer solchen Umsetzung einer solchen Regelung meiner Meinung nach überhaupt keinen Gestaltungsspielraum. Diese Umsetzung halten wir für unmöglich. Mit ihr würden nur besser Verdienende eine tatsächlich garantierte Ausbildungsstelle zur Verfügung stellen können bzw. erkaufen können. Bildung und Ausbildung darf aber nach Ansicht der PDS keine Frage der Einkommensverhältnisse der Bürger sein. Zu dieser Feststellung, meine Damen und Herren, gibt es tatsächlich keinerlei Alternative. Das sollte und das muss Kon-

sens in diesem Haus bleiben.

Aber, meine Damen und Herren, richtig ist und bleibt, das Hartz-Papier hat die Diskussion um öffentlich geförderte Beschäftigung wieder aufgegriffen. Das ist gut so. Das wird ausdrücklich von PDS-Seite befürwortet. Hier sind wir einer Meinung, dass dazu dringende Notwendigkeit und dass dazu dringender Handlungsbedarf besteht, der seit Jahren von PDS-Seite betont wurde und der auch seit Jahren von PDS-Seite eingefordert wurde.

Meine Damen und Herren, nicht umsonst ist diese Position in den Minderheitenvoten von meiner Seite in der Enquete-kommission noch einmal eindeutig herausgestellt worden. Nicht umsonst war es deshalb Gegenstand unseres Antrags zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen", hier im Zusammenhang mit diesem Antrag sachlich und vernünftig zu diskutieren. Eben deshalb ist es von Ihrer Seite verhindert worden, weil Sie dieser Diskussion aus dem Weg gehen möchten und weil Sie diese Diskussion in keiner Art und Weise hier in Thüringen befördern wollen.

(Beifall bei der PDS)

Insofern ist es tatsächlich dieses Verdienst, was es wert macht, über den Bericht weiterzudiskutieren. Das heißt nicht, dass wir Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung ablehnen. Natürlich ist Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung notwendig, aber, meine Damen und Herren, eingangs die Zahlen sprechen dafür deutliche Bände, wenn es der privaten Wirtschaft nicht möglich ist, das Beschäftigungsproblem zu lösen, dann ist der Staat gefordert, dann bleibt der Staat gefordert, wenn er denn Sozialstaat heißen will, sich diesem Problem zuzuwenden und entsprechende Lösungsansätze zu fertigen und anzubieten, die es erlauben, über 400.000 Menschen, Bürgerinnen und Bürgern von Thüringen, die einen Arbeitsplatz suchen und die einen Arbeitsplatz brauchen, ein Arbeitsverhältnis anzubieten, wo sie durch eigener Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Meine Damen und Herren, das ist keine neue Forderung und keine Erkenntnis der Hartz-Kommission, das hat die PDS-Fraktion - und da können Sie gern nachlesen - in der 1. Legislaturperiode und in der 2. Legislaturperiode hier von diesem Pult mehrfach betont.

(Beifall bei der PDS)

Wenn die CDU-Fraktion - und die CDU ist seit dieser 1. Legislaturperiode stur und standhaft - bei ihrer Aussage bleibt, Wirtschaftsförderung wäre das allein Seligmachende,

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Erst einmal selber besser machen.)

dann sieht man deutlich, welch gestrige und zurückgebliebene Position zur Veränderung hier eingenommen wird. Verhinderungspolitik allein, Herr Minister Schuster, wird das Problem nicht lösen. Deshalb besteht die PDS nach wie vor auf der Forderung, öffentlich geförderte Beschäftigung im verstärkten Maße einzuführen, entsprechende Modelle zu entwickeln.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Deshalb werdet ihr auch nicht gewählt.)

Meine Damen und Herren, deshalb hat die PDS auch Vorschläge in einem beschäftigungspolitischen Programm zur Schaffung von 1,3 Mio. Arbeitsplätzen vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Das Konzept der Hartz-Kommission allerdings ist unserer Auffassung nach nicht geeignet, Massenarbeitslosigkeit nachhaltig und spürbar abzubauen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Als Nächster hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Müller, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nach dem Motto, wie sagen wir das in dem Boxing: "Are you ready to ramble",

(Unruhe bei der CDU)

machen wir heute etwas Wahlkampf. Mal sehen, wer, was davon hat an diesem Freitag, dem 13. Wie sich bereits gestern herausgestellt hat, kann auch die PDS mit einigen der Hartz-Vorschläge umgehen, mit einigen nicht, gleichfalls die CDU. Das Problem ist nur, wenn wir die Punkte herausnehmen würden, die entweder der PDS oder der CDU nicht passen, dann gefiele uns das, was dann bliebe, nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Es riecht nach Kompromiss.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Das gefällt euch wohl nicht. Ich habe es gewusst.)

Wie die Lage bei einem zustimmungspflichtigen Gesetz nun einmal ist, müssen wir uns auf dieser Ebene mit der Union einigen, ob es uns gefällt oder nicht. Das Berichtsersuchen der CDU-Fraktion zielt auf Ergebnisse der Hartz-Kommission und erste Aufwirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dazu kann eigentlich gar nicht berichtet werden. Deshalb hat der Thüringer Arbeitsminister das getan, was ohnehin zu erwarten war, er hat die Hartz-Vorschläge pflichtgemäß anlässlich des anstehenden Bundeswahlta-

ges zerredet.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Wer hat denn gesagt, um 11.00 Uhr geht's
los, das wart doch ihr.)

Eigene adäquate Vorschläge der Landesregierung habe ich Ihrem Bericht, Herr Minister Schuster, nicht entnehmen können. Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation mit ca. 4 Mio. Arbeitslosen in Deutschland kann gewiss nicht befriedigen. Es ist sicher für einige im Saal auch müßig, an dieser Stelle auch für Sie, Herr Kretschmer, Vergleiche zu 1998 zu ziehen. Aber es muss hier gestattet sein, noch einmal deutlich auf den Umstand hinzuweisen, dass 1998 die Arbeitslosenzahlen mit 300.000 Wahlkampf-ABM geschönt waren und immerhin in diesem Jahr 1,1 Mio. mehr Beschäftigte auf dem ersten Arbeitsmarkt bundesweit zu verzeichnen sind als 1998.

(Beifall bei der SPD)

Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass dieser bundesweite Trend für Thüringen gerade nicht zutrifft - Herr Gerstenberger hat auch schon zweimal darauf hingewiesen -, die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt in Thüringen stagnieren und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geht stetig zurück. Die besseren Arbeitslosenzahlen in Thüringen im Vergleich zu den anderen neuen Ländern sind allein dem Umstand zu verdanken, dass Thüringen erheblich mehr Pendler in die alten Länder zu verzeichnen hat als die anderen neuen Länder.

(Heiterkeit bei der CDU)

Hier muss sich diese Landesregierung an die eigene Nase fassen.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Wo
gibt es keine Pendler?)

Wir haben 60.000 bis 70.000 Auspendler. Sie brauchen sich nur einmal umzusehen, welche Konsequenzen das in den Grenzregionen von Bayern schon hat. Ich habe hinten die Grafiken dabei, wie sich das in Hof schon auswirkt, weil nämlich folgender Effekt passiert: Die Leute gehen nach Bayern, bekommen dort quasi ein etwas höheres Gehalt als hier im Osten und drücken damit die Löhne

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Erst einmal
zuhören.)

in Franken.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Was ist denn
los, Ihr werdet wohl nervös?)

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir haben in diesem Zusammenhang mehrfach öffentlich und mit unseren Anträgen hier im Plenum darauf hingewiesen, dass die Kahlschlagpolitik der Landesregierung den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt - die Situation der Arbeitslosen in Thüringen betreffend - noch verschärft.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Struktur der Arbeitslosenzahlen in Deutschland: Es ist hinlänglich bekannt, dass die Arbeitslosenzahlen in den neuen Ländern etwa doppelt so hoch sind wie in den alten Ländern, und dass sie ohne den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt etwa dreimal so hoch wären. Interessant ist es auch, die innere Struktur der arbeitslosen Mitbürger zu beleuchten. Beträgt die Arbeitslosigkeit unter den Hoch- und Fachschulabsolventen im Westen 2 Prozent und im Osten 4 Prozent, so liegt sie bei den übrigen Abschlüssen im Westen bei 5 Prozent, im Osten bei 15 Prozent. Bei den Nichtqualifizierten liegt die Arbeitslosigkeit West bei 25 Prozent und Ost bei 50 Prozent. Wir haben es nicht nur mit einem Arbeitsplatzdefizit Ost/West in Deutschland, sondern auch mit einer Spaltung nach der Qualifikation zu tun. Da gerade letzter Aspekt künftig der dominierende sein wird, hat die Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres das Job-Aktiv-Gesetz auf den Weg gebracht, das mittelfristig gerade den Qualifizierungsstau unter den Arbeitslosen bekämpfen soll und wird. Im Gleichklang damit muss natürlich ebenfalls der erste Bildungsweg, also die Schulbildung, verbessert werden. Acht Monate Erfahrung mit dem Job-Aktiv-Gesetz sind eindeutig zu wenig.

Nun zur Hartz-Kommission: Parallel zur Einführung des Job-Aktiv-Gesetzes flatterte dem Bundesministerium für Arbeit bekanntlich der später öffentlich gewordene Prüfbericht des Bundesrechnungshofs zur Darstellung der Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit auf den Tisch. Offensichtlich hat hier eine große Behörde ihr Unvermögen zur Reduzierung der Arbeitslosenzahlen damit kaschiert, über Statistiken dennoch ihre Existenzberechtigung in der vorliegenden Struktur zu begründen. Da aber offenbar merkliche Veränderungen aus der Behörde heraus nicht abzusehen waren, wurde die Kommission unter der Leitung von Peter Hartz eingesetzt. Sie hatte den eigentlichen Auftrag, Reformvorschläge für den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu entwickeln und vorzulegen. Als die Kommission am 16.08.2002 ihre Vorschläge, die so genannten 13 Module, vorgelegt hat, war klar geworden, dass sie vor allem auch aufgrund der begleitenden öffentlichen Diskussion über ihren ursprünglichen Auftrag weit hinausgegangen war. Allerdings konnte sie natürlich auch nicht alle anstehenden Fragen der Wirtschaft und Beschäftigungssituation in Deutschland angehen oder gar erledigen. Die Kommission hatte nicht den Auftrag, Vorschläge für die wirtschaftliche Angleichung des Ostens an den Westen vorzulegen und schon gar nicht die aktuellen Konjunkturfragen der deutschen Wirtschaft zu lösen. Das könnte im Übrigen eine solche staatliche Kommission im Rahmen der Marktwirtschaft vom Ansatz gar nicht leisten.

Wie geht man nun mit den Hartz-Vorschlägen um? Da wir gerade im Wahlkampf sind, steht momentan die SPD im Verbund mit den Grünen allein da, diese Vorschläge anzunehmen und in politisches Handeln umzusetzen. Dies erfolgt zurzeit auf der Strecke der untergesetzlichen Regelung. Natürlich sind hier die Möglichkeiten aufgrund der vielfältigen notwendigen Gesetzesänderungen sehr begrenzt. CDU, FPD und auch PDS werden diese Vorschläge zunächst zerreden, um für ihr Klientel kurzzeitig politisches Kapital zu schlagen. Bei der PDS geschieht das weniger hier im Hause, aber massiv außerhalb, z.B. durch Frau Zimmer, die ja eigentlich hier in unser Haus gehört.

(Unruhe bei der CDU)

Aber der 22.09.2002 ist ja in 10 Tagen Geschichte. Es bleibt zu hoffen, dass dann wieder Sachlichkeit einzieht und vornehmlich die CDU-Seite sich darauf besinnt, dass viele der Hartz-Vorschläge gar nicht so neu sind und sich in den eigenen politischen Forderungen wiederfinden. Da die anstehenden Gesetzesänderungen zustimmungspflichtig im Bundesrat sind, werden sich die beiden großen Parteien über kurz oder lang ins Einvernehmen setzen müssen. Hauptthema in Deutschland ist nicht Wahlkampf, sondern Auflösung des Reformstaus.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Wo ist denn Frau Heß, Herr Müller?)

Geht es Ihnen nicht gut? Oder?

Was die PDS betrifft, so sind mir ihre Verflechtungen zu den Arbeitsloseninitiativen gerade im Osten wohl bekannt. Es ist für eine Partei immer problematisch, wenn es um Reformschritte geht, die Besitzstände verändern können, wenn dabei ein erheblicher Teil der eigenen Parteimitglieder betroffen ist. Da wird man quasi basisgebremst. Einige der Arbeitslosenfunktionäre müssen sich fragen lassen, ob sie ihr Klientel sachgerecht und kompetent vertreten. Ich rede damit nicht gegen die Situation der Arbeitslosen in Thüringen an sich. Wie uns bekannt ist und wie wir aus der Veranstaltung der SPD-Fraktion am vergangenen Freitag auch statistisch untermauert erfahren haben, ist die Bereitschaft, eine Beschäftigung aufzunehmen, unter den Arbeitslosen im Osten deutlich höher als im Westen. Allein es fehlen bekanntlich die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Schmarotzerdiskussion gehört nicht in die Arbeitsmarktsphäre im Osten, entsprechend werden die Sanktionen und Leistungseinschränkungen unsere Arbeitslosen auch kaum treffen. Das heißt, dass die Panikmache seitens der PDS gerade in diesem Punkt bei uns völlig unangebracht ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht braucht das die PDS zurzeit zum politischen Überlebenskampf auf Bundesebene.

Meine Damen und Herren, dass wir in Deutschland ca. 1,5 Mio. offene Stellen haben, ist doch kein Phantom von Peter Hartz. Diese Zahlen finden sich doch in den monatlich vorliegenden Statistiken wieder. In der Bundesstatistik werden im Jahresdurchschnitt 500.000 offene Stellen angezeigt mit dem Vermerk, dass dies etwa ein Drittel der gemeldeten Stellen sind.

Ich finde an dieser Stelle auch, dass bei den folgenden gesetzlichen Regelungen eine Art Meldepflicht für die offenen Stellen eingeführt werden sollte. Allein mit den freiwilligen Stellschrauben wie Bonussystem, steuerlichen Vorteilen oder Förderdarlehen wird es wohl nicht gehen. Dass der Betrag von 25.000 € für die Ich-AG im Osten sehr hoch liegt, sehe ich zunächst nicht als Nachteil an. Bekanntlich greifen ja in den drei Jahren, in denen die Ich-AG probeweise eingeführt werden soll, die sozialen Sicherungssysteme bei den Betroffenen noch. Damit wäre doch gerade im Osten noch mehr Risiko für diesen Gang in die Selbstständigkeit entschärft, was unserer schwierigen Wirtschaftslage entgegenkommt.

Wie der Status der Landesarbeitsämter oder neu der Kompetenzzentren aussieht, hängt ebenfalls von der Reform der gesamten Bundesanstalt für Arbeit ab. Wir als SPD-Fraktion sind z.B. schon lange der Meinung, dass wir in Thüringen mit sieben zu viele Arbeitsamtsdirektionen haben und diese auf vier, nämlich die Anzahl unserer Planungsregionen, zu reduzieren und mit den Landesstrukturen der GfAW zu verzahnen sind. Im Übrigen sieht Hartz die Bildung von Job-Centern als unterste Ebene der Arbeitsverwaltung vor, die gerade auf regionaler Ebene agieren sollen und von einem Geschäftsführer und einem regionalen Beirat geführt werden. Dieser Beirat soll die regionalen Akteure umfassen, was gestern Abend sowohl von der CDU-Fraktion als auch von der Landesregierung in Abrede gestellt wurde.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Na sicher, Sie können doch die Verantwortung nicht ändern.)

Nicht nur die Regionalbeiräte, auch die Kammern fordern mehr Beteiligung.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Des Weiteren soll auch das Ausbildungszeitwertpapier regional wirken. Es geht hier nicht um die Privatisierung der Berufsausbildung, sondern um die Bildung zusätzlicher regionaler Initiativen, die den regional auftretenden Mangel in gewissen Berufsgruppen fördern sollen, in denen der Fachkräftemangel akut ist oder wird. Dies kommt gerade den kleinen und mittleren Unternehmen zugute, die eben keine eigenen Ausbildungsplätze finanzieren und/oder betreuen können.

Wie wir wissen, haben wir in den neuen Bundesländern ein strukturelles Arbeitslosenproblem. Der Arbeitsplatz-

mangel ist so groß, dass er mit den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik im herkömmlichen Sinn nicht beseitigt werden kann. Es müssen also neue Ideen her. Eines der Hauptprobleme unserer ostdeutschen Wirtschaft ist eben doch die mangelnde Eigenkapitaldecke der Unternehmen, wie es uns von den Kammern immer wieder bestätigt wird. Gerade jetzt laufen bei vielen Unternehmen die tilgungsfreien Jahre für die Eigenkapitalhilfedarlehen aus. Aufgrund der zu Beginn der 90er-Jahre hohen Zinsen erfolgen in der Regel Umschuldungen in Hausbankdarlehen. Da damit die Bundesbürgschaften entfallen, werten die Banken diese nicht mehr als Eigenkapital ersetzend. Es müsste also eine neue EKH-Initiative her, da sich unsere Unternehmen noch lange nicht stabilisiert haben und es ohnehin noch schwerer haben als Unternehmen im Westen oder Süden der Bundesrepublik, gerade in der derzeitigen konjunkturellen Situation.

Man kann aber auch eine andere Idee haben als diese EKH-Darlehen zur Stärkung der Investitionskraft, nämlich den Job-Floater als Stärkung der Beschäftigung von Menschen. Stellt ein Unternehmen nach Ablauf der Probezeit einen Arbeitslosen ein, so kann es einen Job-Floater von 100.000 € in Anspruch nehmen, 50.000 € Förderkredit und 50.000 € Nachrangdarlehen. Der KfW-Förderkredit ist wieder Eigenkapital ersetzend, so dass damit die Finanzkraft des Unternehmens mittelfristig gestärkt wird.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Sie müssen vorher Bonität nachweisen. Ach du lieber Gott.)

Die eingestellte Arbeitskraft muss dann im Förderzeitraum eine solche Produktivität entwickeln, dass der Job-Floater damit erwirtschaftet wird.

Ich halte diese Art der Beschäftigungsförderung für eine weit bessere Idee als die bisherige Förderung nach den Prinzipien "Gießkanne" oder "an der Quelle saß der Knabe"; ich sage hier nur "Saßbäder", da werden wir uns sicher künftig auch noch einmal darüber unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist eine neue Idee, um gerade den Unternehmen im Osten neue Impulse zu verleihen.

Wenn es gelingt, zur Finanzierung dieses Vorhabens jährlich 10 Mio. € über einen KfW-Fonds zu akquirieren - einen solchen Betrag halte ich nun wirklich für realistisch -, so können mit weiteren 10 Mio. € zinsgünstigen Nachrangdarlehen jährlich 200.000 neue Arbeitsplätze allein durch den Job-Floater geschaffen werden. Mit den 1,5 Mio. freien Arbeitsplätzen ist die Reduzierung um 2 Mio. Arbeitslose nicht unrealistisch. Dazu kommt die Tatsache, dass gerade in den neuen Ländern viele über 55-Jährige, die nun seit über 10 Jahren arbeitslos sind oder von einer ABM zur anderen springen, gar nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt einsteigen wollen. Das Deutsche Insti-

tut der Wirtschaft Köln gibt hier bundesweit eine Zahl von 870.000 Personen an. Für die älteren Arbeitslosen bedarf es allerdings einer Regelung, die materielle Sicherheit im Alter schafft und Altersarmut verhindert, wie sie durch das Bridge-System der Hartz-Kommission vorgeschlagen wird. Natürlich muss auch über den endgültigen Status der Personal-Service-Agenturen zwischen den Tarifpartnern und der Politik noch geredet werden. Dies steht ja noch gar nicht fest. Die Personal-Service-Agenturen bieten eine Chance, den privatwirtschaftlichen Anforderungen besser als bisher zu entsprechen und Menschen für Arbeit und nicht für Arbeitslosigkeit zu bezahlen, aber, und darauf legt die SPD größten Wert, tarifvertraglich abgesichert und eben nicht dem Lohndumping überlassen. Es schafft die von der Wirtschaft immer wieder geforderte Flexibilität, ohne den wichtigen Arbeitnehmerschutz, nämlich Tarifverträge, zu opfern. Kein Betrieb kann sich dann auf den wirtschaftlichen Zwang zu Überstunden berufen. Hier liegt eine Chance zum Abbau von Überstunden, zur Ausweitung einer an Tarifverträgen orientierten Unternehmenskultur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt also viel zu tun, meine Damen und Herren, Hartz hat Anregungen gegeben und keine fertigen Rezepte, packen wir es gemeinsam an. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Vopel, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zwei Dinge vorab: Herr Kollege Müller, sowohl Sie als auch Ihr Kanzler

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Unser Kanzler!)

haben den Ländern Bayern und Baden-Württemberg und Sie gestern auch uns vorgeworfen, wir würden aus wahltaktischen Gründen die Arbeitslosigkeit erhöhen oder zumindest billigend in Kauf nehmen. Dass sie steigt - werfen Sie das auch Ihrer Kollegin Simonis in Schleswig-Holstein vor? Denn so, wie ich das heute Nacht gehört habe, wird wohl Mobilcom nicht zu retten sein, da stehen 5.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Wie gehen Sie denn damit um? Ich habe das gestern für eine ganz schöne Anmaßung gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, Herr Dr. Müller, Sie sagten eben Hartz hat Anregungen gegeben. Was stimmt denn nun? Ihr Kanzler sagt, die Hartz-Vorschläge werden 1 : 1 umgesetzt. Da muss

man sich schon mal entscheiden, was man möchte.

Meine Damen und Herren, am 16. August 2002, 11.00 Uhr, wurde der Hartz-Bericht übergeben. Wir haben in der Aktuellen Stunde über das Zustandekommen und auch über die Zusammensetzung der Kommission gesprochen. Herr Hartz ist es gewesen, der sich hingestellt und mit viel Tamtam gesagt hat, heute bricht um diese Zeit ein neues Zeitalter für die Arbeitslosen in Deutschland an. Nicht wir haben das gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Externe Kommissionen sind ja zunächst mal nichts Schlechtes. Nur, die gab es ja nun zum wiederholten Male. Wir haben den Zeitpunkt angeprangert, wenige Monate vor der Wahl und der Bericht fünf Wochen vor der Wahl.

Meine Damen und Herren, das Bündnis für Arbeit - ja, ja, das gab es oder es gibt es noch, ich weiß nicht, man hört nichts mehr davon, aber es gab es mal - hat 1999 Folgendes beschlossen: Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit unterstreicht die Bedeutung des Benchmarkingansatzes für seine Arbeit. Ziel des Benchmarking ist es, unter Auswertung der Erfahrungen anderer Länder den für Deutschland besten Weg zu mehr Arbeitsplätzen aufzuzeigen. Das war ein Auftrag und daraufhin wurde eine unabhängige Kommission eingesetzt und die hat Vorgaben bekommen und hat sich Ziele gesetzt. Da ging es nicht nur um den bloßen Vergleich, die besten Praktiken zu identifizieren, sondern auch Reformmöglichkeiten für Deutschland aufzuzeigen und Problemlagen und Problemlösungen anzuzeigen, zum Beispiel die Entwicklung des Arbeitsmarkts, makro-ökonomische Aspekte, Lohnbildung und Tarifpolitik, Regulierung und Dynamik von Arbeitsmärkten, Arbeitsmarktpolitik, Steuern, Abgaben, Sozialtransfers, Arbeitszeitpolitik, Kostenstruktur der Unternehmen und einiges mehr. Dieser Bericht liegt seit über einem Jahr vor, er hat viele, viele gute Ansätze. Es ist ein Riesenbericht von über 400 Seiten. Es sind notwendige Reformschritte aufgezeigt worden, meine Damen und Herren, und was ist damit passiert? Er ist in einem Panzerschrank des Kanzleramts verschwunden, er ist weder diskutiert worden, noch ist irgendetwas anderes damit passiert.

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, SPD: Woher wissen Sie das?)

Natürlich wissen wir das. Ist er bei Ihnen diskutiert worden? Gut. Er passte nämlich nicht ins Bild. Fast zeitgleich wurde das Job-Aktiv-Gesetz erarbeitet und hoch gelobt. So eine Veranstaltung, die am vergangenen Freitag hier stattgefunden hat, hat zum Job-Aktiv-Gesetz auch stattgefunden, natürlich nur mit Lobreden. Wenn man das damals geglaubt hätte, hätte schon im Vorfeld die Arbeitslosigkeit reduziert werden müssen. Wir haben davor gewarnt. Es zeigt sich, dass es weder in den neuen Bundesländern - das habe ich damals noch nicht erwartet - noch in den alten Bundesländern greift. Ich habe zumindest erwartet, dass es

in den alten Bundesländern besser greifen würde. Die Hinweise der neuen Bundesländer waren unerwünscht, der Entschließungsantrag Thüringens und Bayerns ist abgelehnt worden. Herr Gerstenberger, wenn Sie jetzt fordern, die Landesregierung möge sich im Bundesrat für diese Umsetzung oder für das Einbringen, dass die neuen Länder besser berücksichtigt werden, einsetzen, dann muss ich Ihnen sagen, das ist schon geschehen, es ist aber abgelehnt worden. Das muss man Ihnen immer wieder sagen, vielleicht glauben Sie es dann irgendwann einmal.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will damit sagen, dass es genug Diagnosen und Therapievorschlüsse gibt. Für den Patienten Deutschland muss ein Therapieplan erstellt und darf nicht länger hinausgezögert werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen alle, wenn wir krank sind und je länger wir warten, umso schlimmer wird der nötige Eingriff. Ich wage zu bezweifeln, dass der Therapieplan, der jetzt in diesen einzelnen Modulen vorliegt, wirklich das ist, was die Arbeitslosen in Arbeit bringt.

(Beifall bei der CDU)

Module, wie die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, neue Zumutbarkeit und Freiwilligkeit, Job-Center, Beweislastumkehr und noch vieles andere mehr, fallen für mich in die Kategorie "abgeschrieben", denn das steht in so vielen Papieren und Vorschlägen von uns.

(Beifall bei der CDU)

Mein Kollege Bergemann wird nachher sicher noch darauf eingehen.

Die familienfreundliche Quick-Vermittlung klingt hervorragend, das muss man wirklich sagen; man hätte aber nur dem Offensivgesetz zustimmen müssen, dann wäre man vielleicht schon ein Stück weiter.

(Beifall bei der CDU)

Beschäftigungsbilanzen, auch das klingt auf den ersten Blick gut. Ich habe vergangenen Sonntag mit einem Arbeitsamtschef gesprochen, der sagte: "Was soll denn das Ganze, ich bin im Moment froh, wenn mich ein Arbeitgeber anruft oder wenn ich einen hier treffe" - wir waren in einer großen Veranstaltung -, "der mir nicht anzeigt, dass er nächste Woche kommen und sagen will, wir müssen wieder 20 Leute entlassen." Das ist doch im Moment die Tatsache. Dann sehe ich noch die große Gefahr, dass es ein bürokratisches Monstrum werden kann. Ich habe auch große Zweifel, ob das rechtlich umsetzbar ist. Zur Aussage, die älteren Arbeitnehmer sollen die Statistik verbessern helfen - ich habe die Zahlen hinten unter meinem Pult

liegen, ich habe sie jetzt nicht mit vorgebracht -, kann ich Ihnen sagen, es sind in den vergangenen Jahren immer mehr Ältere aus der Statistik herausgenommen worden, sonst wäre die Bilanz für Herrn Schröder nämlich noch schlechter geworden. Aber, ich denke, es ist der falsche Weg. Genau das zeigen uns Vergleiche mit anderen Ländern, die den umgekehrten Weg gegangen sind, nämlich die Älteren zu beschäftigen und deren Know-how und Wissen zu nutzen. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht den Ausstieg für Ältere erleichtern, sondern wir müssen die Einstellung für Ältere erleichtern.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister hat zu den Ich- und Familien-AGs schon etwas gesagt, ich möchte es aber auch tun. Wir brauchen dringend eine neue Kultur der Selbstständigkeit. Die Vorschläge zur Ich-AG sind aber genau das Gegenteil dessen, was wir tatsächlich brauchen. Aus Arbeitslosen werden Scheinselbstständige, die staatlich gefördert werden und die unseren kleinen privaten Handwerkern und Dienstleistern die Arbeit wegnehmen. Denen steht doch das Wasser zum Teil jetzt schon bis zum Hals, und zwar ohne Hochwasser. Das ist traurig, dass man das so sagen muss.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen doch alle diese Probleme. Sehen Sie sich doch einmal die kleinen Landschaftsgärtner an. Jahrelang ist denen durch ABM Konkurrenz gemacht worden, das ist tatsächlich so gewesen. Diese Leute müssen Steuern und Sozialabgaben bezahlen und jetzt kommen staatlich geförderte Ich-AGs. Dann sagen diese kleinen Unternehmen, ich entlasse meine Leute alle und ich stelle mich selbst wieder in die Ich-AG ein. Wenn das tatsächlich, so wie es im Moment vorgeschlagen ist, verwirklicht wird - wie gesagt, der Kanzler sagt 1:1 -, dann werden wir mehr Arbeitslose und nicht weniger in vielen Bereichen haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist besser, dieses komische Scheinselbstständigkeitsgesetz wieder abzuschaffen und Existenzgründer zu fördern. Der Staat soll dem Unternehmertum nicht das Leben immer schwerer machen, indem er immer mehr reguliert, immer mehr bürokratisiert und immer mehr konkurriert, so wie es hier der Fall ist. Das gleiche Beispiel sind diese PSA. Mein Gott, wir haben private Zeitarbeitsfirmen und wenn jetzt von staatlicher Stelle verstärkt solche Zeitarbeitsfirmen eingerichtet werden sollen - von der Finanzierung jetzt einmal ganz abgesehen, die steht sowieso noch in den Sternen -, dann ist es doch wieder eine Konkurrenz und wir machen die kaputt, die sich so allmählich etabliert haben.

Das Gleiche gilt meines Erachtens für diese 500 €-Jobs für haushaltsnahe Dienstleistungen. Was haben wir hier gepredigt, dieses 630 DM-Gesetz war ein Flop, also die Regulierung, die die neue Bundesregierung gemacht hat. Was haben wir hier gepredigt? Dann frage ich mich jetzt,

was ist haushaltsnah? Allein diese Frage wird zu Arbeitsplätzen führen, nämlich bei den Arbeitsgerichten. Ich möchte das an einem Beispiel klar machen: Ein älteres Ehepaar lebt zu Hause und stellt sich auf dieser Basis jemanden an, um hauswirtschaftliche Dienste zu erledigen. Ich gehe davon aus, dass das als haushaltsnah bewertet wird. Kann der Arbeitnehmer diesen Job bis zu einem Pauschalbetrag von 500 € annehmen? Was ist aber, wenn ein Ehepaar oder ein allein Stehender in betreutes Wohnen geht? Ist das dann auch noch haushaltsnah oder ist er dann in einer Einrichtung? Was ist dann, wenn der, die oder das Ehepaar ins Pflegeheim kommt? Für die Leute, die dort wohnen, ist das deren Wohnumfeld, aber ist das dann noch haushaltsnah? Das wird wieder Fragen aufwerfen, darüber können wir uns freuen. Das ist viel zu kurz gesprungen.

Und nun noch - Herr Minister hat es schon angesprochen - die Job-Floater: Wir sind jetzt von 150 Mrd. € auf 10 oder 20 herunter, was passiert aber zum Beispiel, wenn das Geld wirklich angenommen wird? Wobei ich Zweifel habe, wenn ein Betrieb keine Aufträge hat, dass er das Geld nimmt und einen Arbeitslosen einstellt. Meiner Meinung nach wird dann eingestellt, wenn die Auftragslage entsprechend ist.

(Beifall bei der CDU)

Was passiert, wenn das Kapital aufgebraucht ist, was wird dann? Meine Damen und Herren, da muss ich schon einmal eine Frage stellen. Herr Hartz ist Personalvorstand bei VW und hat dort Furore mit seinem Modell 5.000 x 5.000 gemacht.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Aber nicht allein der Herr Hartz.)

Nicht allein Herr Hartz, das weiß ich auch.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Wer war denn noch dabei?)

Moment, lassen Sie mich doch bitte mal aussprechen. Wenn das alles so einfach ist, warum hat er dann nicht ein Modell 10.000 x 5.000 gemacht? Weil ihn seine Vorstandskollegen zum Teufel gejagt hätten, weil es nicht geht, wenn man nicht genügend Autos verkauft, mehr Leute einzustellen als man braucht. Man kann es dann aber von anderen auch nicht verlangen. Das ist doch im Moment der Tenor.

Meine Damen und Herren, die Umsetzung der Hartz-Vorschläge ist vor zwei Tagen zur Chefsache erklärt worden, zwei Wochen vor der Wahl. Der Herr Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt fühlt sich von Herrn Riester übergangen und Kritik kommt nicht nur von der Opposition. Ich darf einmal ein paar kritische Stimmen zitieren: "Die Finanzierung des Reformmodells ist an vielen Stellen offen. Unklarheit besteht über die angenommenen Beschäftigungseffekte sowohl in der Struktur als auch in der Höhe.

Von großen Belastungen für die öffentlichen Haushalte ist auszugehen und neben fiskalischen Gefahren bestehen eine Reihe wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Probleme. Es gibt massive Skepsis beim Einsatz subventionierter Leiharbeit. Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind nicht in dem Maße eingetreten, wie sie erwünscht waren." Das ist alles richtig, dem schließen wir uns an. Kritik wird vor allem auch am Job-Aktiv-Gesetz geübt und vom Mainzer Modell wird nicht mehr gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist nicht meine Kritik und auch nicht die Kritik unserer Fraktion oder der CDU, das ist die Kritik aus dem Hause Eichel, das steht in einem Brief des Bundesfinanzministers. Das ist die Stellungnahme des Bundesfinanzministers zu diesem Papier. Ich denke, das gehört auch dazu, wenn man sagt, man will es 1:1 umsetzen, dass man sich vorher mit den eigenen Leuten berät.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine prophetischen Gaben zu besitzen, um zu erkennen, dass große Teile dieser Vorschläge, die hier gemacht sind, für uns in Thüringen nicht relevant sind. Das ist einfach so. Es ist eigentlich schade, weil es genügend andere Vorschläge gibt, Kollege Bergemann, wie gesagt, wird nachher noch auf einiges eingehen. Eines steht allerdings fest: Wenn das so wird wie beim Job-Aktiv-Gesetz, dass wir nach einem Jahr oder nach eineinhalb Jahren feststellen, es klappt nicht - die Schuldigen, die weiß man schon im Voraus, das sind die Arbeitgeber, die nicht einstellen, das sind alle die, die angeblich nicht mitziehen, das sind die Arbeitsämter, die nicht genügend vermitteln. Meine Damen und Herren, so kann es ... Ja, das ist so, das sagen selbst die Beschäftigten in den Arbeitsämtern mittlerweile, wir sind doch schon jetzt die Buhmänner der Nation, wir sind es doch jetzt schon, wo sollen wir denn hin vermitteln? Und dann gibt es noch eine Gruppe, die auch schuld ist, und das finde ich zynisch, also wirklich, zynischer geht es nicht mehr, da gibt es Leute, die stellen sich hin und sagen: Die Arbeitsmarktbilanz Deutschlands wäre ja gar nicht so schlecht, wenn es die neuen Bundesländer nicht gäbe. Wir wären doch im europäischen Durchschnitt, auf Deutsch gesagt, die neuen Bundesländer versauen dem Kanzler die Statistik. Ich finde, das ist eine schlimme Aussage - zynischer geht es wirklich nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, schöne Schlagwörter schaffen noch keine Arbeitsplätze, der Minister hat das vorhin einmal sehr eindrücklich gesagt. Diese Schlagworte klingen alle wunderbar, aber dadurch wird nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Wir brauchen Betriebe, die einstellen, neue Technologien, neue Märkte. Gutachten sind genug erstellt. Wir müssen Schlussfolgerungen ziehen, und zwar nicht nur aus dem, was uns gefällt, sondern auch aus dem, was wir ins Stammbuch geschrieben bekommen von Leuten, die von außen kommen. Da gebe ich Ihnen durchaus Recht. Wir müssen auch das umsetzen, was zunächst einmal wehtut, das ist nun einmal so. Das ist im Krankenhaus ganz genauso, es muss erst einmal wehtun

und dann kann es besser werden. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wie, bitte? Gut, dann als nächster Redner Herr Abgeordneter Bergemann, CDU-Fraktion. Bitte.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, das lasse ich mir natürlich nicht nehmen, Herr Kollege Höhn, hier auch noch etwas dazu zu sagen, das ist klar,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das habe ich mir gedacht.)

zumal eigentlich das Schlimmste, was uns diese Woche passieren konnte, die Aussage von Bundeskanzler Schröder am Dienstag war, dass die Hartz-Pläne für ihn zur Chefsache gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mich daran erinnere, was er 1998 zur Chefsache gemacht hat, Aufbau Ost, und wenn ich die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Situation jetzt in Deutschland sehe, dann kann man das wirklich nur als eine Bedrohung empfinden.

(Beifall bei der CDU)

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent bleibt Rotgrün wirklich deutlich unter der Beschäftigungsschwelle von fast 2 Prozent, das hat erst diese Woche das Kieler Institut für Weltwirtschaft festgestellt. 0,4 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt Schlusslicht in Europa.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das waren wir schon seit 1993. Lesen Sie die Statistiken!)

Nein, Irrtum, Herr Höhn, Schlusslicht in Europa, meilenweit an letzter Stelle. Und in Euroland, wenn man sich das Wachstum dort bei anderen Ländern einmal ansieht, weit über das Doppelte so hoch. 12 Jahre nach der Wiedervereinigung geht die wachstums- und stabilitätsgefährdende Schere zwischen Ost und West deutlich und immer weiter auseinander. Die Arbeitslosigkeit hat den höchsten Stand seit der Vereinigung erreicht. In den neuen Ländern stehen rund 62.000 offenen Stellen 1,4 Mio. Arbeitslose gegenüber. Jetzt, so kurz vor der Bundestagswahl knüpft Schröder da an, wo er im letzten Wahljahr aufgehört hat, und wer kann sich nicht an sein Zitat erinnern - Frau Präsidentin, Sie gestatten, dass ich zitiere: "Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben

wir es weder verdient, wieder gewählt zu werden, noch werden wir wieder gewählt." Recht hat er, kann ich da nur sagen, Recht hat er, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und heute oder am 14. August verspricht er, nicht, wie man eigentlich meinen sollte durch seinen zuständigen Arbeitsminister Herrn Riester, sondern durch einen VW-Manager Herrn Hartz, wir halbieren die Arbeitslosigkeit bis 2005.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das kommt mir bekannt vor.)

Kommissionen ersetzen eben nicht den fehlenden Mut zu politischen Reformen.

(Beifall bei der CDU)

Hauptproblem, das wissen wir alle miteinander, ist nämlich nicht die Vermittlung von Arbeitslosen in dieser Situation, sondern eindeutig das Fehlen und der Mangel an Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man zunächst einmal die Verpackung der Hartz-Vorschläge beseitigt und sich von der Modernisierungsrhetorik, die überhaupt kein Bürger versteht, wie z.B. Bridging- oder Quick-Vermittlung, Ich- oder Personal-Service-Agenturen, wenn man sich davon löst, dann kommt man schon zu der Frage: Was macht eigentlich die Substanz und den materiellen Kern der Vorschläge der Hartz-Kommission aus? Da gibt es so einen schönen Spruch, da kann man nur sagen: "Alter Wein in neuen Schläuchen." Herr Schröder muss sich schon die Frage gefallen lassen: Wie kann er jetzt zu dem Zeitpunkt eine massive Verringerung der Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit für machbar halten, wo er noch bis vor wenigen Wochen die Höhe der Arbeitslosigkeit als innenpolitisch kaum beeinflussbar, weil überwiegend von der Weltkonjunktur abhängig, dargestellt hat? Andere Länder in Europa, ich habe es eingangs gesagt, haben diese Situation, ihre Chance weitaus besser genutzt, nämlich durch die Befreiung von Bürokratie, von Überreglementierung haben sie damit ihre Wirtschaft wesentlich wettbewerbsfähiger gemacht. Wieso hält er nun eine weit gehende Arbeitsmarktreform für erforderlich, wo seine Bundesregierung doch vor kurzer Zeit damals bei der Verabschiedung des Job-Aktiv-Gesetzes geprahlt hat, damit werde die Reform der Arbeitsmarktpolitik nicht nur aktiv angegangen, sondern sie wird sogar zum Abschluss gebracht? Da kann man wirklich nur staunen. Wir haben es ja heute gehört, selbst der DGB Thüringen hat dieses Job-Aktiv-Gesetz als völlig unpraktisches Mittel angeprangert. Minister Schuster hat uns gestern ja deutlich die Zahlen genannt. Also, lieber Herr Kollege Müller, das war wohl, glaube ich, kein Beitrag, wie Sie das vorhin hier uns anpreisen wollten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns einmal zurückerinnern,

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, SPD: Da müssen Sie noch einiges mehr anbringen.)

wissen wir natürlich ganz genau, dass die Hartz-Kommission auch nur aufgrund von unterschiedlichen Interpretationen in Sachen Vermittlungsstatistik eingesetzt worden ist. Es ist allerdings keine Frage, das sage ich auch, dass in dem Hartz-Konzept durchaus auch interessante Vorschläge enthalten sind, aber es ist leider nicht viel Neues: Job-Center sollen die Vermittlungsfähigkeit der Arbeitsämter verbessern, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe unter einem Dach verzahnen.

Meine Damen und Herren, so steht es schon im Wahlprogramm der Union "Zeit für Taten", da kann ich nur sagen, abgeschrieben, längst überfällig und seit langem schon Beschlussvorlage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der CDU)

Es geht weiter, Herr Müller. Die Zeitarbeit soll stärker als Brücke in den Arbeitsmarkt genutzt werden. Die Hartz-Vorschläge sehen vor, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu flexibilisieren. In Ihrem geltenden Grundsatzprogramm, meine Damen und Herren von der SPD, steht noch der Satz geschrieben - bitte nachlesen -, "Leiharbeit ist zu verbieten."

(Beifall bei der CDU)

Die Unionsfraktion im Bundestag hat bereits zu Beginn der Wahlperiode einen Antrag zur Lockerung der Regelung zur Zeitarbeit eingebracht,

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, SPD: Wir wollten Ihnen ja entgegenkommen.)

immer abgeschmettert von Rotgrün. Es wäre schön, wenn Sie uns entgegengekommen wären, immer abgeschmettert die Vorschläge, bitte nachschauen. Wenn man wie wir über Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und über Regelungen zur Zeitarbeit nachgedacht hat, wurden wir von Ihnen und von den Gewerkschaften immer in die Nähe von Menschenhändlern geschickt. Wenn die SPD nun Ähnliches will, bitte, dann kann ich nur sagen, umso besser.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeitslosen als Ich-AG erhalten die Möglichkeit, geringfügig zu arbeiten, eine Regelung, die zunächst für Arbeitslose, später für alle Erwerbstätigen gelten soll, heißt es, im Wesentlichen Zusatz- und Nebenjobs pauschal besteuern und großzügige Anrechnungsvorschriften bei Sozialleistungen in der Rechtsform der Selbständigkeit.

Großzügigere Zuverdienstmöglichkeiten für Empfänger von Sozialleistungen - auch hier nichts Neues. Das wird seit langem unter der ganzen Überschrift "Kombilohn" gehandelt, genau unter diesem Begriff haben wir selbst hier im Haus schon einmal diskutiert. Das gab es schon einmal, z.B. Pauschalbesteuerung von Nebenverdiensten, wurde von Rotgrün aber im Zuge der Neuregelung der 325-Euro-Jobs abgeschafft. Wir wollen eine Pauschalbesteuerung für Jobs, auch für Nebenverdienste, bis 400 € im Monat, wobei die Einnahmen an die Sozialversicherung fließen sollen. Das Gesetz zur Scheinselbständigkeit wird ersatzlos gestrichen und das, was Rotgrün früher bekämpfte, zur Lösung erhoben - ebenfalls abgeschrieben.

Hartz will die Nebenjobs in die Rechtsform der Selbständigkeit, das führt für die rotgrüne Gesetzgebung zur Scheinselbständigkeit allerdings sehr ad absurdum.

(Beifall bei der CDU)

Das Hartz-Konzept stellt auch ältere Menschen ins Abseits, meine sehr geehrten Damen und Herren. Mit 55 Jahren sollen Arbeitslose aus der Statistik entfernt werden -

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Skandal!)

aus den Augen, aus dem Sinn. Ältere Arbeitnehmer aus der Statistik herauszumanipulieren und dies mit einem Frühverrentungsprogramm zu verbinden, das ist ein Irrweg. Wir brauchen die Erfahrungen der älteren Arbeitnehmer. Mit Blick auf die Rentenversicherung muss das tatsächliche, nicht das gesetzliche Renteneintrittsalter eher angehoben werden, meine Damen und Herren. Wie realitätsfremd bezüglich der Arbeitsmarktbedingungen bei uns im Osten die Vorschläge der Hartz-Kommission sind, ist im Job-Floater-System deutlich gemacht worden. Unser Hauptproblem sind die fehlenden Arbeitsplätze. Das schnellere Vermitteln von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nicht vorhandene Stellen löst das Problem überhaupt nicht. Kein Unternehmer, nicht einer, wird nur einen Mitarbeiter einstellen und wenn es noch so hoch staatlich subventioniert ist, wenn er die Auftragslage dazu nicht hat. Das ist die Voraussetzung für Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Bei diesem Modell - Herr Kollege Müller, Sie haben die Zahlen ja genannt, ganz zu schweigen davon, dass die Bedienung dieses Konzepts durch die erforderliche Eigenkapitalkomponente den Unternehmen bei uns möglich sein soll - in dieser Größenordnung Geld zu akquirieren und frei zu machen, das glauben Sie wohl selbst nicht, dass das zum Erfolg führen kann. Wir müssen unternehmerische Tätigkeit und Existenzgründung attraktiv machen. Nicht der Staat beseitigt die Arbeitslosigkeit, er setzt Rahmenbedingungen. Das wird mit einem künftigen Arbeitsminister und einem Wirtschaftsminister im Bund, mit Lothar Späth, deutlich besser gelingen als mit einem blassen Herrn

Riester. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht, doch, Herr Abgeordneter Wunderlich, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, also liebe SPD, es kann doch

(Unruhe bei der PDS, SPD)

wohl nicht sein, wenn die Bundesregierung im Panikschluss hier ein Hartz-Papier zur Arbeitsmarktpolitik vorlegt, uns dann Wahlkampf vorzuwerfen. Nein, dieses Thema gehört in dieses Haus und es ist kein Wahlkampf. Wir lassen uns von Ihnen auch nicht vorschreiben, wenn wir über die Zahlen des Gesundheitswesens reden, dann sagen Sie, es ist auf dem Rücken der Kranken, das brauchen wir nicht vor der Wahl diskutieren. Das gehört vor der Wahl diskutiert. Wenn Sie sagen, wir dürfen auch nicht über Ihre katastrophalen Zahlen bei der Rentenpolitik diskutieren, dann gehört das hier in dieses Haus. Dann müssen wir vor den Wahlen darüber diskutieren. Dann ist das kein Wahlkampf. Wenn wir über die Zuwanderung reden, dann soll das auch kein Wahlkampf sein. Dann haben Sie kein Verständnis für den Parlamentarismus. Diese Themen gehören in dieses Haus und darüber muss hier in diesem Haus auch vor den Parlamentswahlen diskutiert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir diskutieren in diesem Haus nicht darüber, welche Zigarre, welchen Anzug oder welche Haarfarbe der Kanzler hat, das wäre Ihnen eventuell recht. Denn der Wähler ist nicht so dämlich, wie Sie ihn eventuell hier vorstellen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Richtig.)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Der Wähler ist sehr klug.)

(Beifall bei der CDU)

Herr Gerstenberger, zu Ihnen. Also, der liebe Gott oder wer auch immer verantwortlich ist für die Gedanken in unseren Genen, bewahre uns vor Ihren Ideen. Ich sage es Ihnen auch mal in ganzer Offenheit. Sie stellen sich immer hier hin und kritisieren dieses Land, den Freistaat Thüringen. Das ist für Sie als Opposition richtig. Aber Sie müssen einmal ehrlich damit umgehen, wo Sie Verantwortung tragen in den Ländern, ob es z.B. in Mecklenburg-Vorpommern ist, oder ob es bis vor wenigen Wochen

noch in Sachsen-Anhalt war, herrscht die höchste Arbeitslosigkeit. Unterhalten wir uns einmal über die Erwerbsquote, in Mecklenburg-Vorpommern ist die schwächste Erwerbsquote, Thüringen hat in Ostdeutschland die höchste Erwerbsquote. Sie haben die höchste Abwanderung nach dem Westen in Mecklenburg-Vorpommern, wo Ihr Minister die Verantwortung dafür trägt. Sie sollten einmal ehrlich mit sich selbst umgehen und nicht irgendwelche Ideen hier verbreiten, die uns dann ins Elend führen, was Sie uns in 40 Jahren immer wieder bewiesen haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Sind damit jetzt alle Redemeldungen erschöpft? Ich sehe jedenfalls keine weiteren. Dann schließe ich die Aussprache und stelle noch fest, dass das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 GO erfüllt ist. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann ist es erfüllt und der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Ich komme jetzt zu dem **neuen Tagesordnungspunkt**, den wir gestern eingefügt haben

**Hochwasserhilfe für
Thüringer Kommunen**
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2689 -

Der Abgeordnete Schemmel hat um die Begründung für seine Fraktion gebeten.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, SPD-Anträge brauchen eigentlich im Allgemeinen nicht begründet zu werden. Sie sind in der Regel klar und präzise und erschließen sich auch meistens dem Leser mit dem mittleren IQ, sage ich einmal.

(Heiterkeit im Hause)

Sie begründen sich mehr oder weniger aus sich selbst, so auch dieser. In SPD-Anträgen da ist auch das drin, was drauf steht. Nicht, wie wir eben gehört haben, da steht Hartz drauf und da ist Wahlkampf drin. Wenn ich trotzdem einige Worte dazu sagen muss hier in der Einführung, dann deshalb, weil wir mitbekommen haben - Funk und Presse -, dass es in den letzten Tagen einige Differenzen zwischen der Landesregierung oder Mitgliedern der Landesregierung und dem Landratsamt Altenburger Land gab. Da ist wohl der Herr Minister Gnauck einem Irrtum aufgesessen und hat so einige Verwerfungen ausgelöst. Auf die komme ich dann in meiner Rede noch einmal kurz zu sprechen und möchte das klarstellen. Ich würde es gern Herrn Gnauck erklären, wie das eigentlich richtig ist. Ich will an dieser Stelle jetzt sagen zur Einführung, dass es hier um diese Sachen eigentlich gerade nicht geht. Hier geht

es um das Programm, das Hilfe für hochwassergeschädigte Kommunen geben kann und nicht um das, worum der Streit entbrannt war, das waren Einzelpersonen, Gewerbetreibende.

Ich habe schon in der Rede hier am 23. August 2002 darauf hingewiesen, dass in den Kommunen noch eine große Unsicherheit herrscht, wie ihnen geholfen werden kann. Um diese Frage geht es nun in unserem Antrag. Ich erwarte und bin eigentlich sicher, dass die Regierung heute Positives im Sinne der Kommunen berichten kann. Niemand darf etwa glauben, dass wir in Hämme darauf warten, dass die Landesregierung heute kein Mittel weiß und nicht weiß, wie man das Bundesprogramm umsetzen kann. In Hämme warten wir nicht auf dieses Ereignis, obwohl das eine schöne Gelegenheit wäre, auf die Regierung einzuklopfen. Viel, viel wichtiger ist uns, dass den Kommunen geholfen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb warten wir heute darauf, dass die Regierung Positives berichtet. Was ich in den letzten Tagen - gestern, vorgestern - aus dem Landratsamt Altenburger Land gehört habe, das bringt mich in frohe Hoffnung. Ich erwarte jetzt den Bericht und werde dann in der Diskussion noch einmal Stellung nehmen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das war die Begründung. Jetzt will ich fragen: Die Landesregierung ist bereit, einen Sofortbericht zu geben? Ach, der Innenminister, Entschuldigung, ich hatte jetzt hier geguckt. Bitte, Herr Innenminister.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, da es um die Thüringer Kommunen geht, habe ich den Vorteil, heute hier zu berichten und nicht der Umweltminister. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme natürlich gern der Berichtsbitte der SPD-Fraktion nach. Thüringen war ja bekanntermaßen, wie Sie wissen, vom Hochwasser vor allem im Altenburger Land betroffen. So schlimm der jeweilige Schaden für die konkreten Betroffenen im Einzelfall ist, wir können doch jetzt im Nachhinein feststellen, dass die Hochwasserschäden in Thüringen in gar keiner Relation zur Katastrophe in unseren beiden Nachbarländern, vor allen Dingen in Sachsen, stehen. Wir können auch feststellen, dass glücklicherweise in Thüringen keine Menschen in ernsthafte Gefahr geraten sind. Obwohl der Hochwassermeldedienst, die Alarmierungspläne und der vorbeugende Hochwasserschutz in Thüringen gut funktionieren, haben wir erhebliche Hochwasserschäden zu verzeichnen. Die Natur hat über die Technik gesiegt. Wir werden natürlich unsere Erfahrungen, die wir hier im Altenburger Land sammeln können, aber auch die Erfahrungen unserer Nachbarländer Sachsen und

Sachsen-Anhalt nach den Abschlussberichten zum Hochwasser nutzen, um für die Zukunft noch besser gewappnet zu sein.

Die Anfrage der SPD beschränkt sich nun auf die Hochwasserhilfe für die Thüringer Kommunen. Zur ersten Frage nach den so genannten Bundeshilfen ist erst einmal deutlich fest- und klarzustellen - gerade weil ja immer wieder beteuert wird, dass mit dem Thema Hochwasser kein Wahlkampf gemacht werden soll -, reine Bundeshilfen, meine Damen und Herren, nach denen die SPD fragt, gibt es für die Kommunen nicht. Die Hilfsprogramme für die Kommunen sind jeweils hälftig vom Bund und den Ländern finanziert. Ich habe am 5. September die entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zum Programm "zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden" unterzeichnet. Da war sie ausgehandelt, wir haben sofort dann auch unterzeichnet. Nach diesem Bund-Länder-Programm stehen für die betroffenen Länder von 2002 bis 2005 insgesamt 1,2 Mrd. €, die je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln finanziert sind, zur Verfügung.

Der Anteil Thüringens beträgt nach einem vorläufigen Verteilerschlüssel in diesem Bund-Länder-Programm 2,5 Prozent, konkret also inklusive Landeskompentärmittel 30 Mio. €. Im Jahr 2002 stehen aus diesem Bund-Länder-Programm 40 Mio. € als Soforthilfe für Maßnahmen der Infrastruktur in den Gemeinden zur Verfügung. Konkret sind dies für Thüringen 1 Mio. € Soforthilfe im Jahr 2002.

Aufgrund einer ersten Schadenserhebung durch das Landratsamt Altenburg wird dieser Betrag an das Landratsamt Altenburger Land in der 37. Kalenderwoche bewilligt und ausgezahlt werden. Die Schadensregulierung bezieht sich hier auf hochwasserbedingte Schäden an kommunalen Straßen, kommunalen Gebäuden, an Uferbebauungen, an Sportplätzen, Freizeitanlagen, Abwasseranlagen sowie an Grün- und Parkanlagen. Hier haben wir eine bislang noch geschätzte Schadenssumme von ca. 10 Mio. €. Diese Maßnahmen sind gemäß Verwaltungsvereinbarung "Infrastruktur" förderfähig. Förderfähig sind auch Gebäude und Einrichtungen in nicht kommunaler Trägerschaft, z.B. Einrichtungen der Träger der Freien Wohlfahrtspflege.

Im Rahmen der Schadensbeseitigung können zusätzlich auch Maßnahmen der Modernisierung und der Vermeidung künftiger Hochwasserschäden gefördert werden. Förderungsgegenstand ist grundsätzlich die Infrastruktur im Hochwassergebiet einer Gemeinde als Gesamtmaßnahme. Die Fördermittel können schrittweise bewilligt werden. Versicherungsleistungen sind auf die Förderung anzurechnen. Das Gleiche gilt auch für Spenden, meine Damen und Herren. Der Förderempfänger kann seine Versicherungsansprüche bis zur Höhe der Förderung für das Land abtreten. Die Kumulierung von Mitteln nach dieser Verwaltungsvereinbarung mit Mitteln aus anderen Förderprogrammen ist zulässig. Dies gilt insbesondere für die soziale Wohnraumförderung und für Förderprogramme der Kreditan-

stalt für Wiederaufbau.

Für Schäden an Gewässern und wasserwirtschaftlichen Anlagen kann die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" herangezogen werden. Im Landkreis Altenburger Land haben wir Gewässerschäden, und zwar an Gewässern zweiter Ordnung, von ca. 6,7 Mio. € zu verzeichnen. Gegenwärtig laufen noch die Abstimmungen, inwieweit im Jahr 2002 noch mögliche Schäden durch Umschichtung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe reguliert werden können. Der Kostenumfang wird hier mit ca. 2,95 Mio. € veranschlagt. Für Hochwasserschäden an kommunalen Straßen greifen unter bestimmten Voraussetzungen auch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bzw. die entsprechende Richtlinie mit 75-prozentiger Förderung.

Ein Wort zur wirtschaftsnahen Infrastruktur: Für die hochwassergeschädigten wirtschaftsnahen Infrastruktureinrichtungen, z.B. Straßen in Gewerbegebieten, haben Bund und Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", also der so genannten GA, ein Sonderprogramm aufgelegt. In Thüringen betrifft dieses Sonderprogramm nur den Kreis Altenburger Land. In den gemeldeten Gemeinden, die in der Liste der hochwassergeschädigten Kommunen aufgeführt sind, werden die Kosten für die Wiederherstellung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bis zu 100 Prozent übernommen. Anträge nach diesem Programm müssen bis zum 31. Dezember 2003 gestellt werden. Nach jetzigem Stand wird der Schaden an der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Landkreis Altenburger Land auf ca. 165.000 € geschätzt.

Zum Maßnahmenpaket Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM): Im Rahmen dieser Strukturanpassungsmaßnahmen sind zwei Projekte in der am stärksten betroffenen Region Altenburg bereits begonnen. Antragsteller der ersten Maßnahme ist der Landkreis. Demnach sollen 10 Arbeitskräfte für die Dauer von 3 Monaten zur Beseitigung der größten Schäden finanziert werden. Die Maßnahme hat bereits in der 34. Kalenderwoche begonnen. Der Landesanteil beträgt hier 35.800 €.

Antragsteller der zweiten Maßnahme ist die Stadt Altenburg. Es soll Schwemmgut beseitigt werden und es sollen erste Schäden behoben werden. Zusätzlich sollen auch Brücken, Straßen und Gewässer wieder instand gesetzt werden. Hinzu kommt der vorbeugende Hochwasserschutz. Diese Maßnahme ist für insgesamt 13 Arbeitnehmer für die Dauer von 16 Monaten konzipiert. Die Kofinanzierung des Landes beträgt hier rund 90.000 €. Grundlage der zusätzlichen Kostenfinanzierung neben dem Lohnkostenzuschuss bei den Strukturanpassungsmaßnahmen ist das Bund-Länder-Programm "Hochwasserhilfe".

Die Bundesregierung hat die Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen einer Vereinbarung mit der Umsetzung dieses Programms beauftragt. Im Landkreis Eichsfeld, Gotha, Greiz, im Holzlandkreis, im Ilmkreis, im Kyffhäuser-

kreis, in Nordhausen, im Saale-Orla-Kreis, in Schmalkalden-Meiningen, in Sömmerda, im Wartburgkreis und auch im Weimarer Land wurden Schäden in Höhe von insgesamt ca. 900.000 € gemeldet. Diese Gebiete sind in der Verwaltungsvereinbarung "Infrastruktur in Gemeinden" nicht erfasst. Die betroffenen Regionen müssen diese Kosten im jeweiligen Verwaltungshaushalt der Kommunen als Unterhaltungskosten veranschlagen. Für eventuell entstehende Fehlbeträge kann das Land Mittel nach der Verwaltungsvorschrift "Bedarfszuweisungen" ausreichen.

Ein Wort noch zu den - in ihrem Antrag zwar nicht genannten, aber hier zur Vervollständigung mit angeführten - Hilfen für Privathaushalte und gewerbliche Wirtschaft einschließlich Landwirtschaft. Doch, Sie haben es, glaube ich, im zweiten Teil Ihrer Anfrage mit benannt. Das Bundes-Länder-Programm gemäß Verwaltungsvorschrift "Aufbauhilfe Wohngebäude 2002" ist in Kraft gesetzt worden. Die entsprechende Verwaltungsvereinbarung ist mit dem Thüringer Finanzminister abgestimmt. Ich habe sie am 5. September gegengezeichnet und dem Bund vorgelegt.

Aus diesem Bundes-Länder-Programm erhalten die Länder insgesamt 500 Mio. € Zuschüsse für die Beseitigung von Schäden an hochwasserbeschädigten oder zerstörten Bauteilen sowie zur Neuerrichtung oder zum Erwerb von Ersatzvorhaben. Das bedeutet für Thüringen nach dem vorläufigen Verteilerschlüssel - Thüringen schlägt dort mit 2,5 Prozent zu Buche -, dass wir von 2002 bis 2004 insgesamt 12,5 Mio. € an Bundes- und Ländermitteln bekommen. Im Jahr 2002 sind aus diesem Programm für Thüringen vorab 1,17 Mio. € bereitgestellt. Diese Summe wird mit In-Kraft-Treten der kurzfristig erstellten Förderrichtlinie dem Landratsamt zur Bewilligung zugewiesen werden.

Im landwirtschaftlichen Bereich sind in Thüringen 30 Betriebe mit einem Gesamtschaden von 500.000 € vom Hochwasser betroffen. Thüringen wird hier im Rahmen des Soforthilfeprogramms in den nächsten Tagen 120.000 € Liquiditätshilfen auszahlen. Über das Programm "Wiederherstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum" sollen die Schäden in der Forstwirtschaft, hier sind vor allen Dingen die Forstwege betroffen, in Höhe von 353.000 € reguliert werden.

Dem Landkreis Altenburger Land wurden nun vom Bund bereits 1,3 Mio. € als Soforthilfe zugewiesen. Diese Soforthilfe für Privathaushalte und geschädigte Unternehmen hat der Landkreis nach Stand vom 12. September, also Stand gestern, an 161 Empfänger in Höhe von über 396.000 € ausbezahlt. Diese Summe ging überwiegend an Privathaushalte.

Gestern habe ich eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Gewährung von Übergangshilfen in Fällen sozialer Notlagen unterzeichnet. Die Abwicklung selbst erfolgt ebenfalls über den Landkreis Altenburger Land. Dort ist für die abschließende Prüfung der Anträge die nach unserer Verwaltungsvorschrift einzusetzende

Schadenskommission zuständig.

Weil es in den letzten Tagen darüber viel Wirbel gab, einige Details: Die Weisung zur Bildung dieser Schadenskommission hat der Landrat bereits mit Schreiben vom 21. August erhalten. Die Verwaltungsvorschrift selbst ist ja übrigens im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Ich sage dies bewusst so pointiert, da in den letzten Tagen in der Presse nachzulesen war, dass genau in diesem Punkt einige Irritationen entstanden sind. Ich muss auch von dieser Stelle aus in aller Deutlichkeit die Aussage des Altenburger Landrats zurückweisen, das Innenministerium habe den Landkreis gebeten, die Landesmittel zur Hochwasserhilfe nicht in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil, der Landkreis selbst hat erklärt, dass er diese Mittel nicht benötige, weil er auch entsprechend jetzt Soforthilfe vom Bund bekommen habe. Also noch einmal: Die Landesregierung hat dem Landkreis sofort nach dem Hochwasser angeboten, von dem Landesprogramm zur Gewährung staatlicher Finanzhilfen bei Elementarschäden Gebrauch zu machen; genau dieses wurde vom Landkreis, weil er andere Mittel zur Verfügung hatte, nicht in Anspruch genommen; es wurde nicht benötigt. Es ist also Tatsache, dass zu den 1,3 Mio. € Soforthilfe des Bundes noch einmal 1,5 Mio. € an Übergangshilfe aus dem Bundes-Länder-Programm für den Landkreis Altenburg in diesem Jahr hinzukommen. Auch der Freistaat Thüringen tätigt somit sehr wohl eigene Zahlungen.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Der Freistaat selbst wird im Übrigen insgesamt 94 Mio. € - das ist eine sehr stattliche Summe, wenn man an unsere Engpässe im Landeshaushalt denkt - in den Länderfonds zur Regulierung der gesamten Hochwasserschäden in allen betroffenen Ländern einzahlen. Wir sind hier in hohem Maße auch solidarisch mit den hauptbetroffenen Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es Schwierigkeiten bei der Auszahlung geben sollte, dann wären die vom Landrat zu verantworten, das Land hat ihm unbürokratisch bei der Soforthilfe völlig freie Hand gelassen. Ich hoffe, dass es hier nicht weiter zu Schwierigkeiten kommt. Was ich nicht verstehe - wenn denn diese Zeitungsmeldungen stimmen - ist, dass der Landkreis Altenburger Land, der ja nun tatsächlich zu Thüringen gehört, eine Schadenskommission nach sächsischem Recht einrichtet. Vielleicht, Herr Schemmel, können Sie danach noch einmal Aufklärung bringen. Auch wenn das Altenburger Land manchmal liebevoll als Fernost-Thüringen bezeichnet wird, ist es doch zumindest doch nicht Fernwest-Sachsen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern sollte sich auch der Altenburger Landrat an Thüringer Recht halten. Frau Dr. Klaubert, dass ich dem Land-

kreis Altenburger Land in vielfacher und auch liebevoller Weise zugewandt bin und gewesen bin, das wissen Sie.

Eine Landeshilfe für Privathaushalte und Gewerbebetriebe wäre nur über die Verwaltungsvorschrift zur Gewährung staatlicher Finanzhilfen bei Elementarschäden denkbar. Da Privathaushalte jedoch bereits neben der Soforthilfe Übergangshilfe nach der Verwaltungsvereinbarung zum Bund-Länder-Programm erhalten können und da sämtliche Leistungen Dritter anzurechnen sind, gehen wir natürlich davon aus, dass Zahlungen nach der Verwaltungsvorschrift des Landes nur für dann noch nicht gedeckte Schäden erfolgen werden. Thüringen, meine Damen und Herren, wird dem Flutopfersolidaritätsgesetz im Bundesrat - das wird ja momentan verhandelt - trotz Zweifel am Finanzierungskonzept zustimmen und, wie bereits genannt, 24 Mio. € in den Länderfonds einzahlen. Wir haben angesichts der Flutkatastrophe in Deutschland wieder erfahren, dass zwar ohne Geld wenig möglich ist, dass aber Geld nicht alles ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, heute ist die Stunde all denen zu danken, die als Helfer in der Not im Einsatz waren, es immer noch sind, aber auch all denen zu danken, die großzügig Spenden für die Mitbürger in Not gegeben haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Flutwelle in den neuen Ländern hat in der Tat eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. In der Not hat unsere Nation und hat auch Thüringen den Gemeinsinn neu entdeckt. Die Menschen zahlen eben nicht nur den anonymen Solidaritätszuschlag, der vom Lohnkonto abgezogen wird, sondern sie üben sehr handgreiflich Solidarität, meine Damen und Herren. Dieses wird noch lange notwendig sein zum Neuaufbau Ost nach dieser Katastrophe. Wer sofort hilft, meine Damen und Herren, der hilft doppelt, so sagt ein altes Sprichwort.

Den betroffenen Menschen muss unbürokratisch und rasch geholfen werden und es wird sich wohl in diesen Zeiten nicht vermeiden lassen - jetzt komme ich auf Ihre Rede von vorhin zurück, Herr Schemmel -, obwohl es bedauerlich ist, dass das Hochwasser und die Not der Menschen auch zum Wahlkampfthema geworden ist. Das törichte Wort des Bundeskanzlers, dass nach der Flut niemand materiell schlechter gestellt sein darf, als vor der Flut, das gehört natürlich zum Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU)

Nur von den betroffenen Unternehmen habe der Kanzler gesprochen, so beteuerte dann kurz darauf der Regierungssprecher wenig später. Dann erklärt der Kanzler im Bundestag, dass die Zuwendungen von rund 7 Mrd. € aus dem Aufbaufonds Hilfe zur Selbsthilfe sein muss. Meine lieben Kollegen, das passt natürlich schlecht zusammen,

diese Sprüche. Der daraufhin einsetzende Zank um die Finanzierung und der Verteilungskampf um die Milliarden hat natürlich eine kontroverse Debatte um die Gerechtigkeit ausgelöst, die sich z.B. zuspitzt in dieser Frage, warum hoch verschuldeten Unternehmen, die von der Flut betroffen sind, die Kredite erlassen werden sollen, aber ebenso flutgeschädigte Betriebe ohne Schulden leer ausgehen sollen. Das kann man im Grunde genommen keinem richtig klar machen, wie dieser Mechanismus funktionieren soll.

(Beifall bei der CDU)

Halten wir aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz des 22. September zumindest eines fest: Keine Partei hat die sofortige und unbürokratische Flutopferhilfe grundsätzlich in Frage gestellt. Und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Lediglich über den besten Weg zur Finanzierung wurde und wird gestritten. Außer Frage steht aber eines: Da es beim Hochwasser höhere Gewalt war, steht der Staat - und das sind in diesem Falle der Bund und die Länder - in der Pflicht zur Hilfe. Deshalb, meine Damen und Herren, reden und streiten wir vor allen Dingen nicht nur über Hilfsmaßnahmen, sondern packen wir sie unbürokratisch und rasch an. So lindern wir die Not der Betroffenen. In diesem Ziel, denke ich, sind wir uns auch hier in diesem hohen Hause einig. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Wird Aussprache beantragt? Die SPD-Fraktion beantragt die Aussprache. Dann kommen wir zur Aussprache und es hat als Erste Frau Abgeordnete Sojka, PDS-Fraktion, das Wort.

Abgeordnete Sojka, PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, um es gleich vorweg zu sagen: Die PDS unterstützt den SPD-Antrag, Hochwasserhilfe für Thüringer Kommunen, und wir sind froh, dass im Sofortbericht konkrete Aussagen zu Landeshilfen gemacht worden sind. Erlauben Sie mir einige Sätze als Altenburger Kommunalpolitikerin. Am Rande der Saale-Orla-Schau fragte mich Herr Schugens, wie es denn mit den Hochwasserschäden im Altenburger Land jetzt aussähe. Ich spürte bei ihm als Umweltausschussmitglied eine ehrliche Anteilnahme. Das ermutigt mich auch, heute zum vorliegenden Antrag noch ein paar konkrete Zahlen und Fakten aus meinem Heimatlandkreis kurz darzustellen, welche vom Landrat zur Kreistagssitzung am 4. September genannt wurden.

Bekanntermaßen, es ist gesagt worden, sind Schäden von über 55 Mio. € entstanden. Über 1.000 Haushalte und 43

Betriebe sind betroffen. Die Hilfsbereitschaft war groß; das Spendenkonto des Landratsamts wuchs innerhalb kurzer Zeit auf fast 200.000 €. Dank auch vielen Partnergemeinden in den alten Bundesländern, die ebenfalls schnell und unbürokratisch spendeten. Vom Bund kamen bekanntermaßen 1,3 Mio. € Soforthilfe. Eine Schadenskommission, in der auch die drei Kreistagsfraktionsmitglieder aller Parteien mitarbeiten, hat unverzüglich ihre Arbeit aufgenommen. Bis jetzt sind ca. 250.000 € als Soforthilfe auch aus dem Spendentopf ausgezahlt, natürlich nach Prüfung. Da viele Haushalte noch über die ehemalige DDR-Versicherung, übernommen von der Allianz, verfügten, wird also die Soforthilfe der Bundesregierung tatsächlich nicht in vollem Umfang genutzt werden müssen. Aber was geschieht mit den mehr als 10 Mio. € Schäden an Gemeineigentum? Das sind 5 Mio. € Schäden an Gemeindestraßen, 317.000 € Schäden an Kreisstraßen und Brückenbauwerken sowie 5,7 Mio. € Schäden an kommunalen Einrichtungen, davon 478.000 € Schäden bei Kindergärten und 325.000 € Schäden an drei Schulen des Landkreises; darunter die Medienschule, die sehr stark beschädigt ist, die einen Wasserstand im Erdgeschoss von 1,20 m zu verzeichnen hatte. Der Speiseraum ist weggeschwemmt, die Lehrküche. Dass der Server gerettet werden konnte, ist nur dem beherzten Eingreifen des Direktors geschuldet. Wir sind sehr froh, dass er den Schaden des Landkreises dadurch minimieren konnte. Alle drei Schulen haben übrigens in der bereits beschlossenen Schulnetzplanung des Altenburger Landkreises auch Bestand. Es ist kein Hochwasser, was aus der Pleiße kam, sondern es war Grundwasser, was z.B. in der Medienschule durchgedrückt hat - eine fertig sanierte Schule, mitten in einer kleinen Stadt. Zur Kreistagsitzung konnte Landrat Rydzewski viele Bürger in Würdigung ihres Einsatzes bei der Bekämpfung des Hochwassers und der Beseitigung der Folgen stellvertretend für viele andere ehren. Einer von ihnen war auch der Leiter des Ordnungsamts und Chef des Einsatzstabes, der umsichtig die Koordination aller haupt- und ehrenamtlichen Helfer geleitet hat. Betroffene Bürger haben im Landratsamt eine Anlaufstelle.

Aber wie wird nun in Thüringen den betroffenen Kommunen geholfen? Gibt es beim Land Thüringen eine so oder anders genannte Schadenskommission? Wo können betroffene Bürgermeister schnell und unbürokratisch Hilfe bekommen? Bis jetzt konnten sie lediglich ABM und Sachkosten für Aufräumarbeiten bekommen, aber Nachhaltigkeit ist so nicht erreichbar. Auch kann die Aussage zur Talsperre "Windischleuba" nicht befriedigen. Hochwasser an der Pleiße oder Schnauder ist nichts Unbekanntes für uns. Wenn im Spitzenbereich 100 Kubikmeter pro Sekunde gemessen wurden, so ist das nahe dran am Jahrhunderthochwasser der Pleiße von 1954, als man 120 Kubikmeter pro Sekunde gemessen hat, nur sind die Schäden trotz des geringeren Wertes diesmal viel höher. Es sind eben viel mehr Gemeinden betroffen. Ein simpler Regen hat vor zwei Tagen bereits wieder zu Alarmbereitschaft im Altenburger Land und nicht nur dort geführt. Es ist daher dringend geboten, die Hochwasserschutzanlagen und

kommunalen Einrichtungen schnell wieder in Ordnung zu bringen, um größere Schäden vor dem Wintereinbruch zu verhindern. Der Landesausgleichsstock sollte dafür zur Verfügung stehen. Gelinde gesagt, 1,5 Mio., die jetzt vom Minister Köckert genannt wurden, 10 Mio. sind es insgesamt, ich weiß nicht, ob das reicht. Geschockt war ich allerdings über die Aussage des Chefs des Landesverwaltungsamts, der sich in das eingangs genannte Gespräch zwischen Herrn Schugens und mir einmischte. Er sagte - ich zitiere: "Was regen Sie sich so auf, Frau Sojka, so ein Hochwasser kommt die nächsten tausend Jahre nicht wieder." Ich hielt so viel Ignoranz für nicht möglich.

(Beifall bei der PDS)

Mir ist klar, warum er im Saale-Ohrla-Kreis als Landrat auch abgewählt wurde. Dass er allerdings jetzt Chef der größten, mächtigsten und überflüssigsten Landesbehörde ist, ist umso bedauerlicher. Dort hätten wir viel Geld übrig.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das war ein sehr guter Landrat.)

Ja, das hat er mit seiner Aussage bewiesen. Ebenso befremdlich ist das von einem Minister angezettelte Gezänk über die Modalitäten der Auszahlungen an die Hilfebedürftigen. Was da abzulaufen scheint, ist doch wieder Wahlkampf, wo ein CDU-Minister einem SPD-Landrat einen rechten Haken verpassen wollte.

(Unruhe bei der CDU)

Beweisen Sie das Gegenteil, wenn es nicht so ist. Unter www.sachsen.de habe ich Folgendes gefunden - ich zitiere: "Die Auszahlung erfolgt in Sachsen ohne Antrag an die betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte. Die Landkreise sind aufgefordert, diese Soforthilfen unter Berücksichtigung der konkreten Erfordernisse vor Ort an die betroffenen Gemeinden in den Katastrophengebieten weiterzuleiten. Sie dürfen auch von ihnen in den betroffenen Kreisgebieten selbst eingesetzt werden. Es gilt ein vereinfachtes Nachweisverfahren." Der Bürgermeister von Meran hat dieses Geld seit mehr als drei Wochen, der benachbarte Bürgermeister von Gößnitz wartet immer noch. Ich habe vorhin gerade wieder angerufen. Helfen Sie den betroffenen Kommunen schnell und unbürokratisch, nutzen Sie den Landesausgleichsstock, dafür sollte er doch da sein. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt Abgeordneter Schemmel, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst einmal komme ich auf die Unterstellung zurück, dass der Kanzler Törichtes spräche. Ich kann ja verstehen, wenn man in der letzten Abwehrschlacht um das Eichsfeld als letzter Wahlkreis steht, den man noch gewinnen kann,

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das wollen wir erst einmal sehen.)

dass man dann etwas um sich schlägt, aber ich will es dann auch gleich wieder bewenden lassen. Ich weise das "törichte Worte des Bundeskanzlers" zurück.

Ich komme jetzt zum Sachinhalt: An dieser Stelle, Herr Minister, möchte ich mich bei Ihnen für den Bericht, den Sie heute gegeben haben, bedanken, weil er jetzt zumindest den Kommunen im Altenburger Land zeigt, dass die Hilfe jetzt, wie und unter welchen Voraussetzungen, beginnen kann. Da freue ich mich, dass unser Antrag natürlich dieses ursächlich nicht bewirkt hat, aber das Podium heute hier bereitet hat, um diese erfreuliche Botschaft den Kommunen im Altenburger Land zu überbringen.

Sie haben mich aufgefordert, einige Worte zur Aufklärung an die Mitglieder der Landesregierung, wie wohl die ersten Mittel ausgezahlt worden wären, zu sagen. Es handelt sich ja um das Soforthilfeprogramm, das ist so weit geklärt. Dem folgt die Übergangshilfe. Wie diese ausgezahlt wird, ist auch geklärt. Dem folgt jetzt dieses Bundesprogramm über die Herstellung der Infrastruktur. Dazu wird das Innenministerium in Kürze dem Landkreis Altenburger Land noch eine entsprechende Richtlinie zu überreichen haben. Ich nehme an, dass die in Arbeit ist oder schon überreicht wurde. Vielleicht wurde sie schon überreicht, Herr Minister?

(Zuruf Köckert, Innenminister: Der Landrat soll endlich die Schadenskommission einrichten.)

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Gestern war die Einweisung der Schadenskommission.)

Erstens, Herr Trautvetter, Sie sind erst einmal ungefragt hier vorn gar nicht dran.

(Heiterkeit im Hause)

(Beifall bei der PDS, SPD)

Zweitens möchte ich Ihnen einmal deutlich sagen, wenn ein Finanzminister sich mit einem Landratsamt in Verbindung setzen will und dort etwas meint anmahnen zu müssen, wo er sich natürlich in der Sache getäuscht hat, dann hat sich der Finanzminister dort an den Landrat zu halten und nicht einfach über die Einwahl in das Land-

ratsamt dort reinzugehen und sich mit Leuten der zweiten und dritten Garnitur zu unterhalten.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Beleidigung.)

Das ist keine Beleidigung. Jeder weiß, dass es in einem Amt eine Hierarchie gibt. Das ist keine Abwertung derjenigen dieser zweiten oder dritten Stufe. Sie würden sich ja wunderschön freuen, wenn eine Behörde sich mit Ihrer Behörde ins Benehmen setzen will, und würde Sie dabei übergehen. Stellen Sie sich vor, der Bundeskanzler ruft Ihren Haushaltsexperten an und sagt, er habe dies und jenes falsch gehabt, dann möchte ich Sie

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Da gibt es wenigstens eine vernünftige Antwort.)

aber sehen.

(Heiterkeit im Hause)

(Beifall bei der PDS, SPD)

Außerdem war das, was Sie angemahnt haben oder anmahnen wollten, falsch, denn die Mittel des Soforthilfeprogramms waren ja in der Art und Weise auszureichen, wie es im Begleitbrief des Innenministers Schily stand, nämlich in verantwortungsvoller Weise eigens durch die Landräte. Nun hat sich der Altenburger Landrat mit seinen Nachbarlandräten, die betroffen waren, auseinander gesetzt, nicht, weil er sich zur sächsischen Seite hingezogen fühlte, sondern weil die sächsischen Nachbarsleute betroffen waren, und hat gesagt: Leute, wie macht ihr denn das? Die haben gesagt: Wir haben da eine Richtlinie, danach versuchen wir das zu machen. Diese Richtlinie erfordert eben gerade nicht diese Schadenskommission, die ist nun bei der Auszahlung der jetzigen Mittel gefragt. Erforderlich ist sie gerade nicht, denn diese Verwaltungsvorschrift in Thüringen gilt nur für Mittel, die aus dem Haushalt Thüringen gezahlt werden und nicht für Mittel, die vom Bund direkt überwiesen werden, deswegen ...

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Ich wollte das Geld schon längst auszahlen.)

Präsidentin Lieberknecht:

Ja, aber jetzt hat Herr Schemmel das Wort als Redner und dann kann sich die Landesregierung zu Wort melden.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Kommen wir gleich zu dem schnellen Auszahlen. Die ersten Mittel sind im Altenburger Land am 23. August nach diesem ersten Programm ausgezahlt worden, als das Geld zur Verfügung stand. Wie viel und welcher Umfang ist

gesagt worden. Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas zur Schnelligkeit. Die Auszahlung auf die Anträge, die Zeit dazwischen betrug 3 und 48 Stunden. Niemand, der da hingekommen ist, hat gesagt, ich will oder ich benötige hier Geld in dieser Zwangssituation und hat länger als 48 Stunden auf seine erste Hilfe, nämlich 2.500 €, warten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Fakt. Da können Sie nicht von schnell arbeiten faseln, denn das ist es nämlich gerade nicht. Ich bin sicher, dass das Landratsamt Altenburger Land auch die Hilfe, die jetzt glücklicherweise, erfreulicherweise, dankenswerterweise, dank Bund und Land an die Kommunen geht, dass sie mit dieser Schadenskommission in gebotener Gründlichkeit und in gebotener Eile ausgezahlt wird. Dafür möchte ich den Mitarbeitern im Landratsamt recht herzlich danken und möchte der Regierung des Bundes und des Landes für die Solidarität mit dem Altenburger Land danken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt der Abgeordnete Schröter, CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal eine Vorbemerkung zum Antrag in Drucksache 3/2689 machen:

1. Der Zeitpunkt 04.09. für die Antragstellung ist mindestens verwunderlich, denn wenn wir bedenken, dass wir bereits am 23.08. in diesem hohen Hause zum selben Thema gesprochen haben, ist das wohl etwas nachgelegt.

2. Ich weise noch einmal auf den Termin hin, den der Innenminister in seiner Berichterstattung gerade gegeben hat. Am 21.08. gab es die Weisung zur Bildung der Schadenskommission für staatliche Hilfen. Das ist der Zeitpunkt, zu dem die Landesregierung den Landkreis aufgefordert hat, diese Schadenskommission, über deren Geldverteilung wir heute diskutiert haben, zu gründen. Der Antragstermin liegt einige Tage danach.

Zur Begründung des Antrags: Ich muss es einmal ehrlich sagen, wenn es Unsicherheiten gibt, hätte man diese gewiss schneller ausräumen können, denn es gibt heute Telefone, Dienst-Pkw und persönliche Gesprächsmöglichkeiten. Wenn es also bei der Verhandlung der Probleme Unsicherheiten gibt, kann man sich mindestens auch einmal bei dem zuständigen Minister melden. Bedenken Sie bitte die Daten 21.08. bis 04.09.; bis zu Ihrem Antrag sind allein schon 14 Tage und bis heute sogar 3 Wochen vergangen, um diese ganze Sache im Raum zu halten.

Zur mündlichen Begründung des Antrags: Der Beginn Ihrer Einführung, Herr Schemmel, ist, glaube ich, an Überheblichkeit nicht zu übertreffen. Das war wohl eines Ihrer Glanzstücke in diesem Zusammenhang. Der erwartete Bericht und die positive Einstellung dazu sind für meine Begriffe dann etwas fragwürdig zu betrachten, wenn es die Ehrlichkeit betrifft.

Punkt 3 - die Zeitabläufe: Das Schadensereignis ist am 12.08. gewesen. Das ist korrekt. Meine Damen und Herren, bitte bedenken Sie, am 15.08. war der OVZ zu entnehmen, dass der Landrat am 14.08. die Bildung einer Schadenskommission für staatliche Hilfen angekündigt habe.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:
Der Landrat!)

Ja, der Landrat kündigt dies in der Zeitung an.

Außerdem ist zum selben Zeitpunkt das Sonderprogramm des Bundes veröffentlicht worden.

Am 16.08. kündigt die EU-Kommission noch an, dass die Umschichtungen ihrer Mittel zu Gunsten der Hochwassergeschädigten erfolgen sollen. Am 23.08. wendet sich der Landrat mit einem Schreiben an die Kreistagsfraktionen zur Bildung einer Kommission zur Spendenverteilung im Landkreis. Frau Sojka hat dazu einiges gesagt. Die Mitglieder sollten bis zum 28.08. benannt werden und die erste Sitzung war am 30.08. Nun muss ich aber fragen, was mit der Aufforderung des Innenministeriums geworden ist, das am 21.08. das Schadensereignis anerkannt worden und die Aufforderung ergangen ist, die Schadenskommission für staatliche Hilfen zu bilden. Hat man vor lauter Geld verteilen - wie bereits gesagt worden ist 1,3 Mio. € - diese eigentliche Büroarbeit vergessen?

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Nein.)

Das sieht aber so aus.

Am 10.09., das heißt nach 18 Tagen, mahnt Minister Gnauck, wie der Zeitung zu entnehmen war, die Bildung der Kommission an. Nach meiner Kenntnis tagt sie nun endlich zum ersten Mal, nachdem sie eingewiesen ist, am 16.09.

Meine Damen und Herren, das ist eigentlich in der zeitlichen Reihenfolge das Problem, das wir hier zu behandeln haben. Die schnelle Hilfe für die Kommune wäre meiner Meinung nach eher möglich gewesen, wenn man den Aufforderungen nachgekommen wäre.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Die Hilfe ist dann möglich, wenn das Geld zur Verfügung steht.)

(Beifall bei der CDU)

Punkt 4 - Berichterstattung der Landesregierung: Ich glaube, Ergänzungen sind dazu nicht notwendig, der Bericht war umfassend. Er beinhaltete mehr Aussagen als eigentlich gefragt worden ist. Zur Aussprache, Frau Sojka, möchte ich sagen: Sie hätten einen Teil Ihres Beitrags streichen müssen, wenn Sie den Ausführungen des Ministers zugehört hätten, denn das war noch Schnee von gestern.

(Beifall bei der CDU)

Fazit an die Antragsteller: Meine sehr verehrten Damen und Herren der SPD-Fraktion, dieser Antrag ist wie ein Bumerang, man muss aufpassen, dass er einem nicht um die Ohren fliegt. Im Übrigen, bevor man eine Frage stellt, sollte man wenigstens alle möglichen Antworten bedenken. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Schemmel, noch eine Redemeldung? Ja, bitte.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Wenn jemand sagt, dieser Antrag ist wie ein Bumerang, dann unterstellt er, dass er aus taktischen Gründen gemacht wurde und wir uns heimlich die Hände gerieben hätten, wenn heute keine Hilfe avisiert worden wäre. Herr Schröter, da liegen Sie vollkommen neben der Mütze.

(Beifall bei der SPD)

Es ging eigentlich mit diesem Antrag wirklich nur darum - ich bin dankbar, dass es heute gelungen ist, von diesem Podium gleich den Kommunen dieses zu sagen -, nachzufragen, ob und wann Hilfe für die Kommunen möglich ist. Das ist kein Bumerang. Ich habe selbstverständlich auch diese Antwort bedacht, dass nun alles in Butter sei. Aber das ist doch gerade das Gute an der Frage, dass das meiste nun geregelt ist. Es wäre nicht gut gewesen heute zu hören, die Bundes- oder Landesregierung hätte versagt und würde nicht helfen. Die gute und erwartete Nachricht ist, dass den Kommunen im Altenburger Land geholfen wird. Ich verstehe ihre Aussage nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit schließe ich die Aussprache zum Bericht und stelle fest, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Dem wird nicht widersprochen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**

Maßnahmen des vorsorgenden Hochwasserschutzes

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2677 -

Ich nehme an, eine Begründung durch die einreichende Fraktion wird nicht gewünscht, da der Bericht gegeben wird. Herr Staatssekretär Illert, bitte.

Illert, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die unmittelbaren Elbanliegerländer Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch Brandenburg wurden im August 2002 von einem außerordentlichen Hochwasserereignis der Elbe heimgesucht. In Sachsen wurde dies zusätzlich verschärft durch ein historisch noch nie belegtes Katastrophenhochwasser vor allem an den Elbenebenflüssen Mulde und Müglitz. Die Bilder sind auch uns noch frisch in Erinnerung und sie haben zu einer Betroffenheit geführt, die ihresgleichen in der neueren deutschen Geschichte seit der Hochwasserflutkatastrophe in Hamburg 1962 sucht.

Thüringen war hiervon nur im äußersten Osten und Nordosten im Landkreis Altenburger Land betroffen, durch den die Pleiße mit ihren Nebengewässern fließt. In erheblichem Umfang nahmen Sachgüter und infrastrukturelle Einrichtungen leider auch im Altenburger Land Schaden. Glücklicherweise kamen keine Menschen in ernsthafte Gefahr. Zudem ließ uns der Hochwasserablauf Zeit und Raum rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu aktivieren. Unser Hochwassermeldedienst und die Alarmierungspläne in Thüringen haben gut funktioniert. Dies ist eine bedeutende Leistung, denn der Wasserstand stieg in 16 Stunden um 3,40 m. Allein der Anstieg am 12. August zwischen 7.15 Uhr und 8.15 Uhr betrug 60 Zentimeter in einer Stunde. Ich danke herzlich allen, die in dauerndem Einsatz halfen zu warnen, zu retten und zu schützen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich werde, meine Damen und Herren, meinen Bericht ausschließlich auf die Erfahrungen und Möglichkeiten des Hochwasserschutzes innerhalb des Freistaats Thüringen beschränken. Eine Auswertung der aktuellen Hochwassererfahrungen in unseren Nachbarländern ist solide derzeit noch nicht möglich. Ich bitte daher um Verständnis, dass weiter gehende Abstimmungen mit den Nachbarländern im Ergebnis der aktuellen Ereignisse noch nicht erfolgt sein können. Natürlich werden wir uns mit den Nachbarländern beraten, wenn die Erfahrungen dort so weit aufgearbeitet sind, dass Folgerungen gezogen werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anders, als wohl die SPD meint, ist vorbeugender Hochwasserschutz in Thü-

ringen kein neues Thema. Die andauernde Aktualität können Sie allein daran ersehen, dass aktuelle Novellierungen des Thüringer Wassergesetzes oder Rechtsverordnungen zu Überschwemmungsgebieten hierauf Bezug nehmen und auch in der öffentlichen Diskussion stehen. Neben der den Thüringern traditionell innewohnenden Sensibilität bezüglich Hochwasser existieren im Hochwasserentstehungsgebiet Thüringen eine Vielzahl von wasserwirtschaftlichen Anlagen, die sich in dieser Aufgabe bewährt haben und Teil der Daseinsvorsorge geworden sind. Inhaltlich brandaktuelle Broschüren sowie "Vorbeugender Hochwasserschutz in Thüringen" und "Vorsorgender naturnaher Hochwasserschutz" wurden in den letzten zwei Jahren herausgegeben und sorgen dafür, dass nicht nur die Verwaltung, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit weiterhin Informationen aus erster Hand zur Thematik bekommen. Wir haben Ihnen diese Broschüren noch einmal in Ihre Fächer legen lassen.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass oftmals wohlmeinend diskutierte Maßnahmen im Einzugsgebiet, die die Speicherwirkung des Bewuchses, des Bodens, des Geländes oder des Gewässernetzes nutzen und verbessern sollen und auch ökologisch eine Aufwertung darstellen können, für große Hochwässer - erst recht für außergewöhnliche Katastrophenhochwässer - ohne messbare Wirkung bleiben. So können ausgedehnte und lang anhaltende Niederschläge in kürzester Zeit zu einem vollständigen Verbrauch aller natürlichen Speicherwirkung im Boden bis hin zu seiner Sättigung führen, so dass eine natürliche Versiegelung der Oberfläche auftritt. Der Abfluss erfolgt dann vergleichbar wie von einer Asphaltfläche. Es ist also die Wirkungsabschätzung von Maßnahmen von großer Bedeutung, auf welches Stauziel für die örtliche Wirkung oder den Fernbereich sie gerichtet werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hochwasservorsorge hat das Ziel, langfristig und mit angemessenem Aufwand die Schadwirkung von Hochwasser - soweit denn möglich - in Grenzen zu halten. Da große Hochwässer zu unvermeidbaren Überschwemmungen führen, müssen Vorsorgemaßnahmen vorbereitet sein bzw. werden, um für diesen Fall in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten gerüstet zu sein. Staatliche und kommunale Vorsorge, aber auch eigenverantwortliches Handeln der Bürgerinnen und Bürger sollten dabei aufeinander abgestimmt sein. Die Vorsorge bezieht sich 1. auf die Verhaltensvorsorge, die alle Maßnahmen umfasst, die im Hochwasserfall durch richtiges Verhalten den Schaden gering halten. Dieses, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, betrifft wohl den Punkt 8, wenn Sie den so gemeint haben. Punkt 2. - Flächenvorsorge -, die das Freihalten hochwassergefährdeter Bereiche vor Bebauung beschreibt; dies betrifft wohl Ihre Punkte 1 bis 7 in Ihrem Antrag. 3. - Bauvorsorge -, die den Schutz der bestehenden Gebäude und deren Nutzung gegen Hochwasser zum Inhalt hat; dies betrifft wohl Ihre Punkte 3 und 4. 4., ein Punkt, den Sie nicht angesprochen haben, der uns aber von Bedeutung zu sein scheint - Risikovorsorge für den Fall, dass die Hochwasserschutz-

maßnahmen bei extremem Hochwasser nicht ausreichen und dadurch Hochwasserschäden eintreten.

Zunächst zur Verhaltensvorsorge: Hierzu zählen die Vorhaltung und Fortschreibung der Hochwassermeldeordnung, die Verbesserung der Hochwasservorhersage, die Information der Bevölkerung über ihre individuelle Hochwassergefährdung, die Aufstellung und Fortschreibung von Alarm- und Einsatzplänen, die Aus- und Fortbildung von Einsatzkräften. Thüringen hat einen leistungsfähigen Hochwassermeldedienst mit 52 Hochwassermeldepegeln. Dies ist im Vergleich mit anderen Ländern in Deutschland eine sehr hohe Dichte. Zur Verwendung im Hochwassernachrichtendienst werden die Werte automatisch fernübertragen und in den drei Hochwassernachrichtenzentralen verarbeitet. Dazu steht in den Zentralen moderne EDV-Technik zur Verfügung, die aus den fernübertragenen Werten sowie aus Angaben zu Niederschlag, ggf. Schneeabtau, Prognosen über die nächsten Stunden ermöglicht. Alle Daten werden laufend aktualisiert und stehen der Öffentlichkeit - also jedermann - im Internet permanent über die Internetadresse der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie zur Verfügung.

Die Thüringer Flussgebiete, meine Damen und Herren, sind Hochwasserentstehungsgebiete. Die Laufzeiten entstehender Hochwasser sind kurz und die Vorwarnzeiten anders als man dieses von Rhein, Elbe oder Donau kennt, nur in Stunden anzusetzen. Die Reaktionszeiten, um operativ Schutzmaßnahmen einleiten zu können, sind begrenzt. Es wird derzeit auch unter Mithilfe von Thüringen daran gearbeitet, Wetterradar- und Niederschlagsprognose in Hochwassermodelle zu implementieren. Hierdurch lassen sich möglicherweise die Entscheidungszeitpunkte vorverlegen, was die Reaktionszeiträume vergrößert. Bisher allerdings geht dieses mit einem noch nicht hinnehmbaren Verlust an Vorhersagegenauigkeit einher.

Gekoppelt an den Hochwasserwarn- und -meldedienst ist die Ausrufung von Alarmstufen für einzelne Gewässer oder ganze Landkreise durch die Wasserbehörden. Die hierfür maßgeblichen Richtwasserstände sind orientiert an den bekannten Gefahrenpotenzialen in den betroffenen Gebieten. Werden die überschritten, sind Folgemaßnahmen wie Kontrolldienst, Wachdienst und Hochwasserabwehr zu treffen. Es ist nach dem letzten Ereignis erneut zu überprüfen, inwieweit Veränderungen bei den Richtwasserständen, der Einschätzung der Gefährdungspotenziale oder den Folgemaßnahmen vorzunehmen sind. Die bei den örtlichen zuständigen Katastrophenschutzbehörden - dies sind die Landkreise bzw. kreisfreien Städte - vorliegenden Kreisbeschreibungen, Einsatz- und Alarmpläne, werden regelmäßig aktualisiert, um einen reibungslosen Handlungsablauf auch unter Einbeziehung ziviler Kräfte und Mittel zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist stets und immer wieder aufs Neue die Nutzung der verschiedenartigen Möglichkeiten der Medien für eine sachgerechte Alarmierung zu prüfen. Dies gilt insbesondere auch für die Erstwarnung der Bewohner zu ungünstigen Zeitpunkten, wie

etwa nachts oder auch bei Strom- und Telefonausfall.

Zum zweiten Hauptpunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, zur Flächenvorsorge: Als gemeinhin geeignetste Form der Flächenvorsorge, mancherorts auch geeignetste Vorsorgemaßnahmen schlechthin, gilt die Sicherung der überschwemmungsgefährdeten Gebiete vor anderweitigen Nutzern. In festgestellten Überschwemmungsgebieten bedarf die Errichtung von baulichen Anlagen einer wasserrechtlichen Genehmigung. Diese kann nur in Ausnahmefällen erteilt werden, und zwar nur dann, wenn keine wesentliche Beeinträchtigung des Hochwasserabflusses und keine Gefahr für die Gewässergüte vorliegt und auch sonst Belange des Wasserhaushalts nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Verlust von Retentionsraum muss danach im betroffenen Gewässerabschnitt ausgeglichen werden, so dass für den Abfluss des so genannten hundertjährigen Hochwassers der notwendige Raum zur Verfügung steht. Im Zuge von ca. 120 Rechtsverordnungsverfahren werden die bisher bestehenden Hochwasserschutzgebiete nach DDR-Recht als auch die Arbeitskarten der oberen Wasserbehörde in bundesdeutsches Recht überführt. Dieses geschieht bis längstens zum Jahre 2010. Da bis zu diesem Zeitpunkt die ausgesprochenen Verbote und Einschränkungen Bestandskraft haben, besteht keine Rechtslücke.

Um den Ausnahmecharakter einer Bebauung im Überschwemmungsgebiet zu verdeutlichen, soll § 81 des Thüringer Wassergesetzes unmissverständlicher gefasst werden. Ziel ist es, die Ausweisung neuer Baugebiete und die nachteilige Beeinflussung der Überschwemmungsgebiete im Außenbereich konsequent zu unterbinden. Im Übrigen sollen mit der Neuregelung auch die Anforderungen an eine Ausnahmegenehmigung präzisiert werden. In Einzugsgebietsbereichen, in denen keine rechtlichen Absicherungen als Überschwemmungsgebiet bestehen, sind die Einwirkungsmöglichkeiten etwa auf das Baugeschehen durch die Wasserbehörden gering. Bis zu einer förmlichen Feststellung können die Wasserbehörden bei der Freihaltung der Überschwemmungsflächen nur dadurch unterstützt werden, dass die Baubehörden im Rahmen ihres Vollzugs die einschlägigen baurechtlichen Normen konsequent anwenden. Probleme treten derzeit regelmäßig noch dort auf, wo Bebauungspläne bereits bestehen und diese umgesetzt werden.

Bereits im Landesentwicklungsprogramm von 1993, meine Damen und Herren, wurden Aussagen zur Bewahrung und Verbesserung natürlicher Retentionsräume zur Flächenversiegelung sowie zum Bau von Hochwasserrückhaltebecken getroffen. Im Entwurf zum Landesentwicklungsplan 2003 werden konsequent die raumordnerischen Instrumente zum Erhalt und zur Wiederherstellung von Retentionsräumen und versickerungsfähigen Böden eingesetzt, und es wird auf eine vorsorgende Risikobetrachtung in überflutungsgefährdeten Räumen, das heißt, in den Räumen hinter den Deichen, die bisher als sicher galten, hingewirkt. Insbesondere geht es um die Freihaltung der

natürlichen Überschwemmungsbereiche, die verträgliche Nutzung dieser Bereiche sowie um die Reduzierung der Flächenversiegelung zur Erhaltung der Versickerungsfähigkeit des Bodens.

Die Renaturierung ufernaher Bereiche wird durch das Umwandlungsgebot für Acker in Grünland in den Überschwemmungsgebietsverordnungen ebenfalls mit geregelt. Die Wirkungen solcher Maßnahmen zum Gewässer- und Erosionsschutz sind außerordentlich bedeutsam. Hinsichtlich ihrer Bedeutung zur Rückhaltung von Hochwasser sind sie aber eher als gering einzuschätzen.

Darüber hinaus können, wo immer möglich, ausgedeichte Flächen in die natürliche Abflussdynamik einbezogen werden. Diese als Rückgewinnung früherer Überschwemmungsgebiete im Sinne von § 32 Abs. 2 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz gegebene Möglichkeit wurde im Zuge der Auswertung der Hochwasser am Rhein in den Jahren 1993 und 1995 gesetzlich verankert. Für Thüringen relevante Rückgewinnungen wären gegebenenfalls im Unstrut-Gebiet, aber nur an Standorten, an denen Ringeindeichungen von Ortslagen möglich sind, gegeben. Diese sind aber nur gegen Entschädigungszahlungen gegenüber den Landeigentümern durchsetzbar. An der Werra bei Wartha ist eine Hochwasserschutzmaßnahme in der Planung, die bei Rücknahme einer Verwallung am Werraufer die frühzeitige Inanspruchnahme der Retention in der Aue ermöglicht. Gleichzeitig ist dann eine Ringeindeichung der stets hochwassergefährdeten Ortslage Wartha vorzusehen. Die gewonnenen Erfahrungen sollten in geeigneter Weise auf andere Standorte übertragen werden.

Zur Flächenvorsorge, meine Damen und Herren, gehören auch Maßnahmen, die zur Verbesserung der Infikationskapazität und Wasserspeicherkapazität der Böden führen. Die Agrarministerkonferenz hat sich in ihrer Sitzung in der vergangenen Woche bei intensiver Mitwirkung der Vertreter Thüringens an den Beschlüssen mit diesen Fragen beschäftigt und entsprechende Beschlüsse auch hinsichtlich der Veränderung von Fördergrundsätzen in der Gemeinschaftsausgabe befasst. Für Thüringen ergeben sich allerdings erst dann neue Perspektiven, wenn tatsächlich das Prämiensystem der europäischen Agrarpolitik so verändert werden kann, dass die Benachteiligung von Grünland gegenüber Ackerland aufgehoben wird. Bei diesem Anliegen hat die Bundesregierung unsere Unterstützung.

Der dritte Schwerpunkt, meine Damen und Herren, ist die Bauvorsorge. Technische Hochwasserschutzmaßnahmen können in Bezug auf klar definierte Schutzziele Hochwasserscheitel in besonders effektiver Weise reduzieren. Zu diesen technischen Hochwasserschutzmaßnahmen gehören die Hochwasserrückhaltebecken ebenso wie die Hochwasserschutzräume in den Trink- und Brauchwassertalsperren. Die Wirkung dieser Hochwasserrückhalteräume, die nichts anderes als künstliche Retentionsräume darstellen, nimmt ebenso wie die der natürlichen Retentionsräume, bezogen auf die Unterlieger, mit zunehmender Ent-

fernung ab. Man unterscheidet Maßnahmen zum Wasserrückhalt von Maßnahmen in direkt gefährdeten Gebieten. Als Maßnahmen zum Wasserrückhalt gelten in der bautechnischen Rückhaltung Talsperren und Rückhaltebecken, aber auch Polder im Seitenschluss des Gewässers und Hochwasserschutzräume in Mehrzweckspeichern.

Wir sind der Auffassung, dass vor der Festlegung neuer baulicher Hochwasserschutzmaßnahmen stets die Wirkung vorhandener Anlagen und die Möglichkeiten zur Verbesserung der Bewirtschaftung vorhandener Rückhaltungen zu prüfen sind und entsprechende Möglichkeiten genutzt werden müssen. Es stehen in Thüringen zum Hochwasserschutz 150 Talsperren und 22 Hochwasserrückhaltebecken mit einem gesamten Hochwasserschutzraum von rund 170 Mio. m³ zur Verfügung. Dazu gibt es Deichanlagen an 410 Flusskilometern. Diese Anlagen gilt es in Gegenwart und Zukunft nach den technischen Regeln zu unterhalten, bei Erfordernis zu sanieren sowie Schwachstellen je nach Gefährungsgrad sofort oder schrittweise zu beseitigen. Nach Abwägung von Aufwand und Vorteil von technischen Hochwasserschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung bekannter Schäden und Hochwassergefährdungen haben sich in Thüringen Hochwasserrückhaltebecken im Einzelfall bewährt. Sie tragen erheblich zur Scheitelreduzierung und Minimierung von Schadensereignissen bei. Aus diesem Grund werden im Landesentwicklungsprogramm und den regionalen Raumordnungsplänen Räume für derartige Becken freigehalten. Ihre Schutzwirkung wird natürlich durch ihr Volumen bestimmt. Beispiele sind das Rückhaltebecken Lengfeld an der Lahn in Nordthüringen mit überörtlicher Wirkung, aber auch mit regionaler Wirkung etwa wie Straußfurt an der Unstrut. Gegenwärtig wird das Rückhaltebecken Angelroda an der Zahmen Gera planungstechnisch bearbeitet. Für das Rückhaltebecken Eisfeld an der Werra werden die Möglichkeiten der Errichtung geprüft. Gezielte Entlastungen in Überflutungsräumen, wie etwa an den Poldern an der Unstrut, können trotz gegebenenfalls entschädigungspflichtigem Einstau landwirtschaftlicher Flächen dennoch zur Abwendung außerordentlicher Gefahren für die Bevölkerung am Unterlauf der Unstrut führen.

In den Trinkwassertalsperren und größeren Brauchwassertalsperren ist über die in den Bewirtschaftungsdokumenten festgelegten Grenzwerte und die Anpassungen nach dem Hochwasserereignis 1994 keine weitere zusätzliche Freihaltung von Hochwasserschutzraum möglich. Es wird in diesem Zusammenhang aber immer wieder die Frage nach dem Wert von Vorentlastungen von Talsperren gestellt, um bei angekündigten Schadensereignissen schnell zusätzlich Schutzraum in der Sperre zu haben. Bei Eintreten von Unwetterlagen steht in der Regel, meine Damen und Herren, in Thüringen nur ein sehr kurzer Zeitraum zur Verfügung. Ich wies bereits darauf hin. Der durch Vorentlastungen erreichbare Effekt ist daher zeitlich eng befristet und dadurch mengenmäßig relativ gering. Vergleichbare Berechnungen zur Wirkung von Entleerungen von Flusstauehaltungen vor dem Hochwasser

haben klar gezeigt, dass entsprechende Entleerungen im Ereignisfall viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen, um wirksame Effekte zu erreichen.

Wie sieht es nun aus mit Maßnahmen in direkt gefährdeten Bereichen? Hier geht es um Eindeichungen, Erhöhung, Ertüchtigung und Rückverlegung von Deichen, die Vergrößerungen von Abflussquerschnitten in Flutmulden und Mauern um mobile Schutzelemente. Ortsbezogene Hochwasserschutzmaßnahmen, wie z.B. Flutgräben, Mauern und Ringdeiche, haben keine Auswirkungen oder nur geringe auf die Unterlieger. Hochwasserschutz durch Ableitung bieten beispielsweise Flutgräben, wie wir sie in Erfurt oder in Meiningen kennen. Es gibt aber auch Flutkanäle im Unstrut-Gebiet. In den ausgelegten Broschüren können Sie dieses nachlesen. In zunehmendem Maße wird aber in engen Siedlungsbereichen oder wegen der Beeinträchtigung des Stadtbildes durch dauerhafte Hochwasserschutzanlagen Hochwasserschutz durch mobile Schutzelemente vorgezogen. Während die Prüfung dieser Nutzungsfähigkeit für die anstehenden Hochwasserprobleme in Sondershausen zu einer anderen Lösung führte, ist die regionale Vorhaltung entsprechend der Elemente mit Einsatzmöglichkeiten an verschiedenen Orten bei flussbezogenen Kleinereignissen noch in der Diskussion. Voraussetzung hierfür ist aber eine vielmalige Wiederverwendbarkeit sowie das ausreichende Training zum schnellen Aufbau dieser Anlagen im Ereignisfall. Leider muss für unser Land als typisches Hochwasserentstehungsgebiet mit sehr kurzen Vorwarnzeiten gerechnet werden, so dass solche Schutzsysteme in der Regel allein schon aus Zeitgründen weniger geeignete Maßnahmen zum Hochwasserschutz sind.

In Auswertung der Ergebnisse des Oderhochwassers 1997 wurden die wasserwirtschaftlichen Anlagen an Gewässern erster Ordnung, die in der Unterhaltungslast des Freistaats Thüringen stehen, seit 1998 einer Zustandsbewertung unterzogen. Dabei erfolgte neben der Abschätzung der Zustandsbewertung und der Abschätzung der potenziellen Gefahren bei Versagen der Anlage die Ableitung einer Rangfolge der Sanierungspriorität unter Berücksichtigung verschiedener Dringlichkeitsstufen. Diese zunächst in Nordthüringen begonnenen und in den Landkreisen Gotha und Sömmerda sowie den kreisfreien Städten Erfurt und Weimar mit dem Schwerpunkt hochwasserrelevanter Anlagen fortgesetzten Untersuchungen fließen in das staatliche Wasserbauprogramm ein und werden sukzessive abgearbeitet. Mittelfristig müssen unter anderem alle erfassten und bewerteten Deiche nach den Anforderungen der DIN 19712 ertüchtigt werden. Unter der Voraussetzung, dass die Funktionsfähigkeit der Deiche gegeben ist, sind Pflege und Sicherung des Ist-Zustands weitere Unterhaltungserfordernisse, zu beachten etwa die zweite Maht pro Jahr, die Rodung von stark mit Sträuchern und Bäumen bewachsenen Deichen, die ständige Schädlingsbekämpfung, vornehmlich gegen Bisamratten, die Räumung von Deichseitengräben, die Anlage von Deichhinterwegen zur Gewährleistung der Erreichbarkeit usw.

Ein Punkt, der auch jetzt bei dem Elbehochwasser wieder eine große Rolle gespielt hat, ist die Frage des Bewuchses der Deiche mit Sträuchern und Bäumen. Vielfach führt falsch verstandener Naturschutz dazu, dass diese Deichanlagen durch diesen Bewuchs bautechnisch gefährdet sind. Hier werden wir uns auch in Thüringen besonders kümmern müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Bauvorsorge gehören auch, ich hatte dies eingangs bereits erwähnt, Maßnahmen, die vornehmlich von Gewässerökologen gefordert werden. Maßnahmen zur Verminderung zusätzlicher Flächenversiegelung bzw. zur Flächenentsiegelung sind dies, die Gewässerrenaturierung, die Anlage und der Erhalt von Kleinstrückhalten bzw. die Unterbindung der Verbauung und die Kanalisierung von Gewässern. All diese Maßnahme erfordern auch im Sinne der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes unsere volle Aufmerksamkeit. Sie sind bei kleineren Hochwässern, aber auch bei örtlichem Starkregen geeignet, einen wesentlichen Beitrag zur Dämpfung von Hochwasserwellen durch Erhöhung der Infiltrationsfähigkeit und Wasserspeicherkapazität des Bodens, aber auch durch Rückhalt im Gewässerraum bei gleichzeitiger Verringerung der Fließzeiten zu leisten. Sie können aber in der Regel keinen bedeutsamen Beitrag bei großen flächenhaften Hochwasserereignissen bringen. Diese angesprochenen so genannten ökologischen Maßnahmen können technische Vorsorgemaßnahmen nicht ersetzen, sie entfalten aber gegebenenfalls in der Kombination mit diesen die erwartete Wirkung. Mit dieser Zielstellung werden sie auch von unseren Wasserbehörden propagiert. Ich verweise hierzu auch besonders auf diese Broschüre "Vorsorgender naturnaher Hochwasserschutz".

Wir achten, meine Damen und Herren, innerhalb des staatlichen Wasserbauprogramms genau darauf, dass der Ausbau von Gewässern nicht zur Kanalisierung führt. Dies findet auch bei der Bewilligung von Geldern zu Maßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung für die unterhaltungspflichtigen Gemeinden seinen Niederschlag. In gleicher Weise werden die Instrumente der Ausgleichs- und Eingriffsregelungen nach dem Naturschutzrecht bei planungspflichtigen Ausbaumaßnahmen genutzt. Die Erhaltung und Wiederherstellung des natürlichen Wasserrückhalte- und -speichervermögens wird auch erreicht durch Beschränkung der Bodenversiegelung, durch geeignete Instrumente der Raumordnung im Zuge der Bauleitplanung wie etwa Vorgaben in den Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen sowie auch hier der Nutzung der Eingriffsregelung mit Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsangeboten. Gegebenfalls sind auch Einflussnahmen über kommunale Entwässerungssatzungen möglich.

Das vierte große Thema zur Vorsorge beim Hochwasserschutz muss der Risikovorsorge gelten. Nach allen Investitionen in den natürlichen Wasserrückhalt, den technischen Hochwasserschutz und weitere Möglichkeiten des vorsorgenden Hochwasserschutzes im oben beschriebenen Umfang bleibt dennoch, meine Damen und Herren,

das Risiko der Hochwasserüberflutung mit realem Hintergrund. Wir haben dies alles erlebt. Bei einer Aufteilung der Risikovorsorge in öffentliche Vorsorge und Eigenvorsorge, etwa durch angepasste Bauweisen, und in versicherungsgestützte Eigenvorsorge können am sinnvollsten bezahlbare Effekte erreicht werden. Die öffentliche Vorsorge erstreckt sich dabei weitestgehend auf den baulichen Hochwasserschutz. Richtig verstandene Eigenvorsorge berücksichtigt das Risiko der Ausübung bestimmter Nutzungen im gewässernahen Raum, etwa das Meiden gefährdeter Gebiete auch ohne Verbot der öffentlichen Verwaltung. Nicht zuletzt haben in Folge der Hochwasser an Rhein, Oder und Donau die Versicherungsgesellschaften begonnen, Versicherungen gegen Elementarschäden, so auch gegen Hochwasser, anzubieten. Der Schlüssel zur Begrenzung von Hochwasserschäden liegt dabei im Zusammenwirken von staatlicher Vorsorge und eigenverantwortlichem Handeln des Einzelnen. Die Agrarministerkonferenz hat sich in der letzten Woche auch zu diesen Belangen verständigt und sich dafür ausgesprochen, eine Mehrgefahrenversicherung einzuführen. Wir hoffen sehr, dass nun endlich die Bundesregierung diesen aus den Hochwassererfahrungen geborenen Vorschlag aufgreift. Frau Künast hatte leider vor einem guten Jahr den von Sachsen vorgetragenen Vorschlag auf Einführung einer derartigen Versicherung abgelehnt. Hoffentlich gibt sie nun vor dem Hintergrund der neuesten Hochwasserereignisse ihren Widerstand auf.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich noch auf die Talsperre Windischleuba, das ist der Punkt 10 Ihres Antrags, zu sprechen komme, erlauben Sie bitte noch eine, wenn auch eine kurze, Ausführung zur Frage grenzüberschreitender Abstimmungen mit den Nachbarländern. Dieses ist der Punkt 9 Ihres Antrags. Der Freistaat Thüringen hat Verwaltungsvereinbarungen zum Datenaustausch mit den Nachbarländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Neben den gegenseitig ausgetauschten Hochwassermeldeordnungen, den richtigerweise nicht nach Ländergrenzen orientierten Bewirtschaftungsplänen der Talsperren sowie den Richtlinien zur Steuerung von Hochwasserschutzanlagen im Unstrut-Helbe-Gebiet und der Saaletalsperrensteuerung findet darüber hinaus ein enger und reger Austausch im Rahmen der Flussgebietsgemeinschaften wie der "Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Weser" oder der "Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe" statt. Das "Hochwasseraktionsprogramm Weser" wurde im Jahre 2001 verabschiedet, solche Aktionspläne sind für die anderen Flussgebiete noch zu erstellen. Parallel werden die Bewirtschaftungspläne nach den europäischen Wasserrahmenrichtlinien künftig den Rahmen setzen für länderübergreifende Maßnahmenprogramme. Diese sind zwar nicht vordergründig dem Thema "Hochwasserschutz" zugeordnet, haben aber letztlich auch Auswirkungen auf diesen Bereich.

Was nun die Talsperre Windischleuba angeht, verweise ich auf die Beantwortung der Mündlichen Anfragen der Herren Abgeordneten Sonntag und Kummer. Die Talsperre Windischleuba ist technisch zum ausdrücklichen Hochwasserschutz für die unterhalb liegenden Gemeinden in Thüringen und Sachsen nicht geeignet. Sie kann demnach auch nicht dafür eingesetzt werden. Wir haben in Dresden nun um verbindliche Auskunft gebeten, ob Sachsen als Eigentümer der Anlage vor dem Hintergrund des abgelaufenen Hochwasserereignisses seine Bewirtschaftungspläne für diese Anlage ändert und eine Umnutzung zum Hochwasserschutz für die unterhalb liegenden sächsischen Gemeinden vorsehen will. Für diesen Fall bietet sich eine Beteiligung Thüringens im Umfang des entstehenden Vorteils für sein Landesgebiet an. Sollte Sachsen aber weiterhin daran festhalten, die Anlage eher aufzugeben, wird für uns zu klären sein, in welchem Umfang dortige Hochwasserschutzmaßnahmen, wie etwa Eindeichungen, in das Hochwasserschutzprogramm des Landes eingeordnet werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Der Mensch kann, wenn auch nur begrenzt, Einfluss auf das Hochwassergeschehen nehmen. Vorrangig werden Hochwässer dieser Größenordnung aber durch natürliche Prozesse gesteuert. Hingegen unterliegt das Anwachsen der Werte und Güter, die bei Hochwasserereignissen Schaden nehmen können, nahezu vollständig der Kontrolle des Menschen. Der Mensch kann Naturereignisse letztlich nicht verhindern, er kann aber wohl den Umfang des möglichen Schadens durch rechtzeitige Vorsorge reduzieren. Zum Beispiel war sowohl im Fall des überfluteten Autoverteilungszentrums als auch der neu entstandenen Gebäude des sozialen Wohnungsbaus in Gössnitz vor Baubeginn von den Behörden auf das Gefahrenpotenzial aufmerksam gemacht worden.

Der Freistaat Thüringen ist gut beraten, die von mir dargelegten Aktivitäten fortzusetzen und integriert zu handeln. Nur das Bündel der Maßnahmen von natürlicher Wasserrückhaltung, technischem Hochwasserschutz, Verminderung des Schadenpotenzials, des Bewusstmachens einer verbleibenden Hochwassergefahr und der Notwendigkeit der Eigenvorsorge führt gesamthaft zur Verbesserung des Hochwasserschutzes. Hochwasserschutz muss als fachübergreifendes Flächen- und Gewässermanagement verstanden werden, so wie es die europäische Wasserrahmenrichtlinie insgesamt fordert. Ein alter Spruch unter Wasserleuten sagt, meine Damen und Herren: Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser. Thüringen hat Tradition beim vorsorgenden Hochwasserschutz, dies gilt es zu bewahren und auszubauen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Möchte eine Fraktion - die SPD-Fraktion möchte die Aussprache zu dem Bericht? Als ersten Redner rufe ich auf

Herrn Abgeordneten Kummer, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zuerst möchte ich mich beim Ministerium noch mal ganz herzlich bedanken, dass Sie uns so vorsorgend wunderschöne Materialien zur Verfügung gestellt haben in den letzten Tagen, die allerdings vom September 2000 und November 2001 stammten. Ich meine, sie sind heute immer noch aktuell, aber wenn ich es Ihnen mal zeigen darf, wir haben sie vor einem Jahr schon mal bekommen.

(Beifall bei der PDS)

Sie sind an alle Landtagsmitglieder ausgegeben worden, wir heben so etwas ganz gut auf, ich weiß nicht, wie das bei den Damen und Herren der CDU-Fraktion ist, aber, ich denke, wenn wir etwas weniger von den Broschüren gedruckt hätten und hätten dafür die Bäume stehen lassen, die hätten auch noch ein bisschen was zum Hochwasserschutz tun können.

(Unruhe bei der CDU)

Mal abgesehen davon, das ist natürlich wiederum ein Grund, es dem Ministerium zu danken, wir haben natürlich für die kommenden Haushaltsverhandlungen schon einen kleinen Tipp bekommen, wo wir noch ein bisschen was einsparen können. Aber, meine Damen und Herren, eines muss man den Broschüren lassen, sie sind inhaltlich sehr gut.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der SPD)

Die Ursachen für das Hochwasser sind dort sehr gut dargestellt. Der Herr Staatssekretär hat ja in seiner Rede auch schon viel gesagt, so dass ich jetzt nur noch zu Schwerpunkten für uns kommen muss. Der Ausgang für ein Hochwasser sind Extremniederschläge und Schneeschmelzen, aber was mit diesem Wasser wird und wie schnell es dann zu seinen schrecklichen Wirkungen kommen kann, das liegt unter anderem auch daran, was wir als Menschen bereits getan haben. Hier möchte ich als Erstes das Problem der Versiegelung und der Verdichtung nennen. Laut Diagramm in dieser Broschüre "Vorbeugender Hochwasserschutz" kann es hier bis zu einem achtfachen Abfluss gegenüber dem normalen natürlichen Abfluss kommen.

Die nächste Frage ist die Fließgewässerbegradigung. Sie führt dazu, dass Hochwasser wesentlich schneller abfließt und kann hier zu einem eineinhalbfachen Abfluss gegenüber den natürlichen Bedingungen kommen. Wir haben es also durch diese menschlichen Eingriffe in wesentlich kürzerer Zeit mit gravierenderen Auswirkungen zu tun. Folgerichtig kommt auch in der Broschüre die Forderung zum Ausdruck, dass kein weiteres Überschwem-

mungsgebiet in Bauland umgewandelt werden sollte. Aber, meine Damen und Herren, eine Sache ist mir nicht ganz klar geworden, ich möchte hier mal kurz zitieren aus der Broschüre. Zum Beispiel: "Vorsorgender naturnaher Hochwasserschutz": "Es ist die Aufgabe der Städte und Gemeinden, die Flächennutzungs- und Bebauungspläne in den Auen zu überdenken und in Anbetracht potenzieller Hochwässer keine weiteren Baugebiete in Überschwemmungsgebieten auszuweisen." Das Thüringer Wassergesetz spricht hier allerdings eine andere Sprache. Ich denke, wir können den Städten und Gemeinden nicht so einfach die Verantwortung geben, denn, ich möchte hier aus § 81 des Wassergesetzes "Genehmigung in Überschwemmungsgebieten" zitieren: "In Überschwemmungsgebieten dürfen nur mit Genehmigung der Wasserbehörde die Erdoberfläche erhöht oder vertieft, bauliche Anlagen hergestellt oder verändert, Grünland umgebrochen werden. Bei Genehmigung nach Satz 1 Nr. 2 ist sicherzustellen, dass die Anlagen auch bei Hochwasser standsicher und Gewässerunreinigungen nicht zu besorgen sind." Das heißt also, die Wasserbehörden sind die eigentlich zuständigen dafür, ob in Überschwemmungsgebieten gebaut werden kann oder nicht und hier haben sie auch die entsprechende Verantwortung, die sie wahrnehmen müssen.

Ich möchte auch noch auf den § 84 zur Gewässeraufsicht eingehen. Im Rahmen der Gewässeraufsicht haben die Wasserbehörden und die Umweltämter die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit im Einzelnen oder den Gewässern Gefahren abzuwehren, die durch den Zustand oder die Benutzung der Gewässer, der Ufer, der Deiche, der Überschwemmungs-, Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete und -anlagen hervorgerufen werden.

Meine Damen und Herren, es geht also nicht, dass man sich hinstellt und sagt, wir haben in Thüringen das Problem, dass in einigen Überschwemmungsgebieten gebaut worden ist, aber das haben die Behörden vor Ort nun mal so entschieden. Die Wasserbehörden haben hier eine deutliche Verantwortung und müssen dieser Verantwortung in der nächsten Zeit auch deutlicher nachkommen.

Nun zu dem Problem der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten. Der Minister hat in seiner Pressekonferenz am Mittwoch dazu auch noch ein paar Worte gesagt. Es konnten in Thüringen erst 10 Verfahren abgeschlossen werden. Wir haben noch einige Verfahren vor uns und das Wassergesetz lässt uns dazu Zeit bis 2010. Ich denke aber, wir müssen uns hier wirklich etwas sputen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus meinem Wahlkreis vortragen, welche Probleme diese bisher nicht erfolgte Ausweisung

(Zwischenrufe aus dem Hause)

- dort wo ich gewählt wurde, ja, oder besser gesagt, wo ich kandidiert habe.

(Unruhe bei der CDU)

Sicher, aber Sie müssen das verstehen, meine Damen und Herren, wenn ich das ein bisschen deutlicher hier rüberbringe, es gibt leider keinen direkt gewählten Abgeordneten in diesem Kreis mehr, so dass ich hier also doch ein bisschen unterstützen muss.

(Beifall bei der PDS)

In der Verwaltungsgemeinschaft Feldstein hat ein Bauunternehmer beantragt, für sein Unternehmen eine Fläche zur Verfügung gestellt zu bekommen, wo er sich ein wenig ausbreiten kann. Es geht jetzt hin und her, auch der Petitionsausschuss des Landtags ist mit dieser Frage schon beschäftigt worden. Das Hauptproblem ist bei dieser Baugenehmigung, ob sie erfolgt oder nicht, dass der Bleistiftstrich, der das vorläufige Überschwemmungsgebiet kennzeichnet, eine Breite hat, die fast sein gesamtes Grundstück berührt und man streitet sich jetzt trefflich darum, ob die innere oder äußere Grenze des Bleistiftstrichs maßgeblich ist dafür, ob er nun eine Baugenehmigung bekommt oder nicht. Wir brauchen hier in kürzester Zeit Entscheidungen, was diese Überschwemmungsgebiete angeht, wo wir auch konkret die Grundstücke zuordnen können, damit diese Diskussionen aus der Welt sind und damit nicht weiter in betroffenen Gebieten gebaut werden kann, bloß weil man sagt, die rechtlichen Rahmenbedingungen sind hier nicht klar.

(Beifall Abg. Dr. Kaschuba, PDS)

Meine Damen und Herren, ich möchte zur Neuversiegelung kommen. Im Jahr 2000 sind in Thüringen 8,8 Prozent bezogen auf die gegenwärtige Siedlungs- und Verkehrsfläche zusätzlich neu versiegelt worden. Das ist eine Entwicklung, die ist zwar ein bisschen geringfügiger als im Durchschnitt Deutschlands, aber sie muss dringend gestoppt werden. Wenn wir irgendwo noch Flächen neu versiegeln, dann muss im Gegenzug dazu eine Entsiegelung durchgeführt werden von Flächen, die nicht mehr benötigt werden oder es müssen Maßnahmen wie Dachbegrünung u.ä. genutzt werden, um das schnelle Abfließen von Regenwasser zu verhindern.

Die Rückdrängung der Versiegelung forderte u.a. auch die Staatskanzlei auf der Thüringer Regionalplanertagung in Nordhausen. Meine Damen und Herren, ich denke, mit Wünschen oder mit Forderungen allein ist es aber nicht getan, Sanktionen sind notwendig. Darüber sollten wir auch bei der Weiterbehandlung dieses Themas reden. Unter anderem fordert der Sachverständigenrat für Umweltfragen seit Jahren, dass bei Neubebauung und Versiegelung Abgaben zu erheben sind oder dass die Grundsteuer für Neuversiegelung erhöht werden soll.

Als nächstes Thema möchte ich zur Fließgewässerrenaturierung kommen. Wir haben ja in Thüringen eine Gewässerstrukturkarte vorliegen, die dort deutlich zeigt, wo wir noch große Lücken haben und wo wir schon relativ gute Zustände haben. Ich bin da auch in der letzten Ple-

narsitzung schon einmal darauf eingegangen. Die Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet uns, unsere Fließgewässer bis 2015 in einen naturnahen Zustand zu versetzen. Wir haben da noch große Aufgaben vor uns. Es gibt Pilotprojekte u.a. an der fränkischen Saale, die zeigen, dass man damit nicht nur Geld investieren muss, sondern dass man hier auch Geld sparen kann, nämlich für Wasserbaumaßnahmen. Ich denke, es ist dringend notwendig, dass wir in den nächsten Jahren auch beim Haushalt - der Finanzminister kommt ja gerade vor - Mittel für den Flächenaufkauf einstellen, um unseren Fließgewässern wieder die Möglichkeit zu geben, dass sie sich natürlich ausbreiten können. Nur so kann die Hochwasserwelle zeitlich verschoben werden, nur so kann es uns gelingen, dass wir mehr Zeit haben um Vorbereitungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier noch einmal auf die Gewässer zweiter Ordnung zurückkommen, die in der Gewässerstrukturkarte fast nicht berücksichtigt worden sind. Es wird dringend notwendig, dass wir feststellen, wie der Zustand bei Gewässern zweiter Ordnung wirklich ist und dass wir auch hier dafür sorgen, dass bei der knappen Kasse unserer Kommunen die Mittel bereitgestellt werden, den Kommunen die Möglichkeit gegeben wird, dass sie ihre Gewässer auch in einen vernünftigen Zustand bringen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, jetzt noch zu einem Thema, das auch in der Rede von Herrn Staatssekretär relativ wenig Beachtung - oder ich habe es gar nicht gehört - gefunden hat, zur Frage des Klimaschutzes als eines der Hauptprobleme, die uns diese verheerenden Niederschlagsmengen auch bescheren. Auch hierauf ist der Minister in seiner Pressekonferenz am Mittwoch eingegangen. Thüringen nimmt das Zweieinhalbfache des Weltdurchschnitts an CO₂-Emissionen für sich in Anspruch. Das heißt also, wir haben hier eine konkrete Verantwortung für die Entwicklung und hier sind wir verpflichtet, etwas zu tun. Wir leben über unsere Verhältnisse. Das Hauptproblem in Thüringen ist dabei der Verkehr. Wir haben es mit einem steigenden Individualverkehr zu tun aufgrund von weiten Arbeitswegen, aufgrund von weit vom Wohnort entfernten Kindergärten und Schulen. Wir haben Einkaufszentren außerhalb der Orte, wo wir mit dem Auto hinfahren; wir haben eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Straße zu verzeichnen. Im Umweltbericht 2002 des Ministeriums steht Folgendes zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik, was ich ausdrücklich begrüße: "Eine nachdrückliche Verkehrspolitik muss Strategien langfristiger Verkehrsplanung und -vermeidung entwickeln, die gekennzeichnet sind durch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit kürzeren Transportwegen und effizienten Warenverteilungen,

(Beifall bei der PDS)

Ausbau und Nutzung der Möglichkeiten des kombinierten Ladeverkehrs, Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene, Einführung einer streckenabhängigen Schwer-

verkehrsabgabe (Lkw-Maut) als verkehrslenkende Maßnahme, stärkere Förderung des Schienenverkehrs, Ausbau eines leistungsfähigen ÖPNV in Verbindung mit Car-sharing."

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, solche klaren Worte hätte ich mir vom Verkehrsminister gewünscht, aber aus dem Verkehrsministerium kommen ja andere Ideen zu diesen Problemen, wie Ausbau von Autobahnen, Neubau von Autobahnen, Flughafen ausbau, ICE-Bau durch unbesiedelte Gebiete. Meine Damen und Herren, damit werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der PDS)

Wir müssen etwas tun, um das Problem des Hochwasserschutzes in den Griff zu bekommen und um etwas für den Klimaschutz zu tun. Notwendige Maßnahmen wären Maßnahmen gegen die Versiegelungen, wäre die Fließgewässerrenaturierung, die Bereitstellung von weiteren Überschwemmungsflächen, der Bau von weiteren Rückhaltebecken, wo ich auch dem Herrn Staatssekretär sehr dankbar bin, dass hier darüber gesprochen wurde, dass die Prüfung von Eisfeld erfolgt. Ich denke, hier ist auch notwendig, dass man etwas tut. Es ist auch richtig, die Wahl der richtigen Bepflanzung in den Hochwasserentstehungsgebieten zu prüfen und Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen, die ernst gemeint sind und die gerade das Problem, das wir im Verkehr haben, hier auch beseitigen.

(Beifall bei der PDS)

Um darüber zu reden und ein rundes Paket zu schnüren, sollten wir die Ausschussbehandlung nutzen. Und, meine Damen und Herren, es sind nicht nur schöne Reden, es ist auch die Umsetzung des Problems nötig.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kummer, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Seela?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Aber gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön, Herr Seela.

Abgeordneter Seela, CDU:

Das dachte ich mir, herzlichen Dank, Herr Kummer. Herr Kummer, stimmen Sie mir zu, dass es auch im 18. und 19. Jahrhundert Hochwasser gab, wo der Autoverkehr fak-

tisch Null war?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Seela,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wir hatten auch schon eine Eiszeit.)

erst einmal diese Fragen "stimmen Sie mir zu", finde ich ja ganz besonders toll

(Beifall bei der PDS)

und außerdem, sicherlich hat es auch früher schon Hochwässer gegeben, aber es gibt eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse, die auch von Ihrer Landesregierung nicht bezweifelt werden, dass die Zunahme der extremen Ereignisse, die wir heutzutage zu verzeichnen haben, auf eine Klimaveränderung, die von Menschen verursacht wird, zurückzuführen ist. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Krauß zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines ist klar, das Hochwasser in diesem Jahr in Sachsen, Sachsen-Anhalt und zum Glück in geringerem Maß in Thüringen ist in unserem Bewusstsein wesentlich deutlicher geworden als zum Beispiel die Flutkatastrophe an der Oder vor fünf Jahren. Warum? Weil man einfach näher dran ist. Sicher ist für mich eines: Hochwasserkatastrophen dieser Art wird man auch in Zukunft nicht verhindern können, aber die Minderung

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das ist schon mal falsch, Hochwasser kann man verhindern.)

der zerstörerischen Wirkung, die solche Hochwässer mit sich bringen, ist durchaus möglich. Das wird sicher nicht dadurch möglich sein, dass man nun alle Bäume stehen lässt und kein Papier mehr herstellt, sondern das wird durch ein ganzes Bündel anderer Maßnahmen, z.B. die hier angesprochenen baulichen Maßnahmen, bauliche Veränderungen in Überschwemmungsgebieten durchaus möglich sein. Wichtig ist auch eine Frühwarnung, ein guter Katastrophenschutz, der immer auf dem bestmöglichen Ausbildungs- und Ausrüstungsstand ist.

(Beifall bei der CDU)

Genauso wichtig

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ausrüstungsstand.)

sind Talsperren und ihr Management,

(Beifall bei der CDU)

aber auch Regenrückhalte- und Hochwasserrückhaltebecken gewinnen unter dieser Betrachtungsweise zunehmend an Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere hier an den geplanten und fest beabsichtigten Abriss der Krebsbachtalsperre Teichwolframsdorf, der man auch eine Hochwasserschutzwirkung völlig abspricht. Über diese Fälle ist einfach nachzudenken. Zustimmung kann ich durchaus Versiegelungen, zunehmende Flächenversiegelungen sind sicher ein Problem, aber man kann natürlich auch Flächen entsiegeln und es gibt ja einen Abgeordneten, der in der letzten Wahlperiode mal hat durchrechnen lassen, wie viele Jahre es noch dauert, bis Thüringen unter einer Beton- und Asphaltsschicht verschwindet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ja, den Namen, ich habe ihn ganz bewusst nicht erwähnt. Die Verbauungen in Überschwemmungsgebieten,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaus, SPD: Das ist Dittes.)

meine Damen und Herren, das wissen Sie genauso gut wie ich, existieren teilweise schon viele Hundert Jahre. Siedlungsgebiete gibt es nicht erst seit heute und Ansiedlungen an Bach- und Flussläufen sind aus gutem Grund von unseren Vorfahren so gewählt worden. Ob man diese Versiegelungen und diese Bebauungen in Überschwemmungsgebieten weiterhin so betreiben sollte, da habe ich auch meine Zweifel und da sage ich, hier muss ein Umdenken erfolgen. Allerdings, Herr Kummer hat darauf hingewiesen, zuständig sind die Wasserbehörden. Jeder von uns kennt aber auch den Fall, dass Bürgermeister oder Unternehmer kommen und sagen, ich muss genau hier bauen und wenn ich hier nicht bauen darf, dann gehe ich mit meinem Unternehmen weg und dann gibt es hier keine Arbeitsplätze und dann gibt es hier keinen Aufschwung und dann wird doch so mancher weich und sagt, na ja,

(Zwischenruf Abg. Kölbel, CDU: Ausnahmsweise.)

dann wollen wir es ausnahmsweise mal genehmigen. Nun möchte ich nicht die Behörden hier an die Wand gestellt wissen, die teilweise mit erheblichem Druck von außen um ihre Zustimmung gebeten werden. Dann sollten wir uns alle an die Nase fassen und überlegen, ob wir nicht

solche Sachen auch gelegentlich schon mit befördert haben und ein gutes Wort eingelegt haben, dass so etwas doch gehen möge.

(Beifall bei der CDU)

Die Versiegelung muss dringend gestoppt werden, sagt Herr Kummer. Sicher, Herr Kummer, die Versiegelung muss gestoppt werden, aber was machen Sie denn jetzt, wenn Sie die Versiegelung rigoros stoppen wollen? Wir bauen keine Infrastruktur mehr aus, es wird keine Eisenbahn mehr geben, denn auch das ist eine Flächenversiegelung, die Straßen, die Gewerbegebiete, das wird alles sofort gestoppt, um den Hochwasserschutz zu sichern. Dass wir damit aber auch eine direkte Auswirkung auf Infrastruktur und somit auf Arbeitsplätze haben, das hauen Sie uns dann wieder bei der nächsten Arbeitsmarktdiskussion um die Ohren,

(Beifall bei der CDU)

dass wir unfähig sind, das Land so herzurichten, dass hier Menschen leben und arbeiten können.

(Unruhe bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Die müssen aber nicht schwimmen können.)

Zum Klimaschutz habe ich mittlerweile so ein bisschen meine Bauchschmerzen, und das aus mehreren Gründen. Klimaschutz wird immer als dicker Zeigefinger hochgehalten und die Klimakatastrophe, das ist dann die Keule, die auch den Letzten zum Schweigen bringt, der sich ja vielleicht mal Gedanken macht, ob denn überhaupt diese CO₂-Geschichte, die nämlich nur vermutet, aber nicht bewiesen wird, richtig ist. Wenn sich Herr Prof. Schellenhuber im Fernsehen hinsetzt und sagt, wir sind aber die Mehrheit, die die Klimakatastrophe voraussagen, deshalb haben wir Recht, dann muss ich sagen, im Mittelalter gab es eine Mehrheit von Gelehrten, die behauptet hat, die Welt wäre eine Scheibe - hatten die denn Recht?

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Krauß, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Kummer?

Abgeordneter Krauß, CDU:

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Weil Sie das Problem der Arbeitsplätze angesprochen haben, Herr Krauß, ich wollte nur einmal fragen: Könnten Sie mir eine Auskunft geben, wodurch mehr Arbeitsplätze entstehen, durch die Rekonstruktion von vorhandenen Altbauten oder durch den Neubau auf der grünen Wiese?

Abgeordneter Krauß, CDU:

Für kleinere und mittelständische Betriebe ist die Rekonstruktion von Altbauten sicher die arbeitsplatzbringendere Methode, unbestritten, aber hier müssen wir den anderen Aspekt nämlich noch mit anschauen, wenn ich ein Unternehmen habe, das ich ansiedeln will und das in spürbarer Zahl Arbeitskräfte bringt und ich sage denen, du kannst dir die alte Fabrik da herrichten und wir helfen dir sogar noch dabei und der sagt, das mache ich aber nicht, weil es für mich nicht passt und weil es nicht rentabel ist, dann wird er das nicht tun.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Dann sage ich nur, Generalvertrag.)

Wir werden hier immer Kompromisse machen müssen. Liebe Frau Becker, Sie können nun von Ihrem Platz aus krähen, so lange Sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Krauß, ich rüge Sie jetzt für diese Bemerkung.

(Unruhe im Hause)

Abgeordneter Krauß, CDU:

Frau Abgeordnete Becker, wir freuen uns doch alle schon auf Ihren Beitrag.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Frau Abgeordnete Wolf möchte Ihnen gern eine Frage stellen, gestatten Sie das?

Abgeordneter Krauß, CDU:

Ja. Ich bin sowieso raus.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Wolf, bitte schön.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Da Sie den Streit der Wissenschaftler genannt haben, können Sie bestätigen, dass durchaus die Wahrscheinlichkeit

existiert, dass die Klimaveränderung auch vom Menschen mit betrieben wird? Meinen Sie nicht, dass allein diese Wahrscheinlichkeit schon dazu ausreicht, dass man sich über ein Handeln einen Kopf machen sollte?

(Unruhe bei der CDU)

Abgeordneter Krauß, CDU:

Frau Kollegin Wolf, ich kann Ihnen auf Ihre Frage jetzt ganz kurz mit Ja antworten, und zwar deshalb, weil Sie sinnigerweise eingefügt haben "auch vom Menschen mit verursacht". Unter diesem Aspekt kann ich durchaus Ja sagen. Wer sich aber mit der Frage Klimaschutz, Klimakatastrophen u.ä. etwas näher beschäftigen möchte, dem kann ich anhand der Vielzahl der Literatur und vorhandenen Forschungsergebnisse, die sich in eine andere Richtung bewegen, empfehlen, schauen Sie im Internet nach, schauen Sie nach, welche Bücher, welche Artikel, welche Wissenschaftler sich zu einer anderen Meinung bereit gefunden haben, schauen Sie einfach nach, lesen Sie es nach.

Eines muss ich noch sagen: Die Geschichte Klimaschutz, Klimaschutzforschung verschlingt jedes Jahr Millionen und Abermillionen; Ergebnis - offen. Ich kann denjenigen nur zustimmen, die heute sagen, wir sollten das viele Geld, das in diese Forschung, die unter Umständen am Ende gar nichts oder nur die Erkenntnis, dass wir als Menschen das Klima nicht wirksam oder hochwirksam beeinflussen können, bringt, anders verwenden können.

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS: Wenn unsere Kinder absaufen, ist Ihnen das völlig egal!)

(Beifall bei der CDU)

Dieses Geld, das wir in eine vergleichsweise geringe CO₂-Minderung hier in Deutschland stecken, sollte man nehmen und der dritten Welt geben, um dort ein zigfach höheres Wirkungsfeld zu erzielen, wie zum Beispiel sauberes Trinkwasser, bessere sanitäre Bedingungen und eine bessere ärztliche Versorgung. Damit wäre den Menschen wesentlich mehr geholfen, so dass sie nicht mehr darauf angewiesen sind, Wälder und Steppen abzubrennen, um sich dann auf einem doch relativ niedrigen Niveau ernähren zu können.

Jeder nimmt das Wort "Klima" in den Mund, hat sich schon einmal jemand Gedanken gemacht, was Klima eigentlich ist? Dann darf ich Ihnen vielleicht eine kurze Definition des Begriffs "Klima" von Dr. Thüne geben. Der sagt: "Da das Wetter Grundvoraussetzung für die Definition dessen ist, was wir Klima nennen, und sich jeder Klimawert erst an Hand des vorangegangenen Wetters, von dem wir übrigens nur einige Elemente messen und damit zahlenmäßig erfassen können, rechnerisch interpretieren und zu einem Zahlenwerk komprimieren lässt, entzieht sich prinzipiell jeder Klimawert jedweden Zugriff und jedweden Steuerungswunsch. Klima ist Wetterstatistik, es hat kein

natürliches Eigenleben, wie das ungestüme Wetter." Was für mich am Allerinteressantesten war, es gab doch jetzt diesen Riesenumweltgipfel in Johannesburg.

(Zwischenruf Abg. Braasch, CDU: Dort war Schröder doch auch.)

(Unruhe bei der SPD)

Ja, auch er hat ein paar Tonnen CO₂ zusätzlich in die Luft geblasen, um seine richtungsweisende Rede in Johannesburg halten zu können. Ob nötig oder nicht nötig, kann ich hier nicht beurteilen.

Die 40.000 Delegierten beim Umweltgipfel in Johannesburg haben während ihrer Beratung 331 Tonnen Abfall produziert. Einen Tag nach dem Ende der größten Konferenz in der Geschichte der UN erklärten die Organisatoren, zugleich seien 290.000 Tonnen Kohlendioxyd ausgestoßen worden. Wenn ich daran erinnern darf - die Umweltleute müssten es ja gemacht haben -, wie die Abfallbeseitigung und Abfallbehandlung in Südafrika aussieht, dann kann ich wirklich nur sagen, herzlichen Glückwunsch zu diesem Gipfel.

Nichtsdestotrotz, die Frage Hochwasserschutz und auch Klima wird für uns natürlich auch in Zukunft ein wichtiges Thema sein. Das ist überhaupt keine Frage. Nur, wir sollten nicht einseitig diskutieren und sollten auch für andere Meinungen offen sein. Wir sagen nicht weiter so, es ist alles in Ordnung. Auch wir wissen ganz genau, dass fossile Rohstoffe geschont werden müssen und dass wir eine gute, intakte und gesunde Umwelt brauchen. Wir wissen aber genauso gut, dass wir als Bundesrepublik Deutschland das Weltklima allein nicht retten können. Wir können einen winzigen Beitrag dazu leisten. Diesen möglichen Beitrag sollten wir auch leisten.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Deshalb sollten wir damit anfangen.)

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte namens meiner Fraktion um Weiterberatung des Berichts im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Becker, SPD-Fraktion. Ich wollte nur darauf hinweisen, da die SPD-Fraktion die Aussprache zum Bericht verlangt hat, müsste die SPD-Fraktion in diesem Fall zustimmen. Vielleicht könnten Sie sich in der folgenden Zeit noch einmal absprechen.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär, wir sind uns alle in diesem Hause sicherlich einig, dass es einen absoluten Schutz vor diesen Wetterlagen, die in den letzten Monaten über uns herein gebrochen sind, nicht gibt.

(Beifall bei der CDU)

Da müsste selbst Herr Krauß mit einstimmen können. Aber leider sind in den vergangenen Jahren einige Aspekte des Hochwasserschutzes auch in Thüringen, aber nicht nur in Thüringen, vernachlässigt worden. Wie der Staatssekretär ausführte, hat die Landesregierung ihre Bemühungen im Wesentlichen auf den technischen Hochwasserschutz und insbesondere auf das Management von Stauanlagen und Rückhaltebecken beschränkt. Wobei von uns als SPD-Fraktion nicht bestritten wird, dass gerade diese Maßnahmen für manche Regionen von großer Bedeutung sind. Was sich auch am Beispiel Windischleuba zeigt. Herr Staatssekretär, Sie konnten im letzten Umweltausschuss leider nicht anwesend sein, es gab eine sehr interessante Diskussion zu den Talsperren.

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS: Oh, ja.)

Das muss ich Ihnen schon sagen, Herr Brückner wird es Ihnen sicherlich berichtet haben. Es war eine geheime Sitzung, ich darf hieraus nicht zitieren.

(Unruhe bei der CDU)

Leider haben andere Maßnahmen - die Renaturierung von Flussabschnitten, die Wiederherstellung eines naturnahen Zustandes von Gewässern oder die Sicherung und Rückgewinnung von Auen - eine kleinere Rolle dabei gespielt. Um das Risiko bei weiteren Hochwasserereignissen nicht noch zu vergrößern, ist es in hochwassergefährdeten Gebieten besonders wichtig, eine weitere Bebauung in diesen Gebieten zu verhindern. Wir müssen auch prüfen, ob die vorhandenen rechtlichen Mittel bei den Überschwemmungsgebieten wirklich ausreichen. Herr Staatssekretär ist ja darauf eingegangen.

Angesichts der Bilder in den vergangenen Tagen sollte das Interesse von vielen Bauherren geringer geworden sein, in der Nähe von Bächen und Flüssen zu bauen. Aber leider hat uns der Fall Brandenburg gezeigt, dass das nicht immer der Fall ist. Selbst aus dem Hochwasser von 1997 wurde nicht gelernt und es wurde wieder an diese Stellen neu gebaut.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Wer regiert in Brandenburg?)

Herr Althaus, ich mache keinen Wahlkampf. Ich habe es deshalb gesagt, weil es doch möglich sein muss, dass sich einzelne Gemeinden auch ohne eine Bebauung von

Fluss- und Bachauen weiter entwickeln können. Natürlich sind dafür intelligente Konzepte der Siedlungsplanung sehr wichtig, die vor allem bei der Bauleitplanung zukünftig im Hochwasserschutz der geplanten, aber auch der bereits vorhandenen Bebauung innerhalb der planenden Gemeinden von Bedeutung sind. Dabei muss auch die Erfahrung nach einer möglichen Gefährdung flussabwärts gelegener Nachbargemeinden eine Rolle spielen. Das Land sollte in dieser Hinsicht seine Einflussmöglichkeit auf die Bauleitplanung der Gemeinde soweit wie möglich wahrnehmen und die Kommunen dabei auch unterstützen. Auch darauf hat Kollege Kummer schon hingewiesen. Auf Landesebene sollte weiter überlegt werden, ob die Suche nach Möglichkeiten des Flächen sparenden Planens in den Gemeinden nicht durch bestimmte Förderinstrumente unterstützt werden könnte. Ökonomische und ordnungsrechtliche Steuerungsinstrumente sollten sich aber auch an die Bauherren richten. Als eine Möglichkeit zur Eindämmung des Flächenverbrauchs wird in der letzten Zeit von Wissenschaftlern eine so genannte Neuversiegelungsabgabe gefordert. Auch bei der Tagung zur Regionalplanung letzte Woche in Nordhausen hat der Rektor der dortigen Fachhochschule das eindringlich angemahnt. Ich glaube, es ist an der Zeit, gerade jetzt in so einer Situation auch darüber nachzudenken. Dort muss die Politik jetzt einsteigen. Auch über eine Förderung bei der Entsiegelung analog der Altlastensanierung sollte nachgedacht werden. Bei den Gesprächen zum LEP 2003 muss das Thema Flächenrecycling eine wesentliche Rolle spielen. Leider ist Herr Gnauck heute nicht anwesend, aber er wird es ja mitbekommen - er war bei der Tagung in Nordhausen -, was da für wesentliche Punkte genannt wurden. Die Ansätze der Landesregierung stimmen ja. Wir hoffen nur, dass sie auch umgesetzt werden.

Der Flächenverbrauch in Deutschland hat sich in den letzten 50 Jahren etwa verdoppelt, aber die Bevölkerung ist nur um 20 Prozent gewachsen. Auch wenn das Herr Dittes in der letzten Legislaturperiode schon ausgerechnet hat, es ist so. Wir müssen etwas gegen die Versiegelung tun und wir müssen uns alle engagieren, damit die Maßnahmen des vorsorgenden Hochwasserschutzes weiter tragen können. Auch der vorsorgende Hochwasserschutz, vor allem an den Fließgewässern und ihren Renaturierungsräumen, muss weiter gestaltet werden. Darauf sind Sie nur kurz eingegangen, aber das ist ja ein wesentlicher Punkt, der uns in Thüringen auch schon länger begleitet und worüber wir auch länger geredet haben, wo es aber unserer Meinung nach leider in der Umsetzung noch etwas fehlt.

Das Mittel der Verbauung der Gewässer sollte mit Rücksicht auf die benachbarten Gewässeranlieger und mit Rücksicht auf die Ökologie des Gewässers nur behutsam als Hochwasserschutzmaßnahme angewendet werden, auch das hat der Staatssekretär ausgeführt. Zustände wie derzeit in weiten Bereichen der Unstrut müssen vermieden und sogar beseitigt werden.

Auch im Bereich der Gewässer zweiter Ordnung bestehen große Sanierungslücken, die im Fall eines größeren Hochwassers zu erheblichen Schäden in den angrenzenden Gemeinden führen könnten. Die Defizite bei der Sanierung der Gewässer zweiter Ordnung sind uns bereits seit längerem bekannt. Wir hoffen und wünschen, dass die Landesregierung die wachsenden Gefahren für Leben und Eigentum zum Anlass nimmt, den für die Gewässer zweiter Ordnung unterhaltspflichtigen Kommunen bei der Sanierung stärker unter die Arme zu greifen. Das ist natürlich für den nächsten Monat ganz wichtig bei der Haushaltsberatung.

Bei allen Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes ist es zur Vermeidung von Schäden wichtig, dass die Maßnahmen mit Gemeinde, Kreis und Land abgestimmt werden, denn z.B. die Eindeichung von bestimmten Gewässern kann ohne eine Abstimmung der Maßnahme zu einer Verschärfung der Hochwassergefahr in flussabwärts gelegenen Gebieten führen. Gerade für die Zusammenarbeit zwischen den Ländern gibt das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes den Rahmen vor. In § 32 Abs. 3 heißt es: "Die Länder stimmen ihre Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz ab." Aber auch dieses wurde ja schon öfter angesprochen. So ganz scheint das bei der Talsperre Windischleuba ja in den letzten Jahren nicht geklappt zu haben. Deshalb ist es gut, dass Sie jetzt noch einmal die Initiative ergriffen haben und den Freistaat Sachsen auffordern, endlich Klarheit zu schaffen.

Ein wichtiges Instrument des Hochwassermanagements ist auch die Einhaltung vorhandener und die Wiedergewinnung ehemaliger Überschwemmungsflächen. Auch dies sieht das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes ausdrücklich vor. Zu eng bemessene Überschwemmungsflächen sollten, soweit dies die Umstände vor Ort zumutbar erscheinen lassen, dem tatsächlichen Bedarf wieder angepasst werden. Leider wird von diesem Instrument in Thüringen kaum oder nur wenig Gebrauch gemacht und im Thüringer Wassergesetz ist dies nicht einmal erwähnt.

Eng mit der Wiedergewinnung von Überschwemmungsflächen verbunden sind die Fragen der Renaturierung der Fließgewässer. Beispielsweise liegt das Projekt der Unstrut ja schon lange vor, aber darüber haben wir auch das letzte Mal schon geredet. Leider hat die Landesregierung dieses Konzept wieder in der Schublade verschwinden lassen. Die Ausführungen von Herrn Minister Sklenar anlässlich der Vorstellung des Umweltberichts in der letzten Woche geben uns ja Anlass, dass er seine Haltung dazu in den letzten Wochen geändert hat.

Zu wenig beachtet werden derzeit auch die Möglichkeiten der flächenhaften Wasserrückhaltung durch angepasste Landnutzungsformen. Auch darauf sind Sie kurz eingegangen. Ich hatte das auch das letzte Mal im Plenum schon erwähnt, es gibt bei uns einfach zu viele Auen, die Äcker sind. Jeder weiß, dass Grünland und Forstwirtschaft wesentlich günstiger sind zum Abfluss des Hochwassers und für die daraus entstehenden Schäden. Auch da muss noch

einmal gehandelt werden. Nicht nur, dass es in den Broschüren steht, es ist ja alles vorhanden. Sie sagten auch, dass die Broschüren schon länger vorliegen, aber an der Umsetzung hapert es nach unserer Meinung in den letzten Jahren.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Neben dem schon Besprochenen der Raumordnung, der Siedlungsplanung und des technischen Hochwasserschutzes sind, im Gegensatz zu Ihrer Einschätzung, Herr Staatssekretär, dass es nur unwesentliche Aspekte sind und die kann ich nicht teilen. Es gibt dort noch große Potenziale. Konstruktive Vorschläge für die angepasste Landwirtschaft von Flussaue, die bereits seit Jahren vorliegen, sind ja auch immer an dem Zwiespalt des Ministers, einmal Umweltminister, einmal Landwirtschaftsminister, meistens an dem Widerstand der Bauern wirklich gescheitert.

Neben dem Hochwasserschutz hätten solche Maßnahmen positive Auswirkungen auf den ökologischen Zustand der Gewässer. Sicher wurde vorige Woche bekannt gegeben, dass sich der Zustand der Gewässer natürlich seit 1990 wesentlich verbessert hat, aber bis zum Jahre 2015 müssen wir auch in Thüringen gemäß den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie für alle Gewässer einen guten ökologischen Gewässerzustand erreichen. Diesen werden wir in vielen Fällen ohnehin nur mit der dem Gewässer angepassten Bewirtschaftungsform erreichen können. Zurzeit sind aber die diffusen Einträge, insbesondere aus der Ackernutzung an den Gewässern, für Beeinträchtigungen des Gewässerzustandes zu einem erheblichen Teil verantwortlich.

Mit der Umnutzung der Auen in Grünland oder Wald könnten wir also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Nicht vergessen sollten wir bei all diesen Maßnahmen, auch den Ursachen der Hochwasserereignisse, nämlich der weltweiten Klimaveränderung, entgegenzuwirken. Auch wenn das vorhin hier etwas strittig diskutiert wurde, nach meiner Ansicht und auch nach der Ansicht von großen Teilen ist dieses, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, nicht nur ein einfaches Hochwasser, sondern es hat mit Klimaveränderungen zu tun. Das müssen auch Sie in der Mitte des Hauses einfach akzeptieren.

(Beifall bei der PDS, SPD)

In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren einen deutlichen Fortschritt erreicht. Wir sind Weltspitze beim Klimaschutz. Auch wenn Deutschland nicht alles aufhalten kann, wir können doch nicht, nur weil die Amerikaner jetzt zum Beispiel nicht mitmachen, wieder zurückschreiten. Was ist denn das für eine Einstellung.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Kein Land der Welt produziert mehr Strom aus alternativen Energien als Deutschland. Wegweisend waren verschiedene konkrete Förderprogramme der Bundesregierung, die den nötigen Anstoß für den nun mit hoher Eigen- dynamik angegangenen Ausbau von Wind- und Sonnen- energie gebracht haben. Diese Technologien haben durch die Förderung bereits einen solchen technologischen Stan- dard erreicht, dass auch Länder, in denen eine staatliche Förderung nicht stattfindet, ein hohes Interesse an der deutschen Spitzentechnologie bekunden. Die eingeleite- ten Maßnahmen schützen nicht nur Umwelt und Klima, sondern schaffen auch Arbeitsplätze. Die Vorreiterrolle deutscher Klimapolitik schafft Wettbewerbsvorteile für die deutsche Wirtschaft. Aber Klimaschutz geht uns alle an. Wir alle müssen Energie sparen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Allein durch den Verzicht von Standby-Einschaltungen zu Hause in unseren Haushalten bei den elektronischen Geräten könnten ungefähr 14 Mio. Tonnen Kohlendioxid eingespart werden.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das wird Standby ausgesprochen!)

Wir haben auch über Klimaschutz in diesem Haus schon öfter geredet und meistens klappt das dann auch immer ein paar Wochen und alles bleibt aktiv mit einbezogen. Auch bei Frau Tasch muss ich mich bedanken, die sich da immer sehr engagiert einbringt. Aber immer, wenn dann wieder eine Zeit verstrichen ist, denken die Menschen, uns wird es das nächste Mal schon nicht treffen und wir sind ja nicht verantwortlich für das, was einmal passiert oder was in Zukunft auf uns zukommen wird. Ich sehe da schon Gefahren. Eine Klimakonferenz mit einer natürlich überaus "akzeptierten" Rede von Herrn Althaus als dem Klima- fachmann wird da nicht reichen. Der 18. April als Ansatz war in Ordnung, nur was die dann daraus gemacht ha- ben, das war ein bisschen peinlich.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wir haben im vorigen Jahr schon einmal in unserer Frak- tion auch über BSE gesprochen. Da ist Frau Doht etwas über die Lippen gekommen, worüber wir in der letzten Zeit immer wieder gesprochen haben. Sie hat gesagt: Durch die lange Ansteckungsgefahr bei BSE brauchen wir doch nicht darüber reden. Wenn das so weit ist, müssen unsere Kinder in Thüringen schon schwimmen. Also wir wol- len - und das ist ernst gemeint, Herr Althaus - keine Hanse- stadt wieder in Erfurt haben. Wir müssen dagegen alle etwas tun. Es ist einfach so. Auch wenn Herr Krauß das ignorieren will, Klimaschutz fängt bei uns allen an. Das ist wissenschaftlich bewiesen, dass

(Beifall bei der PDS, SPD)

das Klima sich verändert und dass es nicht nur uns trifft, sondern auch viele andere Staaten, die weniger gut da- mit umgehen können, wie zum Beispiel China. Wir müssen als reiches Deutschland wirklich Vorreiter spielen und das auch in Thüringen. Danke schön.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Sonn- tag zur Wort gemeldet.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz unabhängig davon, wer diese Klimaveränderung maß- geblich beeinflusst, verursacht oder wie auch immer, Fakt ist natürlich, und das lässt sich anhand der letzten Jahre nachweisen, dass Mitteleuropa jährlich von derartigen Hochwasserereignissen betroffen wurde. Ob es die Weich- sel war vor zwei Jahren, glaube ich, die Oder, diesmal das Einzugsgebiet der Elbe. In dem Zusammenhang muss ich darauf verweisen, das hat eigentlich jetzt bei Ihnen keine Rolle gespielt, es war ein ganz wichtiger Hinweis vom Staatssekretär, dass bei den so genannten Jahrhunderthoch- wassern die Maßnahmen, die Sie benannt haben, nicht mehr greifen. Er hat darauf hingewiesen, dass ab einer bestimm- ten Menge Wasser im Boden, an der Bodenoberfläche die Abflussgeschwindigkeit, die Abflussregelung der Fläche von Asphalt etwa entsprechen. Was sagt uns das? Das ist doch eigentlich seltsam. Wasser war vor kurzem erst als die wichtigste Ressource der Zukunft bezeichnet worden. Im Prinzip sind wir da in einer König-Midas-Situation, wir haben davon zu viel, von dieser wichtigsten Ressource. Wobei, ich bin mir nicht sicher, ob wir nicht in ein paar Jahren eine Diskussion über Dürre führen, 1994 hatten wir die letzte und dann werden uns im Plenarprotokoll die Dis- kussionen von heute etwas merkwürdig vorkommen.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Thüringen verdampft.)

Meine Damen, meine Herren, die Maßnahmen, die jetzt ge- nannt wurden, basieren auf den Erfahrungen der Hoch- wässer der vergangenen Jahre. Die sind ganz gewiss nicht falsch. Nur wenn ich einmal davon ausgehe - und das hat ja die jüngste Zeit bewiesen -, dass wir in Zukunft mit ganz anderen Hochwässern zu tun haben, dass also ein Q-100- Hochwasser offenbar nicht ganz so selten sein wird, dann reicht die Diskussion, die wir jetzt hier, Herr Kummer und Frau Becker, geführt haben, einfach nicht mehr aus.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist richtig.)

In dem Zusammenhang, Frau Becker, tut mir der Sün- denfall der SPD furchtbar weh, dass nämlich für wenig finanzielle Einsparungen und für Ihren politischen Die-

ner gegenüber einer Organisation, die BUND heißt, wir 40 Prozent des Stauvolumens der Talsperre Leibis verschenkt haben, einfach verschenkt.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das hätte Ihr Hochwasser auch nicht aufgehalten.)

Das war aus den Ereignissen, die jetzt hier eine Rolle gespielt haben, nicht nur nicht nötig, sondern, Frau Becker, das war eigentlich ein Verbrechen. So, meine Damen, meine Herren, wenn wir von Hochwasserschutz in den Oberläufen der Flüsse reden, und das sind außer der Elster und der Pleiße alle Flüsse in Thüringen, dann bitte schön, nicht nach dem St. Florians-Prinzip, nämlich nach dem Prinzip, es muss möglichst rasch aus den Oberläufen abfließen können, damit dort wieder Normalwasser ist. Herr Kummer, das war im Prinzip eines der Elemente, die Sie genannt haben. Das führt natürlich dazu, das haben wir in meiner Ecke gemerkt, dass dann dort das Hochwasser erst einmal entsteht. Bitte schön, an der Pleiße, meine Damen und Herren, vor Thüringen, war kein Hochwasser. Die Koberbachtalsperre ist planmäßig abgelassen worden. Nach Thüringen war auch kein Hochwasser, die Leipziger haben überhaupt nicht gewusst, dass die Pleiße Hochwasser hat. Die hatten nämlich dort ihre Regenwasserauffangbecken, die groß genug waren, Dank der Braunkohle damals, und die haben sich ganz normal gefüllt. Das Hochwasser an der Pleiße hatten nur wir. Das hat doch Ursachen. Da muss man doch einmal darüber reden, meine Damen, meine Herren, dass nicht nur - auch mit, aber nicht nur - die Talsperre Windischleuba, die hier erwähnt worden ist, sondern das liegt auch mit daran, dass der Hochwasserschutz eine Aufgabe ist, die alle Flusssanrainer betrifft. Alle Flusssanrainer heißt, da muss ich in den Oberläufen genügend Stauraum haben, damit in den Mittelläufen und am Unterlauf die Leute nicht absaufen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich jetzt die Diskussion in Sachsen-Anhalt verinnerlichen, das ist dort nach dem Prinzip gelaufen: Stichst du deinen Deich nicht durch, stech ich deinen Deich durch.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sie haben doch bewusst gehandelt, ...)

Das ist nicht lächerlich, Frau Becker. Hier haben nämlich Leute echt davon ihre Nachteile gehabt und die streiten sich jetzt darum. Da fühlen sich z.B. ein paar Leute von Dörfern gegenüber Wittenberg geopfert. Die Diskussion, meine Damen, meine Herren, haben wir dann nämlich unter Umständen auch, wenn wir so verfahren, wie Sie es - Stichwort Leibis - gemacht haben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Sonntag, der Herr Abgeordnete Kummer möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Bitte, Herr Kummer.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön, Herr Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Sonntag, ich habe jetzt wirklich mal eine Frage nach Ihren Schilderungen zu den Talsperrenbaumaßnahmen. Sehen Sie es als nötig an, dass wir an jedem Flüsschen, wie es die Schwarza im Bereich der Talsperre Leibis ist, eine Talsperre für 1 Mrd. DM bauen sollten?

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Herr Kummer, das ist eine sehr provokante Frage.

(Heiterkeit bei der PDS, SPD)

Moment, lachen Sie doch mal nicht so zeitig. Wenn Sie diese Frage, Herr Kummer, im Müglitztal und im Gottleubatal den Leuten gestellt hätten. Das sind auch bloß Flüsschen wie die Schwarza. Die Müglitz ist ein bisschen größer, die Gottleuba dürfte vergleichbar sein.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Meine Damen, meine Herren, wer von Dresden ist, die Weißeritz, das ist ein Flüsschen, wo Sie normalerweise drüberhüpfen können. Die war so breit, wir haben das ja im Fernsehen verfolgen können, die war 200 Meter breit. Das wird eine Talsperre, Herr Kummer, nicht aufhalten können. Nur, die Frage, Herr Kummer, wenn Sie mir einmal zuhören würden. Wenn Sie mir schon eine Frage stellen, müssten Sie sich die Antwort wenigstens anhören.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Nein, nein, nein.)

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Sie haben nicht zugehört.)

Herr Kummer, Ihre Frage: Wenn in den Tälern, wie Sie es jetzt genannt haben, dieses St. Florians-Prinzip tatsächlich nicht greifen soll, dann zählen meiner Meinung nach auch Hochwasserrückhaltemaßnahmen dazu. Alles andere wäre den Unterliegern gegenüber sehr ungerecht.

Meine Damen, meine Herren, die Maßnahmen, die von meiner Vorrednerin, von der Frau Becker, genannt wurden, im Wesentlichen hat sie das wiederholt, was der Staatssekretär in seinem Bericht gebracht hat. Frau Becker, Sie widersprechen sich zum Teil. Darüber müssen wir uns im Ausschuss noch einmal unterhalten. Wichtig ist ja, dass wir eine Generallinie fahren und die muss sein. Es müssen in erster Linie die Bürger Thüringens vor Hochwasserein-

flüssen, soweit das möglich ist, geschützt werden. Da ist es nun nicht entscheidend, ich darf darauf verweisen, das Hochwasser - im Gegensatz zu dem, was im Antrag drin steht - an der Pleiße war ein Q-50-Hochwasser, kein Q-100, mit anderen Worten, das hätte eigentlich beherrschbar sein müssen, wenn z.B. die Talsperren in Ordnung gewesen wären. Da müssen wir uns unterhalten, was wollen wir und vor allen Dingen, wie teuer darf es sein, was legen wir unseren Maßnahmen zu Grunde? Da bin ich der Meinung - und ich denke einmal, da werden Sie mir zustimmen, bei dem, was ich eingangs sagte -, dass die Ereignisse der letzten Jahre hier ein Umdenken bringen müssen. Wir müssen bei den Hochwasserfestlegungen wahrscheinlich mehr nach oben gehen, zu größeren Wassermengen. Denn, ich denke, da sind wir uns einig, das haben die Ereignisse der letzten drei Jahre deutlich gemacht, hier hat sich in der Natur etwas geändert. Ich will gar nicht darüber diskutieren, wer daran Schuld ist, aber das bringt uns doch jetzt nicht weiter. Fakt ist, es hat sich etwas geändert und wir müssen uns darauf einstellen.

Meine Damen, meine Herren, die Baumaßnahmen im Einzugsgebiet - und ich nehme jetzt mal dieses Autoverteilcenter bei uns, was ja vom alten Kreistag in Schmölln seinerzeit beschlossen wurde -, die haben eines deutlich gemacht: Ich kann das an den vorhandenen Bauten, wenn ich jetzt einmal an die vielen Städte und Dörfer denke, nicht mehr ändern, aber wenn Sie mal einen ganz einfachen Vergleich nehmen. Gehen Sie mal da hin, wo die Leute jeden Tag mit Hochwasser rechnen, wo die Flut und die Ebbe kommt. Die bauen ihre Häuser halt so hoch, dass sie bei Flut immer noch obendrauf stehen, das heißt dort Hallig. Wenn also ein Gewerbegebiet in einem solchen Einzugsgebiet geplant wird, dann muss man den Leuten halt sagen: Baut entsprechend hoch, es ist euer Risiko. Ich habe nichts gegen die Hochwasserhilfen, um Gottes Willen habe ich nichts dagegen. Nur, sowohl der Besitzer des Kraftfahrzeugverteilzentrums hat das gewusst, als auch andere haben das gewusst.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Beim sozialen Wohnungsbau auch?)

Beim sozialen Wohnungsbau auch.

Ein letzter Punkt dazu: Ich habe vor Jahren ein Luftbild gesehen von einer Landwirtschaftsfläche bei Jena. Das war ein Luftbild aus den 30er-Jahren dieses Jahrhunderts, das ist noch gar nicht so lange her. Da waren in diesem Areal, das war nicht sehr groß, über 2.000 kleine Teiche und Tümpel drauf. Das selbe Areal in den 70er-Jahren, also zu DDR-Zeiten, hatte von diesen über 2.000 Teichen und Tümpeln gerade mal 40. Die anderen waren der Melioration zu DDR-Zeiten zum Opfer gefallen. Auf den Flächen, die früher mal nicht beackert werden konnten, haben ja die Besitzer jahrelang Erträge eingefahren, Gewinne davon produziert. Wenn wir also jetzt davon reden, dass wir mehr Wasserstauraum brauchen, da ist es doch meiner Meinung nach nur recht und billig darauf hinzuwei-

sen, dass die Nutzer dieser Meliorationsmaßnahmen auch durchaus einen Anteil daran haben, diese alten Verhältnisse auf ihre Kosten wieder herzustellen. Darüber sollten wir mal diskutieren. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaus zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte insbesondere noch auf zwei Aspekte eingehen. Das eine, es ist natürlich gut, dass das gerade mit unserem Antrag auch zusammenfiel, dass das Umweltministerium den Umweltbericht vorgestellt hat. Heute wurden auch einige Zahlen - ich nehme an, die stammen daraus - mit genannt. Allerdings gibt es hier auch die Möglichkeit, Missverständnisse zu produzieren, insbesondere was die Frage der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten betrifft. Der Minister sagte noch vor einigen Tagen, dass zehn Verfahren schon abgeschlossen seien. Heute haben wir gehört, dass 120 noch in Arbeit sind und bis 2010 aber alles abgeschlossen sein muss. Wenn das so stimmt - ich nehme an, die Bezugsgrößen sind andere -, dann müssten wir sagen, das ist überhaupt nicht zu schaffen. Ich bitte darum, vielleicht ist es jetzt auch im Plenum nicht unbedingt nötig, dass aber bei einer Ausschussberatung darauf noch einmal eingegangen wird.

Wie ist denn eigentlich die Verbindlichkeit dieser Festsetzung? Ich denke, es wird immer regional - das kennen wir alle aus unseren Regionen - Konflikte zwischen einer gewünschten Nutzung und den Belangen des Hochwasserschutzes geben. Das kennt jeder und jeder hat in seiner Region auch hinlänglich Sündenfälle nach 1990, wo hingebaut wurde, wo eigentlich nicht hätte gebaut werden dürfen. Ich hoffe, dass dieses Ereignis dazu beiträgt, auch auf dem Gebiet mehr Vernunft einzuziehen zu lassen, denn jeder, der dort hinbaut, belastet potenziell natürlich noch einmal die öffentliche Hand, weil jeder erwarten wird, wenn ein schlimmes Schadensereignis eintritt, dann wieder Unterstützung zu bekommen. Was da an Vorsorge noch möglich ist, das sollten wir unbedingt tun.

Die Bedeutung der Flächennutzung ist auch deutlich höher, als ich das heute von Herrn Staatssekretär gehört habe. Ich denke, keiner will den technischen Hochwasserschutz verteuern, aber es gibt inzwischen so abstruse Vorstellungen, was man denn tun sollte, bis hin dazu, dass vorgeschlagen wurde, die Saale-Talsperren doch bitte abzulassen, um dort ganz sicher zu sein, oder die Stadt Jena ringsum mit einem Deich auszukleiden, weil im Jahre 1994 z.B. da auch die Infrastruktur nicht mehr nutzbar war. All diese Dinge sind eine Illusion und, ich glaube, die richtige Kombination der Maßnahmen macht es letztendlich. Ein Fluss will leben,

und wir können nur an diesem Fluss als Menschen leben, wenn wir darauf Rücksicht nehmen, dass dieser Fluss Ausdehnungsmöglichkeiten braucht. Um diesen Lebensraum, der ja auch ein Erholungsraum für die Menschen ist, wirklich intakt zu halten, müssen eben in Bezug auf Flächennutzung neue Wege gegangen werden.

Nach dem Oder-Hochwasser war auch einmal im Thüringer Landtag zu einigen Fragen gesprochen worden, insbesondere haben wir uns damals im Jahre 1998 mit der Frage der Unstrut-Renaturierung beschäftigt. Dieses Projekt, was damals entstanden ist, da wurde damals im Ausschuss gesagt: Ja, wir haben uns im Jahre 1992 schon überlegt, dass es doch wichtig wäre, an so einem bedeutenden Fluss für Thüringen mit Renaturierung/Revitalisierung zu beginnen. Heute haben wir 2002.

(Beifall bei der SPD)

Es würde mich schon einmal interessieren, welche Projekte denn dort umgesetzt wurden. Im Jahre 1998 in der Anhörung sind sehr viele interessante Aspekte von den Menschen aus der Region vorgestellt worden. Ich kann mich z.B. daran erinnern, dass gesagt wurde, in Sömmerda der Anschluss der Altarme bei Schallenburg oder in Roßleben wäre eine sehr wünschenswerte Angelegenheit. Die Kosten dafür halten sich in Grenzen. Es wäre schon wichtig, einmal zu hören, was dort passiert ist, denn, ich meine, wir waren uns damals als Ausschuss einig, dass Projekte in Abstimmung mit den Regionen dort passieren sollten. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat unter anderem damals gesagt, wir möchten Erfassung und Projektumsetzung lokaler Maßnahmen wie z.B. ökologische Umgestaltung von Wehranlagen, Erhalt und Sicherung bestehender naturnaher Wasserläufe, Anbindung von Altarmen, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich denke, auf der einen Seite ist es richtig, Forschungen und Untersuchungen zu betreiben, man darf aber darüber nicht vergessen, dass konkrete Maßnahmen vor Ort wichtig sind, die den Bürgern zeigen, es passiert tatsächlich in ihrer Region etwas, und sie haben sich nicht die Mühe gemacht, sich mit viel Arbeit auf so ein Thema vorzubereiten, sondern es ist in absehbarer Zeit bei aller Finanzknappheit zu erkennen, dass dort vor Ort etwas passiert.

Kritisiert wurde damals auch aus meiner Sicht zu Recht, dass auf den Deichen auf der Flusseite Bäume wachsen. Nun ist in dieser Broschüre ausgerechnet das - die ich sonst sehr gelungen finde - verewigt, dass auch auf der Gewässerseite nach wie vor eine sehr dichte Bewaldung und zahlreiche Sträucher verzeichnet sind. Ich glaube, hier sollte sich auch einmal die Landesregierung bemühen, dort Klarheit zu schaffen, dass bei allem Sinn für den Schutz von Bäumen, sie an dieser Stelle völlig unangebracht sind. Das ist ein Problem, das kann man meiner Meinung nach mit sehr wenig Aufwand klären, das dürfte nicht das Problem sein.

Meine Bitte wäre, dass wir uns zu diesen vielen Fragen, die unbedingt noch besprochen werden müssen, auch was

das Wassergesetz betrifft, was wir hier tun können, um unsere Kommunen zu unterstützen, im Ausschuss weiter verständigen und diesen Bericht dazu als Grundlage verwenden. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich Abgeordneter Dittes zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Lieber Herr Abgeordnetenkollege Krauß, immer, wenn ich Sie zu umweltpolitischen Themen reden höre, merke ich eigentlich, wie sehr ich die umweltpolitische Auseinandersetzung mit Ihnen vermisse aus der 2. Legislaturperiode.

(Zuruf Abg. Krauß, CDU: Das ist aber sehr einseitig, Herr Dittes.)

Ich wollte gerade sagen, so oft, wie Sie sich in den letzten zwei Jahren aber auf Äußerungen von mir aus der 2. Legislaturperiode bezogen haben, scheint es Ihnen in diesem Fall ja ähnlich zu gehen, da will ich Ihnen gern entgegenkommen und noch einmal auf drei Ihrer Äußerungen Ihres Beitrags eingehen.

Herr Krauß, ich glaube, Ihr Beitrag war in einem Punkt von einer Überheblichkeit, von einer Wohlstandsarroganz und von einer Ignoranz gegenüber der Dritten Welt gekennzeichnet.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ihre Anmerkung, dass die Bundesrepublik einen sehr geringen Teil zum Klimaschutz weltweit beitragen kann, mag vielleicht im Verhältnis zur Bevölkerungszahl oder auch im Verhältnis zur Größe der Bundesrepublik richtig sein, er ist aber schon dann nicht mehr richtig, wenn man die Tatsache zur Kenntnis nimmt, dass die so genannte erste industrialisierte Welt, zu der die Bundesrepublik gehört, die Mehrheit der natürlichen Ressourcen für sich in Anspruch nimmt und beansprucht und den größten Teil der ökologischen Schadstoffe in die Welt, in das Klima emittiert. Damit ist auch hier die Veränderung in der Bundesrepublik ein ungleich höherer Beitrag für den Klimaschutz weltweit. Das zum einen.

(Beifall bei der PDS)

Aus Ihrem Beitrag spricht die Wohlstandsarroganz, wenn Sie der Meinung sind, das viele Geld, was hier in der Bundesrepublik zur CO₂-Entlastung in der Emission eingesetzt werden soll, solle lieber in die Dritte Welt investiert werden, um dort Raubbau an der Natur zu verhindern. Ich glaube, hier negieren Sie einfach die Tatsache, dass es gerade die industrialisierte Welt ist, die Länder der Dritten

Welt animiert, Raubbau an ihrer Natur zu betreiben, denken wir an die Baum- und Waldrodung zum Erhalt eines wertvollen Holzrohstoffes, denken wir an Waldrodung zur Haltung von Rinderherden, die uns hier den notwendigen Rindfleischbedarf mit absichern sollen, oder denken wir auch an die Verpflichtungen vieler afrikanischer Länder, dort nicht übliches Getreide anzubauen, welches wiederum in die Bundesrepublik importiert wird, um hier als Futtermittel verwendet zu werden und damit letztendlich die Bundesrepublik auch ihren Anteil daran hat, dass dort zur Versorgung der Bevölkerung notwendige Lebensmittel nicht angebaut werden können. Nein, Herr Krauß, Unterstützung der Dritten Welt ist notwendig, dies ist in erster Linie noch nicht einmal in finanzieller Art notwendig, sondern die ist vor allem auch notwendig, dass wir den Raubbau, den wir in diesen Ländern betreiben, endlich beseitigen.

(Beifall bei der PDS)

Ich glaube auch, dass wir natürlich ein Stück weit als die europäischen industrialisierten Länder mit gutem Beispiel vorangehen können und sagen, wir müssen den negativ hohen Standard auch im Bereich der Emission senken und eben gleichzeitig parallel dafür Sorge tragen, dass die Länder, die auf dem Weg der Industrialisierung sind, nicht die gleichen Fehler wie wir in Europa wiederholen, sondern wir müssen zeigen, wir wollen uns annähern, wir wollen euch mit einem Beitrag helfen. Wir wollen aber nicht euch gegenüber vermitteln, bitte behaltet euren geringen Lebensstandard gegenüber dem unsrigen und wir beharren auch in Zukunft auf diesem riesigen Naturverbrauch, auf dem wir gegenwärtig unseren Luxus und unsere Lebenskultur hier aufbauen.

Herr Krauß, Sie haben als Zweites gesagt, Hochwasserkatastrophen lassen sich nicht verhindern. Das ist falsch. Was richtig ist, Hochwasser lässt sich nicht verhindern, Hochwasserkatastrophen aber sehr wohl, denn Hochwasser wird erst dann zur Katastrophe, wenn dieser Personen- und Sachschaden an wertvollen Lebenseinrichtungen und Infrastrukturen, den wir jetzt zu verzeichnen hatten, eintritt. Erst dann wird Hochwasser zur Katastrophe. Diese Katastrophe haben wir natürlich durch Versiegelung von Flächen und Bebauung von Hochwassergebieten, das wurde hier bereits angesprochen, selbst mit verursacht. Diesen Schaden und damit auch die Katastrophe treiben wir in die Höhe und provozieren diesen Schaden auch in Zukunft. Ich glaube, der Verweis, Herr Seela, auf bisherige Jahrhunderthochwasser, die es natürlich immer gegeben hat und auch immer geben wird, ist nicht eine Entwarnung im Sinne unserer heutigen Politik, sondern zeigt die Dramatik der Situation, vor der wir stehen. Ich will Ihnen das auch begründen: Der Hochwasserpegel, der jetzt in der Elbe zu verzeichnen war, lag über dem Hochwasserpegel des so genannten Maximalhochwassers von 1845. Wir müssen aber doch zur Kenntnis nehmen, dass es bei der Bewertung des Hochwassers gar nicht um eine Bewertung des Pegels geht, sondern um eine Bewertung der

durchfließenden Wassermengen. Die lagen beim damaligen Hochwasser noch höher als bei dem diesjährigen Hochwasser. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei gleicher Wassermenge, die durch die Flüsse fließt, heute die Schäden im Sach- und Personenbereich ungleich höher und kostenintensiver bei der Beseitigung sind. Deswegen ist es gerade so dramatisch, dass wir befürchten müssen, dass sich aus natürlichen Abläufen heraus solche Hochwasser wiederholen und die Schäden durch unser Zutun immer weiter in die Höhe getrieben werden. Herr Krauß, es ist auch gar nicht so entscheidend, ob einzelne Hochwasser sich in dieser Größenordnung wiederholen, es ist vielmehr entscheidend, dass wir mittlerweile in der Bundesrepublik Deutschland alle zwei Jahre vom Jahrhunderthochwasser reden. Ein Jahrhundert, meine Damen und Herren, hat bekanntlich 100 Jahre und keinen Zeitraum von zwei Jahren.

Ich will zum Abschluss, Herr Krauß, auch auf Ihren Vergleich mit der katholischen Kirche eingehen. Die katholische Kirche hat sehr wohl lange Zeit gegen wissenschaftliche Erkenntnisse angekämpft und sicherlich behauptet: Die Erde ist eine Scheibe. Was Sie heute tun, ist genau dasselbe. Sie kämpfen gegen wissenschaftlich belegbare Tatsachen und behaupten, es gäbe eigentlich keine Klimaveränderung, keine Klimakatastrophe, die würde nur herbeigeredet werden. Herr Krauß, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, mit einer solchen Auffassung in die Debatte zu gehen, zeigt, dass Sie sich in der Tradition derer befinden, die noch heute behaupten, die Erde sei eine Scheibe.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung, Staatssekretär Illert.

Illert, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auf zwei, drei Punkte, die gerade angesprochen worden sind und der fachlichen Korrektur bedürfen, eingehen. Zum einen, Frau Dr. Klaus, was diese Frage der 120 Rechtsverordnungen angeht und der vermeintliche Unterschied in der Aussage des Ministers am Mittwoch dieser Woche beim Umweltbericht und meiner Aussage, dies ist nicht so. Ich habe ausgeführt, das wird Ihnen nicht entgangen sein, dass im Zuge von ca. 120 Rechtsverordnungsverfahren, die bisher bestehenden Hochwasserschutzgebiete auch als Arbeitskarten in bundesdeutsches Recht überführt werden müssen. Der Minister hat ausgeführt, dass 100 noch vor uns stehen, zehn festgesetzt sind und zehn im Festsetzungsverfahren sind, so dass wir in der Summe genau auf 120 kommen, von denen ich gesprochen habe.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Staatssekretär, dazu gibt es offensichtlich eine Frage durch Frau Abgeordnete Dr. Klaus. Beantworten Sie diese?

Illert, Staatssekretär:

Gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann bitte schön.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Das ist doch ein erheblicher Umfang. Meine Frage wäre, in welchem Zeitraum sind denn die zehn, die bisher abgeschlossen sind, geschafft worden?

Illert, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete, das wäre meine nächste Bemerkung gewesen, weil Sie die Frage vorhin schon gestellt haben. Wir sind der Überzeugung, dass wir es nach allen Vorarbeiten, die geschehen sind, bis zum Jahr 2010 schaffen. Natürlich schaffen wir es, denn es ist ein Gesetzesauftrag und keine freiwillige oder selbst festgelegte Terminsetzung.

Der andere Punkt, der angesprochen worden ist, war die Versiegelungsfrage und die Position Thüringens im bundesweiten Vergleich. Ich wäre dankbar, wenn Sie alle mit uns zusammen die Thüringer Kommunen loben würden, die sich in der Versiegelungsfrage vielmehr zurückhalten als dieses im Bundesgebiet sonst der Fall ist. Die Zahl für Thüringen ist vorhin mit knapp 9 Prozent schon genannt worden. Ich will Ihnen die Zahl für Nordrhein-Westfalen sagen, sie liegt bei 15 Prozent, in Baden-Württemberg bei 12 Prozent und in Niedersachsen bei 16 Prozent. Ich bin froh und dankbar, dass das Tempo der Versiegelung in Thüringen deutlich langsamer ist. Es würde mich freuen, wenn die Motivation der Kommunen, aber auch der Straßenbauer in diesem Bereich von Ihnen allen weiter gestützt würde.

Im dritten Punkt geht es um die Aussage Unstrut und es sei noch nichts geschehen. Meine Damen und Herren, das Großprojekt Unstrut-Renaturierung, also die Renaturierung der Unstrut von der Quelle bis hin zur sachsen-anhaltinischen Grenze auf einen Schlag, hat sich als nicht realisierungsfähig erwiesen. Der Agrarausschuss und der Umweltausschuss haben sich sehr eingehend mit dieser Frage befasst. Es sind aber sehr wohl, wie damals verabredet und auch geschehen, in den letzten vier Jahren eine Fülle von Teilmaßnahmen gemacht worden. Ich selbst habe vor sechs Wochen den Umbau des Wehres Retteburg eingeweiht. Es sind, wenn ich die Zahl jetzt richtig im Kopf habe, bereits neun derartige Maßnahmen im Unstrut-Bereich gemacht worden, abgesehen von den anderen in Thüringen. Es ist durchaus so, dass die Landesregierung die angesprochenen Fragestellungen zum Hochwasserschutz außerordentlich ernst nimmt, und zwar sowohl die für den, wenn ich das so sagen darf, "großen" Hochwasserschutz, wie die für den "kleinen" Hochwasserschutz. Es ist aber einfach na-

turwissenschaftlich so, dass der "kleine" Hochwasserschutz, also die Nutzung der Speicherkapazitäten der Böden nicht ausreicht, um große Hochwasserprobleme zu lösen. Dies ist ein naturwissenschaftliches Phänomen und einfach einer ökologischen Wunschbeurteilung nicht zugänglich. Es ist einfach naturwissenschaftlich so. Ich bitte dieses so zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Wolf wollte Ihnen noch eine Frage stellen. Gestatten Sie das, Herr Staatssekretär Illert? Bitte.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Herr Staatssekretär, ich habe nur eine Frage: Nach den Ausführungen der CDU-Fraktion habe ich nun gelernt, dass alle Klimaforscher, die den Klimawandel voraussehen, Quacksalber sind. Was hat denn die Landesregierung bewegt, einen solchen Quacksalber zu ihrem großen Klimaforum einzuladen?

Illert, Staatssekretär:

Sie müssen die Ausführungen der CDU-Fraktion falsch verstanden haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe niemanden in diesem hohen Hause gehört, der der Auffassung war, dass Klimaschutz eine unsinnige Veranstaltung ist und zurückgeschraubt werden soll.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Doch, aber wir.)

Ich habe im Gegenteil eine große Gemeinsamkeit herausgehört, dass Klimaschutz auch in Thüringen die Zukunftsaufgabe im Umweltschutz ist.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Aussprache liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Es ist seitens der CDU-Fraktion beantragt worden, dass der Bericht im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt fortberaten wird und gleichzeitig hat die SPD-Fraktion das gefordert, so dass ich annehme, das man zustimmt. Somit kann ich den Antrag stellen, dass die Drucksache 3/2677 im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt fortberaten wird. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Das scheint einstimmig zu sein. Ich frage trotzdem: Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Das ist in beiden Fällen nicht der Fall. Ich stelle zum Abschluss fest, dass das Berichtersuchen erfüllt ist und dem wird auch nicht widersprochen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 17.

Ich komme zum Aufruf des neuen **Tagesordnungspunkts**

**Zur Situation von Frauen
in Thüringen**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/2697 -

dazu: Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/2702 -

Es ist angekündigt worden, dass der Bericht durch die Landesregierung gegeben wird. Die einreichende Fraktion verzichtet auf die Begründung. Frau Staatssekretärin Meier, bitte.

Dr. Meier, Staatssekretärin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der CDU-Fraktion dankbar für den Antrag, weil er mir Gelegenheit gibt, über die Situation der Frauen in Thüringen seit 1990 zu berichten und weil mir dieser Antrag die Chance bietet, dem unrichtigen Vorwurf des DGB-Landesverbandes zu begegnen, die Thüringer Frauen seien die Verlierer der Deutschen Einheit.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer Landesregierung verfolgt seit der Wiederbegründung des Landes eine konsequente Politik, die die Verbesserung der Zukunftschancen für die Frauen im Blick hat. Wir nehmen den Auftrag an, zu dem uns die Thüringer Landesverfassung in Artikel 2 Abs. 2 verpflichtet, ich zitiere: "... die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durch geeignete Maßnahmen ... zu sichern." Deswegen nehmen wir auch Kritik ernst, wenn sie konstruktiv ist. Es stimmt, was der Thüringer Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 15. März 2002 gesagt hat. Ich zitiere noch einmal: "Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber sie ist auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit. Die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft, vor allem aber in ihrer beruflichen Entwicklung abzubauen, ist notwendig und erfordert einen langen Atem."

(Beifall bei der CDU)

Der lange Atem ist erforderlich, weil der Gleichstellungsgedanke einen Umdenkungsprozess erfordert, weg von eingeübtem Rollenverhalten hin zur freien Entfaltung der Menschen unabhängig davon, ob es sich um Männer oder Frauen handelt. Deshalb gibt es auch in Thüringen noch ungelöste Probleme bei der Umsetzung der Chancengerechtigkeit und das insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Deswegen ist es erforderlich, dass man die Situation ehrlich und differenziert betrachtet und nicht der Versuchung erliegt, dieses wichtige Thema z.B. für Wahlkampfszwecke zu missbrauchen. Dazu gehört der ehrliche Blick auf die

tatsächlichen Zustände. Nach der Wiedervereinigung, nach dem Zusammenbruch vieler Strukturen war die Arbeitslosigkeit für Frauen und Männer gleichermaßen hoch. Im August dieses Jahres lag die Frauenarbeitslosenquote bei 18 Prozent und die Quote der arbeitslosen Männer bei 15,6 Prozent. Allerdings sind es heute nicht weniger Frauen, die eine Berufsausbildung ergreifen bzw. eine Berufstätigkeit ausüben wollen als vor 1990. Für sie müssen wir den Standort Thüringen so attraktiv wie möglich machen, einen Arbeitsplatz und ein höheres Einkommensniveau bieten. Ihnen müssen wir flexiblere und attraktivere Regelungen zur Arbeitszeit und zur Arbeitsgestaltung bieten. Ihnen müssen wir die Nutzung moderner Kommunikations- und Arbeitsmittel, wie z.B. Telearbeit und Internet, noch stärker ermöglichen. Ihnen müssen wir vor allem in wesentlich stärkerem Maße die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und natürlich müssen wir die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen in den jungen Ländern und damit auch in Thüringen deutlich reduzieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen mehr Beschäftigung für Frauen aber auch für Männer im Freistaat.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen Berufsrückkehrerinnen Chancen und Perspektiven bieten. Wir haben einen hohen Fachkräftebedarf und können auf qualifizierte Frauen nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU)

Und es gibt das Problem der unterschiedlichen Bezahlung von Frauen und Männern, das sich in der unterschiedlichen Rentenzahlung fortsetzt und dann zu besonderen Härten führt. Die Landesregierung ergreift notwendige Maßnahmen, um diesen Problemen zu begegnen. Aber nicht alles liegt allein in ihrer Verantwortung und ist von ihr allein zu bewältigen. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass die Festlegung von höheren Tariflöhnen Sache der Tarifparteien, also der Gewerkschaften und der Arbeitgeber ist. Erlauben Sie mir ebenso den Hinweis, dass das Rezept des DGB-Vorsitzenden, Herrn Spieth, die zu hohe Frauenarbeitslosigkeit auch durch ein Infrastrukturprogramm zu bewältigen, zwar ein taugliches aber kein neues Rezept ist.

(Beifall bei der CDU)

Der Thüringer Ministerpräsident hat bereits vor Jahr und Tag ein solches Infrastrukturprogramm gefordert und die rotgrüne Bundesregierung - der DGB hat erst kürzlich seine Unterstützung für diese Regierung erneuert - war nicht bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen, der für die jungen Länder so wichtige Impulse für die Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung gesetzt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Eine Wende auf dem Arbeitsmarkt in ganz Deutschland, ein Schließen der Schere zwischen Ost und West, das sind wichtige Beiträge für den Abbau auch der Frauenarbeitslosigkeit. Wenn Frauen in Arbeit gebracht werden könnten, würden damit mehr Arbeitsplätze geschaffen, so eigenartig das klingt, nämlich im Dienstleistungsbereich, in der Kinderbetreuung, ggf. auch in der Altenpflege aber auch in anderen Branchen, in allen Branchen, in denen Frauen eingesetzt sind ohne Bezahlung, wenn sie eben nicht berufstätig sind. Es muss uns gelingen, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Dass die Förderung von Frauen überaus lohnt, dass Thüringen für Frauen ein attraktives Land ist, dass Thüringen aber zugleich über ein überaus großes Potenzial an leistungsbereiten Frauen verfügt, das zeigt sich u.a. an der erfreulich hohen Zahl der Existenzgründerinnen.

(Beifall bei der CDU)

Seit 1991 hat sich die Zahl der selbständigen Frauen um 84,5 Prozent erhöht. Bei den Männern waren es 63,6 Prozent. Im April 2001 waren rund 27.300 weibliche Selbständige in Thüringen erwerbstätig. In kaum einem anderen Bereich ist eine differenzierte Betrachtung notwendiger als im Bereich der Abwanderung. Weil in der DGB-Studie ausdrücklich eine zu hohe Abwanderung von jungen Frauen aus Thüringen erwähnt worden ist, weise ich zunächst darauf hin, dass es sich hier nicht um ein spezifisches Thüringer Problem handelt. Neuere statistisches Material liegt noch nicht vor. Sicher aber ist, dass die Problematik in allen jungen Ländern existiert, teils sogar in einem höheren Ausmaß als bei uns. Das macht das Problem natürlich nicht kleiner. Die Abwanderung lässt sich nicht beschönigen und sie soll auch nicht beschönigt werden. Es ist der Landesregierung bewusst, dass mehr junge Frauen unter 25 Jahren abwandern als junge Männer. Ein Problem, das wir ernst nehmen und das auch ernste Folgen haben kann. Im Jahr 1991 war ein Wanderungsverlust von insgesamt 24.755 zu verzeichnen. Dieser nahm zunächst radikal ab, um dann 2001 auf insgesamt 11.719 anzusteigen. Im Jahr 2001 sind per Saldo 6.917 Frauen und 4.802 Männer aus Thüringen ausgewandert. Die Wanderungsverluste bedürfen jedoch einer reflektierten Betrachtung. Die Mobilitätsbereitschaft der Jugendlichen ist gestiegen und das ist zunächst einmal erfreulich. Jugendliche müssen doch gerade im heutigen Berufsalltag, in ihrer Bereitschaft zur Flexibilität gestärkt werden. Jedoch werden Mobilitätshilfen des Arbeitsamts von der Landesregierung abgelehnt. Die Ursachen für Abwanderungen sind in Thüringen nicht hausgemacht. Eine verstärkte Abwanderung in der Altersklasse zwischen 15 und 39 Jahren in die alten Länder ist auch deswegen erfolgt, weil gerade diese Altersgruppe in den alten Ländern weniger stark vertreten ist und deswegen natürlich die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten dort besser sind. Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin, dass der Abwanderung auch Zuwanderung gegenübersteht. Im Jahr 2000 standen beispielsweise 8.500 Wegzügen auch rund 3.800 Zuzüge gegenüber. Die Abwanderungstendenz von Frauen zeigt sich besonders an der so genannten ersten, aber

mehr noch an der zweiten Schwelle des Arbeitsmarkts. Ursache an der ersten Schwelle sind die Probleme der noch immer unzureichenden Verfügbarkeit insbesondere von betrieblichen Ausbildungsplätzen und an der zweiten Schwelle ist das vor allem das bestehende Angebotsdefizit an Arbeitsplätzen. Weiterhin nehmen Einfluss auf die Abwanderung das im Vergleich zum früheren Bundesgebiet geringere Lohn- und Gehaltsniveau aber auch - und hier insbesondere bei Studienabsolventinnen - die schlechteren Karriere-, Verdienst- und Entwicklungsmöglichkeiten. Aber auch in diesem Bereich sind die staatlichen Einflussmöglichkeiten zur Verbesserung der Entwicklung naturgemäß begrenzt. Wir können die Abwanderungen nur einschränken, wenn wir den Standort Thüringen noch attraktiver machen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu sind vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Stärkung des Innovations- und Technologiestandorts und zur Verbesserung der Infrastruktur notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund werden Fördermaßnahmen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigungshilfen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten. Zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Verbänden, die in diesem Bereich tätig sind.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem besteht eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen. Beispielhaft sei an dieser Stelle der Arbeitskreis "Frauen und Arbeitsmarkt in Thüringen" genannt.

(Beifall bei der CDU)

Ziel dieses Arbeitskreises ist eine stärkere Zusammenarbeit aller Institutionen, die in ihm vertreten sind. Neben dem Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen und meinem Arbeitsbereich sind das vor allem das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, das Arbeitsamt Erfurt, das Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V. und die Gesellschaft für Arbeit und Wirtschaftsförderung. Zwischen den genannten Institutionen besteht ein ständiger Austausch zu vielen gleichstellungspolitischen Themen, zum Lebensumfeld von Frauen und natürlich auch zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus pflege ich einen engen Austausch mit den Beauftragten für Chancengleichheit der Arbeitsämter, den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, dem Landesfrauenrat, den Unternehmerinnenverbänden, den Frauenbeauftragten der obersten Landesbehörden sowie

dem Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft. Weil es diesen Austausch gibt, ist mir die Situation der Frauen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt sehr wohl bekannt und deswegen hat die Studie des DGB für uns auch keine neuen Erkenntnisse an den Tag gebracht. Wir sind aber natürlich bereit, mit dem DGB sowie mit allen anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen in einen konstruktiven Dialog zum Abbau der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Frauenarbeitslosigkeit zu treten.

Wir streben an, Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zu fördern. Für die Beschäftigung von Frauen schaffen wir mit arbeitsmarktpolitischen Programmen einen größeren Anreiz durch höhere Fördersätze. Im so genannten zweiten Arbeitsmarkt ist die Beschäftigung von Frauen relativ leicht steuerbar, weil hier die Teilnehmerinnen an Maßnahmen in der Regel durch das Arbeitsamt zugewiesen werden. Bei der Vermittlung in Unternehmen im ersten Arbeitsmarkt ist letztendlich die Personalauswahl des Unternehmens ausschlaggebend. Hier muss dringend auf das Potenzial gut ausgebildeter Frauen hingewiesen werden, dass z.B. dem befürchteten Fachkräftemangel entgegenwirken kann.

Um die steigende Zahl von arbeitslosen Berufsrückkehrerinnen, es sind 99 Prozent, verringern zu können, wurden zum 1. Juli 2002 Fördereckwerte für den Wiedereinstieg in das Berufsleben in Kraft gesetzt. Weil bei Berufsrückkehrerinnen davon auszugehen ist, dass sie länger als ein Jahr aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert gewesen sind und dem Arbeitsamt damit nicht zur Vermittlung zur Verfügung standen, soll eine Qualifizierung angeboten werden, eine Qualifizierung, die sich aus verschiedenen individuell kombinierbaren Modulen zusammensetzt und Praktika einschließt. Inwieweit Frauen in Thüringen eine Neuausrichtung politischer Ansätze zur Gleichstellungspolitik erwarten, wurde zur diesjährigen Messe "Dienst & Leistung - Frauen und Wirtschaft gemeinsam erfolgreicher" vom 13. bis 14. Juni deutlich. Die Mehrzahl der anwesenden Frauen erwartet eine sachbezogene Politik mit integrierten frauenpolitischen Inhalten. Die Messe hat sich an diesem Anspruch orientiert. Zu dieser Dienstleistungsmesse haben Frauen, aber auch Männer ihre unternehmerischen Leistungsspektren vorgestellt. Es ist besonders erfreulich, dass zu zwei Dritteln Unternehmen auf dieser Messe ausgestellt haben, die von Frauen geführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Von diesen Unternehmerinnen und Geschäftsführerinnen wurde die Messe positiv bewertet. Dabei wurde insbesondere begrüßt, dass die Veranstaltung keine reine Frauenmesse war wie in der Vergangenheit üblich, sondern eben eine Fachmesse, die Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen sollte.

(Beifall bei der CDU)

Diese Messe war auch deswegen bedeutsam, weil den Besucherinnen und den Besuchern ein breites Spektrum der Chancen für Frauen im Dienstleistungssektor vorgestellt wurde. Insbesondere die Gesprächsrunden "Deutschland - eine Dienstleistungswüste" und "Frauen sind die Macherinnen im Dienstleistungssektor" haben eine intensive Diskussion gleichstellungspolitischer Aspekte zwischen Politik und Wirtschaft angestoßen.

Meine Damen und Herren, wichtig bei der Diskussion zwischen Wirtschaft und Politik über die Situation von Frauen in Thüringen ist auch ein anderer Aspekt, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Flexible und effektive Angebote in der Kinderbetreuung tragen entscheidend dazu bei, ob Frauen und junge Familien Thüringen als attraktives Land wahrnehmen oder nicht.

(Beifall bei der CDU; Abg. K. Wolf, PDS)

Gerade, weil andere Länder in der EU, insbesondere die skandinavischen Staaten, auf diesem Gebiet schon deutlich weiter sind als die Bundesrepublik Deutschland,

(Beifall bei der CDU; Abg. K. Wolf, PDS)

legen wir auf eine Verbesserung der Situation hier besonderen Wert.

(Beifall bei der CDU)

Denn hier geht es nicht nur um die Interessen der Frauen, sondern auch um die Zukunft der Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund haben wir hier in Thüringen seit 1991 ein Gesamtkonzept entwickelt, das sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch Betreuungsangebote im Interesse der guten Entwicklung von Kindern ermöglicht. Dazu gehören ein bedarfsorientiertes Angebot für Kinder unter zwei Jahren und sechs Monaten in Kinderkrippen und gemeinschaftlichen Einrichtungen. Dazu gehört die Zahlung des Landeserziehungsgelds im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld bis das Kind zweieinhalb Jahre alt ist. Dazu gehört der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab zwei Jahren und sechs Monaten bis zum Schuleintritt,

(Beifall bei der CDU)

und das nicht nur von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, sondern einen ganzen Tag lang, das wird nämlich auch nicht immer in diesem Umfang gesehen. Außerdem gibt es den Rechtsanspruch auf Hortbetreuung bis zum Abschluss der Grundschule im Hort an der Schule oder im Kinderhort eines freien Trägers bei Angebot eines warmen Mittagessens. Und es gibt die Tagespflege als individuelle Betreuung durch eine Tagesmutter.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches Angebot ist einmalig in der Bundesrepublik, ein Angebot, das wir noch stärker als Standortfaktor herausstellen und das wir noch stärker als Vorteil für potenzielle Investoren vorzeigen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch in Thüringen werden die Betreuungszeiten in vielen Fällen nicht den Beschäftigungszeiten von Frauen, beispielsweise in den Bereichen Handel, Gastronomie und in Gesundheitsberufen, gerecht. Hier besteht Handlungsbedarf für flexiblere und an den Bedarf angepasste Betreuungsmodelle.

(Beifall bei der CDU; Abg. K. Wolf, PDS)

Die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten zu dieser Flexibilisierung wird mir immer wieder signalisiert. Meine Damen und Herren, Chancengleichheit beginnt im Vorschulalter und setzt sich in der Schule fort. Je früher wir damit anfangen, fest gefügte Rollenbilder von Mädchen und Frauen aufzubrechen, desto besser ist es.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen wir darauf achten, dass unsere Lehr- und Lernmittel das Ziel einer gleichwertigen und partnerschaftlichen Lebensgestaltung von Frau und Mann mit berücksichtigen. Selbstverständlich muss der Unterricht so gestaltet sein, dass er die Interessen und Neigungen von Mädchen und Jungen in gleichem Maße anspricht und fördert. Die geringere Beliebtheit von Naturwissenschaften bei Mädchen z.B. ist keine Folge von Begabungsunterschieden. Das haben Untersuchungen noch einmal klar erwiesen.

Wir sind dabei, Unterrichtsmodelle und -materialien zu entwickeln, mit denen die Distanz der Mädchen zur Mathematik, vor allem aber zur Physik und Chemie, abgebaut werden soll. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen in ihrem Unterricht die unterschiedlichen Zugänge, die Mädchen und Jungen zu bestimmten Inhalten haben, berücksichtigen und mit entsprechend differenziertem Unterricht reagieren.

(Beifall bei der CDU)

Bereits in der Schulzeit sehen wir die Notwendigkeit, das Spektrum der Berufswahlmöglichkeiten von jungen Menschen zu erweitern, um damit das tradierte Berufswahlverhalten von Mädchen gleichermaßen für andere Berufe zu entwickeln und damit eventuell drohender Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollen also nicht die 10 "Hitberufe" wählen, die sie nach wie vor noch wählen, weil sie damit große Chancen haben, keinen Arbeitsplatz zu bekommen. Im Übrigen zeigen dieses Wahlverhalten auch Jungen und es sollte dieses Wahlverhalten auch dort aufgebrochen werden.

(Beifall bei der CDU; Abg. K. Wolf, PDS)

Laut Berufsbildungsbericht 2002 konzentriert sich das Berufsspektrum also wieder auf die eben genannten "Hitberufe", die ich jetzt nicht noch einmal aufführen will, weil ich denke, sie sind allen bekannt. Im Zusammenhang mit der Thematik "Berufsausbildung" ist das Angebot an neuen Berufen in Thüringen interessant und auch die Frage, in welchem Umfang sie nachgefragt werden. Hierzu hat das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur eine Unternehmensbefragung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Befragung lagen am 8. Mai dieses Jahres vor und wurden anlässlich der Sitzung des Thüringer Landesausschusses für Berufsbildung vorgestellt. Ich darf nur einen kurzen Auszug daraus geben. Beim Anteil an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen lag Thüringen im Ausbildungsjahr 2001/2002 an der Spitze der neuen Länder

(Beifall bei der CDU)

und leicht oberhalb des bundesdeutschen Durchschnitts.

(Beifall bei der CDU)

Von insgesamt 38 neuen Berufen, in denen zurzeit in Deutschland ausgebildet werden kann, werden in Thüringen 32 angeboten. Das ist eine ungeheure Vielfalt.

(Beifall bei der CDU)

Betrüblich ist allerdings, dass Frauen leider nach wie vor in den neuen Berufen unterrepräsentiert sind. Junge Frauen sind in den neuen Berufen sowohl unter allen Auszubildenden als auch bei den im Jahr 2001 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen deutlich weniger vertreten. Unter 3.400 Jugendlichen, die in Thüringen in neuen Berufen ausgebildet werden, befinden sich 926 junge Frauen. Das entspricht einem Anteil von 27 Prozent. Im Vergleich dazu liegt der Frauenanteil an allen Jugendlichen, die in Thüringen gegenwärtig eine duale Ausbildung absolvieren, bei 37 Prozent. Problematisch ist vor allem die zu beobachtende Tendenz. Erreichte der Frauenanteil in den neuen Berufen 1998 noch den Durchschnittswert aller Berufe von 41 Prozent, so ist er bereits 1999 auf ein Drittel gesunken. Diese Entwicklung in Thüringen ist jedoch keine Sondersituation, obgleich sie nicht übersehen werden darf. Im Vergleich mit den 16 Ländern rangiert Thüringen mit 25,9 Prozent auf Rang vier bei der Betrachtung des Frauenanteils an den im Jahr 2000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in neuen Berufen. Damit liegt Thüringen über dem Bundesdurchschnitt von 23,5 Prozent.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unsere Aufgabe, Mädchen nicht nur für die neuen Berufe, sondern auch verstärkt für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu interessieren. Der Weg dorthin wird von uns bereits beschritten. So besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Naturwissenschaft und Technik an der TU Ilmenau, um das Interesse von Mädchen für naturwissenschaftlich-technische Studiengänge zu fördern. Die Initiative "FrITZI" (d.h. Forum zu Fragen der Informationsgesellschaft, Technologie, Zukunft und IT-Berufen) wurde initiiert vom Arbeitskreis Arbeitsmarkt für Frauen und wird von der Landesregierung unterstützt. Im Rahmen dieser Initiative sollen Thüringer Schülerinnen für zukunftssträchtige, d.h. technische Medien und IT-Berufe interessiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Kalender "Job 2002/2003" erhalten Schülerinnen und Schüler umfangreiche Informationen zur Berufswahl, Berufsentscheidung, Bewerbung, insbesondere zu neuen Berufen. Die neuen Berufe werden direkt von den Unternehmen vorgestellt, die solche Berufe anbieten. Weil wir die Abwanderung nur verhindern können, wenn wir für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein gleichermaßen attraktives Umfeld bieten, müssen wir vor allem auf Innovation, auf Bildung und Wissenschaft setzen. Deswegen ist auch die Situation der Frauen in der Wissenschaft für die Landesregierung ein zentrales Anliegen. Gerade für Frauen haben sich mit dem In-Kraft-Treten der Thüringer Hochschulgesetznovelle im Mai 1999 weitere Möglichkeiten eröffnet. Zahlreiche Regelungen zur Verbesserung der Situation der Frauen an den Hochschulen sind in Kraft getreten. So stieg zum Beispiel der Frauenanteil unter den Professoren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 5 Prozent im Jahr 1994 auf 12 Prozent im Jahr 2001. Im Bundesdurchschnitt ist das ein hervorragendes Ergebnis.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Promotionen im Freistaat Thüringen hat sich der Anteil der Frauen zwischen 1999 und 2001 von 35 auf 41 Prozent erhöht, bei den Habilitationen von 15 auf 25 Prozent. An der Universität Erfurt wurde eine Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Struktur und Spezifik der Geschlechterbeziehung/Frauenforschung eingerichtet. Diese soll Forschungsaktivitäten regional vernetzen und Ergebnisse aus den Bereichen Sozialwissenschaften, Kultur- und Geisteswissenschaften sowie Natur- und Technikwissenschaften sichtbar machen. Die Landesregierung hat hier erhebliche Unterstützung geleistet. Ein neues Förderprogramm für Frauen in der Wissenschaft soll die Chancengerechtigkeit verbessern. Entscheidend dabei ist, wie individuell junge Frauen und Mütter gefördert werden können. So wurden u.a. Telearbeitsplätze für Mütter geschaffen, die in der Promotionsphase sind und Kleinkinder haben, damit sie von zu Hause aus auch an ihrer Qualifizierung weiterarbeiten können. Der Abschluss von

Promotionen mit Stipendien wird gefördert. Diese Stipendien ermöglichen es Frauen, die Betreuung ihrer Kinder mit dem Abschluss ihres Studiums zu vereinbaren. Der Besuch von wissenschaftlichen Veranstaltungen wird unterstützt, damit Wissenschaftlerinnen auf international bedeutenden Kongressen Vorträge halten können und ihre Namen unter ihren Kolleginnen und Kollegen bekannt machen können. Damit wurden ganz vielfältige neue Formen der Förderung entwickelt, um den spezifischen Bedingungen von Frauen in der Wissenschaft wirklich gerecht zu werden und das Ergebnis bestätigt diese Bemühungen.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer Landesregierung beginnt die Förderung von Frauen in der Wissenschaft nicht erst in der Phase der Promotion. Gerade für natur- und ingenieurwissenschaftliche Fächer muss das Interesse früh geweckt und gefördert werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb fördert der Freistaat bereits seit 1998 die Thüringer Koordinierungsstelle Naturwissenschaft und Technik für Schülerinnen, Studentinnen und Absolventinnen an der TU Ilmenau, die ich an anderer Stelle dieser Rede bereits erwähnte. Diese Einrichtung ist in Deutschland beispielgebend.

(Beifall bei der CDU)

Sie widmet sich u.a. der Schaffung von Netzwerken für Studentinnen und Absolventinnen, die nun als Mentorinnen aus der Praxis die Nachwuchskräfte betreuen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass dies mit dazu führen wird, dass Frauen in Wissenschaft und Praxis den Platz einnehmen werden, der ihnen zusteht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind legitime und wichtige Ziele in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Darüber besteht, so weit ich das sehe, Einigkeit. Dass wir uns darüber streiten, wie diese Ziele am besten zu erreichen sind, ist auch natürlich. Doch sollte uns allen klar sein, dass wir keine guten Lösungen finden werden, wenn die Auseinandersetzung nicht konstruktiv geführt wird. Es hilft der Situation der Frauen in diesem Land nicht, wenn der Standort Thüringen schlechtergeredet wird.

(Beifall bei der CDU)

Sobald auch darüber Einigkeit besteht, freue ich mich darauf, gemeinsam mit allen, die sich dazu berufen fühlen, für und über die Verbesserung der Chancen für Frauen in unserem Freistaat zu streiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wird von den Fraktionen Aussprache gewünscht? Die SPD-Fraktion meldet sich, alle drei Fraktionen wünschen die Aussprache. Dann werden wir sie jetzt auch durchführen und ich bitte als erste Rednerin Frau Abgeordnete Bechthum ans Rednerpult.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst begrüße ich den Antrag der CDU, die Entwicklung der Situation von Frauen in Thüringen näher zu beleuchten. Dieses Thema wird von den verschiedenen Fraktionen unterschiedlich bewertet. Während die CDU in ihrem Antrag darauf hinweist, dass Thüringen ein für Frauen freundliches Land ist, das sich seit 1990 auf vielen Gebieten positiv entwickelt hat, sehen das die Mitglieder meiner Fraktion nicht ganz so rosig. Der Bericht von Frau Staatssekretärin war sehr umfangreich, er hat all das aufgezählt, was zum Teil gemeinsam beschlossen wurde, was auch gemeinsam erreicht wurde. Das ist auch gut so, das wir das haben, auch Themen, wo es keinen Widerspruch gibt. Wir sind uns einig, dass Mädchen sich für zu wenig Berufe bewerben. Wir wollen aber nicht nur alles das aufzählen, was gut ist. Wir wollen auch das Negative oder das, was zu verbessern ist, nennen. Wir beziehen uns dabei auch auf die kürzlich veröffentlichte Studie, die Sie, Frau Staatssekretärin, schon nannten, die vom DGB in Auftrag gegeben wurde und den Abgeordneten vorliegt. Wir beziehen uns aber auch auf die Studie der Universität, die sich auch gerade zur Abwanderung und zu den Problemen der Schulbildung und Hochschulentwicklung in den nächsten Jahren sehr intensiv äußert, aber es sind auch meine eigenen Erfahrungen, ich denke, die wir alle gemacht haben. Ich muss sagen, eigentlich sind die Studien doch ziemlich realistisch und so negativ sehe ich das nicht, Frau Meier. Danach hat sich die Situation von Frauen in den Jahren von 1990 bis zum heutigen Zeitpunkt verschlechtert, was die Situation auf dem Arbeitsmarkt betrifft, das muss man einfach sagen. Aber als Verliererinnen der deutschen Einheit, diese generelle Aussage würde ich so auch nicht teilen.

(Beifall bei der SPD)

Die Studie belegt auch, dass Frauen in Thüringen bedeutend besser ausgebildet sind als noch vor zehn Jahren. Das sind doch gute Aussagen. So hatten 2001 29.000 junge Frauen unter 25 Jahren ein Abitur, während es 1991 nur 12.000 waren. Damit liegen Thüringens junge Frauen deutlich vor den jungen Männern gleicher Altersgruppe.

(Beifall bei der CDU)

2001 gab es nur 22.000 männliche Abiturienten. Daraus ist ersichtlich, dass auf dem Gebiet der Schule und Bildung durchaus gute Voraussetzungen für junge Frauen auf eine spätere interessante Berufsausbildung und Berufsausübung

bestehen. Doch dann kommt eben leider oft das böse Erwachen. Trotz Abitur - und in der Regel eines besseren Abiturs als das der jungen Männer - ist es jungen Frauen der genannten Altersgruppe, also unter 25 Jahren, oft nicht möglich, erwerbstätig zu sein. Die Erwerbstätigenquote sank in dieser Gruppe von 59 Prozent im Jahr 1991 auf 41 Prozent im Jahr 2001. Das hat vielfältige Ursachen. Zum einen hängt das mit den in Ausbildung befindlichen Frauen zusammen. Waren 1991 26 Prozent der jungen Frauen in Ausbildung befindlich, so stieg deren Zahl auf 48 Prozent im Jahr 2001. Zum anderen aber werden auch junge Frauen peu a peu von den Männern aus dem Berufsleben hinausgedrängt. Die Folge ist Abwanderung. Insgesamt ist ein Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit in Thüringen von 1991 (65,6 Prozent) auf 2001 (58,6 Prozent) zu verzeichnen. Das bedeutet, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen im letzten Jahrzehnt um 100.000 Frauen zurückgegangen ist. Damit ist die Frauenerwerbstätigenquote in Thüringen etwa auf Bundesdurchschnitt gesunken, was wir eigentlich nicht wollten (57,7 Prozent im Jahr 2000). Die Studie besagt weiter, dass Frauen in vergleichbaren Tätigkeiten niedriger entlohnt werden als ihre männlichen Kollegen. Das ist sowieso ein Phänomen, glaube ich, EU-weit. Das haben wir auch in Schweden jetzt erfahren.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Obwohl der Vergleich hinkt.)

Diese Differenzierung setzt sich auch auf die Renten fort. Besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind die 55- bis 65-jährigen Frauen. Diese Generation ist im Jahr 2001 auf dem Arbeitsmarkt nur mit 24,3 Prozent vertreten, das sind 4,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2001 gaben zwei Fünftel aller Thüringer arbeitslosen Frauen laut Studie an, länger als 18 Monate arbeitslos zu sein, also langzeitarbeitslos. Somit ist die Entwicklung für viele Frauen in Thüringen nach Auswertung der Studie des DGB und auch der Auffassung meiner Fraktion nicht so positiv zu bewerten, wie sie nun fast grundsätzlich in der CDU gesehen wird. Ich sagte schon, die Folge dieser Entwicklung ist Abwanderung in die alten Bundesländer und mit dem Thema "Abwanderung" befasste sich der Landtag bereits in der Plenarsitzung am 25./26. April dieses Jahres auf Antrag meiner Fraktion. Der Antrag lautete: "Maßnahmen gegen die Abwanderung junger Menschen aus Thüringen". Er wurde ja abgelehnt. Schon damals betonte ich, dass jährlich etwa 3.000 bis 4.000 junge Frauen Thüringen verlassen und jede zweite von ihnen hat Abitur. Das ist ein Zustand, der zum Himmel schreit.

Ich will Sie nicht mit Statistiken belästigen, auch nicht mit Meinungen von Experten, sie sagen aber alle das Gleiche, dass die Tendenz der Abwanderung steigend ist. Gründe für die Abwanderung sind die Jugendarbeitslosigkeit, so wird sie nach Abschluss auch vorwiegend genannt, dann die in Deutschland niedrigsten Löhne - das wissen Sie auch, dass das viele junge Leute sagen, wenn sie in den alten Bundesländern mehr bekommen, dann gehen sie eben -, und natürlich auch die unzureichende Anzahl an

hochwertigen Ausbildungsplätzen im Dienstleistungsbereich. Das haben wir schon in der Beratung hier am 25./26. April hervorgehoben. Nun soll man sich damit auch nicht trösten, dass dieser Zustand in anderen östlichen Bundesländern ähnlich oder vielleicht noch schlimmer ist, davon haben wir in Thüringen nichts. Folgendes muss nur klar sein:

1. Es handelt sich um gut ausgebildete Mädchen und Frauen und Frauen - wie ich schon sagte -, die einen hochwertigen Dienstleistungsberuf erlernen möchten.
2. Es wandern Frauen ab, die wir zum Beispiel im Dienstleistungsbereich oder in technischen Berufen dringend benötigen.
3. Es wandern Frauen im gebärfähigen Alter ab.
4. Schulen und Universitäten erwachsen Nachwuchsprobleme in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Das hat gerade hier die Universitätsstudie belegt.

Im Wirtschaftsministerium wird diese Entwicklung so ein bisschen heruntergespielt, Herr Schuster, das ist so mein Eindruck. Was sollte das Land Thüringen gegen diese Entwicklung tun? Denn die meisten jungen Frauen wollen beides, sie wollen Beruf und sie wollen Familie, zumindest Kinder. Unser Pfund, mit dem wir bis jetzt immer wuchern konnten, nämlich unser breites Netz an Kindertagesstätten, das ist bald aufgebraucht. Wir können uns ja eigentlich freuen, dass wieder mehr Kinder geboren werden. Gerade die Krippenkapazität, die Krippen sind beliebt, die reicht schon jetzt nicht. Da müssten sich die Kommunen Gedanken machen, wie die erweitert werden. Es will nicht jeder eine Tagesmutter haben.

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Die Kommune.)

Es gab in Erfurt jetzt ein Beispiel, in der TA zu lesen, dass einem Kind der Krippenplatz verweigert wurde, weil der Vater plötzlich arbeitslos geworden ist und sie wissen selbst, der Krippenplatz hängt immer an Arbeit. Für eine arbeitslose Frau beginnt der Kreislauf, die bekommt gar nicht erst einen Krippenplatz. Die Kindergartenplätze sind auch rar geworden und aufgrund der finanziellen Notlage der Kommunen werden auch immer mehr Kindergärten in freie Trägerschaft übernommen. Ich habe das in Erfurt mit verfolgt. Die Mütter befürchten, dass die bereits jetzt doch schon hohen Gebühren - in Erfurt sind sie gestaffelt - weiter steigen werden. Sie wissen selbst, in zwei, drei Jahren können dann die Träger auch selbst entscheiden.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Dann finanzieren Sie es doch.)

Sie können doch dann reden, warum regen Sie sich nur so auf? Die Landesregierung muss hier schon handeln

und diese Entwicklung mit verfolgen und wo es möglich ist, dieser auch Einhalt gebieten.

Es gibt Positives zu berichten, zum Beispiel die Situation von Frauen an Thüringer Hochschulen. Wir hatten im letzten Plenum zu der Regierungserklärung von Frau Ministerin Prof. Schipanski sehr ausführlich darüber gesprochen und dass es hier eine sehr kontinuierliche Entwicklung von 1990/91 an, als die Frauenbeauftragten an den Hochschulen bestellt waren, gab. Ich möchte hier nur noch einmal sagen, in den allgemeinen Hinweisen an die Hochschulen ist zum Umsetzungsprogramm festgelegt, dass die Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre ein wesentliches Ziel der Fördervereinbarung von Bund und Ländern ist. Um eine hinreichende Beteiligung von Frauen an dem gesamten Förderprogramm zu erreichen, muss bei allen personengebundenen Programmteilen der Vereinbarung eine Beteiligung von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht werden. Ich denke, Thüringen ist da auch auf einem guten Weg, darüber sind wir sehr froh, aber auch diese Entwicklung ist dank der engagierten und kompetenten Gleichstellungsbeauftragten an den Thüringer Hochschulen so geschehen und sie läuft auch so weiter, das ist sehr, sehr erfreulich.

Zur Situation allein erziehender Frauen: Wir werden ja später darauf noch einmal durch Ihre Große Anfrage zur Familiensituation kommen - es überschneidet sich nun manches leider. Ich möchte hierzu etwas sagen. Etwa 15 Prozent aller Familien in Deutschland sind Einelternfamilien, davon sind 85 Prozent Frauen. Allein Erziehende haben es schwer, sie sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen, da sind wir uns auch einig. Sie haben nicht die Wahl zwischen Arbeit oder Kindererziehung, sondern sie sind in den allermeisten Fällen auf Arbeit angewiesen. Wenngleich allein erziehend nicht notwendigerweise Armut bedeutet, so erhalten doch 25 Prozent von ihnen Sozialhilfe. Allein erziehend ist oft ein wirtschaftliches Risiko. Übrigens muss hier auch noch einmal etwas zur Entwicklung des Phänomens "allein erziehend" gesagt werden. Allein erziehend heißt nicht immer oder immer seltener, allein und ohne Partner zu sein. Vielmehr bedeutet allein erziehend

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Richtig allein ist was anderes.)

immer mehr eine nicht eheliche Eltern-Kind-Konstellation. Zum Beispiel bestehen in Thüringen bei 41 Prozent der allein Erziehenden feste Partnerschaften, sie haben das in der Studie selbst hier so genannt, die gemeinsam ihre Kinder erziehen und den Haushalt führen. Wir wissen, dass Trennung und Scheidung oft unverschuldete Notlagen bringen und auch, dass in der Gruppe der allein Erziehenden, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, überwiegend junge Frauen mit Kindern sind, die Kinder unter 6 Jahren haben, ohne Partner leben und auch ohne Ausbildung sind. Das ist ein großes Problem. Wir haben jetzt dankenswerterweise dieses Mutter-Kind-Zentrum auch hier in Erfurt und es ist gut, da zu erfahren, warum kommen dort so junge Mäd-

chen, die jüngste Mutter ist 13, in dieses Heim, wo Versagen ist vom Elternhaus, auch Schule, wo Aufklärung nicht nur biologisch erfolgen soll, sondern auch Kompetenz, sozial und was geschieht und wie kann ich mich schützen. Da muss vieles, vieles geschehen. Ich denke, das wissen wir auch. Der beste Weg, Armut zu vermeiden, ist auch für allein Erziehende Erwerbsarbeit. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, hat die Bundesregierung - das wissen Sie selbst - das Erziehungsgeldgesetz novelliert. Es ist 2001 in Kraft getreten. Dass auch erstmals ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bis zu 30 Wochenstunden während des Erziehungsurlaubs besteht,

(Beifall bei der SPD)

Frau Dr. Meier, das hätten Sie ruhig auch mal mit erwähnen können, was sich Positives auf Bundesebene auch auf das Land übertragen schon jetzt entwickelt. Die Einkommensgrenzen für den Bezug von Erziehungsgeld wurden ebenfalls um 11,4 Prozent angehoben. Für das "familienfreundliche Unternehmen" wird bundesweit geworben. Die Landesregierung hat sich geschmückt mit dem Lob, es ist ja jetzt schon das zweite Jahr, als ein Unternehmen in Jena die Auszeichnung "familienfreundliches Unternehmen" verliehen bekam - Sie wissen, alle Zeitungen haben darüber geschrieben, sogar die Bildzeitung auf der ersten Seite und Herr Schuster mit dabei, das war schon eine gute Sache mit Herrn Rau und Frau Bergmann. Aber Sie vermeiden es,

(Unruhe bei der CDU)

bei anderen Betrieben dafür zu werben. Da hören wir aber viel zu wenig. Ich kann Sie nur bitten, tun Sie das. Als dieser Geschäftsführer von diesem Jenaer Unternehmen, Frau Dr. Meier, Sie waren dabei, berichtet hat, wie sie das machen, der hat dort Selbstverständlichkeiten, die für ihn als Unternehmer oder als Geschäftsführer im Grunde logisch sind, "einfach zusammengeschrieben". Da sind wir eben dahin gekommen, warum wir so erfolgreich sind. Das ist einfach, das kann man doch übertragen, das finde ich wirklich gut, dass wir in Thüringen wenigstens so ein Beispiel hatten.

Noch einmal, liebe, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Politik für Frauen zu machen, bedeutet auch, Frauen in die Politik mit einzubeziehen. Auf diesem Gebiet hat die CDU in Thüringen Nachholbedarf. Im Thüringer Landtag beträgt der Frauenanteil bei der CDU 18,4 Prozent

(Beifall bei der CDU)

und da wissen Sie auch, da sind dann die meisten auch über die Liste nachgerückt, bei der SPD 38,8 Prozent; Spitzenreiter ist die PDS mit 52,3 Prozent.

(Beifall bei der PDS)

In den 10 Thüringer Wahlkreisen und im Bundestag ist das Verhältnis ähnlich.

Ich fasse zusammen: Die Situation der Thüringer Frauen ist differenziert zu betrachten. Ich muss auch sagen, Frauen als Existenzgründerinnen sind erfolgreicher als Männer,

(Beifall bei der CDU)

auch weil sie bescheidener anfangen. Deshalb unser aller Appell, Frauen als Existenzgründerinnen zu unterstützen. Wir haben das ja schon gemacht mit einer Existenzgründerin hier im Landtag und das ist sehr gut angekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können ja nächstes Jahr eine andere Existenzgründerin wieder nehmen. Einer guten Ausbildung stehen nicht genügend entsprechend bezahlte Arbeitsplätze gegenüber. Die Abwanderung besonders junger Frauen ist überdimensional hoch, und es muss von Seiten der Landesregierung alles getan werden, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Arbeitspolitische Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt müssen erhalten bleiben. Ich weiß, viele Frauen werden damit bevorzugt auch bedacht, aber das ist noch zu wenig. Die sind gesunken, Herr Schuster, die SAM für diese Frauen sind die lebenswichtig, auch für die Kinder. Die Bundesgesetze, die Frauen mehr Freiraum lassen, Beruf und Familie zu vereinbaren, wie der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, Elternzeitgesetz, das Gewaltschutzgesetz müssen in Thüringen mit Leben erfüllt werden, sie müssen viel mehr öffentlich gemacht werden. Allein erziehende Elternteile sind besonders zu unterstützen und Krippen- und Kindergartenplätze, Möglichkeiten der außerschulischen Betreuung von Kindern müssen in Thüringen erhalten bleiben, aber sie müssen auch ausgebaut werden nach der Grundschule. Sprechen Sie mit Eltern? Eltern 10-jähriger Kinder möchten, dass die Kinder auch weiter betreut werden. Ganztagschulen ist natürlich eine große Sache, aber die lehnen Sie ja eben ab. Tarife müssen angeglichen werden, der öffentliche Dienst könnte hier Vorreiter sein, aber ich muss Ihnen hier auch sagen, diese Schlussfolgerungen stehen in engem Zusammenhang mit tatsächlicher Gleichberechtigung. Frau Meier kann ich da voll unterstützen. Sie haben das hier auch mit genannt, da sind wir uns auch einig, Gleichstellung und Chancengleichheit für Frauen und Männer. Ohne das intensive angestrebte Wirken und die Aktivitäten von Frauenbeauftragten, Institutionen und den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, den Gewerkschaftsfrauen und in höchster Instanz des Landesfrauenrats wäre die Situation von Frauen wesentlich schlechter. Ich glaube, darüber sind wir uns auch einig, aber es bedarf zusätzlicher Anstrengungen, Strategien und Methoden, um die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Da übernehme ich auch Formulierungen aus der Studie, die stimmt mit unserer überein. Sie wissen, jetzt haben wir den Ausdruck lange nicht genannt, Gender Mainstreaming ist die richtige Strategie.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesem hohen Haus ausführlich darüber gesprochen und die Dienstreise des Gleichstellungsausschusses - es war eine Dienstreise - nach Schweden,

(Unruhe bei der CDU)

Gespräche in den unterschiedlichsten Institutionen, von der Vorschule bis zur Ministerin für Gleichstellung über Gewerkschafter und viele andere, auch beim Botschafter, haben deutlich gemacht, welche Werte - das war ja für uns überraschend - eine Gesellschaft lebt. Chancengleichheit, Gleichstellung von Mädchen und Jungen von dem ersten Lebensjahr an in dieser Vorschule, von Mann und Frau steht an erster Stelle der Werteskala in diesen ganzen skandinavischen Staaten. In Schweden haben wir es ja auch so miterlebt und nicht als etwas Aufgesetztes. Das sind alles EU-Länder und deshalb sollten wir da bestimmte Sachen auch mit übernehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, seien Sie Vorbild auch bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming in Thüringen. Ich zitiere hier noch zum Abschluss aus der Studie, ich finde das sehr gut - Frau Präsidentin, ich zitiere -, dass Sie sich das noch einmal bewusst machen: "Frauen und Männer haben nicht dieselben Rollen, Ressourcen, Bedürfnisse, Interessen und nicht dieselbe Entscheidungsmacht. In den Jahren 2000 bis 2006 erhält Thüringen aus dem europäischen Fördertopf beträchtliche Mittel zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf sowie einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbswelt. Im Rahmen der EU-Ziel-1-Förderperiode 2000/2006 hat sich die Thüringer Landesregierung zu Gender Mainstreaming bekannt und sich zur Umsetzung verpflichtet." Wollen wir hoffen, dass der Herr Ministerpräsident mit seinem langen Atem diese Zeit hier nur gemeint hat und sagt, jetzt wollen wir das auch schaffen, wo wir diese Förderung bekommen.

Ich wollte noch etwas sagen zum Antrag der PDS. Ich muss Ihnen sagen, er kam sehr überraschend,

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Der von der CDU aber auch.)

ich muss Ihnen sagen, ja, der kam auch überraschend, das ist ja nicht nur Positives, ich habe ihn heute früh auch erst bekommen. Einige Kollegen hatten ihn auch erst wohl heute früh aus dem Fach genommen. Ich möchte dazu sagen, es ist sehr vieles drin, was man begrüßen kann und nicht. Meine Fraktion, wir haben uns so darüber abgestimmt, wenn es möglich ist, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit darüber zu sprechen, würde ich das sehr empfehlen und begrüßen. Es sind verschiedene Gebiete, die hier wirklich in einem Antrag sind und da kann man nicht auch jetzt noch so ausführlich dazu reden. Also, wenn das möglich ist, wir wären dafür, wenn er im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit so beraten werden könnte.

Dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Tasch, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frauen und Männer haben von der Einheit profitiert.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nicht nur unsere Freiheit, sondern viele Dinge dazu gewonnen. Geringe Bezahlung in frauentypischen Berufen und geringere Renten sind kein Ergebnis der deutschen Einheit, sondern waren auch gelebte DDR-Realität,

(Beifall bei der CDU)

nicht, wie der DGB mit seiner Veröffentlichung uns glauben machen will, Frauen sind nicht die Verliererinnen der deutschen Einheit.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe nichts verloren. Ich lebe heute ohne Angst vor der Staatsmacht. Ich kann reisen, ich kann meine Kinder zu geradlinigen Menschen erziehen, die nicht zu Hause so und in der Schule anders reden müssen

(Beifall bei der CDU)

Meine Kinder sind heute selbstbewusste junge Menschen, die befähigt sind, in Eigenverantwortung ihr Leben zu meistern und nicht zu Duckmäusern heranwachsen müssen, wie wir das noch erleben mussten.

(Beifall bei der CDU)

Ich profitiere heute davon, nicht mehr in einer Mangelwirtschaft zu leben. Ich kann heute Familie und Beruf vereinbaren, weil ich als allein erziehende Mutter dreier Kinder auf unser gutes Thüringer Kinderbetreuungsnetz setzen kann,

(Beifall bei der CDU)

denn während ich jetzt hier rede, essen meine Kinder gerade in der Regelschule Küllstedt ihr Mittag und ich weiß meine Kinder gut aufgehoben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diese guten Betreuungsmöglichkeiten nicht hätten, könnte ich hier an dieser Stelle nicht stehen. Ich

kann meine Familieneinkäufe Samstagnachmittag erledigen, ohne damit rechnen zu müssen, dass mein Waschpulver für die nächsten vier Wochen ausgegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frauenrechte sind Menschenrechte,

(Beifall Abg. K. Wolf, PDS)

häusliche Gewalt ist eine Menschenrechtsverletzung, dieses wurde noch in der DDR totgeschwiegen. Wir haben seit 1990 ein Netz von Frauenhäusern aufgebaut für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Mit dem Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Verbesserung häuslicher Gewalt wird die Unterstützung von Frauen deutlich verbessert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen für mehr Chancengleichheit zu schaffen. Dass hier noch viel zu tun ist und überall in Deutschland, das wissen wir und wir handeln. Die Arbeitslosigkeit allgemein und insbesondere die Frauenarbeitslosigkeit ist zu hoch. Was wir dringend brauchen, ist mehr Wachstum und Beschäftigung, das ist der Schlüssel zum Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Das DGB-Rezept, welches jetzt auf den Tisch gelegt wurde, nämlich ein Infrastrukturprogramm für die neuen Länder aufzulegen, hat unser Ministerpräsident bereits im Februar 2001, also vor über einem Jahr, gefordert,

(Beifall bei der CDU)

aber die rotgrüne Bundesregierung war und ist nicht bereit, auf diesen für die neuen Länder so wichtigen Vorschlag einzugehen. Solange von Seiten der Bundesregierung kein Sonderprogramm Ost auf den Weg gebracht wird, solange der Mittelstand nicht ausreichend gefördert wird, solange werden die von Seiten des Thüringer Wirtschaftsministeriums aufgelegten Fördermöglichkeiten nur ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem werden von Seiten des Thüringer Wirtschaftsministeriums enorme Kraftanstrengungen unternommen, um die Förderrichtlinien, Fördermöglichkeiten, die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern. Als positives Beispiel möchte ich hier nennen den seit sieben Jahren engagiert arbeitenden Arbeitskreis "Frauen und Arbeitsmarktpolitik in Thüringen".

(Beifall bei der CDU)

Auch der jetzt oft in Mode gekommene und von der Männerwelt belächelte Begriff des Gender Mainstreaming hat schon lange in der Arbeitsmarktförderung des Wirtschaftsministeriums Einzug gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Frauen profitieren davon. Denn die Förderansätze z.B. für die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis sind bei Frauen höher als bei Männern - ein gutes Beispiel, wie Gender Mainstreaming funktioniert, nämlich im Vorfeld von Entscheidungen zu berücksichtigen, wie sich die Entscheidungen auf die Belange von Frauen und Männern auswirken. An diesem Beispiel kann man den Gender-Ansatz gut deutlich machen. Denn viele stören sich noch an dem Begriff, reden aber gerne von Highlights, Job-Floatern, Profilern, Events und vielen anderen unsinnigen Wörtern mehr.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Dienstleistungsbereich Haushalt liegt nach wie vor brach. All unsere Bemühungen, den Arbeitsplatz Haushalt für Haushaltskräfte zu einem regulären Arbeitsplatz zu machen, hat Schröder zunichte gemacht. Alte, offensichtlich unausrottbare Vorurteile haben die Sozialdemokraten veranlasst, den Sonderausgabenabzug für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Haushaltskräfte von 18.000 DM im Jahr zu streichen. Und was ist das Ergebnis? Wir haben dieses Ergebnis auszubaden, denn wir sollen auf ewige Zeiten die Doppelbelastung weiter tragen - Familie, Beruf, Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Dienstleistungszentren sind eine Chance für Existenzgründungen und neue Arbeitsplätze in privaten Haushalten. Gerade uns allein Erziehende hat die Bundesregierung durch die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages eine schwere Last aufgebürdet.

(Beifall bei der CDU)

Das ist SPD-Frauenpolitik - Schröder macht die Frauen arm.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe im Hause)

Ja, Frau Bechthum, da müssen Sie nicht schütteln, das sind Tatsachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 29.000 Frauen in Thüringen unter 25 Jahren verfügen über einen Abiturabschluss, im Vergleich, der ist heute schon mehrmals genannt worden, 22.000 Männer. Dies zeigt deutlich, wie sich die Bildungslandschaft seit 1991 verbessert hat, denn damals gab es 12.000 Frauen unter 25 Jahren. Frauen sind

gut ausgebildet, das haben wir heute auch schon mehrfach gehört, ihnen steht die ganze Welt offen.

(Zwischenruf Abg. Stauch, CDU: Na, bitte.)

Ich kann diesem auch einen positiven Aspekt abgewinnen. Auf der einen Seite ist es gut, wenn unsere jungen Frauen in Thüringen bleiben, auf der anderen Seite ist es gut, wenn sie Erfahrungen in Deutschland, Europa, Amerika, wo auch immer, wo sie gern hin möchten, sammeln können. Unsere Aufgabe ist es, alles daran zu setzen, dass bei uns mehr Wachstum und Beschäftigung einzieht, damit diese Frauen, wenn sie ein paar Jahre in der Fremde - würde man als Eichsfelder sagen - ihre Erfahrungen gesammelt haben, wieder nach Hause kommen, sich hier in unserer Heimat Thüringen niederlassen, hier ihre Familie gründen, und hier Arbeit und Beruf vereinbaren.

Wir haben einen Standortfaktor in Thüringen, den wir viel zu wenig als Werbemittel nehmen - wir haben ein gut ausgebildetes Kinderbetreuungsnetz.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ausgezeichnet. Da brauchen wir auch keine Angst zu haben, dass wir daran sparen. Wir haben eine gesetzliche Verpflichtung. Auch Gemeinden begreifen, dass, wenn sie Zuzug haben wollen, es dazu gehört, Kindergartenplätze vorzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Viele Gemeinden und Städte nehmen Kinder unter 2½ Jahre für Berufstätige auf. Das sind zurzeit 40 von 100 Kindern, die zwischen 1½ und 2½ Jahren in Einrichtungen gehen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Standortvorteile, die man deutschlandweit suchen muss und das müssen wir viel stärker in die Vermarktung unseres Freistaats mit einfließen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir auf ein gutes Netz hinweisen, das habe ich schon gesagt, werden auch Familien sich hier ansiedeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Berufswahl von jungen Frauen, das haben wir heute auch schon mehrfach gehört, weg von den zehn klassischen Mädchenberufen - Frisörin, Bürokauffrau, Kosmetikerin, Floristin - auf neue zukunftsorientierte Berufe zu lenken, ist eine dringende Aufgabe, die wir uns bereits gestellt haben. Wir werden uns dieser Sache weiter stellen, weil dort doch noch große Reserven liegen. Im Gleichstellungsausschuss haben wir nach Lösungsansätzen gesucht. Vor allem die Berufsberatung der Arbeitsämter muss sich qualitativ verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir auch mehrfach erlebt und wer Kinder hat, der weiß, wie die teilweise abläuft.

Ich möchte hier zwei hervorragende Projekte in Thüringen noch einmal nennen. Das ist zum einen die Koordinierungsstelle Naturwissenschaft und Technik für Schülerinnen, Studentinnen und Absolventinnen. Diese möchte für Schülerinnen mit Hilfe verschiedener Maßnahmen bessere Möglichkeiten schaffen, sich ausführlich und praxisnah über den Einsatz als Ingenieurin, Technikerin oder Wissenschaftlerin zu informieren und

(Beifall bei der CDU)

vor allem Eltern und Lehrer bei der Studien- und Berufswahlentscheidung der Schülerinnen mit Veranstaltungsangeboten zu unterstützen. Das halte ich für enorm wichtig - gezielte Beratung von Eltern. Wir haben eine Informationsflut, die es schwer macht, die Eltern gut zu informieren.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das ist wahr.)

Viele Informationen bedeuten nicht gleichzeitig guten Informationsfluss.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine große Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Im April 2002 startete das Projekt FrITZI. Jeder weiß hier, wie das ausgesprochen heißt, ein Gemeinschaftswerk des Bildungswerks der Thüringer Wirtschaft und der TU in Ilmenau. Diese Initiative will nun Schülerinnen ab Klasse 6 der Regelschulen für Berufe in naturwissenschaftlichen, gewerblich-technischen, Medien- und IT-Bereichen interessieren. Die Entscheidung, die Mädchen bei ihrer Berufswahl treffen, haben auch Konsequenzen für ihr weiteres Leben. Wir werden dieses weiter unterstützen und auch ausbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Frauen in der Wissenschaftslandschaft Thüringen gefördert werden, hat Frau Ministerin Professor Dr. Schipanski eindrucksvoll in ihrer Regierungserklärung am 23. August 2002 dargelegt. Frau Dr. Meier hat das jetzt auch noch einmal ausgeführt. Ich brauche das nicht alles zu wiederholen. Förderung von Frauen im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist Chefsache. Das merkt man, weil unsere Ministerin Frauenförderung lebt.

(Beifall bei der CDU)

Ich kenne andere hohe Persönlichkeiten in Deutschland, die hier von Frauen und Gedöns sprechen - nur mal als Vergleich.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Wer macht denn so was?)

Ja, das kriegt mal raus.

In der Thüringer Hochschulpolitik findet Eingang, dass der von der EU initiierte Prozess des Gender Mainstreaming zum Ziel hat, Entscheidungsprozesse zu reorganisieren, zu verbessern und zu evaluieren und damit die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen als eine Querschnittsaufgabe und Gemeinschaftsaufgabe erkannt und umgesetzt wird.

An der Universität Erfurt wurde ein Lehrstuhl eingerichtet "Soziologie, Struktur und Spezifik der Geschlechterbeziehung". Dieser befasst sich intensiv mit Gender Mainstreaming in der Lehre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frauenförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe,

(Beifall bei der CDU)

denn unsere Gesellschaft profitiert von der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen. Wir sind seit 1990 ein gutes Stück vorangekommen, aber wir müssen diese Entwicklung weiter verbessern. Es ist noch nicht alles so, wie es sein sollte, das habe ich auch gesagt. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte, die ständig zwischen Männern und Frauen laufen muss. Ich lade alle dazu ein, vor allen Dingen die Männer. Das haben wir in Schweden erlebt, mit welcher Leidenschaft, die Männer dort

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Leidenschaft ist nicht das, was Leiden schafft.)

den Gleichstellungsgedanken leben und selber vorangehen. Denn ohne die Männer wird das nichts. Ich lade alle dazu ein, uns weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch zwei Sätze zum Entschließungsantrag der PDS sagen. Die CDU-Fraktion wird ihn ablehnen und ich werde auch ganz kurz sagen weshalb. In Punkt 1 die Statistiken, die hier aufgeführt sind - wir haben uns im Gleichstellungsausschuss schon mehrfach darüber unterhalten, in welchen Bereichen geschlechtsspezifische Statistiken eingeführt werden und das werden wir auch in Auswertung unserer Reise tun. Wir werden dies genau unter die Lupe nehmen und dann auch sagen, wo in Thüringen mit dieser Sache angefangen wird. Im Bereich des Doppelhaushalts haben wir noch genügend Zeit darüber zu diskutieren. Und die Zahlung des Landeserziehungsgeldes, was hier gefordert wird, wir haben ja ein gutes System, wir haben schon darauf hingewiesen. Wir haben zwei Jahre Bundeserziehungsgeld, ein halbes Jahr Landeserziehungsgeld und wir sehen ja, wie das angenommen wird. Es wird gut in Thüringen angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja auch unser Gesamtkonzept, so wie wir das hier haben.

Wir haben ein flächendeckendes Netz an Kindertageseinrichtungen. Wir haben auch Angebote für Kinder unter 2½ Jahren.

Zu dem anderen Punkt verweise ich auf die Drucksache 3/2485, die wir erst im Juni 2002 ausführlich in diesem Parlament behandelt haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Wolf, bitte schön. Sie haben das Wort.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion legt uns hier einen Antrag auf Berichterstattung zur Situation von Frauen in Thüringen auf den Tisch. Gleichzeitig wird aber deutlich, dass wir den eigentlich gar nicht brauchen, weil in der Begründung schon zu lesen ist, Thüringen ist ein frauen- und familienfreundliches Land.

(Beifall bei der CDU)

Und weiter gehend

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Wie friedlich.)

in Thüringen sind viele positive Entwicklungen seit 1990 erfahrbar.

(Beifall bei der CDU)

Es sei Ihnen unbenommen, an dieser Stelle kräftig zu applaudieren.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Darüber kann man auch berichten.)

Wir haben den Bericht der Landesregierung zu den vielen positiven Entwicklungen zur Kenntnis genommen und ich habe auch die Ausführungen von Frau Tasch zur Kenntnis genommen, die aus ihrer Sicht völlig richtig sagt, es geht ihr besser. Ich gebe zu, auch uns in der Fraktion - wir haben als Frauen kurz darüber geschwätzt - geht es nicht schlecht. Frau Tasch, ich glaube aber, wir sollten uns unserer privilegierten Lage hier im Landtag auch durchaus bewusst sein.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Dafür brauchen wir uns nicht zu schämen.)

Ich habe nicht gesagt, wir sollten uns dafür schämen. Ich habe gesagt, wir sollten uns der privilegierten Lage bewusst sein.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Wir haben doch alles dargelegt. Wir haben auch hart daran gearbeitet.)

Wenn ich hier die Zahl lese, dass das Durchschnittseinkommen im Moment bei Arbeitnehmerinnen und Angestellten in Thüringen bei 1.600 € liegt, dann können wir eben nicht den repräsentativen Durchschnitt darstellen. Das sollte man einfach auch bedenken.

(Beifall bei der PDS)

Von daher befürchte ich, dass Ihre Worte an vielen Stellen wie Hohn in den Ohren der vielen arbeitslosen Frauen klingen. Die Arbeitslosigkeit ist enorm gestiegen, vor allem eben bei den Frauen. Die Frauenerwerbsquote ist nun einmal seit 1991 von 75 Prozent auf 58 Prozent zurückgedrängt. Das heißt, wir haben inzwischen bundesdeutschen Durchschnitt erreicht und an der Stelle bin ich nicht besonders stolz darauf. Viele Frauen fühlen sich eben im Bereich der Gleichstellung ganz bewusst als Verliererinnen der Vereinigung.

(Beifall bei der PDS)

Die Landesregierung ist in meinen Augen bisher nicht im beherzten Kampf gegen diese Zurücksetzung aufgefallen. Natürlich gibt es Ausnahmen, ganz klar, aber die Breite der Landesregierung - und hier nehme ich die Gleichstellungsbeauftragte ausdrücklich aus - fällt an dieser Stelle nicht auf. Meine Damen und Herren, ich vermute, es ist nicht das Hauptanliegen Ihres Antrags, realistisch über die Fragen der Gleichstellung und der Entwicklung in den letzten Jahren zu diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist eine Unterstellung!)

Eigentlich - dieser Verdacht drängt sich auf - wollen Sie das Thema aus wahltaktischen Gründen hier auch noch einmal beleuchten.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Das kann nur eine falsche Vermutung sein.)

An einer wahren Problemlösung zur Abwanderung sind Sie wahrscheinlich nicht interessiert.

(Beifall bei der PDS)

Die sachliche und tatsächliche Einschätzung der Situation in Thüringen steht hier scheinbar nicht im Vordergrund.

Meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen zum Zustandekommen der heutigen Debatte. Frau Bechthum hat die Debatte ausdrücklich gelobt. Ich gebe zu, dass eine Debatte über so ein Thema ausgesprochen wichtig und notwendig ist. Das Vorgehen ist an dieser Stelle doch eher merkwürdig. In einer scheinbaren Nacht- und Nebelaktion schreiben Sie hier einen Antrag zusammen.

(Unruhe bei der CDU)

Sie sind scheinbar auch getroffen, von daher war die Annahme vielleicht doch nicht so falsch.

(Beifall bei der PDS)

Mit demselben Handstreich setzen Sie diesen Tagesordnungspunkt noch auf einen vorderen Platz im Plenum. Wenn Sie doch auch einmal ohne Wahlkampf so vehement für die Belange der Frauen kämpfen würden.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Es sind doch Beispiele genannt worden.)

Ich hatte diesen Antrag am Dienstag auf dem Tisch liegen. Der Antrag kam genau in der Woche als wir alle im Ausland weilten. Ich hatte einen Tag Zeit, um mich auf Ihren Antrag vorzubereiten.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Dafür braucht man sich nicht vorzubereiten.)

Herr Kretschmer, bereiten Sie sich nicht auch auf Berichte der Landesregierung vor, die geliefert werden?

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Da müssen Sie mal hinhören.)

Das ist dann vielleicht auch ein Armutszeugnis. Aber das hat eben nicht nur etwas mit Respekt zu tun, der hier dem hohen Haus entgegengebracht wird, sondern das hat auch etwas mit Familienfreundlichkeit zu tun, denn für meine Familie war in den letzten zwei Tagen einfach keine Zeit mehr.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, Frauen in Thüringen sind nach wie vor strukturell benachteiligt. Darüber kann selbst der schönste Bericht der Landesregierung nicht hinwegtäuschen. Im Übrigen, Frau Meier, ich möchte ausdrücklich sagen, Ihr Abriss war an den Stellen, an denen Sie eingegriffen haben, durchaus gut. Er war angemessen und realistisch. Kritik übe ich an den Stellen, zu denen Sie nichts gesagt haben, zum Beispiel habe ich zum Bereich der allein Erziehenden nichts vernommen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Möchten Sie eine Frage stellen? Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Groß, CDU:

Frau Wolf, da Sie gerade von Armutszeugnis gesprochen haben, in Ihrer Entschließung in Punkt 2 sprechen Sie von der Landesfrauenbeauftragten. Würden Sie mir Recht geben, dass diese Bezeichnung seit einem Jahr nicht mehr korrekt ist?

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Ich gebe Ihnen natürlich Recht und gebe zu, dass dieser Fakt von uns falsch beschrieben ist und einfach vorkommt, weil, Sie wissen es selber, wir hier in Thüringen sehr lange eine Frauenbeauftragte hatten. Auch wenn das wahrscheinlich nicht alle gemerkt haben. Aber dazu will ich mich jetzt hier nicht äußern. Aber Sie haben Recht.

(Unruhe bei der CDU)

Wer wie die CDU-Fraktion von einem frauen- und familienfreundlichen Bundesland spricht und die strukturellen Benachteiligungen nicht oder eben nur unzureichend klar benennt, hat eigentlich kein oder zumindest ein sehr unzureichendes Problembewusstsein. Nehmen wir die Situation der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit im Beruf oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Solange solche Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, in Bildung oder Ausbildung nicht konsequent und verbindlich angegangen werden, solange wird sich an der Situation in Thüringen nichts ändern oder eben nicht unbedingt zum Positiven.

Die PDS-Fraktion hat schon in den letzten Reden zur Gleichstellung gesetzliche Verankerung vorgeschlagen, wie z.B. ein Diskriminierungsverbot von Frauen bei Arbeit, Ausbildung und Bildung einzuführen. Wir wollen klare Sanktionen, um somit eindeutig Position zu beziehen, auch für den Bereich der Privatwirtschaft.

Meine Damen und Herren, die Studie des DGB zur Situation der Frauen in Thüringen hat klar benannt, dass wir hier eine niedrige Erwerbsquote von Frauen haben. Bei all Ihrer Kritik, die Sie an der Studie hatten, konnten Sie die Fakten nicht widerlegen. Es sind einfach Fakten, die aufgrund der Basis des Landesamtes für Statistik errechnet wurden.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Im Vergleich fehlt aber die Angabe der anderen neuen Bundesländer.)

Wir müssen doch nicht immer nur in die anderen neuen Bundesländer gucken, wo man an der Stelle auf Thüringen schaut.

(Beifall bei der PDS)

Um eine Situation einzuschätzen reicht doch erst einmal der Blick auf die Thüringer Fakten. Da verstehe ich nicht,

was Sie an der Stelle kritisieren, denn die Fakten sind nun einmal eindeutig. Die Zahlen können Sie auch nicht anders interpretieren. Sie sind im übrigen auch vom DGB nicht in der Weise interpretiert worden. Dauerarbeitslosigkeit von Frauen wird als Dauerproblem benannt und die Chancen für Frauen, schnell einen Arbeitsplatz zu erhalten, liegen bei 1 zu 10. Die Erwerbslosenquote der unter 25-Jährigen liegt für mich bei gigantischen 15,6 Prozent. Hier müssen Lösungen gefunden werden.

Und es wird jedem klar, dass nur so der Abwanderung und damit dem Ausbluten der Gesellschaft entgegengetreten werden kann. Frauen werden auch in Thüringen immer mehr in Teilzeitarbeitsplätze gedrängt. Meine Damen und Herren, ich möchte hier auf keinen Fall Teilzeitlsungen verdammen. Auch in meinem Umfeld wählen viele Frauen und Männern bewusst kürzere Arbeitszeiten. Aber, meine Damen und Herren, es muss auf Freiwilligkeit beruhen. 52 Prozent der Frauen in Teilzeit wollen eigentlich Vollzeit arbeiten. Hier hat eben auch die Landesregierung Spielraum. Gerade für Frauenberufe gibt es oft keine Vollzeitchancen - Lehrerinnen, Hortnerinnen, Kindergärtnerinnen.

(Beifall bei der PDS)

Hier könnten wir wirksam der Abwanderung entgegen-treten. Frau Tasch, Ihr Einwurf, man hätte mehr entlassen müssen ...

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Können habe ich gesagt.)

Ja, ist aber natürlich auch insoweit nicht richtig, dass man z.B. auch Gruppengrößen heruntersetzen könnte.

(Beifall bei der PDS)

In die Gruppe von meinem Sohn gehen mehr als 15 bis 16 Kinder. Ich finde, das muss einfach nicht sein, 10 würden es auch tun. Wir haben ja auch in Schweden Beispiele gesehen.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Seien Sie doch nicht unsachlich.

Frauen verdienen weniger als Männern, ein bekanntes und - ich gebe natürlich auch zu - bundesweites und europaweites Problem. Aber in Thüringen wird die Schere immer größer. Wie tritt die Landesregierung dem entgegen? Ich sage an der Stelle, mit einem völlig unverbindlichen Gleichstellungsgesetz. Wo sind denn die klaren Befrderungschancen im öffentlichen Dienst? Wie sehen denn Karriereperspektiven in der Verwaltung aus? Wie viele Behrdenleiterinnen haben wir denn schon in Thüringen? Meine Damen und Herren, das alles sind gerade für junge Frauen Gründe, das Land zu verlassen. Mit der jetzigen Politik im Land werden wir sie kaum bewegen können wiederzukommen.

(Beifall bei der PDS)

Hier nützt es eben auch nichts, sich auf halbwegs bedarfsdeckender Kinderbetreuung auszuruhen. Ich sage hier extra, halbwegs bedarfsdeckend, denn die meisten Kindergärten schließen 17.00 Uhr, das ist für mich nicht bedarfsdeckend.

(Beifall bei der PDS)

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich ist das Sache der Kommune, das ist doch gar keine Frage, aber andererseits können Sie doch dann nicht sagen, dass es bedarfsdeckend ist, auch wenn es Sache der Kommune ist.

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Es gibt genügend Kindergärten.)

Meine Damen und Herren, problematisch sind auch Bereiche, in denen Thüringen als Mitglied im ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ich habe einen Fakt benannt, regen Sie sich doch nicht künstlich auf.

Problematisch sind auch Fragen, in denen Thüringen als Mitglied im Bundesrat zum Handeln aufgefordert wäre. Hier nur kurz einige Beispiele: Ein Hauptkritikpunkt von betroffenen Frauen, aber auch von betroffenen Männern ist, dass mit der Geburt eines Kindes keine ergänzende Sozialhilfe in der Elternzeit gezahlt wird. Wir alle wissen, dass gerade die Geburt eines Kindes der Hauptgrund für den Bezug von Sozialhilfe ist. Ein weiterer Schwachpunkt der Frauen- und Familienfreundlichkeit liegt seit Jahren auf der Hand. Es kristallisiert sich leider immer wieder heraus, dass bei Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen aufgrund der Geburt eines Kindes erst einmal nahezu alles Ersparte aufgebraucht werden muss, bevor eine Anspruchsberechtigung nach BSHG vorliegt. So ist z.B. immer wieder zu hören, falls junge Leute eine private Altersvorsorge abgeschlossen haben, dass sie diese erst wieder auflösen und zurückkaufen müssen. Dieser Schritt wird von den Thüringer Sozialämtern verlangt, selbst wenn die sofortige Verwertung einer abgeschlossenen Alterssicherung im Augenblick äußerst unwirtschaftlich ist. Gerade an diesem Fall wird sichtbar, dass durch die Politiker die so oft gewünschte Altersvorsorge nahezu wieder ausgehöhlt wird, eben zumindest im Bereich vor allem allein Erziehender. Wir fordern, dass solche Lebensversicherungen in den Katalog des sozialrechtlichen Schonvermögens ausdrücklich aufgenommen werden sollen. Außerdem steht unsere alte Forderung, dass das Kindergeld nicht als Einkommen beim Sozialhilfebezug herangezogen werden darf. Meine Damen und Herren, jede Kindergelderhöhung schlägt sich zum Teil eben auch negativ auf die Portemonnaies der Eltern nieder. Wo sind hier Ihre Initiativen? So weit dann eben an der

Stelle zum familienfreundlichen Land.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Familiengeld einführen am 23. September 2002.)

Also, Frau Tasch, ich glaube, die Frauen, die das betrifft, und das sind vor allem Frauen, werden sich nicht verträsten lassen auf irgendeinen Wahltag. Hier hätten Sie schon längst aktiv werden können.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Am Anfang der Wahlperiode ...)

Die PDS ist der Auffassung, dass die Kritikpunkte grundlegend durch die Änderung des BSHG sowie die schrittweise Einführung der sozialen Grundsicherung endlich und überfällig sind. Ein anderes Beispiel: Junge Thüringer Mütter bemängeln immer wieder, dass ein Revidieren ihrer Entscheidung in Bezug auf ein Jahr Erziehungsurlaub nicht zurückzunehmen ist, aber die Anzahl der Krippenplätze oftmals bei weitem nicht ausreicht. Dazu wieder ein Beispiel, natürlich ist die Kommune wieder zuständig, das werden Sie gleich dazwischenrufen, das ist mir durchaus bewusst. Aber es ist eben ein Punkt, wo auch das Land aktiv werden könnte, weil es durchaus Auswirkungen hat. Die Zusage für den Krippenplatz erhalten sie sechs Wochen, bevor Sie den Termin gestellt haben. Die Entscheidung, wie lange ich Erziehungsgeld beziehe, die muss ich aber nahezu bei der Geburt des Kindes treffen. Da haut irgendetwas nicht zusammen hin.

(Beifall bei der PDS; Abg. Bechthum, SPD)

Ich bin der Auffassung, dass die Entscheidung der Thüringer CDU, das Erziehungsgeld für Eltern nicht zu zahlen, wenn sie nur das verkürzte Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, keine familienfreundliche Politik ist.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf aus dem Hause)

Wieso liegt das nicht an Ihnen? Sie können doch ganz klar die Entscheidung treffen, wenn nur ein Jahr Erziehungsgeld gezahlt wird, dass Sie im Anschluss Landeserziehungsgeld zahlen und nicht an der Stelle auf Kosten der Familien sparen. Also, da verstehe ich Ihren Einwurf nicht.

In der Praxis ist immer wieder zu erleben, dass Elternzeiten, sprich Erziehungszeiten, meist von Frauen in Anspruch genommen werden - im Übrigen ganz anschaulich nachzulesen in der Antwort auf meine Kleine Anfrage -, weniger als zwei Prozent der Menschen in Erziehungszeiten sind Männer. Das heißt, diese Aufgabe wird zu 98 Prozent von Frauen wahrgenommen. Ich denke, es ist eigentlich eine gemeinschaftliche Aufgabe.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Das muss doch die Familie entscheiden.)

Natürlich muss das die Familie entscheiden, es ist die Frage, wie die Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wenn Familienväter diesen Schritt unternehmen, stoßen sie oft auf Ablehnung in ihrem sozialen Umfeld und eben auch gerade bei ihrem Arbeitgeber, abgesehen davon, dass sie in den meisten Fällen das höhere Einkommen haben, aber, ich denke, eben nicht in 98 Prozent der Fälle. Auch hier könnte die Landesregierung aktiv werden. Die PDS fordert - und dies schon seit längerem -, dass die Landesregierung verstärkt Mittel für die Förderung von Kinderkrippen bereitstellen muss. Das ca. 75 € betragende Kopfgeld für Kinder in Kinderkrippen ist schon längst nicht mehr ausreichend. Auch hier wiederhole ich die alte Forderung nach der so genannten Drittelfinanzierung in Kita-Einrichtungen. Es ist meines Erachtens nicht damit getan, sich für flächendeckende Kindertageseinrichtungen zu loben, hingegen dazu aber die Rahmenbedingungen nicht ausreichend stimmig zu machen. Diese Art der politischen Gestaltung fördert nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein gänzlich anderes Beispiel für Ihre mangelnde Initiative ist der sensible Punkt bei der Schaffung von gesetzlichen Regelungen für in der DDR geschiedene und verwitwete Frauen. Das Recht des Versorgungsausgleichs wurde - wie Sie sicherlich alle wissen - in den neuen Bundesländern erst für Ehescheidungen ab 1992 eingeführt. Für Frauen - und das sind nicht wenige -, die zwischen 1955 und 1991 geschieden wurden, bedeutet dies eine ungeklärte rechtliche Situation und Rentenverluste in Größenordnungen, die keiner mehr verstehen kann. Auch hier wäre es politisch vernünftig gewesen, eine noch offene Lücke im Gesetz im Interesse der neuen Länder zu schließen.

Meine Damen und Herren, die Frauen- und Familienfreundlichkeit wird nicht geregelt durch einige wenige Zugeständnisse und Ansätze, die Sie geliefert haben und die an vielen Stellen ja völlig richtig sind, wie z.B. bei der Initiative in Ilmenau. Aber Gleichstellungspolitik auf dem Weg zu einer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist komplex und muss auch so angegangen werden. Frauen- und Familienfreundlichkeit wird dann erreicht werden können, wenn Sie sich der Komplexität der Benachteiligung widmen und endlich Grundlagen zu deren Beseitigung schaffen. Ich fürchte, meine Damen und Herren, dass dieser Antrag jetzt im Wahlkampf wenig sachdienlich ist. Aber ich lasse mich an dieser Stelle natürlich gern von Ihren Aktivitäten nach der Bundestagswahl eines Besseren belehren und ich hoffe, dass Sie dann immer noch genauso vehement für die Rechte der Frauen kämpfen. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Nitzpon, bitte schön, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Dr. Meier hat im Eingang ihrer Rede gesagt, sie glaubt, dass dieser Antrag kein Wahlkampfantrag ist. Als Frau Wolf aber darauf hingewiesen hat, dass es eindeutig ein Wahlkampfantrag ist, gab es hier Zwischenrufe, es wäre nicht so. Meine Damen und Herren, die Platzierung zeigt eindeutig, es ist von Ihnen ein Wahlkampfantrag.

(Unruhe bei der CDU)

Wenn wir über Frauen reden wollen, dafür sind wir auch, aber dann hätte man nicht sieben Punkte vorher diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen müssen. Dann hätten Sie, Frau Tasch, auch die Möglichkeit gehabt, zu unserem Antrag Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen", zur Arbeitslosigkeit von Frauen und zur Förderung von Frauen in der Wirtschaft zu reden. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, zu der pflegerischen Versorgung von Frauen in Thüringen zu reden, in der Gesundheitsförderung sind natürlich auch Frauen mit angesprochen, in Jugendkulturprojekten ganz gewiss und natürlich auch in der Familienpolitik. Es hätte also nicht bedurft, diesen Antrag vorzuziehen. Ich hoffe natürlich, dass wir alle Tagesordnungspunkte heute schaffen, aber dieser Antrag von Frauen kam so spät, dass er dorthin gehört hätte, wo er denn eigentlich auch platziert war. Dieser Antrag kam so spät, dass er eben der letzte Tagesordnungspunkt geworden wäre, aber Fragen zu Frauenpolitik hätten trotzdem in allen anderen Punkten genauso ihre Daseinsberechtigung gehabt.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vopel zu?

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Ja, sicherlich.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Nitzpon, können Sie mir einmal sagen, für wen oder für was wir hier Wahlkampf machen sollen, wir sind unter uns.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Ja, das weiß ich nicht.

(Unruhe bei der CDU)

Die Presse ist natürlich auch noch da, aber Sie hätten dann erst recht nicht diesen Antrag vorziehen sollen. Für mich ist das eindeutig ein Antrag in Sachen Wahlkampffragen.

(Beifall bei der PDS)

Gestatten Sie mir, einen Satz aus Ihrem eigenen Zukunftsprogramm für Thüringen der CDU zu zitieren. "Arbeit bedeutet mehr als Erwerbschancen, Arbeit bedeutet Selbstwertgefühl, Sinnerfüllung und Lebensperspektive."

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Herr Kretschmer, Sie klatschen zu Recht und, Frau Tasch, Ihnen muss ich sagen, Ihnen geht es auch nur besser, mir auch, ich stimme Ihnen da zu, weil Sie einen Vollzeitjob haben, der noch dazu so gut bezahlt wird. In der DGB-Studie werden alle Frauen beleuchtet und es gibt Frauen in Thüringen, denen geht es eben nicht so. Diese Fakten wurden in dieser DGB-Studie aufgeführt. Das können Sie nicht abstreiten, weil es Ihnen besser geht, dass es vielleicht allen Frauen in Thüringen besser geht.

(Beifall bei der PDS)

In dieser DGB-Studie wird nämlich dokumentiert, dass seit 1991 dramatisch, Frau Tasch, die Arbeits- und Einkommensbedingungen von Frauen im Freistaat Thüringen verschlechtert wurden. Ich bin froh, dass es erstmals auch eine Studie gibt, die sich ausschließlich nur auf Thüringer Frauen bezieht, denn dann kann die Landesregierung endlich einmal auch Schlussfolgerungen für Thüringen ziehen, sie bezieht sich ansonsten nur immer auf irgendwelche Studien oder wie auch immer oder wie es in anderen Ländern ist.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Sie beziehen sich auch auf eine ...)

Ich denke, es wird Zeit, dass eben einmal die Lage in Thüringen hier auf den Tisch kommt. Ich bin dem DGB dafür eigentlich dankbar.

(Beifall bei der PDS)

Aus der Studie, meine Damen und Herren, geht hervor, dass der Lohn gegenüber dem durchschnittlichen Einkommen der Frauen in den neuen Bundesländern - und hören Sie genau zu - bei den Thüringer Frauen um 122 € niedriger liegt. Weiter heißt es: Verglichen mit den Frauen der alten Bundesländer erhalten sie sogar ein um 673 € niedrigeres Einkommen. Zwei Drittel der Thüringer, die mit monatlichen Nettoeinkünften zwischen 500 und 700 € leben müssen, sind eben Frauen in Thüringen. Frauen werden auch immer mehr in die Teilzeitarbeit gedrängt. Die Studie warnt vor einer zunehmenden Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsleben, aber auch vor weiterer Abwanderung von jungen Frauen aus Thüringen. Dazu haben alle meine Vorredner schon etwas gesagt.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Wir auch.)

Auch Massenarbeitslosigkeit ist immer eines der gravierendsten gesellschaftlichen Probleme an der Betroffenheit von Frauen. Dabei hat sich in Thüringen gleichfalls nichts geändert. Viele Frauen mussten Erfahrungen mit der Mehrfacharbeitslosigkeit machen. Sie sehen eben nach Jahren von Arbeitslosigkeit kaum noch Chancen für sich auf dem ersten Arbeitsmarkt. Der Wunsch jedoch nach existenzsichernder Arbeit ist zugleich auch eine Absage vom konservativen Frauenbild, in dem die Frau höchstens als eine dazuverdienende Hausfrau ihren Platz hat. Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist eine entscheidende Voraussetzung für soziale Sicherheit. Das bedeutet in unseren Augen gleichberechtigte Teilhabe auch in allen gesellschaftlichen Bereichen.

(Beifall bei der PDS)

Da Frau Dr. Meier hier dargelegt hat, wie viele Existenzgründerinnen es in Thüringen gibt, mehr Frauen als Männer, muss ich sagen, Thüringerinnen haben ja oft gar keine andere Chance, wieder in das Berufsleben zu kommen, als eine Existenz zu gründen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Man kann alles schlecht reden.)

Es ist ihre letzte Chance in vielen Fällen. Ich habe auch nichts davon gehört, wie denn überhaupt die Zahl der dann wieder in Konkurrenz gegangenen Betriebe ist.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das ist ihre freie Entscheidung.)

Ja, das ist ihre Freiheit, Arbeitslosigkeit oder Existenzgründung. Das ist eine Freiheit, vor der oft viele Frauen stehen. Reden Sie doch einmal mit den Existenzgründerinnen. Ich habe mit vielen davon gesprochen. Sie haben gesagt, es ist ihre letzte Chance, auch von Frauen, die während ihrer Arbeitslosigkeit in Umschulung waren. Das sind nämlich viele Frauen, die nach einer Umschulung nicht mehr ins Erwerbsleben eintreten können, weil sie keinen Arbeitsplatz bekommen. Ihnen bleibt eben nur die letzte Chance, sich selbständig zu machen.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Haben Sie denn einmal Frau Dr. Meier zugehört?)

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, auch daran erinnern, dass 1985 schon die Bundesrepublik mit der Ratifizierung des Menschenrechtsabkommens zur Beseitigung aller Form der Diskriminierung der Frau Verpflichtungen eingegangen ist. Diesen Verpflichtungen muss sich auch der Freistaat Thüringen stellen, z.B. unterstützende Dienstleistungen bereitzustellen und den Eltern eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Ich werde auf diese Vereinbarkeit in dem Punkt "Große Anfrage zur Familienpolitik" noch einmal zurückkommen.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ich sage, ich komme dann noch einmal darauf zurück. Ich sehe schon, dass einige Vorteile sind, aber in den letzten Jahren hat z.B. bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Landesregierung Thüringen in Größenordnungen abgebaut. Ich werde Ihnen Beispiele später nennen, ansonsten wird der Redebeitrag noch länger. Ich kann das natürlich auch jetzt machen, aber, ich denke, wir machen das dann.

Außerdem, meine Damen und Herren, hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass die wirksame Umsetzung des Diskriminierungsverbots auch die Durchführung konkreter Maßnahmen des Nachteilsausgleichs, sprich Frauenförderung, mit einschließt. Frau Wolf hat es ja hier schon gesagt, es geht eben darum, dass auch in der Privatwirtschaft endlich ein Gleichstellungsgesetz Fuß fasst, das auch umgesetzt wird.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, vor allem der CDU, Sie haben wahrscheinlich vergessen, dass es die geistig-moralische Wende der CDU-FDP-Regierung war, wo mit dem Instrument der Steuerpolitik eine Umverteilung von unten nach oben vorgenommen wurde. Während die öffentlichen Kassen geleert wurden, wurde das Vermögenspotenzial der Reichen nicht angegriffen. Die Bilanz von 16 Jahren Schwarzgelb sieht so aus: Der private Reichtum in Deutschland ist exorbitant gestiegen, die Sozialleistungen wurden demontiert. Während die Unternehmenssteuern unter Berücksichtigung natürlich der Abschreibungsmöglichkeiten auf das niedrigste Niveau in Europa gesenkt wurden, stieg die Steuerbelastung der abhängig Beschäftigten auf das höchste Niveau nach dem Krieg - und das damals schon unter Kohl. Während die Unternehmensgewinne um 116 Prozent gestiegen sind, sind die Reallöhne im selben Zeitraum damals gesunken. Und neoliberalen Wirtschaftsforschern und Unternehmerverbänden reicht der jahrzehntelange Lohnverzicht und Reallohnabbau immer noch nicht aus, sie fordern die Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik. Ich habe dazu eigentlich auch noch nie eine Auffassung der Thüringer Landesregierung gehört. In Thüringen aber, meine Damen und Herren, hat die CDU-geführte Landesregierung in den letzten Jahren noch eins draufgesetzt, indem nämlich die Arbeitsmarktmittel bei steigender Arbeitslosigkeit gekürzt wurden.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern ausführlich darüber gesprochen, Leid Tragende sind in großem Maße auch dabei Frauen. Meine Fraktion erwartet deshalb von der Landesregierung die Entwicklung regionaler arbeitsmarktpolitischer Konzepte unter dem Aspekt der Überwindung der Spaltung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit in bezahlte und unbezahlte Arbeit.

(Beifall bei der PDS)

Einen Hauptgrund der Geschlechtertrennung sehen wir nämlich in dieser Spaltung. Frau Dr. Meier, aber auch Frau Tasch haben einige Maßnahmen genannt, unter anderem

mit dem Hinweis auf die Bitte oder die Forderung an den Bund, ein Infrastrukturprogramm zusätzlich aufzulegen.

Meine Damen und Herren, das fordere ich und fordern wir schon seit Jahren von der Landesregierung. Auch dabei rührt sich bei der Landesregierung in diesen Fragen überhaupt nichts. Ich denke, solch ein Infrastrukturprogramm sollte mit einer geänderten Förderpolitik einhergehen, die Wege aus der Arbeitslosigkeit insbesondere für allein Erziehende, aber auch für schwer vermittelbare ältere Frauen bringt.

Zudem wird, meine Damen und Herren, auch von Ihnen die Kinderfrage immer als eine Privatangelegenheit betrachtet. Der Mangel an Geschlechtersolidarität zeigt sich auch ganz stark. Während Männer in der Regel versorgt und betreut sind, haben Frauen eben Nachteile über die Übernahme der Fürsorge und Erziehungsarbeit für ihren Lebensstandard. Ich denke dabei an die fehlende berufliche Wiedereingliederung, die fehlenden Karrierechancen oder die fehlende Alterssicherheit. Die Ursachen nämlich für ein hohes Maß an dauerhafter Kinderlosigkeit werden in den beträchtlichen finanziellen Nachteilen beim Großziehen von Kindern gegenüber anderen Lebensformen gesehen. Das macht die Entscheidung junger Paare für ein Kind eben auch so sehr schwer. Der Reichtum einer Gesellschaft - das sagen Sie ja auch immer selbst - besteht aber in ihren Kindern. Der Geburtenrückgang und das Verharren der Geburtendefizite auf einem hohen Niveau weisen auf Defizite in der Gesellschaft hin. Das müssten Sie doch eigentlich auch wissen. Das Steuer- und Sozialrecht wird nach wie vor von der traditionellen Rollenaufteilung von Mann und Frau in der Gesellschaft geprägt. Ich nenne hier nur das Ehegattensplitting. Für mich gehört es abgeschafft.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Ja, das ist ja was.)

(Beifall bei der PDS)

Wollen wir eigentlich alle eine zukunftsfähige Gesellschaft, dann ist eine Reform der Steuer- und Sozialpolitik von zwei grundsätzlichen Positionen anzugehen, nämlich erstens der Überwindung der Geschlechtertrennung und zweitens des Entgegenwirkens der sich verschärfenden sozialen Ungerechtigkeit. Hier kann und muss eine Landesregierung handeln und kann nicht immer nur auf den Bund verweisen. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir können die Aussprache schließen und mir bleibt zum Abschluss festzustellen: Gibt es Widerspruch, dass das Berichtersuchen erfüllt ist? Den gibt es nicht. Damit ist dieses Berichtersuchen erfüllt. Wir kommen zur Abstimmung zum Entschließungsantrag der PDS-Fraktion in Druck-

sache 3/2702. Die SPD-Fraktion hat Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit beantragt. Das werden wir zunächst abstimmen. Wer dafür votieren will, den bitte ich ums Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Überweisungsantrag ist abgelehnt. So stimmen wir über den Entschließungsantrag direkt ab. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**

"Zur Gesundheitsförderung in Thüringen"

Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der PDS und Antwort der Landesregierung - Drucksachen 3/2002/2405 - auf Antrag der Fraktion der PDS

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/2550 -

Ich eröffne die Beratung und bitte als erste Rednerin, Frau Abgeordnete Dr. Fischer ans Rednerpult. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Gesundheitsförderung ist ein immer komplexer werdendes Thema, das als Querschnittsaufgabe höchste Anforderungen an alle Akteure in Politik und Gesellschaft stellt. Wie verwoben Gesundheitsförderung mit anderen Bereichen wie Wirtschaft, Umwelt und Bildung ist, kann aus den Antworten der Landesregierung zur Großen Anfrage herausgelesen werden.

Gesundheitsförderung ist aber auch ein Bereich, den die Landesregierung in Thüringen in vielfältiger Weise selbst gestalten kann, ohne auf Bundeskompetenz verweisen zu müssen. Darin liegen Zukunftschancen für Thüringen, weil regionale Besonderheiten unbürokratisch, das heißt ohne Bundesrat, Vermittlungsausschuss ect., berücksichtigt werden könnten. Mittel- und langfristige Investitionen in die Gesundheit sind Investitionen in die Zukunft. Das ist, glaube ich, die Crux des Ganzen. Gesundheitsförderung zahlt sich innerhalb einer Wahlperiode nicht so aus, wie man sich das vielleicht wünscht, sondern erst mittel- und langfristig. Das ist bekannt, weil viele Dinge nicht so in Gang zu bringen sind, wie man es sich wünscht.

Meine Damen und Herren, wenn es um Gesundheitsförderung geht, dann stehen für uns besonders Kinder und Jugendliche im Blickpunkt. Hier setzt die Kritik unserer Fraktion an. Bereits im Juni dieses Jahres, als es um den öffentlichen Gesundheitsdienst ging, haben wir auf die Personalentwicklung in Gesundheitsämtern hingewiesen. Wir haben die Landesregierung gefragt, wie ein Amt mit 17 Mitarbei-

tern seine umfangreichen und expandierenden Aufgaben überhaupt noch wahrnehmen kann. Wir wissen, immer mehr Schüler weisen Teilleistungsstörungen auf, immer häufiger wird Adipositas festgestellt, mit der Suchtprävention wird zu spät begonnen, Haltungsschäden, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen usw., ich könnte das noch weiter aufzählen; Sie haben das aber bestimmt nachgelesen.

Schüler, meine Damen und Herren, beginnen heute mit zehn Jahren, in den dritten und vierten Klassen, zu rauchen. Das Modell der Verwaltungsmodernisierung, sprich rigider Personalabbau mit der Konsequenz der Privatisierung, der Landesregierung macht auch Schule beim Thüringischen Landkreistag. Hier sieht das Organisationsmodell für Landkreise eine Personalorientierung für Gesundheitsämter von 18 vor. Dabei werden die Bereiche Schule und Kultur mit Gesundheit zusammengelegt. Bei 1,5 Stellen für den Sachbereich Kultur fällt das auch nicht weiter auf. Die Kultur ganz abzuschaffen ging wohl nicht. Wäre es denn nicht besser, wenn man z.B. die Bereiche Gesundheit, Soziales und Umwelt in einem Dezernat zusammenbringt.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, dass die Gesundheitsämter bisher eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt pflegen, scheint nicht weiter von Bedeutung für den Landkreis zu sein. Offensichtlich interessiert es auch nicht, wenn Fachleute sagen, uns fehlt die Kraft für jährliche Untersuchungen, um das Kindertagesstättengesetz, gemeint ist § 15 Abs. 3 - Gesundheitsfürsorge - umzusetzen.

Meine Damen und Herren, die Einschulungsuntersuchungen, Schuleingangsuntersuchungen werden nach dem Bielefelder Modell vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst durchgeführt. Seit 1997 erfolgt die statistische Erfassung und Auswertung im Thüringer Landesamt für Statistik. Die Organisation und Abstimmung der Auswertungszyklen obliegt dem Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar. Ich könnte mir vorstellen - mir ist zumindest bisher keine zusammenfassende Übersicht von Schuleingangsuntersuchungen bekannt und auch nicht deren Vergleichbarkeit -, dass man das vielleicht in Zukunft in den Blick nimmt und auch tut. Jetzt wiederhole ich das noch einmal, weil es mich erschreckt. Bei den Schuleingangsuntersuchungen ist festgestellt worden, dass 11 Prozent der schuleingangsuntersuchten Kinder verhaltensgestört waren; 17, 18 Prozent stimm-, sprech- und sprachgestört, Haltungsschwächen in Größenordnungen, Adipositas usw. Ich frage Sie, was tun wir für diese Kinder? Ich frage auch deshalb, weil ich mir im Moment noch nicht ganz im Klaren bin, wie mit der Auswertung verfahren wird. Was kommt denn bei den Verantwortungsträgern vor Ort an? Warum gibt es keine zeitnahe Vergleichbarkeit der Kreise und Städte? Das ist übrigens auch etwas, was Fachleute sehr deutlich kritisieren.

Meine Damen und Herren, wenn der Schulgesundheitspflege in Thüringen tatsächlich so eine große Bedeutung

beigemessen wird, wie es in der Antwort der Landesregierung steht, warum ist die Rechtsverordnung zum Thüringer Schulgesetz § 55 - Schulgesundheitspflege - dann ein Spielball für die Ministerien Kultus und TMSFG. Außer Ankündigungen nichts gewesen? Mir ist übrigens kein anderes Bundesland bekannt, das mit diesen Problemen derartig umgeht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung nicht nur, dass sie hier schnellstmöglichst handelt und die seit langem angekündigte Rechtsverordnung zur Schulgesundheitspflege auf den Weg bringt. Wir unterstützen auch die Warnung von Fachleuten, keine Personalreduzierung bei den Gesundheitsämtern vorzunehmen. Überhaupt nicht hinnehmbar ist für uns die Begründung mit der rückläufigen Schülerzahl. Ich denke mir, das wird kommen. Denn die Zunahme von Verhaltens- und Teilleistungsstörungen bei Schülern erfordert zwangsläufig einen größeren Umfang an Einzelfallbegutachtungen und Betreuung. Was wir brauchen sind mehr qualifizierte Kräfte und keine Gesundheitsaufseher, wie ich es hier schon einmal von diesem Pult aus gesagt habe, wie in dem Papier des Landkreistags angekündigt. Hier wird der Trend erkennbar, Fachpersonal nicht mehr zu ersetzen. Das erinnert mich an die zum Teil fatale Entwicklung in den USA. Wir brauchen Beratungslehrer an allen Schulen, entsprechend ausgebildete Schulärzte und Psychologen und vor allen Dingen eine sensibilisierte Öffentlichkeit für all diese Fragen.

(Beifall bei der PDS)

Vielleicht wäre es auch sinnvoll, ein Fach "Gesundheitskunde" oder "Lebenskunde" in der Schule - mir ist es egal, wie das heißt - einzuführen, in dem all diese Fragen von Anfang an besprochen werden können. Ich denke, dieser Vorschlag ist von der PDS-Fraktion vor einigen Jahren schon einmal hier gemacht worden.

Meine Damen und Herren, im 11. Kinder- und Jugendbericht ist nachzulesen, dass Einschränkungen bei behinderten Kindern und Jugendlichen weitestgehend sozial bedingt sind. Mit Blick auf alle Kinder und Jugendlichen wird damit die Forderung erhoben, dass Schulen sich ändern und zu gesundheitsfördernden Einrichtungen werden müssen. Die Kommission zum 11. Kinder- und Jugendbericht empfiehlt auch, eine Neuorientierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, nämlich stärkere Einbeziehung der Gesundheitsförderung und die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher. Der gegenwertige Präventionsansatz unterstellt, dass individuelles Gesundheitsverhalten weitgehend frei gewählt werden kann.

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Frau Fischer, Sie sagten ...

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Ich werde ihre Frage am Ende beantworten. Ich würde gern erst zu Ende reden.

Der gegenwärtige Präventionsansatz unterstellt, dass individuelles Gesundheitsverhalten weitgehend frei gewählt werden kann. Vieles, meine Damen und Herren, spricht auch dafür. Aber empirische und andere Untersuchungen belegen, dass eine bessere Bildung, höherer beruflicher Status und höheres Einkommen mit einem objektiv größeren Handlungsspielraum verbunden sind.

Meine Damen und Herren, Gesundheitsförderung heißt auch hinsichtlich Sucht und Drogen eine zeitgemäße Gesundheitsförderung auf diesem Gebiet, vielleicht dem Umgang damit auch hier in Thüringen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir haben vor einem Jahr hier eine Fachtagung zu Sucht und Drogen gemacht. Dabei ging es uns im Übrigen nicht um die illegalen Drogen, sondern vor allen Dingen um legale Drogen, um Tabak und um Alkohol. Ich frage Sie an der Stelle, wer von uns ernsthaft schon einmal gefordert hat, dass im Prinzip Tabak und Alkohol verboten werden. Auf der anderen Seite ist es auch eine Frage von mir, ob wir Menschen, wir kennen alle die Folgen dessen und wie teuer das ist, die wir mit Strafrecht belegt haben, wie das hier in Thüringen zum Teil der Fall ist. Aber das sind eben halt die legalen Drogen. Für mich ist das schon ein bisschen, wirklich an dieser Stelle muss ich sagen, beim Reden mit Kindern und Jugendlichen irrational, ihnen sehr schwer zu sagen. Ich habe Sorge, dass durch den Umgang in Thüringen mit illegalen Drogen - und ich befürchte das eben - der Missbrauch möglicherweise eher gefördert als dass er verhindert wird an dieser Stelle.

Vielleicht an der Stelle auch einmal ein paar Worte dazu. Es gab und es gibt eine Selbstverpflichtung der Industrie, Tabakautomaten nicht in der Nähe von Schulen aufzubauen. Vor einigen Jahren hat das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit dazu Untersuchungen in Erfurt und Gera gemacht, was ich übrigens sehr begrüße. Dabei wurden bis zu vier Automaten in Schulumnähe gezählt. An der Stelle ein Vorschlag von uns: Wie wäre es denn mit einer Wiederholungsuntersuchung an den gleichen Orten? Das Ergebnis würde auf alle Fälle darüber Aufschluss geben, wie ernst die Tabakindustrie ihre Selbstverpflichtung nimmt und im Rahmen eines SAM-Projekts würden arbeitslose Menschen hierin vielleicht sogar eine sehr sinnvolle Aufgabe zur Gesundheitsförderung sehen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Sie müssen auch auf Ihre Raucherei aufpassen.)

Ich habe gerade aufgehört. Es fällt mir sehr schwer. Ich gebe das zu.

(Beifall im Hause)

Aber an meinem 50. Geburtstag habe ich gesagt, es ist genug, ich habe das lange genug gehabt. Danke, Herr Wunderlich, für die Unterstützung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe es mir nicht zur Aufgabe gemacht, jede Frage mit der gegebenen Antwort hier im Plenum auf den Prüfstand zu stellen. Ich will aber anmerken, dass einige Fragen gar nicht beantwortet wurden, u.a. mit dem Verweis, dass keine Daten vorliegen oder Antworten einfach schöneredet wurden. Es ergibt sich zwangsläufig die Frage nach der Effizienz mancher Ämter oder/und Auswirkungen von ständigem Personalwechsel. Mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung noch in diesem Jahr den zur Erarbeitung von Gesundheitszielen notwendigen Diskussionsprozess in Thüringen einzuleiten gedenkt. Wir begrüßen das, ist das doch eine lang erhobene Forderung der PDS in Thüringen. Vor zweieinhalb Jahren hatten wir hier an dieser Stelle dazu eine Fachtagung zur Landesgesundheitskonferenz und Gesundheitszielen veranstaltet. Also wir begrüßen das sehr.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass das Kernstück für Gesundheit und Zukunftsfähigkeit in Chancengleichheit besteht. Deshalb muss Gesundheitsbildung Bestandteil aller Bildungs- und Ausbildungsprogramme werden und jedem Bürger aller Altersgruppen zugänglich sein. Um eine umfassende Gesundheitsvorsorge vom Kindes- bis zum Erwachsenenalter zu gewährleisten, ist auch die Einbeziehung von Betrieben, Einrichtungen und Unternehmen erforderlich. Hinsichtlich der betrieblichen Gesundheitsförderung gibt es in Thüringen noch sehr viel zu tun. Hier kann auch das Ergebnis im Ländervergleich, dass nur 15 Prozent aller Betriebe überhaupt betriebliche Gesundheitsförderung im Bestand haben, nicht beruhigen.

Auf einem Gebiet ist auch noch viel zu tun, das ist vor allem der Frauen- und Männergesundheitsvorsorge zuzuschreiben, dass in Thüringen sehr viel getan werden muss. Vor allen Dingen aber müssen die Menschen noch mehr und mit gezielteren Informationen versorgt werden.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, die jährlich durchgeführten Gesundheitswochen sind gut aber reichen einfach nicht aus. Für uns wären Gesundheitskonferenzen auf regionaler wie auf kommunaler Ebene ein geeignetes Instrument, um die Möglichkeiten einer kontinuierlichen Zusammenarbeit aller Akteure an der Lösung gesundheitlich relevanter Probleme zu nutzen. Dabei ist auch eine effektivere Einbindung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in die Agenda-21-Aktivitäten notwendig, um eben eine nachhaltige Entwicklung im Bereich Gesundheit und Umwelt zu erreichen. Aus unserer Sicht muss die Gesundheitsberichterstattung in Thüringen auch den Sozialstatus in Zukunft erfassen. Die Sozialschichtenentwicklung läuft auseinander. Fragestellungen zu ihrer Abbildung sind deshalb notwendig.

Ich würde mir natürlich auch einen Gesundheitsbericht für Kinder und Jugendliche vorstellen können, wenn auch vielleicht als Teil des Ganzen. Auf datenschutzrechtliche Bestimmungen in Thüringen zu verweisen, weshalb soziale Daten nicht erhoben werden können, mit Verlaub, meine Damen und Herren, das halte ich einfach für Unsinn. Man kann Studien ansetzen, wenn man das will, man kann aber auch über den Mikrozensus entsprechender Fragestellungen nutzen. Ich denke, der politische Wille ist hier entscheidend.

(Beifall bei der PDS)

Im Übrigen werden Gesetze von Menschen gemacht und nicht umgekehrt und sind auch nicht gottgewollt. Meine Damen und Herren, was die Erhebung von Daten betrifft, möchte ich beispielgebend auf die Stadt Erfurt mit ihren Haushaltserhebungen zur Stadtentwicklung verweisen. Wir haben am Anfang mit dem Satz, Gesundheitsförderung ist ein komplexes Thema für die PDS, angefangen. Meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen werden mit weiteren Redebeiträgen das für unsere Fraktion unterstreichen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Panse, Sie haben das Wort. Ach so ja, Entschuldigung.

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Frau Fischer, geben Sie mir Recht, dass wir so ein ausgebautenes ambulantes Netz der mobilen Frühförderung noch nie hatten, dass uns andere Länder um die sozialpädiatrischen Zentren, die wir hier in Thüringen haben, beneiden, dass sogar das sozialpädiatrische Zentrum in Reifenstein von Patienten aus Niedersachsen und Nordhessen besucht wird?

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Ja, Frau Kollegin, ich kenne diese Einrichtungen natürlich alle. Sie geben mir sicher aber auch Recht, dass es in vielen Dingen natürlich auch sehr große Probleme gibt, gerade auch was sozialpädiatrische Zentren usw. anbelangt und auch Frühförderung - Ja. Sie wissen aber auch, dass wir ein ausgeprägtes Netz an Dispensarversorgung z.B. für Kinder in diesem Bereich auch hatten. Ich denke, die DDR war auf diesem Gebiet gerade auch nicht schlecht. Das haben sie europaweit auch immer wieder zugestanden. Ich kann jede Verbesserung nur begrüßen, Frau Kollegin. Die will ich auch nicht schlechtreden.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Panse, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Panse, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, es ist jetzt kurz nach der Mittagspause. Da kann man ja noch einmal kurz darauf hinweisen, dass sich vielleicht die Kollegen in der Kantine entsprechend gesundheitsbewusst ernährt haben und im besten Fall dann auch auf die Zigarette danach verzichtet haben.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Herr Panse, nein, wir waren noch nicht alle essen.)

(Unruhe bei der PDS)

Ja, aber Sie waren alle zwischendurch länger draußen. Ich hoffe, Sie hatten da Gelegenheit, etwas zu essen. Aber insbesondere der Hinweis, Frau Fischer, Sie haben gesagt, Sie haben jetzt mit dem Rauchen aufgehört. Ich kann Ihnen nur viel Erfolg dabei wünschen und hoffe, dass viele Kollegen Ihrem Beispiel auch hier im Hause folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Beantwortung der Großen Anfrage zur Gesundheitsförderung stellt als Definition an den Beginn, dass Gesundheitsförderung bedeutet, allen Menschen ein Höchstmaß an Gesundheit zu ermöglichen. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass Gesundheit kein Zustand, sondern ein lebenslanger Prozess sei. Ausgehend von dieser Definition möchte ich auf drei Schwerpunkte und Säulen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung etwas umfangreicher eingehen. Sie sind zum Ersten die Gesundheitserziehung zu gesunder Ernährung und einem dementsprechenden Lebenswandel, zweitens die aktive Gesundheitsvorsorge durch Bewegung und Sport und zum Dritten die Suchtprävention, also Aufklärung und Bekämpfung von allen legalen und illegalen Suchtpotenzialen. Der erste Punkt, die Gesundheitsförderung, ist zweifellos die Grundvoraussetzung. Defizite hierbei sind in späteren Jahren nur noch sehr schwer aufzuholen. Die Grundlage für das Bewusstsein für einen gesunden Lebenswandel, für gesunde Ernährung und für gesunde sowie intakte Umwelt müssen bereits im Elternhaus gelegt werden, zuallererst im Elternhaus, Frau Fischer, und nicht zuallererst in Ämtern. In den Kindertagesstätten und Schulen muss daran dann weiter in kindgerechter Form gearbeitet werden. Dazu gibt es insbesondere an den Thüringer Schulen zahlreiche Programme und Initiativen, die bei der Beantwortung der Großen Anfrage aufgezählt werden.

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung AGETHUR übernimmt neben zahlreichen anderen Aufgaben auch die fachliche Beratung und Koordinierung von gesundheitsfördernden Projekten an Kindertagesstätten und Schulen. Die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu Fragen der gesunden Ernährung und der Schaffung von Bewegungsfreude bei Kindern sollte gemeinsam

mit dem ThILLM noch weiter ausgebaut werden. Aber, so gut diese Projekte auch angelegt sind, sie können stets nur begleitend wirken. Voraussetzung, dass diese Projekte nachhaltig wirken, ist stets die Vorbildwirkung im Elternhaus. Die gesunde Ernährung ist hierzu ebenso wichtig wie die aktive Gesundheitsvorsorge.

Sehr geehrte Damen und Herren, über 50 Prozent der Kinder im Grundschulalter leiden bereits an Haltungsschwächen, über 30 Prozent gelten als übergewichtig und rund 40 Prozent weisen bereits Organschwächen auf. Darüber hinaus beklagen Grundschullehrer und Sportmediziner, dass Konzentrationschwächen, Lernschwierigkeiten und problematisches Sozialverhalten zunehmen. Zum großen Teil ist die unbefriedigende Bewegungssituation unserer Kinder für diese Umstände verantwortlich. In weiten Teilen unserer Gesellschaft werden die Bewegungsräume für Kinder immer mehr eingeschränkt. Dichte Bebauung, zunehmender Verkehr, Zäune, Verbotsschilder, enge Wohnverhältnisse, entnervte Hausmeister und übervorsichtige Eltern lassen nur wenig Freiraum für Spiel und Bewegung.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Mehr Sport treiben.)

Diese Einschränkung der Bewegung wird durch vermehrtes Sitzen in der Schule, beim Fernsehkonsum und vor dem PC noch verstärkt. Der große mediale Einfluss führt letztlich auch zu einer Reizüberflutung. Immer mehr Kinder machen viele Erfahrungen nur noch aus zweiter Hand. Körperferne Sinne, wie das Hören und Sehen, werden überbeansprucht. Körpernahe Sinne, also Tasten, Fühlen und Riechen, stumpfen ab. Die Spiel- und Bewegungstraditionen gehen dabei verloren. Während die Kinder zur Jahrhundertwende durchschnittlich etwa 100 Bewegungsspiele kannten, kennen Kinder der heutigen Zeit im Durchschnitt gerade einmal noch fünf.

Die Bewegungserziehung an Kindergärten und Schulen ist wichtig, allein jedoch zu wenig, um diesen Trend aufzuhalten. Ein kindgerechter Sport muss vor allen Dingen die Primärbedürfnisse der Kinder im Sport beachten. So banal wie diese grundlegenden Primärbedürfnisse zunächst klingen, so sind sie doch die Grundlage für spätere Freude an der aktiven Bewegung. Spielerisches Laufen, Hochspringen und Hinabspringen, schaukeln und durch den Raum schwingen, konzentriert im Gleichgewicht bleiben, sich bis zur wohltuenden Erschöpfung anstrengen, gleiten und rutschen, sich von rollenden und fliegenden Bällen faszinieren lassen, das alles sind nur einige der Primärbedürfnisse. Mit zunehmendem Alter der Kinder kommen noch etliche hinzu. Ein kindgerechter Sport muss den Kindern in jeder Übungsstunde die Möglichkeit bieten, ihre Primärbedürfnisse in vielfältigster Weise zu befriedigen. Aber neben den vielen gut gemeinten Erklärungen kommt es vor allem auf die praktische Umsetzung an.

Der Landessportbund und die Thüringer Sportjugend haben im letzten Jahr ein vielversprechendes Projekt zur För-

derung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Sportverein gestartet. 450 Kooperationsmaßnahmen wurden bereits zwischen Kindertagesstätten und einzelnen Sportvereinen aufgebaut und über die Hälfte von ihnen finanziell bezuschusst.

(Beifall Abg. Grob, CDU)

Im nächsten Schritt soll nun modellhaft das Konzept von bewegungsfreundlichen Kindergärten in Trägerschaft des Landessozialwerks im Landessportbund umgesetzt werden.

An den Schulen gibt es bereits seit Jahren auf Grundlage der Vereinbarung zwischen dem Thüringer Kultusministerium und dem Landessportbund erfolgreiche Projekte. Der Wettbewerb "Bewegungsfreundliche Schule", das Projekt "Schule - Sportverein" mit der Thüringer Sportjugend und die Aktivitäten im Jahr des Schulsports 1999 sind Beispiele hierfür. Aber gerade im Schulsport, das wissen wir, gibt es auch in Thüringen noch Defizite.

(Beifall bei der PDS)

Während die dritte wöchentliche Sportstunde zwar durchgängig geplant wird, gibt es trotzdem erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung, insbesondere an Förder-, Berufs- und teilweise auch an Regelschulen. Die Statistik im Anhang der Großen Anfrage macht deutlich, dass der Sportunterricht in fast allen Schularten an der Spitze bei den Ausfallstunden steht. Im letzten Jahr hat sich dieser Anteil leider an den Schulen auch noch erhöht. Trotzdem sind von den notwendigen Bedarfskündigungen leider auch viele junge Sportlehrer betroffen; dadurch verschiebt sich zusätzlich die Altersstruktur unter den Sportlehrern. Wir brauchen deshalb auch zur Absicherung des Sportunterrichts Lösungen, die älteren Lehrern den vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben ermöglichen. Die geforderte Unterrichtsqualität bei Sportlehrern kann sich nur entwickeln, wenn diese auch eingesetzt werden.

(Beifall bei der PDS)

Seit nunmehr über zehn Jahren werden Sportlehrer in den Studienseminaren Thüringens in sehr guter Qualität ausgebildet. Aber leider nur in wenigen Fällen können diese jungen Lehrerinnen und Lehrer sofort in Thüringen in den Schuldienst einsteigen.

Außerhalb des Schulsports kommt dem Breitensport eine große Bedeutung zu. Die Große Anfrage weist darauf hin, dass laut einer Befragung der Thüringer Sportjugend es für 93 Prozent der Kinder und Jugendlichen wichtig ist, sportlich fit zu sein. Immerhin zwei Drittel treiben regelmäßig außerschulisch Sport, 35 Prozent tun dies organisiert in Sportvereinen. Ziel ist, dass in den nächsten Jahren rund 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen zum Sport in Sportvereinen gewonnen werden. Im Landessportbund sind in Thüringen in 3.202 Sportvereinen mehr als 360.000 Mitglieder organisiert. Jeder fünfte Thüringer und

jede zehnte Thüringerin treiben damit aktiven Vereinsport. Um den Anteil von Frauen in Sportvereinen zu erhöhen, finden regelmäßig seit 1998 Frauensporttage des Landessportbunds statt.

Projekte im Gesundheitssport, auch darauf verweist die Große Anfrage, gibt es in 290 Thüringer Sportvereinen. 937 präventive und rehabilitative Sportangebote werden im Wegweiser "Gesundheitssport 2002" ausgewiesen und über den Thüringer Behinderten- und Rehabilitationssportverband werden flächendeckend fachlich gute Angebote für Behinderte angeboten. Durch die Zunahme der älteren Menschen in unserer Gesellschaft wird der Sport für Ältere und Senioren in den nächsten Jahren einen noch höheren Stellenwert bekommen. Insgesamt können wir auch in Thüringen davon ausgehen, dass das Fitnessbewusstsein in den nächsten Jahren noch weiter steigen wird. Auch bei kommerziellen Sportangeboten, also z.B. in Fitnesscentern, muss dem Rechnung getragen werden. Das seit nunmehr einigen Jahren schon in Thüringen neu angebotene Ausbildungsprofil zum Fitnesskaufmann soll dazu beitragen, dass die Qualität der Betreuung auch in diesem Bereich weiter steigt.

Wir haben in Thüringen für den Bereich der aktiven Gesundheitsvorsorge viel getan. Das Sportfördergesetz, die kostenfreie Nutzung von Sportstätten für Vereine und erhebliche Investitionen in die sportliche Infrastruktur sind deutliche Belege hierfür. Sportliche Großveranstaltungen mit Massenmobilisierungscharakter, wie u.a. die Burgenfahrt, der Rennsteiglauf, aber auch der Staffellauf Thüringer Schulen zum "Thüringentag" oder die Fußball-Mini-WM zeigen, dass die Sportbegeisterung unter den Thüringern weit über die mediale Anteilnahme bei Olympiaden, Europameisterschaften oder Weltmeisterschaften hinaus reicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, zu verstärkten Anstrengungen fordert uns der dritte Bereich der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung heraus. Die Suchtprävention mit der Aufklärung und Bekämpfung von allem legalen und illegalen Suchtpotenzial ist angesichts der Zunahme des Konsums eine immense Herausforderung. Das DHS-Jahrbuch "Sucht 2002" verweist in Deutschland u.a. auf rund 6 Mio. Tabakabhängige und 17 Mio., die mindestens eine Zigarette pro Tag rauchen. Alkoholabhängig sind demzufolge 1,6 Mio. Deutsche und 2,6 Mio. fallen unter die Kategorie Alkoholmissbrauch. Als medikamentenabhängig werden 1,4 Mio. Deutsche aufgelistet. Offensichtlich hat sich leider ein großer Teil unserer Gesellschaft mit dem Stand des Konsums von legalen Drogen und deren Auswirkungen abgefunden. Gesundheitsvorsorge bedeutet aber für die Politik, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Einige Beispiele deshalb dafür, wo wir weiter handeln müssen: Endlich, nachdem seit Jahren gefordert wird nun im Jugendschutzgesetz eine Regelung zur Einschränkung des Zigarettenverkaufs an Automaten getroffen. Das vom Bundestag und Bundesrat verbesserte Jugendschutzgesetz legt fest, dass künftig Zigarettenautomaten so umzurüsten sind, dass Kinder

und Jugendliche unter 16 Jahren keinen Zugriff mehr haben. Ich denke, dies ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Zigarettenkonsums,

(Beifall bei der CDU)

dem jetzt weitere folgen müssen. Gerade das frühe Einstiegsalter, das laut Drogenbericht der Bundesregierung bei 13,6 Jahren liegt, fordert uns dazu auf. 38 Prozent der 12- bis 25-Jährigen sind Raucher oder Gelegenheitsraucher. Besonders junge Mädchen steigen sehr früh in den Tabakkonsum ein. Bei den 12- bis 17-Jährigen ist in dieser Alterskategorie schon ein Anstieg auf nun 28 Prozent Raucher zu beobachten. Im Mittelpunkt der Forderung nach weiteren Schritten zur Bekämpfung des Nikotinkonsums müssen deshalb insbesondere Maßnahmen an Schulen in öffentlichen Gebäuden stehen. Schulen sollten ein generelles Rauchverbot auf dem Schulgelände durchsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Raucherinseln an Schulen widersprechen dem Gedanken des Jugendschutzgesetzes.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Sie wissen, das Jugendschutzgesetz verbietet Kindern und Jugendlichen das Rauchen in der Öffentlichkeit. Leider wird aber dieses Verbot derzeit selbst in vielen Jugendeinrichtungen nur viel zu selten umgesetzt. Alkohol hat bei regelmäßigem täglichen Konsum je nach Menge kurz-, mittel- und langfristige schwer wiegende Auswirkungen auf die gesamte Persönlichkeit, u.a. auf das Sozialverhalten, die Schädigung von Organen, aggressive Wahrnehmungen und Wahrnehmungseinschränkungen. Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen geht inzwischen leider weit über das einmal Ausprobieren hinaus. Die gesetzlichen Bestimmungen, also insbesondere das Jugendschutzgesetz, sind deshalb auch in diesem Bereich viel konsequenter durchzusetzen, aber auch hier ist die Verantwortung der Eltern deutlich und stärker gefragt.

Medikamente, ich habe es angesprochen, die eigentlich der Gesundheit bzw. der Schmerzlinderung dienen sollten, können - die gerade angeführten Zahlen haben das belegt - ebenfalls in schwere Abhängigkeiten führen. Die Risiken des Medikamentenmissbrauchs sind vielen Menschen noch nicht in ausreichendem Maße bewusst. 19,3 Prozent der Frauen und 14,5 Prozent der Männer im Alter zwischen 18 und 59 Jahren nehmen mindestens einmal pro Woche psychoaktive Medikamente ein, also Medikamente mit einem Suchtpotenzial ein. Medikamentenabhängig sind in dieser Altersgruppe immerhin 2,9 Prozent, bei den 50- bis 59-Jährigen steigt dieser Anteil sogar auf 4,5 Prozent an. Besonders auffallend ist, dass über 60 Prozent der Betroffenen Frauen sind. Zu den Grundpflichten von Ärzten und Apothekern gehört es, Patienten ausreichend über Neben- und Nachwirkungen aufzuklären. Leider können wir heute nicht mehr alle Gefährdeten damit errei-

chen. Selbstmedikation wird durch den unkontrollierbaren Bezug über das Internet und teilweise auch völlig freien Verkauf im Ausland erleichtert. Aber auch artbezogene Einflüsse durch missbrauchsbegünstigende Verschreibungsformen, wie zu hohe Dosierung oder Dauerverschreibungen müssen immer wieder kritisch hinterfragt werden.

Der gesetzliche Auftrag, mit Präventionsmaßnahmen dem Medikamentenmissbrauch entgegenzuwirken, richtet sich insbesondere auch an die Krankenkassen. Vertreter der Krankenkassen sollen deshalb gemeinsam mit dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit intensiv nach Möglichkeiten suchen, das öffentliche Bewusstsein für dieses Problem zu stärken und für alle Probleme letztendlich, die mit dem Medikamentenkonsum verbunden sind. Wir erleben es immer wieder, dass stärkere mediale Beachtung immer der Konsum von illegalen Drogen findet. Das DHS-Jahrbuch "Sucht 2002" schätzt etwa 270.000 Cannabis-Dauerkonsumenten. Geschätzte 300.000 Abhängige von harten Drogen führten im letzten Jahr zu 2.835 Todesfällen. Synthetische Drogen sind nach dem Drogenbericht der Bundesregierung allerdings im Osten häufiger verbreitet als Heroin. Ecstasypillen, das erleben wir immer wieder, sind gerade im Umfeld von Musikgroßveranstaltungen akzeptierter als das Pulver oder die Nadel. Unterschiede gibt es zwischen Ost und West in der Länge der so genannten Drogenkarrieren und auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Ein deutliches Alarmsignal ist dagegen die festgestellte Angleichung zwischen Ost und West beim Alter von Erstkonsumenten. Fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in den neuen Bundesländern im Alter zwischen 12 und 14 Jahren hat bereits Kontakt mit illegalen Drogen. Dies ist für meine Begriffe ein sehr deutlicher Handlungsauftrag für Politik, Eltern und Jugendarbeit. Im Zentrum der Bemühungen muss für uns die Sekundärprävention stehen. In Thüringen haben wir glücklicherweise keine offene Konsumentenszene, deswegen sind Diskussionen um so genannte geschützte Konsumräume fehl am Platz.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Aufforderungen nach Straffreiheit des Drogenbesitzes mit festgelegten Richtwerten sind in Thüringen und in den anderen neuen Bundesländern kein geeignetes Mittel im Kampf gegen Drogen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Aufklärungsarbeit, und Frau Fischer, das sagten Sie auch bereits, ist eine wichtige Querschnittsaufgabe. Es ist eine Querschnittsaufgabe für Sozial-, Kultus-, Justiz- und Innenministerium, insbesondere auch unter Einbeziehung von Krankenkassen und Trägern der Jugendarbeit. Das Projekt "Lebenslust statt Drogenfrust" des Thüringer Kultusministeriums und der AOK mit 39 Suchtexperten in 13 regionalen Teams ist ein Beispiel dafür, wie Schüler und Lehrer frühzeitig über Gefahren des Drogenkonsums informiert

werden können. Sehr erfolgreich läuft in Thüringen das Musikszene-Projekt "Drogerie", welches zu 100 Prozent vom Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit gefördert wird. Bei diesem Projekt werden über das Internet und mit einem Info-Mobil Multiplikatoren der Jugendarbeit und betroffene Jugendliche direkt erreicht und mit Informationen sowie Argumentationsmaterial ausgestattet. Insbesondere an die Adresse der Grünen, aber auch an Teile der PDS und andere Befürworter einer Legalisierung so genannter weicher Drogen wie Haschisch und Marihuana müssen wir immer wieder eine deutliche Absage erteilen.

(Beifall bei der CDU)

Der Drogenbericht der Bundesregierung und aktuelle Zahlen in den Bundesländern belegen einen stetig zunehmenden Drogenkonsum unter immer jüngeren Jugendlichen. Wir sind froh darüber, dass der Konsum von Zigaretten und Alkohol unter Jugendlichen stärker bekämpft werden soll. Dies ist der richtige Weg und nicht zweifelhafte Liberalisierungsdiskussionen in der Drogenpolitik.

(Zwischenruf Abg. Dr. Fischer, PDS)

Am Ende gern.

Der Weg zu illegalen Drogen führt zu 95 Prozent über den Konsum von legalen Drogen. Das bedeutet, den Problemen der legalen Drogen zukünftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen, ohne dass dabei die Bekämpfung der Etablierung von illegalen Drogen zu vernachlässigen ist. Eine erfolgreiche Drogenpolitik kann nur im Zusammenwirken einer koordinierten Prävention, zielgruppenorientierter Repression und der Betreuung von Drogenabhängigen stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Es muss daher eine Vernetzung aller sich mit dem Thema des Drogenkonsums beschäftigenden Gremien und Strukturen geben, um in allen Sozialisationsbereichen von Kindern und Jugendlichen die Prävention als primäre Aufgabe zu verstehen und zu realisieren.

In der Aus- und Fortbildung von ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen in der Jugendarbeit ist das Thema "Drogen" stärker zu berücksichtigen. Es müssen ihnen anwendungsfähige Kenntnisse vermittelt werden. Stets müssen wir aber bei diesen Diskussionen berücksichtigen, eine gelungene Persönlichkeitsentwicklung ist es, die am besten vor Suchtmittelmissbrauch schützt. Dies gelingt uns u.a. durch eine einführende sensible Erziehung, den Aufbau kindgerechter Selbstachtung, Beziehungs- und Bindungsfähigkeit, die gelungene Ablösung vom Elternhaus, aber auch ein persönliches Wertesystem mit der Orientierung an gesellschaftlichen Normen, die Teilnahme an Gestaltungsprozessen in der Gesellschaft und die Partizipation und Übernahme von Verantwortung.

Abschließend möchte ich feststellen, die Förderung einer gesunden Lebensweise ist eine Grundaufgabe für unsere Gesellschaft. Die Förderung einer gesunden Lebensweise ist deshalb in allen Lebensphasen eines Menschen zu unterstützen. Ich hoffe, dass wir auch mit unserer heutigen Diskussion der Großen Anfrage zur Gesundheitsförderung einen Beitrag hierzu leisten können. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Herr Panse, ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass eine gelungene Persönlichkeitsentwicklung mit Sicherheit vor Drogen schützt, sicher nicht immer, dass man sicher auf dem Gebiet einer gelungenen Persönlichkeitsentwicklung sehr viel mehr tun kann. Aber was halten Sie von der Freigabe für Cannabis für den medizinischen Gebrauch? Sie kennen sicher Erfahrungen aus den USA, aus anderen Ländern usw.

Abgeordneter Panse, CDU:

Ich habe es gesagt, ich halte von einer Legalisierung oder Freigabe nichts. Im Übrigen wissen Sie, dass das auch unter Medizinern und Experten sehr umstritten ist. Ich darf darauf verweisen, vor einigen Tagen war der Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Erfurt zitiert worden mit den Worten, ich lese es Ihnen gern vor: Die Legalisierung von Haschisch wäre nach seiner Ansicht ein fatales Signal. Ich denke, wir haben an diesem Punkt, ich habe es auch dargelegt oder versucht darzulegen, genügend zu tun, wenn wir legale Drogen bekämpfen wollen. Wir sollten nicht zusätzliche Türen aufstoßen und uns neue Probleme mit jetzt illegalen Drogen ins Haus holen.

(Beifall bei der CDU)

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Ich fühle mich jetzt einfach falsch verstanden. Deswegen stehe ich noch mal hier. Ich habe Sie nach der Freigabe für den medizinischen Gebrauch gefragt. Da gab es in Neudietendorf hier in Thüringen Veranstaltungen, wo Kollegen Anästhesisten usw. und auch christliche Kreise das befürwortet haben. Ich frage nach dieser ganz speziellen Auffassung.

Abgeordneter Panse, CDU:

Ich denke, es dreht sich ja dabei um zwei Punkte. Zum einen geht es um die so genannte Originalstoffvergabe, auch dies ist stark umstritten und zum Zweiten gibt es ja diese Projekte, die letztendlich dazu dienen, Drogenabhängigen den Entzug zu ermöglichen. Ich bin sehr wohl dafür, dass solche Projekte unter ärztlicher Aufsicht stattfinden, aber immer unter ärztlicher Aufsicht. Zum Zweiten, die Freigabe - ich komme gern darauf zurück - von jetzt verbotenen Drogen, wenn sie in der medizinischen Anwen-

dung notwendig sind, wenn auch dieser Überlegenheitsbeweis erbracht ist, bin ich sehr wohl dafür, dass man dies tut. Aber er ist nicht erbracht und Sie wissen, Frau Fischer, es läuft zurzeit gerade zu diesem Punkt ein Modellversuch in fünf deutschen Großstädten, wo genau dies in Deutschland erprobt werden soll, wo genau dies diskutiert werden soll. Erst dann, denke ich, sollten wir auch hier wieder danach darüber diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Nitzpon, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte noch mal auf den Anfang von Herrn Panses Rede eingehen, der ja hier auf die Mittagspause verwiesen hat, die es nun leider, auch Dank der CDU-Fraktion, im Thüringer Landtag nicht mehr gibt, und ich muss sagen, das finde ich persönlich gesundheitsschädlich, aber es fehlt natürlich auch eine gewisse Bewegungsfreiheit,

(Beifall bei der PDS)

die ganz wichtig ist. Deswegen würde ich, um für solch lange Sitzungen Ihnen etwas Entspannung zu bringen und vielleicht auch für Schüler in der Schule oder bei anderen sitzenden Tätigkeiten Ihnen ganz einfach Folgendes vorschlagen: Setzen Sie sich doch alle einmal ganz gerade auf Ihren Stuhl.

(Zwischenrufe aus dem Hause)

Das brauchen Sie auch nicht unbedingt mitmachen, ich wollte Ihnen etwas Entspannung bei Ihrer langen sitzenden Tätigkeit geben. Setzen Sie sich gerade auf Ihren Stuhl, kneifen Sie Ihre Gesäßmuskeln zusammen, halten Sie diesen Zustand 30 Sekunden aus und versuchen sie dies mindestens 10 mal in einer Stunde zu wiederholen. Ich verspreche Ihnen, das lindert vielleicht Sitzbeschwerden. Außerdem kommt noch hinzu, dass etwas mehr Bewegung an den Tag gelegt werden kann und ich garantiere Ihnen, es wird etwas ruhiger hier im Saal.

(Beifall bei der PDS)

Der Erhalt und die Förderung von Gesundheit, meine Damen und Herren, sind eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Zunehmende Bedeutung gewinnen natürlich dabei auch die Fragen von Umwelt, Ernährung, Bewegung und Gesundheit. Unsere Leistungsfähigkeit, aber auch Gesundheit werden vor allem beeinflusst durch Bewegungsarmut, durch Fehl- und Überernährung, durch Missbrauch von Genussmitteln, aber auch durch Reizüberflutung aufgrund falscher Arbeits- und Lebensbedingungen. Besonders gravierend sind die Folgen des Bewe-

gungsmangels. Sie werden schon heute sichtbar, wie die Übergewichtigkeit zeigt. Es ist nachgewiesen, dass diese vier Gefahrenquellen im besonderen Maße dazu beitragen, dass wir heute viel häufiger als früher erleben müssen, wie Männer, aber auch Frauen in ihrer produktivsten Lebensphase aus ihrer Tätigkeit oder gar aus dem Leben gerissen werden. Bei diesen Gefahrenquellen handelt es sich ausschließlich um Einwirkungen des täglichen Lebens, also um ganz einfache Umweltfaktoren. Sie verdienen insbesondere deshalb unsere besondere Beachtung, weil sie nachweislich beeinflussbar sind. Wir haben es, meine Damen und Herren, unstreitbar zu einem sehr großen Teil selbst in der Hand, wie wir uns diesen Möglichkeiten einer Gefährdung unserer Gesundheit und Leistungsfähigkeit gegenüber verhalten. Wenn auch keine zuverlässigen Daten über körperliche Betätigung vorliegen, gibt es Anzeichen dafür, dass gerade viele junge Menschen sich nicht ausreichend bewegen, um ihre Gesundheit zu erhalten. Besonders beunruhigend ist der steigende Trend zur Adipositas. Sport und körperliche Bewegung gehen dem Bericht über die gesundheitliche Situation der jungen Menschen in der Europäischen Union zufolge bereits vor dem 15. Lebensjahr mit zunehmendem Alter zurück. Hier, meine Damen und Herren, hat die Forschung gezeigt, dass Sport und körperliche Betätigung in Kindheit und Jugend mit der Bewegung im Erwachsenenalter korrelieren. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind bei jungen Menschen zwar selten, dennoch haben die Risikofaktoren für diese Erkrankungen einschließlich der Lebensführung wie Rauchen, falsche Ernährung - ich komme wieder auf den Bewegungsmangel zurück - oder erhöhte Blutfettwerte ihren Ursprung in Kindheit und Jugend. Umso wichtiger ist unserer Meinung nach ein regelmäßig gut durchgeführter Sportunterricht und ein breites Sport- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche - Herr Panse ist darauf schon eingegangen -, denn auch mich beunruhigt es immer wieder, dass die meisten Unterrichtsausfälle im Sport zu verzeichnen sind und es ist leider nicht ersichtlich, welche Maßnahmen die Landesregierung unternimmt, um Sportunterricht entsprechend der Studentafel durchzuführen. Hinzu kommt, Herr Panse, dass nicht nur die Fachlehrer, die das unterrichten, überaltert sind, sondern dass es eben nicht nur Fachlehrer sind, die Sportunterricht durchführen, dass also Sportunterricht an vielen Schulen nicht fachgerecht unterrichtet wird. Die eingangs von mir geschilderte Situation macht deutlich, wie wichtig die dritte Sportstunde ist, aber natürlich nur da - das hat Herr Panse auch gesagt -, wo sie denn überhaupt gehalten wird. Wir hatten am Donnerstag Sportkommissions-sitzung in Erfurt, Herr Panse ist ja auch Mitglied, und am Rande wurde dort von Sportlehrern dargelegt, dass es eigentlich notwendig wäre, dass die dritte Sportstunde nicht nur fakultativ, sondern auch obligatorisch angeboten wird.

Der Sport, meine Damen und Herren, hat auch eine psychologische Bedeutung. Die psychisch-moralischen Wirkungen sportlicher Betätigung kommen im Wesentlichen dadurch zu Stande, dass der Sport erlebt wird und Erlebnisse vermittelt. Wenn der Sport in einem Kollektiv betrieben wird, wird gleichzeitig auch die Gemeinsam-

keit mit dem Kollektiv erlebt und das sportliche Erlebnis - das wissen vielleicht einige aus ihrem eigenen sportlichen Tun - trägt außerdem nicht wenig zur Erhöhung des Selbstwertgefühls bei und schafft eine freudbetonte Grundstimmung, weil der Trägheit getrotzt, die Leistung verbessert und die Kräfte erprobt wurden.

(Beifall bei der PDS)

Sport treiben, meine Damen und Herren, kann insgesamt zur Ausgeglichenheit der Persönlichkeit beitragen und wenn ich hier manchmal in die Landtagssitzung gehe, glaube ich, dass es sehr viele gibt, die keinen Sport treiben, das ist eigentlich bedauerlich.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Na, na, na!)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Ich bin immer ...)

(Beifall bei der PDS)

Es ist auch, Herr Seela, eine gesicherte Erkenntnis, dass der Lebensstil junger Menschen während des Übergangs vom Elternhaus zum Erwachsenenleben durch ein komplexes Zusammenspiel wirtschaftlicher, sozialer und bildungsbedingter Prozesse geprägt wird. Aus der Gesundheitsforschung ist eines der wichtigsten Ergebnisse in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis, welcher großen Einfluss der Lebensstil auf die Gesundheit der Menschen über die gesamte Lebensspanne hinweg und insbesondere auch in den letzten Lebensphasen hat. Entscheidungen, die die spätere Gesundheit vorbestimmen, fallen in der Kindheit und im größeren Maße als gemeinhin angenommen auch im Jugendalter, nämlich zwischen dem 14. und 24. Lebensjahr, an. Meine Damen und Herren, Herr Panse hat verwiesen auf die in § 14 Sportförderungsgesetz festgelegte gebühren- oder kostenfreie Nutzung der Sportstätten für Vereine. Ich muss aber sagen, dass dieser Paragraph auch für Vereine in einigen Kommunen ausgehebelt wurde und man überlegt natürlich aus Geldsorgen der Kommunen heraus hier anderweitig doch von den Vereinen Geld erhalten zu können. Ich glaube - und da gibt es auch Petitionen dazu -, genau dort sollten wir ansetzen und auch kontrollieren, dass der § 14 in Gänze eingehalten wird. So viel sollte uns unsere Gesundheit und vor allem auch die der Kinder und Jugendlichen wert sein. Lassen Sie mich zum Schluss mit einem Zitat von Jean Paul aus dem Jahr 1803 enden: "Das Meiste und Gewöhnlichste, was Jugendfreunde nach spätem Wiedersehen aneinander bemerken, ist, dass sie dicker geworden sind." Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächste Rednerin rufe ich Frau Abgeordnete Bechthum, SPD-Fraktion, auf.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als Sprecherin meiner Fraktion für Frauen, Familie, Behinderte und Senioren werde ich aus diesem Blickwinkel zu dem Thema sprechen. Im Plenum kann man natürlich nur auf ausgewählte Schwerpunkte, die einem selbst und, ich denke, auch der Fraktion besonders bedeutsam erscheinen, eingehen. Einzelne Schwerpunkte wurden bereits in den vergangenen Plenartagungen behandelt, darauf kann man dann auch verzichten, zum Beispiel Fragen des Kinder- und Jugendschutzes, Aufgabe des Kinderschutzdienstes bei sexuellem Missbrauch von Kindern und bei Verdacht darauf. Das war doch auch ein Erfolg, dass dazu ein Antrag der CDU kam, der diese Mängel mit aufzeigt. Und da wird sich sicherlich was tun. Über den öffentlichen Gesundheitsdienst wurde auch bereits ausführlich im Juniplenium dieses Jahres beraten, deshalb braucht man darauf auch nicht einzugehen. Aber ein wichtiger Punkt ist die dramatische Entwicklung der Suchtproblematik, vor allem des Konsums und des Missbrauchs von Drogen. In der Antwort der Landesregierung wurden viele Präventionsprojekte genannt, so zum Beispiel, dass das Thema Sucht- und Drogenprävention in den Lehrplänen der Schulen und in der Arbeit des ThILLM aufgegriffen worden ist oder, dass die Thüringer Suchtprävention mit ihrem Angebot in regelmäßigen Abständen in den Schulen zugegen ist. Ich habe auch mit einem Jugendrichter darüber gesprochen und er hat mich bestärkt in dieser Aussage, die ich jetzt hierzu geben werde, deshalb möchte ich ergänzen, dass gerade Richter und Staatsanwälte mit Schülern über Gerichtsprozesse mit Drogenkriminellen reden sollen. Sie haben da selbst Erfahrungen und es sollten viel mehr Klassen in Gerichtsverhandlungen gehen, damit die Schülerinnen und Schüler vor Ort erleben, wie verheerend die Folgen von Drogenkonsum sein können. Das bedeutet natürlich eine noch stärkere Vernetzung aller Beteiligten an der Suchtproblematik. Unverständlich bleibt für uns, dass ein Schulamt den Ausgang von Informationen des Jugendamts zur ersten Hilfe bei Drogenunfällen in den Schulen mit der Begründung untersagte: "Bei uns gibt es so etwas nicht". Auch wenn das Schulamt erfreulicherweise Recht haben sollte, es hätten alle Schülerinnen und Schüler und Lehrer davon lernen können. Hier wurde ein großer Multiplikatorenkreis verhindert. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie Sie sich in einem solchen Fall verhalten sollten? Ich wüsste es nicht. Nach Informationen der Träger der Suchtberatungsstellen werden diese in diesem Jahr mit 30 Prozent weniger gefördert, das heißt eine Förderung unterhalb des zugesagten Niveaus der Förderrichtlinie. Es wurden ja dazu jetzt andere Aussagen gemacht. Es wurde doch sehr arg kritisiert, schon bevor diese Information in der Zeitung war. Im Gespräch mit dem Caritas-Direktor des Bistums Erfurt habe ich mir auch anhören müssen, dass er das doch ziemlich kritisiert hat. Es fehlen dadurch über 57.000 €, klagt der Caritas-Direktor des Bistums, Herr Bruno Heller. Allein von der Erfurter Beratungsstelle wurden voriges Jahr 723 Suchtkranke, in der Mehrzahl Alkoholabhängige, betreut. Er hat mir auch ans Herz gelegt,

hier zu sagen, wissen Sie, da hängen überall Familien dran, die selbst krank werden, die selbst in einen Zustand kommen, dass es im Grunde gar nicht zu verkraften ist. Ich muss auch sagen, es ist eigentlich traurig, dass fast nur noch brisante Themen und Hilferufe an die Gesellschaft über die Medien Gehör finden. Das hat mir das hier auch gezeigt.

Zu den Maßnahmen für eine gesunde Ernährung auf der Seite 34: In der Anhörung der Enquetekommission "Wahrung der Würde des Menschen in Grenzsituationen" wurden zur Thematik "Umgang mit schweren Krankheiten" fünf Krankheitsbilder als Todesursachen im Vergleich BRD und Thüringen von der Friedrich-Schiller-Universität Jena aufgezeigt und es war für uns alle erschreckend, dass Thüringen in allen fünf Krankheitsbildern über dem Bundesdurchschnitt liegt. An erster Stelle stehen die Ernährungs- und Stoffwechselerkrankungen, der Bundesdurchschnitt liegt bei 28,4 Prozent und in Thüringen bei 48,6 Prozent. Diese Informationen sind sicherlich nicht neu und sie sollten ganz explizit auch genannt werden. Jedenfalls für uns war es neu, die in der Enquetekommission saßen. Ich vermisste im Papier übrigens nicht nur Angaben dazu, wie groß der erreichte Personenkreis ist, und punktuelle Angebote werden wohl kaum positive Veränderungen auf den Weg bringen.

Zur Frage auf Seite 41, welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um das Gesundheitsniveau der unteren Schichten zu verbessern, finde ich, dass der von der PDS gebrauchte Begriff "die unteren Schichten" hier fehlt am Platz ist. Das war sicherlich ungewollt so geschehen.

Der Tabak- und Zigarettenmissbrauch, also der Gebrauch der legalen Drogen, ist ein ernst zu nehmender Faktor, wenn es um die Gesundheit von Menschen, besonders von Schülerinnen und Schülern, geht. Sehen Sie, es berührt uns alle, dass das Alter der regelmäßig rauchenden Mädchen und Jungen immer mehr sinkt und dass die Zahl der in dieser Altersgruppe Suchtkranken in den letzten Jahren auch kontinuierlich gestiegen ist. Ihre Gesundheit ist auf Dauer gefährdet und Schule und Elternhaus sind aufgefordert, sich mehr als bisher dieser jungen Menschen anzunehmen. Ein generelles Rauchverbot an Schulen - viele fordern es, es wurde auch in diesem Gesundheitspavillon in der Ausstellung gefordert, die Herr Minister Pietzsch mit eröffnet hatte - würde sicherlich viel Kraft kosten. Die Vorbildwirkung der Eltern könnte dazu beitragen, diese Entwicklung zu stoppen. Das wissen Sie selbst, wenn ich selbst rauche, kann ich meinem Kind nicht sagen, rauche nicht. Für Mädchen und Jungen, junge Frauen, sind die Folgen des Rauchens besonders hoch, Lungenkrebsrisiko, wir wissen das alles, Risiko bei Schwangerschaft, Frühgeburten. Hier sollten auch - ich habe mich mit Prof. Hoyme sehr ausführlich darüber unterhalten - Frauenärzte und Entbindungsstationen viel mehr einbezogen werden. Für mich ist es ein Schock gewesen, als Prof. Hoyme über ein Kind, eine Frühgeburt, sagte, das ist ein Raucherkind. Wenn man

das Schülerinnen aus berufenem Mund darstellt, man muss das Kind natürlich nicht mit dahin nehmen, ich habe das auch nicht gesehen, aber dazu reden und dazu auch einiges sagen, vielleicht erreicht man über das Gefühl doch ein bisschen mehr, dass gerade während der Schwangerschaft nicht geraucht wird.

Ein Wort zu den Aktionen zum Thema "Hepatitis B" hier auf Seite 13: Da steht geschrieben unter dem Jahr 2001: Das TKM plant, diese Folien - gemeint ist ein Foliensatz zur Wissensvermittlung zu Schutzimpfungen, die das TMSFG erarbeitet hatte - und das Merkblatt zeitnah in das Internet zu stellen, um sie so für die Nutzung in den Schulen zugänglich zu machen. Ist das schon geschehen oder wird das noch erfolgen? Bis jetzt haben wir das noch nicht erleben können.

Noch zum 1. Frauengesundheitsbericht der Bundesregierung, der schon seit 1994 in der Wiener Erklärung von allen europäischen Ländern gefordert wurde, lauten die Fragen: Wie bewertet die Landesregierung den Bericht für eine Bestandsaufnahme zu frauenzentristischen Ansätzen in der Gesundheitsförderung und wo sieht die Landesregierung für Thüringen dazu Ansätze? Ich muss sagen, die Antwort der Thüringer Landesregierung dazu ist sehr karg, sehr mager, allgemein und unbefriedigend. Auf den Landesgesundheitsbericht wird auch mit verwiesen, aber das kann es allein doch nicht sein. Die Brisanz dieser Aussagen und die Informationen aus dem Bericht wurden einfach heruntergespielt oder man setzt voraus, das wissen alle. Ich habe das auch nicht so gewusst. Es waren ja genügend Konferenzen dazu, aber jetzt ist das wieder so ein ruhiges Thema. Zu fragen ist auch, wie die Landesregierung das meint, dass nicht in jedem Fall eine ausdrückliche Fokussierung auf Frauen und Mädchen stattfindet. Der 1. Frauengesundheitsbericht des Bundes beschreibt erstmalig umfassende Krankheitsbilder im Zusammenhang mit den Lebensweisen von Frauen. Hier ist eine ganz wichtige Erkenntnis das Ergebnis: Mütter können von einer Berufstätigkeit gesundheitlich profitieren, wenn sie beide Lebensbereiche, Beruf und Familie, vereinbaren. Das sehen Sie ja an sich selbst und wir an uns. Die Studie zeigt, in beiden Lebensbereichen aktiv zu sein, macht Frauen zufriedener mit ihrem Leben und somit weniger krankheitsanfällig. 63 Prozent aller Mütter in Deutschland sind berufstätig. Und die Studie, die Prof. Fthenakis im Auftrag der LBS im Juni vorgestellt hat, "Paarbeziehung - Elternschaft", hat genau diese Erkenntnis bestätigt. Es wird ganz eindeutig gesagt, Frauen erliegen entgegen der gängigen Meinung häufiger als Männer einem Herzinfarkt, denn sie versterben - im Unterschied zu Männern - häufiger schon kurz vor oder auch nach Erreichen der Klinik. Ein Herzinfarkt wird auch bei Frauen häufig falsch diagnostiziert oder auch nicht entdeckt, weil Frauen andere Krankheitssymptome zeigen als Männer.

Sie wissen selbst, Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung und Todesursache. Die Neuerkrankungen, das ist auch so besonders kompliziert, steigen insbesondere bei

den unter Fünfzehnjährigen. Wie notwendig eine ganzheitliche Medizin ist, das zeigt die hohe Zahl der seelischen Erkrankungen, die Grundlage massiver Störungen sind. So sind z.B. 95 Prozent aller Essgestörten Mädchen und junge Frauen und die erkrankt sind, werden immer jünger, die Zahlen steigen. Sie haben die Information über den Freitod einer 16-jährigen Schülerin heute auch gelesen. Ich weiß nicht, wie ernst zu nehmen ist, was da so in Klammern steht, wahrscheinlich entweder Depressionen wegen Essstörungen und Magersucht. Wir werden sehen, ob das hier zutrifft. Ganz furchtbar ist, es wurde auch schon mit erwähnt, etwa 70 Prozent aller Medikamentenabhängigen in Deutschland sind Frauen, darunter ein Großteil ältere Frauen. Wir haben darüber auch in der Enquetekommission gesprochen. Wir werden alle den Auftrag auch übernehmen, den mündigen Patienten, der sich auch wehrt, der dem Arzt auch widerspricht, zu ermutigen. Da sind noch viele Aussagen. Wir sollten uns doch mit diesem Thema noch einmal beschäftigen.

Es rauchen mehr Männer als Frauen, aber Frauen mit Kindern rauchen häufiger als kinderlose und rauchende Frauen haben ein größeres Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken als Männer. In den Ergebnissen der Studie ist wohl zu erkennen, dass es Unterschiede zwischen der Gesundheit von Frau und Mann gibt. Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V., Herr Maaßen ist der Vorsitzende, AGETHUR, sieht das genauso. Die Fokussierung von Frau und Mann auf dem Gebiet der Gesundheit wird von AGETHUR voll unterstützt, wie aus deren Rechenschaftsbericht hervorgeht. Ihre Forderungen lauten - ich zitiere: "Geschlechtsspezifisch, das heißt frauen- und männerorientiert, zu arbeiten sowie Angebote zum Ausgleich sozial bedingter ungleicher Gesundheitschancen zu entwickeln." - Ende des Zitats auf Seite 9.

Frauengesundheitsförderung ist auch ein Thema der Gleichstellungspolitik. Auch diese Lebenserfahrungen sind ein Teil von Gender Mainstreaming. Aus dem 1. Frauengesundheitsbericht ergeben sich wichtige Forderungen an Politik, Wissenschaft, Medizin und Forschung. Wir können allein aus diesem Frauengesundheitsbericht ganz konkrete Gesundheitsziele für Thüringen definieren.

Zur Frühgeburtenvermeidungsaktion 2000: Die Ergebnisse und Konsequenzen liegen vor. Es war gut, Sie, Herr Pietzsch, hatten hierzu die Schirmherrschaft. Herr Prof. Hoyme hat das Projekt auch sehr gelobt. Aber es ist eigentlich zu bedauern, ich habe es auch erst da erfahren, dass es dieses Projekt hier gab und warum sich so wenige, nur 50 Prozent, der Frauenärzte daran beteiligt hatten. Es ist aber eine Initiative ausgegangen bei der Ministerkonferenz, hier auch bundesweit zu agieren. Ich denke, das ist ein guter Ansatz und wir werden das auch verfolgen.

Zu Punkt 17, Folgen von Gewalt in Thüringen und Tatwiederholungen: Eine wichtige Maßnahme in den Gefängnissen, wir haben das damals von der Lebensberatung gehört, das Anbieten sozialer Trainingskurse und Thera-

prien im letzten Drittel der Haftstrafe, wie das vor Jahren begonnen wurde, scheint es gar nicht mehr zu geben. Es wurde jedenfalls dazu nichts gesagt. Es wäre schon wichtig. Dass wir zu wenig geschultes Personal in Thüringen haben, das wissen wir auch. Es ist ein großes Versäumnis, das wurde auch festgestellt, denn im Gewaltschutzgesetz wird eine Männerberatung, Männertherapie gefordert. Es soll ja damit begonnen werden. Frau Dr. Meier hat hier auch schon Anfänge mit initiiert. Das ist gut, aber es ist im Grunde sehr, sehr spät. Dann hat mich hellhörig gemacht, vielleicht haben Sie das auch gelesen, das war im Juli zum 11. Europäischen Kongress, auf dem 250 Psychologen und weitere Wissenschaftler, auch Mediziner, aus Europa und den USA in Jena über Persönlichkeitsforschung berieten. Da wurde ein so genannter Gesundheitsanalphabetismus als keine Einzelercheinung dargelegt. Etwa ein Viertel der Menschen haben Probleme. Jetzt testen Sie sich selbst, Gesundheitsinformationen zu verstehen. Betroffen seien nicht nur Personengruppen, wie ältere Menschen, wie man immer annimmt oder ausländische Patienten mit Sprachproblemen. Wenn Menschen etwa Behandlungsanweisungen von Ärzten oder auch Beipackzettel von Medikamentenpackungen nicht verstehen, so kann dies, den Psychologen zufolge, fatale Auswirkungen haben. Wegen mangelnder Kenntnisse entwickelten Patienten beispielsweise Vorbehalte und Ängste gegen verordnete Medikamente und gingen stattdessen zur Selbstbehandlung über. Die Folgen seien häufigere und längere Krankheiten und letztlich höhere Krankheitskosten. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, weiß eigentlich, was die Angaben auf den Beipackzetteln, wie "in seltenen Fällen", "sehr selten beobachtet" und all die anderen schönen Formulieren bedeuten? Wohl kaum einer, es sei denn, er beschäftigt sich noch nebenbei vielleicht als Pharmavertreter. Auch an dieser Stelle ist eine ganze Menge Aufklärungsarbeit zu leisten. Es ist zugegebenermaßen schwer, die Erfolge und den Nutzen von präventiven Maßnahmen in Zahlen oder anders konkret auszudrücken. Aber wie viele Personen an den Veranstaltungen teilgenommen haben oder auch öfter einmal der Hinweis, wo diese stattgefunden haben, wäre schon positiv. Dass das nur in den größeren Städten gemacht wird, reicht nach meiner Meinung nicht aus. Es muss hier auch in die Fläche gegangen werden. Kleinere Gemeinden, bei denen es zum Teil gar keine kulturellen Zentren mehr gibt, die sind sehr dankbar für jede Veranstaltung vor Ort. Auch eine Wertung der angebotenen Aktion, wie sie bei dem Personenkreis aufgenommen wurde, fehlt nach meiner Meinung.

Hier möchte ich noch einmal als Beispiel den Punkt 13 auf Seite 14 zum Thema "Gesunde Schule" nennen. Dort steht als Ergebnis: Für beide Schulen gingen von der dreijährigen Teilnahme zahlreiche Impulse für die Schulentwicklung und -profilierung aus. Ich war bei einem dieser Frühstücke auch einmal dabei. Das hat Herr Minister Sklenar eröffnet, das war sehr gut. Aber jeder kann sich nun konkret vorstellen, was hier nun Grundlegendes geschehen ist. Es war doch nach den Ergebnissen der Programme gefragt worden. Aber das ist zu wenig Aussage.

Ich kann als Erkenntnis zu den Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage schlussfolgern: Es besteht ein umfangreicher Handlungsbedarf bei der Gesundheitsförderung in Thüringen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Kummer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kummer, PDS:

(Unruhe bei der CDU)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich möchte noch einmal auf den Anfang der Rede von Herrn Panse hinsichtlich der Mittagspause zurückkommen. Es ist ja von Frau Nitzpon dazu schon etwas gesagt worden, dass wir uns die wieder wünschen, was sicherlich der Gesundheit der Abgeordneten auch gut bekommen würde. Aber es gibt noch einen zweiten Aspekt der Mittagspause, der mir einfällt, und das ist die Frage von gesunden Lebensmitteln. Zu diesem Punkt möchte ich hier ein paar Worte verlieren. Wir hatten ja vor kurzem in Thüringen die Zehnjahresfeier des Siegels "Original Thüringer Qualität". Auf dieser Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, was in Thüringen getan wird, dass wir gute Lebensmittel erhalten. Ich denke, hier hat sich schon viel getan. Wir können auf das, was erreicht wurde, stolz sein. Das steht im Gegensatz zu den heutigen Skandalen, die es in der Lebensmittelbranche gibt. Ich möchte hier nur erinnern an die Frage BSE, Nitrofen oder den Hormonskandal und das, was uns die Fälle lehren sollten, sie sollten uns lehren, dass wir nicht in blindem Aktionismus handeln, wenn solche Probleme auftreten, sondern dass wir hier ordentlich und ruhig damit umgehen und auf die Qualität unserer Lebensmittel auch hinweisen.

(Beifall Abg. Doht, SPD)

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Oh, bei Gelegenheit erinnere ich Sie daran.)

Das können Sie gern tun, Herr Minister. Was ich dabei aber deutlich machen möchte, ist, dass wir natürlich, um auch dem Verbraucher zu zeigen, wie qualitativ hochwertig unsere Lebensmittel sind, eine Transparenz bei der Herstellung brauchen. Denn das ist der einzige Standortvorteil, den wir für unsere Produkte haben, dass wir hier mit der Herstellungstransparenz arbeiten können. Da bedauere ich natürlich, dass das Verbraucherinformationsgesetz von Thüringen abgelehnt wurde. Mit Verbesserungen, die sicherlich notwendig gewesen wären, wäre es ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte aber im Rahmen dieser Frage der Transparenz der Herstellung auch noch einmal darauf verweisen, dass diese natürlich auch für ausländische Produkte gelten muss, und hier haben wir ja immer noch große Probleme. Denn Futterzusätze oder auch Medikamente für Tiere, die bei uns lange nicht mehr erlaubt sind, sind dort noch üblich. Ich denke, zum Verbraucherschutz gehört natürlich auch, dass dieser Aspekt berücksichtigt wird.

Im zweiten Punkt meiner Ausführungen möchte ich mich mit der Frage Umwelt und Gesundheit beschäftigen. Auch hier hat sich in der letzten Zeit einiges getan. Die Emissionen in der Industrie sind seit 1990 z.B. deutlich zurückgegangen. Das Beispiel der Wismut-Renaturierung ist sicherlich auch eines, das große Anerkennung verdient. Aber hier müssen wir natürlich auch noch die Frage stellen, was geschieht mit den verstrahlten Kumpeln? Ich denke, dass hier eine Anerkennung dieser Verstrahlung als Berufskrankheit immer noch aussteht und dass wir hier ernsthaft gefordert sind.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Da können wir doch die PDS-Gelder nehmen.)

Ein anderes Beispiel ist die Frage des Verkehrs. Wir haben ja hier heute schon in Sachen Klimaschutz dazu einiges gesagt. Er spielt natürlich auch noch eine Rolle, was die Frage von Atemwegserkrankungen oder auch von der Unfallgefahr darstellt. Die stetige Zunahme des Straßenverkehrs ist eben auch in Sachen Gesundheit nicht zu akzeptieren. Hier möchte ich die Seite 3 der Großen Anfrage zitieren: "Die Senkung der Umweltbelastungen durch den Verkehr ist ein immanenter Bestandteil der Thüringer Verkehrspolitik. Die Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur sowie der breite Einsatz von Telematik können zur Entlastung der Umwelt beitragen, weil so der Verkehr flüssiger gestaltet wird." Also, meine Damen und Herren, das ist dasselbe, wie es auch schon im Klimaschutzbericht stand. Es ist vollkommen unbefriedigend. Es steht übrigens auch im Widerspruch zu dem Ziel, das in dieser Großen Anfrage ebenfalls formuliert wurde, nämlich zu dem Ziel der drastischen Verringerung der Bodenversiegelung. Auch das war heute Vormittag bereits Thema.

Es gibt noch weitere Probleme, z.B. das Problem des Lärms. Auch das ist schon mehrfach vom Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt angesprochen worden. Hier gibt es noch viel zu tun. Gerade was den Lärm an Straßen, aber auch an Eisenbahnstrecken angeht. Hier muss die Landespolitik zu ihrer Verantwortung stehen.

Zum letzten Punkt, den ich ansprechen möchte, das sind die vorbeugenden Maßnahmen. Ich möchte hier nur ein Beispiel herausgreifen, das Beispiel Handy-Smog oder auch Mobilfunk, das in letzter Zeit sehr kontrovers diskutiert worden ist. Dazu habe ich auch eine Kleine Anfrage gestellt gehabt. Die Landesregierung scheint hier nicht aktiv werden zu wollen. Ich möchte noch einmal kurz einen Teil davon vorlesen: Unter Bezug auf die Vorbemerkung der

Bundesregierung und den Antwortkatalog zur Großen Anfrage wird eingeschätzt, dass derzeit keine Notwendigkeit besteht, landesrechtliche Regelungen bezüglich der Errichtung von Mobilfunkseanlagen zu ändern. Insbesondere wird verwiesen auf die Selbstverpflichtung der Betreiber, wonach eine Verbesserung der Information der Behörden vor Ort, die alternative Standortprüfung bei Kindergärten und Schulen und die Verbesserung des Verbraucherschutzes und die Kennzeichnung von Handys und eine verstärkte Forschung hervorgerufen werden soll.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Das ist doch Kinderkram.)

Was heißt denn hier Kinderkram? Also, Entschuldigung. Warum brauche ich eine Kennzeichnung von Handys, wenn das alles überhaupt nicht gefährlich ist? Warum wollen wir erst forschen und dann handeln, wo wir die Technologie jetzt bereits einführen? Warum wollen wir denn eine alternative Standortprüfung von Kindergärten und Schulen einfach den Installateuren dieser Anlagen überlassen und hier nicht staatlicherseits vorbeugend handeln? Unter Vorbeugung verstehe ich etwas anderes. Mit Selbstverpflichtungen haben wir auch schon genügend schlechte Erfahrungen gemacht.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Aber das ist bis jetzt noch nicht wissenschaftlich bewiesen.)

Das Thema mit dem "wissenschaftlich nicht bewiesen" hatten wir heute früh schon beim Klimaschutz. Na klar, warten Sie doch, bis es bewiesen ist. Es wird auch beim Klimaschutz so werden. Endgültig bewiesen, dass der Mensch an den Veränderungen Schuld ist, ist es erst, wenn der letzte Mensch an den Veränderungen eingegangen ist.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich Ihnen noch ein Zitat vortragen, ebenfalls aus der Großen Anfrage. Auf Seite 5 ist die Frage: "Wo besteht in Thüringen weiterer Handlungsbedarf, um Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen zu minimieren bzw. zu beseitigen?" nachzulesen. Die lapidare Antwort darauf ist: "Für Thüringen wird bei Fortführung der laufenden Aktivitäten kein zusätzlicher aktueller Handlungsbedarf zur Minimierung bzw. Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen gesehen." Ich denke, allein die Debatte zum Hochwasserschutz heute früh hat eine andere Sprache gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist nicht der richtige Weg. Lassen Sie uns in den Ausschüssen darüber reden, was wir tun müssen, um hier Verbesserungen zu erreichen. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Nothnagel zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, um den Aufwand für Sie und für mich nicht ausufern zu lassen, werde ich meine Kritik und die Kritik der PDS zu den Bereichen Menschen mit Behinderungen und Kinder- und Jugendschutz in einem Redebeitrag abhandeln. Mit Ihren Antworten, sehr geehrte Landesregierung, helfen Sie uns im heutigen Plenum auch, die Sache inhaltlich kurz zu fassen. Die Antworten auf unsere Fragen sind zumeist auch sehr kurz und inhaltsfrei.

Leider musste ich in beiden Bereichen feststellen, dass sich die Landesregierung gern mit fehlenden Statistiken aus einer Situation herausredet. Dieser Habitus ist an sich für mich nichts Neues. Nur diesmal haben wir uns auch damit auseinander gesetzt und Statistiken aus einem der Bereiche, die Frage nach den Behindertenzahlen zur Einschulung, mit einem recht geringen Aufwand organisieren können. Konkret haben wir eine Anfrage an die Gesundheitsämter in Thüringen gestellt, damit diese uns auch die Zahlen über die Frühförderungen zusenden. Wenn wir alle Statistiken aus Thüringen haben, gebe ich diese Zahlen zu diesem Thema gern an die Landesregierung weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die dahinter stehende Überlegung ist doch eigentlich folgende: Weshalb kann die Landesregierung derartige Ergebnisse auf Anfrage nicht präsentieren? Ich höre schon wieder den Einwurf, dass wir doch nur eine ähnliche Frage gestellt haben, aber mit ein bisschen Nachdenken, kann man aus diesen Zahlen zumindest eine Tendenz herauslesen. Insofern frage ich die Landesregierung, wie sie mit ihrer Sorgfaltspflicht umgehen möchte und wie sie dieser nachkommen will. Dass sie mit dieser Methode der Beantwortung eine kritische Betrachtung ihrer Arbeit nicht vermeiden möchte, sehen wir auch heute.

Meine Damen und Herren, leider verhält es sich im zweiten Teil meiner heutigen Rede ganz ähnlich. Auch im Kinder- und Jugendbereich liegen Ihnen zu vielen Bereichen und Fragen, ich zitiere, "keine Erkenntnisse" vor. Allerdings sind völlig im Gegensatz dazu einige Antworten dergestalt, dass sich eine Hinterfragung geradezu aufdrängt. Sie sprechen beispielsweise davon, dass von flächendeckenden Angeboten im Breitensport aufgrund der vorhandenen Trägerstruktur in Thüringen auszugehen ist. Unsere Fragen bezogen sich sowohl auf den quantitativen als auch auf den qualitativen Aspekt. So fällt auf, dass die Landesregierung unter flächendeckend im ländlichen Bereich die Institution der freiwilligen Feuerwehr und die Fußballvereine versteht bzw. dass dieses Angebot auch ausreichend ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU-Landesregierung, die PDS findet das nicht für ausreichend. Wir sind uns darüber im Klaren, dass man nicht jede Breitensportart in jedem Dorf in Thüringen anbieten kann. Wir sprechen aber auch nicht davon, dass das Angebot flächendeckend ist. Jedoch muss in Fällen, in denen ein Angebot von Kindern außerhalb des eigenen Dorfes angenommen werden soll, dafür gesorgt werden, dass das Kind eine Möglichkeit dafür bekommt und nicht per se die Mutter im Rahmen der althergebrachten Rollenbilder dafür verantwortlich gemacht wird.

Ein weiterer Aspekt, welcher hier dringend noch angesprochen werden muss, ist die Frage der Drogenpolitik. Im Verlaufe des Lesens der entsprechenden Abschnitte manifestiert sich beim Leser die Überzeugung, dass die Landesregierung versucht, der Drogenpolitik mit repressiven Methoden Herr zu werden. Das ist sicherlich notwendig. Allerdings sehe ich in diesem Bericht keine weiteren Wege. Es ist meines Erachtens daher dringend notwendig, in Thüringen auch einmal über eine Differenzierung zwischen harten und weichen Drogen nachzudenken und nicht alles in einen Topf zu werfen.

Hierbei, meine Damen und Herren, unterscheiden wir uns deutlich von Ihnen, der CDU, und auch von den Meinungen, die Herr Panse hier vorgetragen hat. So kann man einer pauschalen Kriminalisierung von Kiffern entgegenwirken und das Land kann sich auf die Bekämpfung von Dealern harter Drogen konzentrieren, ohne dabei unnötig Mittel aufzuwenden, um jeden einzelnen Haschischkonsumenten strafrechtlich zu verfolgen. Dem dabei von Polizei gern vorgetragenen Aspekt der Generalprävention wird durch die eigenen Statistiken, wenn sie z.B. von Fachleuten gelesen werden, ad absurdum geführt. Man sollte sich hier auch mehr der Praxis der Jugendgerichte annehmen, welche kleine "Kifferdelikte" mehr oder minder als eine Bagatelle ansehen. Herr Panse - leider nicht hier im Raum,

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Ich bin schon hier.)

Entschuldigung -, die Frage meiner Kollegin, Frau Dr. Fischer, haben Sie nicht verstanden. Hierbei hat meine Kollegin den Bereich der Palliativmedizin, die Schmerzlinderung, gemeint.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Hat sie aber nicht gesagt.)

Sie sind aber nicht weiter darauf eingegangen.

Der nächste und letzte Aspekt, welcher angesprochen werden muss, ist die Frage der Raucher- bzw. Tabakkonsumentenarbeit. Die Landesregierung beschreibt hier ihre Arbeit - da sind wir uns sicherlich alle einig - im wichtigsten Bereich der Prävention in all ihren Formen. Das hohe Engagement ist hier sehr zu begrüßen. Doch nach Ansicht der PDS-Fraktion muss hier noch etwas weiter gedacht

und ein Schritt weiter gegangen werden. Da ein absoluter Verkauf nur im Laden von den erwachsenen Rauchern und Raucherinnen sicher abgelehnt wird, müssen die Bemühungen, Zigarettensautomaten aufzustellen, welche nur mit einer ec-Karte bedient werden können, unbedingt unterstützt werden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Nothnagel, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Panse?

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Am Ende, ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Am Ende möchte der Abgeordnete Nothnagel die Frage beantworten.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Insofern kann die Landesregierung, wenn sie denn solch ein Verfahren einleiten wird, auf die Unterstützung der PDS-Fraktion rechnen und auch bauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass meine kritischen Bemerkungen Ihnen eines verdeutlicht haben: Es hilft weder der Landesregierung noch der Opposition, wenn Sie sich bei unseren Anfragen auf fehlendes Datenmaterial berufen. Ein bisschen Nachdenken und etwas Kreativität und vor allem politischer Willen hilft hier wahre Wunder. Allerdings soll dies nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass für eine effektive Arbeit viele Bereiche nicht ausreichend statistisch erfasst sind. Ich denke, dass die Landesregierung ein eigenes Interesse daran hat, die Situation zu verändern, um nicht wieder vor solch einem Dilemma wie heute zu stehen. Wie wäre es denn zur Abwechslung damit, wenn die Landesregierung einen Vorstoß unternehmen würde, eine dementprechende Veränderung des Datenschutzes vorzunehmen und mit zu befördern. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

So, jetzt die Frage vom Kollegen Panse bitte.

Abgeordneter Panse, CDU:

Ja selbst auf die Gefahr, dass ich Sie vielleicht auch nicht richtig verstanden habe: Ist Ihnen eventuell entgangen, dass ich in meiner Rede vorhin gesagt habe, dass genau diese Regelung im Kinder- und Jugendschutzgesetz jetzt getroffen wurde, nämlich, dass die Zigarettensautomaten zukünftig

nur noch mit Chipkarten bedient werden sollen und können und dass das nach einer Übergangsfrist in den nächsten Jahren umgesetzt wird?

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Das ist mir nicht entgangen.

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt die Landesregierung ums Wort gebeten, Herr Minister Dr. Pietzsch.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vielzahl der Redebeiträge, wobei sich fast jeder Redebeitrag mit etwas anderem beschäftigt hat, ich bin manchmal sogar etwas überrascht gewesen, dass das alles zur Gesundheitsförderung gehört, was hier gesagt worden ist, beweist aber dennoch, dass die Gesundheitsförderung eigentlich eine Querschnittsaufgabe ist und beweist auch, dass Gesundheitsförderung nicht einmal passiert und dann abgehakt ist, sondern dass Gesundheitsförderung eine Daueraufgabe ist. Meine Damen und Herren, auf etwas anderes möchte ich noch hinweisen: Gesundheitsförderung ist erst einmal auch eine Sache der eigenen Einstellung.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier hehre Worte zum Rauchen gehört und die Damen und Herren, die bereit sind, hehre Worte zum Rauchen zu sagen, sehe ich dann kurze Zeit später vielleicht draußen vor der Tür rauchen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, ich glaube, bei der Gesundheitsförderung fangen wir auch mal jeder bei sich selber an. Dann kämen wir schon ein ganzes Stückchen weiter.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, Sie erwarten nicht, dass ich auf alles, was hier gesagt worden ist, eingehen kann, das ist einfach zu viel. Frau Abgeordnete Dr. Fischer, Ihre Kritik an der Personalsituation in Gesundheitsämtern, dieses Thema haben wir ja, Sie haben es selbst gesagt, vor nicht allzu langer Zeit hier im Plenum gehabt. Ich gehe dem nach, ich nehme dieses sehr ernst. Ich werde dieses auch mit der Kommunalaufsicht besprechen, dort wo es nötig ist.

Was Cannabis in der Medizin angeht, kann ich nur sagen: Gut, dort, wo es sinnvoll ist, soll man darüber reden, aber, meine Damen und Herren, nicht als Dauerdroge, sondern in speziellen Fällen. Es ist ja doch nicht so, dass wir in der Medizin nicht auch andere Drogen benutzen würden. Seit alters her benutzen wir Morphium, aber in speziellen Fäl-

len. Wenn ich da so einen Fall in Thüringen betrachte, der auch durch alle Gazetten gegangen ist, nicht nur in Thüringen, sondern auch darüber hinaus, dann geht es dort offensichtlich um jemanden, der daran gewöhnt ist und offensichtlich Schwierigkeiten hat, davon loszukommen. Und da sehe ich die Gefahr.

Frau Fischer, wir kommen alle beide aus einer Zeit, wo ich behaupte, wir sind mit suchterregenden Analgetika zu vorsichtig umgegangen. Wir haben uns Sorgen gemacht, ob wir einem Patienten Morphin geben können, obwohl wir aufgrund der Erkrankung sicher sein konnten oder sicher sein mussten, dass der Mensch in einem Vierteljahr oder in einem halben Jahr nicht mehr lebt. Ob wir bei dem noch eine Morphinsucht erzeugen, das dürfte marginal gewesen sein. Aber wir haben uns Gedanken darüber gemacht. Das war die Medizin vor etwa 30 oder 40 Jahren. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir dieses sicher etwas anders sehen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass über das Thema Sport gesprochen worden ist. Sport ist Gesundheitsförderung, ist aber auch Prävention, wenn es um Suchtgefahren und Drogengefahren geht. Da kann ich nun nicht nachvollziehen, Herr Nothnagel, wenn Sie daran Zweifel hegen, dass wir in Thüringen ein flächendeckendes Netz von Sportvereinen haben.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: So ist es.)

Also, meine Damen und Herren, es gab noch nie so viele Vereine und Vereinsmitglieder im Sport, wie in der gegenwärtigen Situation.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin dem Landessportbund für seine Aktivitäten sehr dankbar. Frau Bechthum, lassen Sie mich etwas sagen und da knüpfe ich an den gestrigen Abend an. Sie haben die Beipackzettel erwähnt, das ist nun einmal eine rechtliche Vorgabe. Ich gebe ja zu, es muss jemand fast selbstmordverdächtig sein, der nach dem Beipackzettellesen auch noch das Medikament nimmt, was da alles an Gefahren aus juristischer Absicherung aufgeschrieben ist. Aber wenn es um Informationen geht, was Gesundheit angeht, Frau Bechthum, da kann ich Ihnen nicht folgen, wenn Sie sagen, nur in den größeren Städten gebe es so etwas. Wir haben gestern Abend einen parlamentarischen Abend der Volkshochschulen gehabt und die Volkshochschulen sind nun weiß Gott ein Netz, was flächendeckend da ist und was flächendeckende Angebote bringt. Ein wesentlicher Aspekt, ein wesentliches Aufgabengebiet der Volkshochschulen ist gerade im Bereich Gesundheitsförderung und Gesundheitsaufklärung.

(Beifall bei der CDU)

Hier hat wirklich jeder die Möglichkeit, der Interesse hat, sich zu informieren und nicht nur in den Großstäd-

ten, etwa in Gera, Erfurt, Suhl und in Nordhausen, sondern bis hin fast in das kleinste Dorf.

Meine Damen und Herren, Gesundheitsförderung ist sicher ein zentraler Baustein für eine langfristig orientierte Gesundheits- und Sozialpolitik. Sie können sicher sein, dass ich mich dieser langfristigen Gesundheits- und Sozialpolitik verpflichtet weiß. Ich möchte deswegen auf einige Probleme, aber auch auf einige Leistungen hinweisen. Das fängt schon an mit der Frage - ob das ein Problem ist, weiß ich nicht - der Definition von Gesundheit. Gesundheit ist früher im Wesentlichen eine Abwesenheit von Krankheit gewesen. Unterdessen hat man ein eher positiv definiertes Verständnis von Gesundheit, was körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden bedeutet. Jetzt könnte ich sehr weit gehen, meine Damen und Herren, aber da bin ich wieder bei der Mittagspause. Denn das ist auch soziales Wohlbefinden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich weise darauf hin - und manchmal wird das verwechselt -, diese Definition von Gesundheit nach der Ottawa-Charta von 1986 ist nicht die Grundlage für den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung. Manche haben allerdings den Eindruck, als müsste dies die Grundlage für den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung sein. Nein, meine Damen und Herren, da hat jeder schon noch etwas Eigenes zu leisten.

Meine Damen und Herren, es liegt an der Verantwortung jedes Einzelnen, sich gesundheitsbewusst zu verhalten. Der Staat kann zwar Aufklärung betreiben, er kann Anreize geben, er soll sogar Anreize geben und er soll zweckentsprechende Strukturen schaffen für solche Anreize und für Aufklärung. Aber, meine Damen und Herren, im Gesundheitswesen, um zunächst auf diesen für das Thema zentralen Bereich einzugehen, muss die Prävention auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung eine größere Bedeutung gewinnen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Zurzeit werden nicht einmal 4,5 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben für Präventionsleistungen aufgewendet. Meine Damen und Herren, Experten schätzen zwar, dass sich 25 bis 30 Prozent der derzeitigen Ausgaben durch eine Stärkung der Mittel und langfristige Prävention vermeiden ließen, ich bin mit solchen prozentualen Angaben etwas vorsichtig. Ich bin vorsichtig damit, aber dass sich die Gesundheitsausgaben reduzieren lassen, da bin ich mir ganz sicher. Nur ist das Problem bei der Prävention immer das, dass die Ergebnisse erst langfristig abzulesen sind, nicht innerhalb von ein oder zwei oder fünf Jahren, meistens sind es sogar 10 Jahre.

Meine Damen und Herren, um bei der Gesundheitsprävention und der gesetzlichen Krankenversicherung zu bleiben, das Gesundheitsstrukturgesetz 1992 hatte ja sehr weite

Spielräume gelassen für den Bereich der Prävention. Diese weiten Spielräume sind fast ausschließlich zu Wettbewerbszwecken genutzt worden und deswegen ist massiv zurückgefahren worden. Ich behaupte, es ist zu kräftig zurückgefahren worden. Wir müssen in einer neuen Gesundheitsstrukturreform gerade diesen Bereich "Prävention", und zwar einem sinnvollen Bereich "Prävention", nicht Bauchtanzkurse und was so alles an schlimmen Dingen damals gelaufen ist, sondern einem sinnvollen Bereich "Prävention" auf jeden Fall mehr Beachtung schenken. Dass Prävention funktioniert und dass es positiv funktioniert, haben einzelne Dinge bewiesen. Ich denke beispielsweise an unsere Aids-Prävention. Wenn wir dort nicht so präventiv tätig gewesen wären - übrigens habe ich manchmal den Eindruck, dass es wieder aus dem Auge verloren wird -, oder Kariesprophylaxe, hier hat es bereits Situationen gegeben, wo nachgewiesen werden konnte, dass die Prävention wirksam ist.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben in einigen Bereichen gute Rahmenbedingungen in Thüringen geschaffen. Ich behaupte überhaupt nicht, dass wir schon optimale Bedingungen haben, aber wir sind auch dabei, insbesondere - und darauf ist ja in einigen Reden hingewiesen worden - die Gesundheitsförderung in der Schule zu intensivieren,

(Beifall bei der CDU)

so, wie wir insgesamt den Bereich "Jugendarbeit und Schule" intensivieren wollen, auch mit dem Blick auf Prävention. Im Bereich der Schulen haben Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Ernährung stattgefunden. Es ist das gesunde Schulfrühstück vorhin schon angesprochen worden - und ich weiß nicht, wer es gesagt hat, doch, Frau Bechthum hat es gesagt -, dass in Thüringen besonders viel Stoffwechselerkrankungen bestehen. Das wundert mich überhaupt nicht, meine Damen und Herren. Wenn die Thüringer die höchste Übergewichtsrate in Deutschland haben, dann ist das kein Wunder, dass wir die meisten Stoffwechselerkrankungen haben. Ich meine, es liegt auf der anderen Seite an unseren guten Thüringer Produkten, an denen man nicht vorbeigehen kann, ohne dass man einmal zugreift.

Meine Damen und Herren, aber auch Maßnahmen zur Suchtprävention werden von uns durchgeführt, so beispielsweise das Projekt "Kids for Kids", das von der AGETHUR gefördert wird, das regelmäßige Angebot der Thüringer Suchtprävention mit gegenwärtig 30 Fachkräften an den Schulen im Freistaat oder den europaweiten Wettbewerb zum Nichtrauchen "Be Smart - Don't Start".

Meine Damen und Herren, hier würde ich mir mehr Aktivität auch von Seiten der Eltern wünschen. Und Aktivität von Seiten der Eltern auch in der Weise, dass sie von der Schule fordern, eine rauchfreie Schule zu machen und nicht etwa,

(Beifall bei der CDU)

dass Eltern fordern, dass für ihre 16-, 17- und 18-jährigen Gymnasiasten Raucherinseln geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, beim Studium der Antwort auf die Große Anfrage wird deutlich, dass in Thüringen, glaube ich, eine begrüßenswerte Zusammenarbeit bei vielen Projekten bereits stattfindet, und zwar Zusammenarbeit nicht nur zwischen Schule und Sozialministerium, sondern auch mit den Krankenkassen, mit den Zahnärztekammern, mit den Ärztekammern. Natürlich kann auch in dieser Hinsicht meines Erachtens noch mehr passieren.

Meine Damen und Herren, Gesundheitsförderung bedeutet - legt man den eingangs erwähnten und erweiterten Begriff von Gesundheit zugrunde - nicht nur Krankheitsvermeidung, sondern eben auch Steigerung der Lebensqualität. Damit ist Gesundheitsförderung eine zutiefst humanitäre Aufgabe, die man nicht nur in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen betrachten kann und betrachten darf.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Gesundheitsvorsorge ist Grundlage für eine Erhöhung der Lebenserwartung. Wenn wir heute im Vergleich zu 1990 eine 3,5 Jahre höhere Lebenserwartung haben, dann ist das nicht nur, das weiß ich auch, auf Gesundheitsförderung zurückzuführen, aber, ich denke, auch auf Gesundheitsförderung. Das heißt, wir haben auch in diesem Bereich Erfolge erreicht. Wir werden und wollen uns mit diesen Erfolgen keineswegs zufrieden geben, denn ich habe zum Anfang gesagt, Gesundheitsförderung ist für uns, für die Landesregierung, eine Daueraufgabe, der wir uns auch in Zukunft stellen werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich kann damit die Beratung schließen und zugleich auch diesen Punkt.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 19**

Gesamtkonzept der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten Beratung des Berichts der Landesregierung - Drucksache 3/2537 - auf Verlangen der Fraktion der CDU

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/2564 -

Zunächst die Landesregierung? Wie?

(Zuruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Ich wollte einführen.)

Einführen, das hören wir gern. Bitte, Frau Ministerin Prof. Dr. Schipanski.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Thüringer Landesregierung wurde gebeten, ein Gesamtkonzept zur Förderung von Jugendkulturprojekten zu erarbeiten. Dieses Konzept ist dem Landtag vor der Sommerpause zugegangen. Ich möchte heute hier im Namen der Landesregierung dazu Stellung nehmen und gestatte mir, mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen zu beginnen.

Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Thüringen ist die Kulturförderung Sache vor allem der Kommunen und der Länder. Die inhaltlichen Eingriffe der öffentlichen Hand auf das kulturelle Geschehen sind dabei deutlich begrenzt. Das heißt, die Politik hat finanzielle sowie infrastrukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um damit Handlungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu eröffnen. Auf der Ebene des Landes und der Kommunen wird durch die sinnvolle Ausreichung von Fördermitteln dafür Sorge getragen, dass ein breit angelegtes Kulturangebot und die kulturelle Grundversorgung mit Bibliotheken, Musikschulen, Museen sowie Projekten in regionalen, aber auch sozialen Schwerpunkten gewährleistet ist. In diesem komplexen Prozess kommt der kommunalen Kulturförderung primäre Bedeutung zu. Die Förderung des Landes geschieht vorrangig mit Hinblick auf überregional bedeutsame Projekte. Da wir aber wissen, welche Aufgabenlast die Kommunen zu bewältigen haben, beteiligt sich das Land insbesondere auch an der Förderung von anderen Maßnahmen. Wir verkennen nicht die Haushaltschwierigkeiten der Kommunen. Diese Haushaltsschwierigkeiten führen mehr und mehr zu einem Rückzug der Kommunen aus den so genannten freiwilligen Aufgaben, zu denen auch der Kulturbereich gehört. Aus diesem Grund können neue Maßnahmen und Aufgaben nur gemeinschaftlich vom Land und den Kommunen getragen werden. Das gilt gerade auch für die Projekte im jugendkulturellen Bereich.

Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht zeigt, dass die einzelnen Ressorts der Landesregierung mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung jugendkulturelle und Jugendprojekte umfangreich fördern. Insbesondere wurde die Personalstellensituation bei den freien kulturellen Trägern untersucht. Der Bericht geht hier generell auf die Situation aller freien Träger im Kulturbereich ein, da wir den jugendkulturellen Bereich allein nicht heraustrennen

können, denn viele Kulturprojekte agieren generations- und auch inhaltsübergreifend. Darüber sind wir froh, weil damit auch der Zusammenhalt unserer Gesellschaft zum Ausdruck kommt, das Miteinander der Generationen. Deshalb gibt dieser Bericht zunächst einen allgemeineren Überblick über die Gesamtsituation.

Was aber deutlich wird, meine Damen und Herren Abgeordneten, das ist eine Bilanz, die sich durchaus sehen lassen kann. So wurden im vergangenen Jahr verschiedene Kulturprojekte mit einem Volumen von 5,1 Mio. € gefördert. Dazu kamen noch einmal 754.000 € für die Beschäftigung von Leitungskräften im so genannten Projektmanagerprogramm, auch die Landesförderung für die Musikschulen, die im Übrigen mit 4,5 Mio. € deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, die Förderung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt nach der Richtlinie "Jugendpauschale" in Höhe von mehr als 11,7 Mio. € oder die Zuwendung für die Träger der freien Jugendhilfe in Höhe von rund 2,8 Mio. €. All das sind Belege für eine aktive Förderung der Jugendbildungs- und Jugendkulturarbeit.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Jugendpauschale und dem Projektmanagerprogramm hat Thüringen bundesweit Maßstäbe gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Vergleichbare Programme, die außerdem noch auf den ersten Arbeitsmarkt abzielen, meine Damen und Herren, gibt es in keinem anderen Bundesland. Dessen müssen wir uns einmal bewusst werden.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarkts engagiert sich das Land im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten in bedeutendem Maße. Zum 31.07. dieses Jahres arbeiteten fast 1.150 Personen im Rahmen von Struktur Anpassungsmaßnahmen im Kulturbereich. Dabei erfolgt die Beschäftigung in weiten Bereichen, so in der Denkmalpflege, der Unterstützung der Gedenkstättenarbeit, den kommunalen Museen, den öffentlichen Bibliotheken, aber auch in Theatern und in der Kulturstiftung. Ca. 40 Prozent der Beschäftigten sind bei freien Trägern angestellt. Das Land stellt für diese SAM derzeit 7 Mio. € bereit. SAM bedeutet aber auch, dass es sich hier um vorübergehende Maßnahmen bis zur Einrichtung von festen Arbeitsplätzen handelt, also müssen auch die Träger verstärkt darauf hinarbeiten, dauerhafte Arbeitsplätze in den genannten Bereichen zu errichten. Wir haben zur Vorbereitung des Berichts gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft "Soziokultur" 200 freie Träger im Kulturbereich angeschrieben. 123 Antworten kamen zurück. Aus ihnen geht hervor, dass 55 Träger fest angestellte Mitarbeiter haben, finanziert vor allem durch Zuschüsse der Kommunen, durch das Projektmanagerprogramm und zum Teil eben durch die Jugendpauschale. 65 der befragten Projektträ-

ger beschäftigten zurzeit insgesamt 228 Mitarbeiter auf SAM- und ABM-Basis. Zwei Drittel aller Projektträger haben angegeben, dass sie für ihre Arbeit Feststellen benötigen. Man stellt auch fest, dass es SAM und ABM meistens nur dort gibt, wo Feststellen vorhanden sind, denn die ABM und SAM brauchen fachliche Anleitung. Insgesamt zeigten sich die Befragten mit der gegenwärtigen Personalsituation in den Kulturprojekten nicht zufrieden, da aufgrund der angespannten Haushaltslage die Zuschüsse der Kommunen und des Landes begrenzt sind, das ist ganz klar. Man klagt auch über den steten Wechsel von Personal, der sich auf eine kontinuierliche und qualitätsvolle Projektarbeit unvorteilhaft auswirke. Ich verstehe, dass diese Situation für die Träger schwierig ist. Die Frage ist daher: Was kann man tun, um die Arbeitssituation der freien Träger in Kulturbereichen, insbesondere im jugendkulturellen Bereich, zu stabilisieren?

Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wissen, dass die Schaffung von festen Arbeitsplätzen immer wieder ein Kraftakt ist, den Land und Kommunen nur gemeinsam leisten können. Das Land kann aber dabei nicht den Kommunen die Verantwortung abnehmen, selbst Entscheidungen über die jeweilige Schwerpunktförderung zu treffen. Die Steuerreform der Bundesregierung trifft die Länder und die Kommunen gleichermaßen hart und schränkt unsere Gestaltungsfreiheit ein. Der Freistaat muss sich daher in Zukunft stärker auf die Förderung von Projekten mit überregionaler Ausstrahlung konzentrieren, während die Kommunen sich um die rein örtlich wirkenden Projekte kümmern müssen. Aufgrund dieser schwierigen Situation schlägt die Landesregierung Folgendes zur Konsolidierung von Arbeitsplätzen im jugendkulturellen Bereich vor. Wir wollen als Erstes zur Verstärkung von kulturpolitischen bedeutsamen Maßnahmen und zur Sicherung künstlerischer Qualität die Beschäftigungsmöglichkeiten von Leitungskräften bei freien Trägern durch das Projektmanagerprogramm konsolidieren und, wenn es möglich ist, verstärken. Die Landesregierung wird sich bemühen, weiterhin Mittel für SAM im Kulturbereich zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeit der freien Träger fortgesetzt werden kann. Der Einsatz von Mitarbeitern auf Basis des Modellversuchs "freiwilliges kulturelles Jahr" hat sich bewährt. Wir sollten daher nach Auslaufen dieses Modellversuchs im Jahr 2004 die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten schaffen, dass dieses Programm fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die freien Träger sollen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Konzepte zur Stabilisierung des kulturellen Angebots erarbeiten. Das kann nicht allein von der Landesregierung geleistet werden.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Landesregierung ist sich bewusst, jugendkulturelle Arbeit bedeutet auch Prävention. Die Jugendlichen sollen nicht nur ihre kreativen Fähigkeiten entwickeln, sondern sie sollen auch in

dem Gefühl gestärkt werden, in ihrer Freizeit einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen zu können. Die aktuelle Shell-Jugendstudie zeigt, wie sehr junge Menschen heute daran interessiert sind, sich in gesellschaftliche Belange einzubringen und als aktive Mitglieder der Sozialgemeinschaft integriert und wahrgenommen zu werden. Diese Tendenz finde ich außerordentlich erfreulich. Sie zeigt mir, dass wir auch mit unseren Projekten auf dem richtigen Weg sind. Wir werden diese Tendenz der Jugendlichen mit unseren Angeboten weiterhin unterstützen und fördern, die Jugendlichen aber auch zur ehrenamtlichen Arbeit anregen. Das ist ein wesentliches Element unserer Förderung.

(Beifall bei der CDU)

Junge Menschen brauchen auch weiterhin und verstärkt Rahmenbedingungen, in denen sie ihr soziales Bewusstsein ebenso entwickeln können wie Eigenständigkeit, Ehrgeiz, Kreativität, aber zu diesen Projekten gehört auch wirtschaftliches Denken, auch das soll dort mit anerzogen werden. Die Landesregierung sieht sich gerade in dieser Hinsicht gefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen und entsprechende Förderungen optimal miteinander zu verknüpfen. Das betrifft insbesondere mein Haus und das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Wir werden hier die Zusammenarbeit verstärken und halbjährlich Förderschwerpunkte abstimmen. Zudem wird der Bericht der Landesregierung zu Arbeitsplätzen im jugendkulturellen Bereich in die Beratungen des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit mit den Jugendamtsleitern und dem Landesjugendhilfeausschuss einbezogen. Durch den gemeinsamen Blick sollte es gelingen, die Förderaktivitäten besser zu strukturieren und verstärkt zu bündeln.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Landesregierung versucht Lösungsansätze und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, aber sie kann keine Patentrezepte für die Schaffung von Arbeitsplätzen im kulturellen Bereich aufweisen. Die Unterstützung und Förderung dieses wichtigen Bereichs bedarf eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, in dem die ehrenamtliche Tätigkeit eben auch eine große Rolle spielt. Meine Damen und Herren, so hoffe ich, dass die heute begonnene Aussprache im Thüringer Landtag zur Verankerung der Bedeutung dieses Handlungsfelds beitragen wird. Ich wünsche uns eine gute Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Als Nächste hat Frau Dr. Klaubert, PDS-Fraktion, um das Wort gebeten.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Ministerin, zu dem, was Sie jetzt abschließend zu den Aufgaben der Jugendkultur gesagt haben, kann ich nur sagen ja, das stimmt. Was Sie gesagt haben

zur Verantwortung verschiedener Bereiche und der Notwendigkeit, dass die Ressorts miteinander beraten müssen, kann ich auch nur sagen, ja. Aber in den meisten Punkten sehe ich die Situation sehr viel kritischer als Sie.

Der Tagesordnungspunkt und der Bericht heißen: "Gesamtkonzept der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten". Da könnte man ausrufen, endlich steht das auf der Tagesordnung, nachdem die Probleme so lange bekannt sind. Einige werden wahrscheinlich sagen, schon wieder, wir haben oft genug darüber gesprochen, übrigens mehr außerhalb dieses Hauses als innerhalb dieses Hauses. Wir sagen, traurig, wenn man das Konzept richtig gelesen hat.

(Beifall bei der PDS; Abg. Döring, SPD)

Zunächst einige Vorbemerkungen: Wir sind als PDS-Fraktion ja auch schon bescheiden geworden. Wir sind froh darüber, dass nach mehreren Jahren des Anmahns und des Benennens der Probleme in diesem sensiblen Kulturbereich durch die Landesregierung endlich Handlungsbedarf erkannt worden ist. Das allein war ein sehr schwieriges Unterfangen und zog sich über viele Jahre, die ich in diesem hohen Hause mich auch damit beschäftigt habe, hin. Gewissermaßen passt hier das Bild von dem Dackel, der zum Jagen getragen werden musste, und das ist eben immer ein mühsames Unterfangen.

Nun ist auf der Grundlage der im letzten halben Jahr erstellen Analyse in diesem Bereich erwartet worden, dass es konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation gibt. Sie, Frau Ministerin Schipanski, haben selbst mehrfach gesagt, z.B. auch in der Ausschuss-Sitzung im Dezember des letzten Jahres, dass der Handlungsbedarf in diesem Bereich notwendig ist und bei der Verleihung des Thüringer Kunstpreises an die beiden Jugendkulturprojekte "Schotte" und "3K" (Mühlhausen) haben Sie gesagt, Sie werden sich schützend vor die Jugend- und Breitenkulturbereiche stellen. Nach dem nun vorliegenden Gesamtkonzept, ich sage immer wieder Gesamtkonzept steht da nur oben drüber, muss ich zur Kenntnis nehmen, es hat nicht einmal den Namen verdient. Es tut mir Leid, Frau Ministerin. Wenn Sie sagen, die Bilanz im jugendkulturellen Bereich kann sich sehen lassen, kann man das nur gelten lassen, wenn man sagt, ja sie kann sich sehen lassen, aber sie wird schamvoll dabei erröten. Ich glaube Ihnen auch ganz individuell, dass Sie sich schützend vor diese Szene stellen wollen. Aber irgendwie sind Sie entweder umgefallen oder jemand hat Sie umgeschubst. Ich denke, die Gestaltungsmöglichkeiten, die in Ihrem Ministerium liegen, wären andere als die, die in dem vorliegenden Papier aufgezeichnet sind. Wir meinen, dass Sie die Regieführung in diesem Bereich übernehmen müssten. Bei den verschiedenen beteiligten Ministerien und bei den verschiedenen Förderrichtlinien, die in den unterschiedlichen Ministerien vorhanden sind, wäre es notwendig, eine interministerielle Kooperation zu vereinbaren, die für die Haushaltsberatungen 2003/2004 ganz konkrete An-

sätze gebracht hätte.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das hat sie doch aber gesagt.)

Nein, Frau Arenhövel, das hat sie nicht gesagt und das steht auch nicht in dem Bericht. Ich befürchte, in Vorbereitung auf die Haushaltsdebatte für die Jahre 2003/2004 und in Kenntnis all der Ankündigungen, die für diesen Haushalt schon getroffen worden sind, werden wir es hier wieder mit einem Bereich zu tun haben, der geschröpft werden muss. Das hat ganz einfach damit zu tun - und da hat die Ministerin wiederum Recht -, dass wir es mit einem sehr komplizierten Konstrukt zu tun haben, bei dem auf der einen Seite das Land eine Verantwortung hat, auf der anderen Seite die Kommunen eine Verantwortung haben und wir insgesamt aber einen Aufgabenbereich haben, der so genannte freiwillige Aufgaben umfasst, und dort tritt zuallererst das Kürzungsschwert auf. Das wissen Sie auch, Frau Arenhövel.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Woher wollen Sie das wissen?)

Lieber Herr Mike Mohring, als Haushälter kann ich ja verstehen, dass Sie sich jetzt erregen. Aber ich habe gedacht, dass Sie irgendwie noch ein bisschen einen Draht zur Jugendkultur haben. Den scheinen Sie inzwischen abgeschnitten zu haben.

(Beifall bei der PDS; Abg. Pelke, SPD)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber Sie wissen es doch gar nicht.)

Aber weiter zu einigen Bemerkungen. Wir sehen, dass die Tendenzen in der Thüringer Kulturpolitik durchaus Besorgnis erregend sind. Manchmal habe ich den Eindruck, dass im Kabinett immer erst der Ministerpräsident auf den Tisch hauen muss, ehe sich irgendein Rad dreht. Das kann kein verantwortliches Regierungshandeln sein. Wie stellt sich die Situation im Augenblick dar? Seit Beginn der 3. Legislaturperiode mahnt meine Fraktion mit Anträgen und in den Ausschüssen an, dass zur Sicherung des breitenkulturellen Netzwerks dem schon in der letzten Legislaturperiode vorgeschlagenen Haushaltstitel "Stiftung Breitenkultur" Leben eingehaucht wird. Wir haben auch immer wieder betont, wir haben das auch in die Haushaltsberatungen eingebracht und dafür entsprechende Deckungsquellen gefunden, dass das Projektmanagerprogramm nicht nur fortgeführt werden muss, sondern dass es erweitert werden muss. Es reicht mit diesen im Moment vorhandenen unter 30 Feststellen nicht aus. Wer sich ein bisschen in dem Bereich auskennt, der weiß es auch. Hinzu kommen auch noch einige Probleme, die damit verbunden sind, dass die Filmförderung aus dem Kunstministerium in das Minis-

terium des Herrn Minister Krapp gegangen ist und dass in der Filmförderung z.B. Stellen aus dem Projektmanagerprogramm angebunden waren und dass offensichtlich im Moment völlig unklar ist, wer künftig diese Stellen finanziert. Ich möchte es noch einmal betonen, nicht nur die Zahl der Projektmanager ist unzureichend, sondern auch die Frage der Koordinierung dieser jedenfalls zeitweiligen Feststellen im Land. Erschwerend kommt hinzu, dass die Verringerung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen in den letzten Monaten - ohne dass seitens der Landesregierung Wege aufgezeigt worden sind, das kulturelle Netzwerk zu sichern - zu mehreren Hilfeersuchen und offenen Briefen an den Landtag und wahrscheinlich auch an die Ministerien geführt hat. Einige dieser Unterlagen sind auch bei uns angekommen, auch einige Antworten. Ich muss Ihnen sagen, sie sind einfach unzureichend und die Crux besteht insbesondere darin, dass im Wirtschaftsministerium, dort, wo also die Stellen des zweiten Arbeitsmarkts angegliedert sind, sehr wenig Verständnis dafür vorhanden ist, dass man in diesem Bereich, in dem kulturellen Bereich, langfristig fördern müsste und dass man eigentlich ein System von Feststellen einrichten müsste. Das ist ein Streitpunkt, der ist seit Jahren in diesem Haus. Den Vorwurf, Frau Ministerin, den mache ich eigentlich nicht Ihnen, sondern den mache ich der unzureichenden Vernetzung zwischen den beiden Ministerien. Vor diesem Hintergrund stimmte die PDS-Fraktion dem Alternativantrag der CDU vom Dezember 2001 zu, dass ein Gesamtkonzept der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten vorzulegen ist. Ich erinnere daran, wir hatten einen Antrag in der Dezember-Sitzung eingebracht. Es gab einen Alternativantrag der CDU. Da wurde uns dann gesagt: "Sie haben einige dieser Förderministerien vergessen, Ihr Antrag ist unvollständig." Also hat mit großer Weisheit der regierungstragenden Fraktion ein Alternativantrag, ich glaube sogar einstimmig, zum Beschluss des Landtags geführt, dass wir ein solches Gesamtkonzept haben wollen. Dieses Gesamtkonzept sollte bis zur Sommerpause vorgelegt werden und es war auch das Gespräch davon - es ist nicht in der Beschlussvorlage enthalten -, dass es für die Haushaltsberatungen 2003/2004 wirksam wird. Wörtlich heißt es in diesem Konzept: "Zur Förderung derjenigen Projekte, die im Schnittbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit sowie des Kultusministeriums liegen, unter Einbeziehung der Verantwortlichkeit der Kommunen, ist ein Gesamtkonzept zu entwickeln." Wer nun glaubte, dass mit der Vorlage dieses Gesamtkonzepts auch interministerielle Lösungsansätze sichtbar werden, sieht sich leider gründlich getäuscht. Auf die im vorangestellten Bericht sehr deutlich beschriebenen drängendsten Fragen gibt es keine neuen Antworten. Das Vorhandene war schon unzureichend. Das, was mit dem neuen Konzept vorgelegt worden ist, hat die Latte nicht übersprungen. Ich glaube, wir haben es hier mit einer sehr schwierigen Situation zu tun, die offensichtlich von einigen immer noch nicht bemerkt werden will, weil man sich vorstellt, dass die Jugendkultur auf der Ebene des Bauchtanzes bei den Krankenkassen liegt. Ich habe einige Zeit ge-

braucht, um zu begreifen, dass das Papier, welches sich Gesamtkonzept nennt, tatsächlich alles sein soll. Ich habe immer gedacht, es müsste noch ein zweiter Teil folgen. Der erste Teil macht den Problemaufriss und im zweiten Teil werden dann die Antworten gegeben. Aber irgendwie ist das nicht erfolgt. Vielleicht ist bei mir auch der zweite Teil nur nicht angekommen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Sie müssen den 1. Teil nur richtig lesen, Frau Dr. Klauert. Da stehen auch die Antworten drin.)

Herr Seela, ich denke, dass Sie sich dazu dann noch äußern werden. Da freue ich mich ungemein darauf, das kann ich Ihnen auch versichern.

(Beifall bei der PDS)

Aber ich weiß jetzt nicht so richtig, ob Sie das Ganze richtig gelesen haben und falls Sie es gelesen haben, ob Sie es begriffen haben. Unter Punkt 2, Abs. 1 des Berichts heißt es: "Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Kulturförderung Aufgabe vor allem der Kommunen und der Länder." Sie sind in Ihren einleitenden Bemerkungen noch einmal darauf eingegangen, Frau Ministerin. Aber es heißt weiter unter Punkt 2: "Diese haben insbesondere finanzielle, aber auch infrastrukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um kulturelle Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu eröffnen." Der Bezug zu den Grundsätzen ist ja durchaus richtig. Aber wenn man so etwas feststellt, gehört doch wohl in ein Konzept, wie man diesen Grundsätzen Rechnung tragen möchte. Das ist eben nicht vorhanden. Es heißt weiter in diesem Abschnitt: "Für die Landesregierung steht außer Frage, dass die lebendige und vielgestaltige Thüringer Kulturlandschaft bewahrt werden muss. Jugendkulturprojekte tragen zu dieser Vielfalt und Lebendigkeit entscheidend bei". Das ist auch richtig, das kann man nur begrüßen. Aber auch hier fehlt wieder, wie soll denn die Verantwortung der Landesregierung in Abstimmung mit den Kommunen dafür tatsächlich gesichert werden? Im dritten Abschnitt wird dann das Problem benannt, welches die Haushaltsschwierigkeiten der Kommunen betrifft. Es wird benannt, dass ein Rückzug aus den so genannten freiwilligen Aufgaben besonders problematisch sei, weil Investitionen in diesem Bereich multifunktionalen Nutzen für die Gesellschaft insgesamt haben. Auch diese Feststellung ist wiederum richtig, doch jetzt frage ich die Landesregierung: Wenn dies politischer Konsens ist, warum wird dann von den politisch Verantwortlichen nicht gehandelt? Sie benennen Probleme und Verantwortungen, und wenn wir das aus Sicht der Opposition tun, dann sagen Sie, nun sagen Sie uns doch einmal, wie das gehen soll. Ich werde übrigens darauf noch eingehen.

Bei der Mitarbeiterentwicklung in Kulturprojekten stützt sich der Bericht auf die eben noch einmal benannte aktuelle Befragung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, da, das halte ich übrigens auch für bedenklich, eine

offizielle Erhebung von Beschäftigten im jugendkulturellen Bereich nicht vorliegt. Aber zumindest ist eben nachzulesen, dass die ABM-Förderung für den Kulturbereich in Thüringen von fast 3.000 im Jahr 1999 auf 1.800 im Jahr 2000 gesunken ist. Das ist ein Rückgang um mehr als einem Drittel. Die Tendenz ist übrigens fallend, wir hatten diese Problematik auch bei allen Beratungen zur Arbeitsmarktsituation in Thüringen. Und der Rückgang ist nicht gestoppt worden. Das heißt, die Situation in den Projekten wird sich weiter verschlechtern und da kann es nicht sein, dass man sagt, wir bemühen uns, Lösungen zu schaffen. Wir alle wissen, dass die freien Träger von Kulturprojekten auf diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente angewiesen sind, also auf die Förderung von ABM und SAM. Der Verweis auf das Ehrenamt, der ist ja durchaus richtig. Aber meinen Sie, dass die Professionalität in diesem Bereich tatsächlich durch Ehrenamtliche geleistet werden kann?

Ich habe das an dieser Stelle schon mehrfach gesagt, gerade mit Jugendlichen Kunst zu machen, ob das im Theater, in der bildenden Kunst oder wo auch immer ist, erfordert ein hohes Maß an Professionalität, gepaart mit pädagogischem und psychologischem Geschick. Das fordert, dass die Gesellschaft diese Leistungen auch anerkennt. Zwei Drittel, der durch die LAG Soziokultur Befragten haben angegeben, dass sie für ihre Arbeit dringend Feststellen brauchen, aber die Lösung ist verschoben. Ich weiß nicht, auf welchen Tag. Die Personalsituation ist also weiterhin angespannt und der stetige Personalsrückgang, der zu verzeichnen ist, bringt die Projekte an den Rand der Existenz.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, nach Auffassung meiner Fraktion müssen im Ergebnis einer Gesamtkonzeption zuallererst interministerielle Lösungsvorschläge erkennbar sein. Ich habe das vorhin schon einmal mit der Regieführung durch das Kunstministerium bezeichnet. Ich könnte mir vorstellen, dass die verschiedenen Bereiche, die aufgeführt sind in dem so genannten Gesamtkonzept, auch haushalterisch zusammenkommen und dass man die Mittel, die dort ausgegeben werden, bündelt und dass man letzten Endes eine Projektfinanzierung konzipiert, die auch unbürokratisch abzugreifen ist. Ich sehe jetzt Herrn Professor Dr. Goebel nicht, aber Frau Arenhövel war im vergangenen Jahr, nein, das war vor zwei Jahren schon, dabei, als wir mit den Trägern saßen und diese beklagten, wie schwierig es auch ist, immer wieder auf die unterschiedlichen Förderrichtlinien und die Antragsfristen in diesen Förderrichtlinien einzugehen. Das heißt, ein Teil der Tätigkeit in den Jugendkulturprojekten wird dadurch gebunden, dass irgendjemand ständig aufpassen muss, ob irgendeine Förderrichtlinie mit irgendeinem Antragsdatum irgendeinem Projekt entsprechen kann. Das kann nicht Sinn und Zweck des Ganzen sein, auch in diesem Bereich kann man zu Entbürokratisierung kommen.

(Beifall bei der PDS)

Wir denken auch, dass die Projekte, einschließlich der Personalkosten, konzipiert werden müssten. Ich gestehe auch, in meiner Fraktion ist das nicht unumstritten, wenn wir aus unserem Bereich, also aus dem Bereich der Kultur-, Jugend- und Bildungspolitik heraus sagen: Wir sollten bestimmte Landesarbeitsmarktmittel über längere Fristen in solche feste Stellen projektmäßig einbinden. Aber, ich denke, ein Ministerium oder mehrere Ministerien haben doch viel bessere Möglichkeiten, solche Ansätze auszugestalten und da könnte man doch wahrlich einmal auf die Vorschläge der Opposition eingehen. Sie können mir eigentlich nicht vorwerfen, dass ich derartige Vorschläge noch nicht in diesem Haus angesprochen hätte.

Ich denke, dass wir auch mittelfristig zu einer Erhöhung der Projektmanagerstellen kommen müssen. Im Moment wird eigentlich von verschiedenen Trägern gesagt, wir müssten schon auf 80/90 Projektmanagerstellen kommen, wenn wir das Netzwerk im Land sichern können. Wir können uns aber auch vorstellen, dass die Jugendpauschalstellen erhöht werden und aus diesen ein Teil für jugendkulturelle Projekte finanziert wird. Was nicht geht, ist, dass eine Jugendkulturpauschale die Mittel der Jugendpauschale im Allgemeinen beschneidet. Das geht nicht. Dann müsste man über dieses Element, und dann hätte man die Kommunen gewissermaßen mit im Boot, die Jugendpauschale erhöhen und sagen, wir wollen ganz bewusst Jugendkulturstellen fördern, weil wir es mit einem präventiven Bereich zu tun haben.

Wir könnten uns auch vorstellen, dass insbesondere für Träger, die als hochprioritär eingeschätzt werden, oder wie Sie jetzt sagten, die überregionale Bedeutung haben, die Personalkostenanteile vom Land übernommen werden. Das würde mit relativ wenig Mitteln durchaus größere Effekte erzielen. Die Stiftung Breitenkultur einzurichten ist eigentlich etwas, wozu mir bis heute noch niemand erklären konnte, warum das nicht geschehen ist. An der Stelle gestatte ich mir wieder den berühmten Ausflug zur Stiftung Ettersberg. Ich habe gerade in den vergangenen Wochen mit einigen Leuten gesprochen, die sich um das Schloss Ettersburg mühen. Da wurde mir immer wieder gesagt, diese Schnittstelle zwischen der Klassikerstadt Weimar und dem Konzentrationslager Buchenwald ist eine sehr wichtige. Was die Stiftung Ettersberg möchte, ist durchaus wichtig, aber die beiden großen Stiftungen Weimarer Klassik ab 01.01.2003 in Verbindung mit der Kunstsammlung und Buchenwald/Dora hätten diese Aufgabe erledigen können.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Dass Ihnen das nicht gefällt, das ist doch klar.)

Aber es war politischer Wille der Landesregierung, diese Stiftung einzurichten und da sage ich, es ist gut so. Die Stiftung ist seit 01.07.2002 arbeitsfähig; wir sind im Ausschuss darüber informiert worden. Aber wo ein politischer Wille ist, ist offensichtlich auch immer ein politischer Weg. Aber warum ist er im Bereich der Breitenkultur nicht möglich? Das können Sie mir nicht erklären.

(Beifall bei der PDS; Abg. Pelke, SPD)

Ich glaube, mit diesen Vorschlägen auch einige Lösungsansätze aufgezeigt zu haben, die wir in der nächsten Zeit verfolgen sollten. Frau Ministerin, Sie haben gesagt, das ist ein Einstieg in eine Debatte um die Jugendkulturprojekte. Ich nehme das gewissermaßen dankbar zur Kenntnis, denn ein Gesamtkonzept zur Jugendkultur hat ja gewissermaßen so etwas Abschließendes. Die Landesregierung hat gesprochen und damit wird es auch so gemacht. Ich nehme es als Aufforderung, dass wir uns weiter an diesen Prozessen der Erarbeitung von Projekten für Feststellen im jugendkulturellen Bereich beteiligen sollen. Ich denke, dass auch für die Haushaltsberatung 2003 und 2004 dabei noch nicht das letzte Wort gesprochen sein kann.

Kulturelle Jugendbildung muss einen Stellenwert und damit einer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung entsprechen und damit materiell gefördert und gesichert werden. Auch Umschichtungen im Landeshaushalt könnten diesem Ansinnen und Anliegen Rechnung tragen. Ich möchte trotzdem noch auf ein trauriges Fazit verweisen. Wir erleben im Moment in den verschiedenen Bereichen, das betrifft übrigens nicht nur Thüringen, einen Verlust an Kultursubstanz, der vielleicht nicht vordergründig auffallend ist, aber bedrohlich. Das gilt nicht nur für die Jugendkultur, das gilt auch für die Hochkultur. Mir hat neulich jemand gesagt, wie sollen eigentlich Jugendliche in ihren individuellen Lebensplan den Wert Kultur einarbeiten, wenn Kultur immer nur als Last empfunden wird. Ein anderer sagte dazu, wie soll das eingearbeitet werden, wenn die junge Frau, die einen Kindergartenplatz möchte, gesagt bekommt, na, entweder willst du dein Theater oder deinen Kindergarten. Ich glaube, so können wir mit diesen Ressourcen nicht umgehen.

(Beifall bei der PDS)

Ich kann Ihnen für meine Fraktion versichern, dass wir das auch nicht hinnehmen werden. Wir unterstützen mit allem Nachdruck die Forderung nach der Sicherung des breiten kulturellen Netzwerks, insbesondere im jugendkulturellen Bereich; übrigens aber auch in dem Bereich, der über das Jugendalter hinausgeht. Ich habe mehrmals in diesem Haus von der Kultur als Geranie am Staatsrockfrack gesprochen, Mann oder Frau schmückt sich gern einmal damit, ohne der Bedeutung entsprechend die Fundamente ausreichend zu sichern. Ich frage Sie, wann begreifen wir endlich, dass gerade in Thüringen mit seinem umfangreichen Erbe Kultur eigentlich ein Grundwirtschaftszweig ist und dass man diesen fördern muss und dass man die Investitionen in diesem Bereich tatsächlich auch als Investitionen in die Zukunft begreifen müsste. Wann endlich erkennen und nutzen wir die Umwegrentabilität der Kulturfinanzierung nicht nur beim Tourismus - ich weiß, dass es dort auch Probleme gibt - und seinen angeschlossenen Branchen. Ich denke, die Kulturfinanzierung zahlt sich, wenn man sie langfristig betrachtet, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aus. Sie durchdringt die Bereiche

von Bildung und Erziehung genauso wie sie die Bedeutung Thüringens als Wirtschafts- oder als Standortfaktor stärkt. Thüringen als attraktiven Lebensort zu stärken, wird uns nur gelingen, wenn wir die reiche kulturelle Landschaft nutzen, festigen und ausbauen. Auch darauf ist an anderer Stelle heute schon eingegangen worden. Deutschland zeichnet sich in seiner Politik gelegentlich wenig präventiv aus. Es wird immer dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ein großer Jammergesang angestimmt, dass das Kind in den Brunnen gefallen ist. Ich denke, wir sollten uns darum bemühen, dass wir Konzepte erreichen, die im präventiven Bereich so etwas gar nicht zulassen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, im Beschluss des Landtags zum Gesamtkonzept der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten wird neben einer Problemanalyse ein Förderkonzept gefordert, das Wege in die Zukunft zeigt. Jetzt liegt der Bericht der Landesregierung vor, er enthält eine Analyse, die die große Bedeutung der jugendkulturellen Arbeit zutreffend hervorhebt, Verantwortlichkeiten beschreibt, Leistungen und Fakten widerspiegelt und eine Reihe wesentlicher Probleme benennt. So weit, so gut. Die Fraktionen dieses Hauses sollten heute gar nicht erst den Versuch unternehmen, sich in Bekenntnissen über Rolle und Bedeutung jugendkultureller Arbeit zu übertreffen. Ich denke, das ist oft genug in diesem Hause geschehen. Die SPD hat Breiten- und Jugendkultur schon immer zu einem ihrer wichtigsten kulturpolitischen Anliegen erklärt. Jetzt stehen drängende Fragen der Zukunftssicherung auf der Tagesordnung, leider wurden die daraus abzuleitenden Maßnahmen nur mit einigen wichtigen Partnern, nicht jedoch mit den freien Trägern jugendkultureller Arbeit, also mit denjenigen, die die Arbeit leisten, und den Thüringer Dachverbänden intensiv beraten. Doch die im vorliegenden Bericht der Landesregierung enthaltene Zusage, die Projektförderung im Kulturbereich auf hohem Niveau fortzuführen, zeigt nur eine Seite der Medaille. Denn wenig später werden Ansätze zur Konsolidierung dieses Bereichs benannt, die von Hilflosigkeit zeugen und in der Feststellung münden, dass die Landesregierung über die finanziellen Auswirkungen derzeit keine Aussagen treffen kann, weil es wegen der angespannten Haushaltslage ungewiss sei, ob zusätzliche Mittel für diesen Aufgabenbereich künftig zur Verfügung stehen werden. Damit bin ich beim grundlegenden Mangel des vorliegenden Berichts. Auf eine weithin akzeptable Problemanalyse folgt nicht das vom Landtag geforderte Konzept, sondern stattdessen ein Offenbarungseid. Mit Hinweisen auf einen Informationsaustausch mit dem Versprechen auf Bemühungen im Bereich von ABM und SAM und

einer Prüfwusage für 2004 wird darüber hinweggetäuscht, dass die Landesregierung kein auch nur ansatzweise tragfähiges Konzept für eine gesicherte Zukunft der jugendkulturellen Arbeit vorlegen kann. Klare Schlussfolgerung also: Mit dem vorliegenden Bericht hat die Landesregierung den Auftrag des Parlaments nicht erfüllt.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor ist die Lage, in der sich jugendkulturelle Institutionen und Projekte bewegen, ernst und unsicher, teilweise sogar bedrohlich. Einige der vielen Vorschläge der SPD für einen Ausweg aus der schwierigen Situation seien hier noch einmal genannt: Erweiterung des Projektmanagerprogramms im Hinblick auf eindeutig für jugendkulturelle Arbeit bezogene Stellen, die kulturelle Zweckbindung von Teilen einer zu diesem Zweck auch aufgestockte Jugendpauschale durch die Knotenpunkte jugendkultureller Arbeit gesichert werden, die schnelle Sicherung der Fortsetzung des kulturellen Jahres und Aufstockung der dafür zur Verfügung stehenden Stellen, damit bereits jetzt die dafür erforderlichen qualitätssichernden Vorbereitungen beginnen können und die Umschichtung von Projektmitteln zwischen den Ministerien für Eigenanteile der Träger von ABM- bzw. SAM-Stellen im jugendkulturellen Bereich.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat für die verlässliche Sicherung der jugendkulturellen Arbeit weder ein Konzept noch ein klares Programm und es reicht nicht aus zu sagen, liebe Gemeinden, jetzt müsst ihr mal ein Konzept entwickeln. Wir fordern verbindliche Zusagen und Taten statt vage Andeutungen und unverbindliche Absichtserklärungen. Deshalb halten wir eine weitere Beratung über den Bericht in den Ausschüssen für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit für dringend erforderlich und beantragen die Überweisung. Sollte diesem Antrag nicht stattgegeben werden, stellt meine Fraktion noch einmal fest, mit dem vorliegenden Bericht hat die Landesregierung den ihr erteilten Auftrag nur im Hinblick auf die Analyse der Situation erfüllt, die geforderte Konzeption für die zukünftige jugendkulturelle Arbeit fehlt. Danke.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt hat Herr Abgeordneter Seela, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Seela, CDU:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete und sehr verehrte Vertreter des Erfurter Jugendtheaters "Die Schotte", ebenfalls herzlich willkommen hier im Parlament von Erfurt. Es ist nicht üblich, dass man sich Freitagnachmittag hier reinsetzt und die Plenardebatte verfolgt. Ich begrüße das außerordentlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wie es ist, Thüringen ist nicht nur ein Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort, sondern Thüringen ist auch ein Kulturland. Das machen wir nicht nur an unserer übermäßigen Förderung für unsere Theater- und Orchesterlandschaft fest. Ich erinnere noch einmal - 47 DM pro Einwohner und über 120 DM pro Karte; das ist einmalig in ganz Deutschland und wir können uns in Thüringen damit sehen lassen. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Jugendkulturarbeit. Auch hier brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Sehr verehrte Frau Dr. Klaubert, ich bin nun schon drei Jahre persönliche Angriffe von Ihnen gegen meine Person gewohnt, ich meine nur, es ist einer Vizepräsidentin dieses hohen Hauses unwürdig, sich auf dieses Niveau zu begeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich plädiere hier immer für Sachlichkeit und, ich denke, ich habe Sie auch noch nie persönlich angegriffen. Dennoch erkläre ich mich sehr gern bereit, Ihnen Nachhilfe im Lesen zu geben. Schauen Sie einmal auf Seite 5 und auf die Seiten 7 und 8, dort können Sie nachlesen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Ihr Niveau ist beachtlich.)

wie das Konzept der Landesregierung und die Handlungsstrategien, hier Probleme aufzuzeigen und zu lösen, sind.

Sehr verehrte Damen und Herren, wir hatten Ende des vergangenen Jahres einen Alternativantrag eingebracht, mit dem wir zwei Ziele verfolgt haben, einmal wollen wir eine Analyse des Istzustands, korrekt, und - und das ist das Wichtige - wir wollten nicht nur eine Analyse des Istzustands, wir wollten natürlich auch Handlungsstrategien und das Konzept aufgezeigt haben. Ich bedanke mich von dieser Stelle aus bei der Landesregierung, bei dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und bei den Mitarbeitern, die diese Bilanz, dieses Konzept vorgelegt haben. Ich denke, es ist für uns alle hier in dem hohen Hause eine sehr akzeptable Handreichung, die wir auch draußen verwenden können und die wir auch außerhalb des Tellerrands Thüringens verwenden können, nämlich auch Werbung für den Kulturstandort Thüringen zu betreiben.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Seela, darf ich mal bitte das Haus um Ruhe bitten, wir haben bisher allen Rednern zugehört und ich möchte auch, dass wir dem Abgeordneten Seela zuhören.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Sojka, PDS: Dann soll er etwas sagen.)

Abgeordneter Seela, CDU:

Sie können gern noch was sagen, Frau Sojka. Wenn Sie zu dem Bereich was sagen können, kommen Sie doch vor, das ist doch kein Problem, wir haben doch heute noch genug Zeit.

Zu dem Antrag der PDS möchte ich kurz etwas anführen. Sie haben richtig erwähnt, Frau Dr. Klaubert, er ist eben doch zu einseitig für uns gewesen, wir wollten eine ganzheitliche Betrachtung, einen ganzheitlichen Ansatz haben und wir wollten das nicht nur konzentriert haben auf das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur und auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, nein, wir wollten alle Bereiche haben hier in Thüringen. Deswegen haben wir damals Ihren Antrag abgelehnt. Aber, wenn ich mir Ihre Begründung durchlese, so konnten Sie auch an einem kleinen Lob für die Landesregierung nicht vorbeikommen, ich darf zitieren: "In den letzten Jahren haben sich viele dieser Projekte zu einem festen, unverzichtbaren Bestandteil des breitenkulturellen Netzwerks in Thüringen entwickelt." Das ist doch schon mal gut. Da bedanke ich mich bei der PDS-Fraktion, da haben Sie Recht mit diesem Punkt.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Aber doch nicht wegen der Landesregierung ...)

Vollkommen richtig. Nicht Recht haben Sie in Ihrer Begründung: "Kulturprojekte freier Träger stützen sich fast ausschließlich auf ABM, SAM-Stellen." Sie müssten wissen, wenn Sie den Bericht der Landesregierung gelesen haben, da sind noch andere Finanzierungsmöglichkeiten erwähnt: Honorarbasis, feste Stellen, SAM-Stellen, ABM-Stellen. Es ist also ein Gemisch, ein Konglomerat verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten, die hier praktiziert werden. Auch dies ist vernünftig.

Meine Damen und Herren, ich muss es doch noch einmal hier anführen, die Ministerin hat es eigentlich schon erwähnt, mit welchem hohen finanziellen Aufwand zahlreiche Projekte in der Jugendkulturarbeit in unserem Land gefördert werden, auch mit Zahlen, obgleich ich diese Ausführungen der Oppositionspartei nicht hier im Raum stehen lassen kann. Ich glaube, ich bin im falschen Film, als ich die Ausführungen gehört habe. Ich dachte, die Jugendkultur und die Kultur liegt in Thüringen wirklich am Boden, das könne man meinen, wenn man den Ausführungen der Oppositionsredner Glauben schenken würde.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Vielzahl von Unterstützungsmöglichkeiten, die Ministerin hat es vorhin genannt, fangen wir an beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, wo zum Beispiel 5,1 Mio. € für kulturelle und künstlerische kulturgeschichtliche Projekte ausgegeben werden. Darüber hinaus möchte ich die 25 Projektmanagerstellen auch noch erwähnen. Für diese geben wir, gibt der Thüringer Steuerzahler 765.000 € aus. Darüber hinaus möchte ich die Förderung der Musikschulen noch ein-

mal nennen - Wiederholung hilft vielleicht manchmal, lieber Herr Döring -, 4,5 Mio. € für Musikschulen, die wir ausgeben und das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, das Gelder zur Verfügung stellt für kulturelle Freizeitangebote für die Jugend.

Kultur als Methode für soziale Zwecke: Hier möchte ich Ihnen folgendes Beispiel nennen. Die Jugendpauschale, die dafür eingesetzt werden kann, aber bedauerlicherweise nicht von jeder Kommune für jugendkulturelle Zwecke verwendet wird, aber es kann, 11.735.000 € werden für die Jugendpauschale gezahlt. Oder: Zuwendungen an Träger freier Jugendhilfe, hier bezahlt das Land 2.781.000 €. Oder: Ich nenne selbst das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt. Hier wird zum Beispiel im ländlichen Raum eine Kleinstförderung betrieben, hier zahlt auch das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt für den Landjugendverband 96.634 €. Darüber hinaus möchte ich natürlich auch das Kultusministerium nennen: Kulturprojekte zur Ergänzung und Begleitung von Unterrichtsfächern, die hier gefördert werden oder die Entwicklung von Kultur und Medien, wo auch Jugendkultur betrieben wird, zum Beispiel die kulturelle Filmförderung. Hier werden 357.904 € ausgegeben, oder die Förderung kultureller Zwecke, der eine oder andere weiß das vielleicht aus seinem Wahlkreis, dass damit zum Beispiel auch Bühnen an Schulen finanziert werden können. Hierfür stellt das Land 140.605 € zur Verfügung. Oder: Auch vom Kultusministerium für internationale kulturelle Beziehungen, hier gibt das Land 347.678 € aus. Schließlich noch die Entwicklung von Kulturwirtschaft und Kulturindustrie, die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur ausgegeben werden, über 7 Mio. € an SAM-Stellen die hierfür verwendet werden können, die zum Einsatz kommen können. Wir haben es gestern auch vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur gehört. Thüringen ist unter den neuen Bundesländern hier wirklich Spitze, Thüringen gibt am meisten Mittel aus für SAM-Stellen. Auch das muss man hier erwähnen, das sind Gelder, die erwirtschaftet werden müssen, das sind Gelder, die wir zum Teil auch von den Geberländern bekommen, das darf man nicht ignorieren.

Darüber hinaus möchte ich auch noch, weil wir ja den Antrag weiter gefasst haben, nicht nur auf zwei Ministerien bezogen, auch die Staatskanzlei nennen, die Geld zur Verfügung stellt für internationalen Kulturaustausch, für kulturelle Präsentationen des Landes; auch das ist zu nennen. Last, but not least, das habe ich vorhin vergessen, selbst die TLM, die auch - dazu zähle ich das ja auch - der Bürgerfunk, der auch für die jugendkulturelle Arbeit verwendet wird. Gehen Sie einmal in die offenen Hörfunkkanäle hinein, dort sehen Sie zum überwiegenden Teil jugendliche Rundfunkmacher und hier gibt ja die TLM - wie man weiß - auch über 3 Mio. DM - noch in DM kenne ich die Zahlen, also ca. 1,5 Mio. € - aus.

Meine Damen und Herren, mit dem vorgelegten Bericht der Landesregierung in Drucksache 3/2537 "Gesamtkon-

zept der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten" wurde eine beachtliche Bilanz der Aktivitäten Thüringens im jugendkulturellen Bereich gezogen. Dadurch wird deutlich, dass neben dem Kunstministerium und dem Sozialministerium auch das Kultusministerium, das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, die Staatskanzlei an der Förderung von Jugendkulturprojekten beteiligt sind. Aus dem Bericht geht auch hervor - und das ist keine Neuigkeit -, dass noch immer das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur erheblichen Anteil an der Förderung der Arbeit der Jugendkulturprojekte hat, nämlich über die ausgereichten Mittel für Strukturanpassungsmaßnahmen. Wenn wir heute über Problemlagen in Jugendkulturprojekten beraten, dürfen wir keinen Moment vergessen, dass Thüringen in Bezug auf Jugendkulturprojekte über etwas verfügt, was andere Bundesländer so nicht haben. Meines Wissens kennt zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, in dem Ihre Parteikollegen, die Genossen von der PDS und der SPD, Regierungsverantwortung tragen, die besondere Hervorhebung von Jugendkulturprojekten überhaupt nicht. Jugendkulturprojekte sind dort der Jugendarbeit und dem Jugendplan untergeordnet und spielen keine vergleichbare Rolle wie in der Thüringer Landeskulturpolitik.

Thüringen ist Weltmeister, was die Theater- und Orchesterlandschaft anbetrifft. Da erscheint es relativ folgerichtig, wenn die Jugendkulturpolitik gegenüber der Jugendpolitik einen eigenen Stellenwert behauptet. Eines ist ziemlich unbestritten, ohne Jugendkulturpolitik wäre die Hochkultur irgendwann von ihrem Hinterland abgeschnitten.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Der Sachverhalt lässt sich auf die ganz einfache Formel bringen: Ohne Breitenkultur auch keine Hochkultur. In dieser Weise ist die Kultur mit dem Sport durchaus vergleichbar. Ohne den Humus des Breitensports dürfte auch kein Spitzensport zu erwarten sein. In dem Bericht der Landesregierung wird zu Recht festgestellt, dass die Förderung auch kultureller Jugendprojekte primär Aufgabe kommunaler Jugendpolitik ist. Das ist eine Tatsache. Aus der eingangs beschriebenen Thüringer Besonderheit, seiner Kulturlandschaft, fühlt sich bei Jugendkulturprojekten von überregionaler Bedeutung jedoch auch das Land in der Pflicht, fördernd wirksam zu werden. Wir wollen uns also nicht - das hat keiner behauptet, Frau Dr. Klaubert - hier aus der Verantwortung herausnehmen, wenn wir gesagt haben, dass das natürlich primär Pflicht der Kommunen ist. Das hat qualitativ zu einer Szene der kulturellen Jugendarbeit geführt, für deren Entfaltung andere Länder - auf Mecklenburg-Vorpommern habe ich bereits verwiesen - überhaupt keine vergleichbaren Instrumentarien anzubieten haben. Deswegen erscheint mir hier der regelmäßig wiederholte Versuch der PDS, Thüringen wegen der Jugendkulturprojekte an den Pranger zu stellen, eher schädlich und zum Teil auch lächerlich.

Artikel 30 Abs. 1 unserer Thüringer Verfassung verpflichtet, ich darf zitieren, "das Land und seine Gebietskörperschaften zum Schutz und zur Förderung von Kultur, Kunst und Brauchtum". Unter der Last des fehlenden Geldes zeigt sich nunmehr der Trend, dass sich die Gemeinden mehr und mehr aus den so genannten freiwilligen Aufgaben zurückziehen. In diesem negativen Kräftespiel kann und darf das Land nicht den Fehler machen, dort einzuspringen, wo Kommunen finanziell den Rückzug antreten. Wo gespart werden muss, muss vorher darum gerungen werden, wie gespart werden kann, auch zwischen den Verwaltungsebenen, wenn es nicht zulasten der kulturellen Jugendinitiativen gehen soll, Frau Dr. Klaubert. Der Bericht macht sehr anschaulich, dass die statistische Erfassung von Jugendkulturprojekten als abgrenzbarer Bereich gegenüber Jugendarbeit weder praktisch möglich noch wirklich sinnvoll ist.

Wo hört Jugendsozialarbeit auf und wo fängt Jugendkulturarbeit an? Wer soll das Richtschwert darüber schwingen, was geht und was nicht geht? Als Politiker muss es unser hohes Ziel sein, von unten keimenden Initiativen zum Wachsen zu verhelfen und nicht an bürokratischen Hürden scheitern zu lassen. Deswegen erwies sich unser CDU-Antrag als richtig, der die Ministerien beauftragte, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und dabei unbedingt die Kommunen mit einzubeziehen, um sich über die jeweils ganz spezifischen Ziele einerseits und das große Gemeinsame der Jugendarbeit andererseits zu verständigen. Für eines der wichtigsten Ergebnisse halte ich die Feststellung des Berichts, dass die Förderschwerpunkte zwischen den Ressorts innerhalb der Landesregierung künftig noch intensiver abgestimmt und Antragsfristen koordiniert werden sollen. Und auch das halte ich für besonders bedeutsam, die Zusammenarbeit mit den Dachverbänden im jugendkulturellen Bereich soll weiter verstärkt werden.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich hatte eingangs erwähnt, dass natürlich Handlungsstrategien aufgezeigt worden sind, auch wenn sie von Frau Dr. Klaubert nicht gesehen worden sind. Die Förderprogramme, so heißt es in dem Bericht, sind so auszugestalten, dass hier auch auf eine fachliche Ausbildung des Personals zurückgegriffen werden muss. Es reicht nicht, reine SAM- bzw. ABM-Kräfte einzustellen, die nicht die Qualifizierung haben. In der Regel ist es so, wenn sie über 50-jährige potenzielle ABM-Kräfte haben, die aber für den Jugendbereich nicht ausgebildet sind, die helfen diesen Projekten bedauerlicherweise nicht weiter - also, Qualifizierung heißt hier das Stichwort -,

(Zwischenruf Abg. Dr. Kaschuba, PDS: Das stimmt nicht, was Sie da erzählen.)

die außerordentlich wichtig sind. Dann ist eine Vernetzung der Maßnahmen, die angesprochen worden sind, eine Vernetzung zwischen den Ressorts außerordentlich wichtig. Und es ist wichtig, dass wir mit dem wenigen Geld, was wir zu verteilen haben, überregionale Schwerpunkte setzen und natürlich auch fördern. Das ist ein Ansatz, den es zu ge-

hen gilt.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt des Übergreifens, der keinesfalls an Richtlinien scheitern darf, gerade in der Kulturszene wird vielfach generationsübergreifend gearbeitet. Gerade in diesem generationsübergreifenden Ansatz kann ein unverzichtbarer Wert liegen. Thüringen ist mit der Einrichtung der Projektmanagerstellen, die heute schon öfter erwähnt worden sind, einen deutschlandweit einmaligen Weg gegangen. Der Bericht der Landesregierung hebt hervor, dass die Projektmanagerstellen für die angespannte kulturelle Netzstruktur von qualitativ außerordentlicher Bedeutung sind, obwohl sie gemessen an den sonstigen Stellen im Jugendkulturbereich, statistisch oder quantitativ betrachtet, zahlenmäßig eine kleinere Größe sind. Dies sind insgesamt, wie wir wissen, 25 Stellen, die natürlich auch noch einmal in dem Ressort des entsprechenden Ministeriums, also im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, auch bei den Haushaltsverhandlungen natürlich "herausgeschwitzt" werden müssen, so darf ich es einmal sagen. Auch das ist nicht einfach, denn Sie wissen ja, die Haushaltslage ist dramatisch - ich muss es hier in dieser Runde nicht erwähnen -, auch wenn das die PDS nicht hören möchte und trotzdem ihre Forderungen aufmacht. Wir haben über 800 Mio. DM Steuermindereinnahmen und die müssen erst einmal wieder eingebracht werden und woanders muss gespart werden und dennoch leisten wir uns 25 Projektmanagerstellen und das ist auch gut so, dass wir uns diese Stellen leisten.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, den Thüringer Projektmanagern - und ich erlaube mir zu sagen, unseren Projektmanagern -

(Heiterkeit bei der PDS)

von dieser Stelle aus einmal einen ganz herzlichen Dank auszusprechen. Sie sind durch die Bank Enthusiasten, die für ihre Arbeit brennen. Sie leisten aus Überzeugung für ihre Sache Großes, nicht zuletzt auch für die Thüringer Kulturlandschaft. Arbeitsmaßnahmen und strukturelle Anpassungsmaßnahmen wurden mit dem Ziel ins Leben gerufen, um Menschen dauerhaft in Lohn und Brot zu bringen. Es geht nicht an, diese Maßnahmen lediglich abzuschöpfen und den beabsichtigten zweiten Schritt von vornherein schon gar nicht mehr ins Kalkül zu ziehen. Jugendkulturarbeit muss wie Jugendarbeit auf soliden Füßen stehen.

Auch das Job-Aktiv-Gesetz der Bundesregierung ist für die Jugendkulturinitiativen keine brauchbare Stütze. Die Qualifizierungsaufwendungen können die freien Träger nicht leisten, das ist eine Tatsache. Der Bericht der Landesregierung führt hervorragend vor Augen, wie vielfältig bei den Jugendkulturprojekten das Spektrum der Beschäftigten und Beteiligten ist. Bemerkenswert ist die Feststellung, dass da, wo es Feststellen gibt, vermehrt Ehrenamtliche beteiligt sind. Das freiwillige soziale Jahr im kulturellen Bereich dürfte für die berufliche Orientierung junger Leute einige Bedeutung haben.

An Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, soweit Sie sich im kommunalen Bereich engagieren, und ich weiß, das sind nicht wenige unter uns, richte ich den dringenden Appell, gemeinsam mit darauf hinzuwirken, dass für die Jugendkulturprojekte die Arbeit der Behördenfachausschüsse auf der kommunalen Ebene koordiniert wird. Jugendkulturarbeit vor Ort kann sich nur dann entfalten, wenn in diesem gemeinsamen Anliegen Jugendhilfeausschuss und Kulturausschuss zusammenarbeiten. Bedarfsgerechte Lösungen in der Jugendarbeit können den jugendkulturellen Bereich von der Logik her gar nicht ausklammern. Einige Jugendhilfeausschüsse nehmen ihre Verantwortung bereits dahin gehend wahr, sie wissen, dass Jugendarbeit auch Jugendkulturarbeit bedeuten kann und setzen die Jugendpauschale folgerichtig auch für jugendkulturelle Initiativen ein. Wir wissen, dass es hier zum Teil auch Probleme gibt, sie müssen nämlich zu 50 Prozent gegenfinanziert werden und einige Kommunen leisten sich diese 50 Prozent nicht mehr. Und dann fließen die Mittel, die nicht abgerufen werden, in die Kommunen, die sich die Kofinanzierung noch leisten können. Hier, denke ich, liegt ein Problem, das wir in Zukunft lösen müssen, nicht dass die Schere zwischen den Kommunen, die sich Jugendkulturarbeit leisten können und Kommunen, die sich diese freiwillige Aufgabe nicht mehr leisten können, noch weiter auseinander geht. Das ist in der Tat ein Problem und hier ist sicherlich Handlungsbedarf vorhanden.

Meine Damen und Herren, es steht außer Frage der Prozess des Austausches zwischen Land und Kommunen speziell zur Jugendkulturarbeit. Die Überlegungen zu einer Jugendkulturopauschale, das wäre das entsprechende Verfahren wie bei der Jugendpauschale, sind erst einmal zum Stillstand gekommen. Wir alle kennen die Haushaltslage von Kommunen und Land, aber wir alle wissen auch, dass es immer Jugendarbeit und auch immer Jugendkulturarbeit geben muss. Die Abstimmung zwischen Kommunen und Land ist ein Prozess, der atmet. Dieser Prozess muss auch deshalb atmen, weil er vor allem durch Eigeninitiative vor Ort bestimmt wird. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich glaube, wir brauchen in Thüringen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Ich denke, wir können uns sehen lassen deutschlandweit, aber natürlich ist das Glas halb voll, mindestens halb voll; füllen wir dieses Glas noch weiterhin, dass es ganz voll ist, aber gemeinsam und in einer sachlichen Debatte, Frau Dr. Klaubert. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Das hätte ich mir von Ihnen auch gewünscht.)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Um das Wort hat noch einmal Frau Ministerin Schipanski gebeten.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, zu einem Bericht zu sagen, wenn 25 Projektmanagerstellen vorhanden sind, es sollen mindestens 90 Projektmanagerstellen sein! Auf der anderen Seite wird dazu gesagt, die derzeitigen Projektmanager koordinieren nicht ordentlich miteinander. Dann wird unterstellt, dass wir bei den Haushaltsverhandlungen die Projektmanagerstellen wegnehmen und dass wir von der Breitenkultur etwas wegnehmen.

Ich kam mir vor, als hätte ich eine vorgezogene Haushaltsverhandlung hier, aber alles ohne Fakten, reine Vermutungen!

(Beifall bei der CDU)

Es steht in diesem Bericht, den wir abgegeben haben, dass wir uns bemühen, die Projektmanagerstellen zu erhöhen, aber selbstverständlich kann ich im Moment keine Zahl sagen, wenn ich noch nicht weiß, wie die einzelnen Haushaltszahlen festgeklopft werden. Auf der anderen Seite ist es so, dass wir ganz deutlich in diesem Bericht geschrieben haben: Wir sind uns bewusst, dass feste Stellen, eben Projektmanagerstellen, sozusagen die Kristallisationspunkte sind, damit sich eine breitenkulturelle Arbeit und insbesondere jugendkulturelle Arbeit gut entfalten kann. Das steht im Bericht, da kann man nicht unterstellen, wir würden etwas Gegenteiliges tun. Auf der anderen Seite muss ich sagen, dass die jetzigen Projektmanager nicht miteinander kooperieren, ist einfach nicht wahr. Da muss ich die Projektmanager in Schutz nehmen, das ist nicht so, es gibt eine gute Kooperation und Koordination untereinander. Wir haben deutlich gemacht, dass es eine ganze Reihe von jugendkulturellen Aktivitäten gibt, die an die einzelnen Ressorts gebunden sind, weil sie einfach unterschiedliche Zielstellungen haben. Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass wir auf den Gebieten, wo Überschneidungen sind, in Zukunft Abstimmungen vornehmen werden. Wir werden die Termine zur Antragstellung aufeinander abstimmen und wir werden über den Landesjugendhilfeausschuss auch die Verbindung zu den Kommunen halten. Es ist ganz deutlich gesagt worden, auf welchen Linien eine Verbesserung der bisherigen Arbeit möglich ist und wie wir uns das im Einzelnen vorstellen. Das ist ein Konzept und keine Handlungsanleitung. Da hilft es nichts, wenn man so einfach pauschal sagt, da ist ja nichts passiert. Ich muss noch einmal sagen, wir sind nie davon ausgegangen, dass diese Arbeit vollständig von Ehrenamtlichen übernommen werden soll. Aber es muss eine Zielstellung sein, bei den Projektmanagern und bei den verschiedenen Projekten viel mehr Ehrenamtliche mit heranzuziehen. Professionalität und Ehrenamt müssen sich gerade auf diesem Gebiet ergänzen.

(Beifall bei der CDU)

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Döring, dass wir z.B. ungenügend mit der Arbeitsgruppe Soziokultur zusammengearbeitet haben, da wir nicht genügend abgefragt haben. Wir haben eine Aussprache gehabt mit den Kommunen, wir haben Aussprachen gehabt mit allen Projektträgern, wir haben Aussprachen gehabt mit den Arbeitsgruppen, die koordinieren. Und, ich meine, gerade in der Analyse kommt ja zum Ausdruck, dass wir das sehr gründlich und sehr intensiv getan haben. Wir haben auch immer wieder darauf hingewiesen, welche Möglichkeiten gesehen werden, dass wir verbessern können. Es sind wenig Anregungen gekommen. Aber wir bleiben in der Diskussion und wir werden mit diesen Anregungen, die wir bisher gehabt haben, weiter gehende Entwicklungslinien aufgreifen und aufzeigen. Wenn ich im Bericht geschrieben habe, dass wir eine Synchronisierung der Antragsfristen machen, dass wir in Zukunft eine schwerpunktorientierte Förderung durchführen werden in Abstimmung mit den einzelnen Ministerien und die Kommunen mit einbeziehen, dann sind das die Linien, die sich klar auftun. Dass diese Linien jetzt natürlich untersetzt werden müssen, das ist völlig klar. Das kann aber die Landesregierung nicht allein leisten. Da sind die Projektträger gefragt, da sind die Kommunen gefragt und da ist unsere Koordinierung gefragt und da sind Sie auch als Gesetzgeber mit gefragt, wenn Sie die nächsten Haushaltsdaten festlegen. Wir haben feste Vorstellungen dazu.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Um das Wort hat noch einmal Frau Dr. Klaubert, PDS-Fraktion, gebeten.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Seela,

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich habe den Eindruck, die Rednerin möchte etwas Ernsthaftes sagen.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Ihnen zuzuhören, fiel mir sehr schwer. Aber ich habe Ihnen zugehört - das ist ja wunderbar, wie wir uns auf einmal verstehen -, aber ich muss eines sagen, Ihr Problembewusstsein zu den Fragen der Jugendkultur ist nicht ausreichend ausgeprägt.

(Beifall bei der PDS; Abg. Pelke, SPD)

Jetzt versuchen wir es einmal mit dem Lesen. Sie haben mir ja nun angeboten, dass Sie mir Leseunterricht geben

wollen. Da müsste ich jetzt einmal darüber nachdenken, ob ich dieses Angebot überhaupt annehmen möchte. Aber ich werde es noch nicht abschlagen. Jetzt lesen wir einmal - Schlussfolgerungen der Landesregierung. Da sollen Förderprogramme so ausgestaltet werden, dass bei der Gewinnung von Personal die fachliche Eignung im Vordergrund steht. Das ist doch normal, dass die fachliche Eignung im Vordergrund stehen soll.

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:
Das war doch aber das Problem ...)

Das Problem ist, richtig Frau Ministerin, dass die Zugangsvoraussetzungen nicht da sind. Es ist doch so, dass die Projekte jetzt überleben müssen und nicht irgendwann. Da muss man doch, wenn man ein solches Konzept auf den Tisch legt, wenigstens aus Ihrem Ministerium einmal vorlegen, wie man das denn machen möchte. Zu so viel Erfindungsreichtum reicht es auch bei uns noch, ohne Fachabteilung hintendran.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ich habe ja gesagt, man kann auch die Landesarbeitsmarktpprogramme noch einmal ansprechen. Das habe ich vorhin in dem ersten Teil gesagt. Dann geht es weiter, dann kommen immer wieder die Worte "sollen, sollen, sollen, sollen". Dann werfen Sie mir vor, Frau Ministerin ...

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:
Das ist ein Konzept, Frau Klaubert, das ist keine Handlungsanleitung.)

Wozu dient ein Konzept?

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:
Man soll das und das tun und wir wollen es tun.)

Ah, da sagen Sie mir also, dass wir eine vorgezogene Haushaltsdebatte haben.

Natürlich haben wir eine vorgezogene Haushaltsdebatte. Ursprünglich sollte der Haushalt ja einmal im September dieses Jahres eingebracht werden.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Der Haushalt kommt noch.)

Er kommt noch, wir wissen es, Herr Mohring, dass der Haushalt noch kommt. Aber, ich denke, dass die Zahlen schon da sind und dass die Mehrheitsfraktion schon ein

sehr deutliches Bild zu diesem Haushalt hat und dass wir dann, wenn wir mit Erhöhungen von Feststellen in diesem Bereich kommen oder mit Umwidmung von Mitteln, schon ausreichend Argumente von Ihrer Seite bekommen, warum das alles nicht geht. Dann nutzen wir eben auch die Möglichkeit der fachlichen Aussprache zu einem solchen Problem, dass wir unsere Haushaltsschwerpunkte für die folgenden zwei Jahre benennen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU)

Weiter im Text, denn wir sind ja beim Lesen.

Da sollen dann zur Verbesserung der Koordination und Kooperation der Projektförderung im jugendkulturellen Bereich regelmäßig Förderschwerpunkte und Förderstrategien erörtert und ausgetauscht werden. Ich frage nur, wann wird erörtert und wann wird ausgetauscht und wann folgen dann endlich die Konsequenzen? Oder warten wir, bis einige Projekte von sich aus den Geist aufgegeben haben? Dann ist natürlich weniger zu fördern. Da ist das Netz ausgedünnt, das ist richtig. Da brauchen wir vielleicht auch weniger Geld, aber unser Ansatz ist das nicht. Ich könnte das jetzt noch ein bisschen weiter durchdeklinieren anhand aller einzelnen Punkte.

Ich mache es viel einfacher: Ihre richtungsweisende Rede, Herr Seela, die werde ich mit Erscheinen als Drucksache, als Protokoll aus dieser Sitzung, an diejenigen schicken, die die Probleme in ihren Bereichen haben. Falls Sie mitmachen wollen, können Sie das Porto von Ihrer Fraktion mit übernehmen, aber darauf soll es nicht ankommen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Da freue ich mich schon vorher.)

Ich sage nur, wir befinden uns in einem Bereich der Thüringer Kultur, der gewöhnlich keine Lobby hat.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie kennen keine Haushaltslage.)

Sie sollten sich einmal mit einer ganzen Reihe von Trägern unterhalten, die immer wieder versuchen, ihre Projekte einzureichen mit dem Zittern darum, ob man überhaupt beginnen kann, dann wieder irgendwelche Mittel abgeschmettert bekommen und eigentlich nicht wissen, wie sie das nächste Projekt machen sollen; die mit geringen Stundenzahlen, die sie bezahlt bekommen, das Doppelte oder Dreifache an Arbeit leisten und das übrigens z.T. seit zehn Jahren und inzwischen auch ein bisschen auf dem Zahnfleisch kriechen. Ich muss sagen, ich bin ziemlich beschämt darüber, dass das Problembewusstsein in diesem Hause so wenig entwickelt ist. Ich habe den Eindruck, man macht es der Opposition zum Vorwurf, dass sie die Probleme benennt.

(Unruhe bei der CDU)

Ich wollte damit eigentlich abschließen, aber ich habe jetzt noch eine Bemerkung zu machen. Herr Seela, Sie haben mich vorhin eigentlich persönlich angegriffen. Sie haben mich vorhin persönlich angegriffen, aber die Zwischenrufe, die von diesen Reihen hier kommen, einschließlich von Ihnen, Herr Seela, oder von Ihnen, Herr Bergemann -

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich war es nicht.)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Ja, und zu Recht.)

und Herr Bergemann sagt jetzt auch noch "zu Recht" -, die sind unter aller Würde. Das kann ich Ihnen nur sagen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Es wurde aber Fortberatung in den Ausschüssen beantragt, wobei ich sagen muss, nach Geschäftsordnung ist es im entsprechenden Fachausschuss möglich - § 86 Abs. 2. Der entsprechende Fachausschuss wäre dann der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Frau Nitzpon, bitte.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Ich bitte auch noch im Namen meiner Fraktion, dies an den Ausschuss für Bildung und Medien zu überweisen und da nachzufragen, weil die Schul-, Kultur- und Jugendarbeit mit hineinspielt.

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Nitzpon, ich habe gerade die Geschäftsordnung zitiert. Da ist es möglich, in den entsprechenden Fachausschuss, das ist Singular, zu überweisen.

(Zwischenruf Abg. Sojka, PDS: Herr Seela machte einen Vorschlag, ich dachte, da geht es auch.)

Nein, das geht leider nicht. Sehen Sie nach, § 86 Abs. 2, daran müssen wir uns schon halten. Der entsprechende Fachausschuss ist der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Vielleicht können die bildungspolitisch Interessierten ja auch daran teilnehmen.

Wer mit der Fortberatung im Ausschuss - darf ich das jetzt einmal abstimmen - für Wissenschaft, Forschung und Kunst einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Das ist sehr einmütig. Gegenstimmen? Sehe ich nicht. Enthaltungen? Auch nicht. Dann werden wir die weitere Beratung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst führen. Das Thema bleibt uns also damit erhalten.

Jetzt komme ich zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 20**

"Aktuelle Aspekte und Perspektiven der Familienpolitik in Thüringen"

Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung - Drucksachen 3/2189/2669 - auf Antrag der Fraktion der CDU

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/2679 -

Wir steigen unmittelbar in die Beratung ein und dann gebe ich dazu das Wort zunächst Frau Abgeordneten Nitzpon, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich gerade sagen, schön, dass beide Minister da sind, weil Herrn Schuster natürlich die Familienpolitik als Wirtschaftsminister auch angeht. Ich hoffe, Sie bleiben im Raum.

(Unruhe bei der CDU)

Ja, ich sage ja, ich hoffe, dass er im Raum bleibt, wenn das so ist, finde ich das doch in Ordnung.

"Das Hauptproblem der Familien in Thüringen liegt sicherlich in der Einkommenssituation. In ganz Deutschland erzielen Familien geringere Pro-Kopf-Einkommen als Kinderlose. ... Familien entstehen auch durch die Erziehung und Ausbildung von Kindern Mehrkosten. ... Die Geburt eines Kindes ist ein nicht seltener Grund für Sozialhilfebezug." Diese Schlagzeilen sind alles Zitate aus der Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage von Seite 73. Die Lösung des Problems sieht die Thüringer Landesregierung im Ausbau von Kindergeld und Erziehungsgeld zu einem Familiengeld. Der Problemlösungsansatz, meine Damen und Herren, spricht für sich. Ich komme aber am Ende meiner Rede noch einmal darauf zurück.

Aus keiner Antwort der Landesregierung zur aktuellen Situation oder gar zu den Perspektiven der Familienpolitik geht hervor, welches denn eigentlich die Ursachen für eine Jahrzehnte verfehlte Familienpolitik in der Bundesrepublik sind und wo tatsächlich eine Reform der Familienpolitik ansetzen muss.

Meine Damen und Herren, wir hatten heute ja schon einen Punkt zur Situation von Frauen in Thüringen. Frauen sind immer noch die Hauptstütze einer Familie und zu dem angesprochenen Tagesordnungspunkt wurde vielfältigerweise auf die DGB-Studie und auf die verschlechterten Arbeits- und Einkommensbedingungen der Frauen im Freistaat ver-

wiesen. Von Geschlechtersolidarität in Thüringen kann also keine Rede sein. Und was sagt der Thüringer Spitzenkandidat der CDU für die anstehende Bundestagswahl, Herr Späth?: "Das Familiengeld muss es ermöglichen, dass die Familie nicht zum Sozialfall wird,

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

wenn sich einer in der Familie entscheidet, nur für die Kinder da zu sein. Das gehört für mich zur Freiheit." Welche Freiheit meint denn Herr Späth? Weiß Herr Späth, wie viele Frauen in Thüringen arbeitslos und auch langzeitarbeitslos sind und wie viele Kinder gleich mit davon betroffen sind? Weiß Herr Späth, mit welchen Problemen diese Familien belastet sind? Meiner Meinung nach klingt bei Herrn Späth auch unüberhörbar das alte Klischee: Frauen - Kinder - Küche. Nur das dritte K fehlt noch. Im Übrigen, wenn in Deutschland mangelnde Religiosität beklagt wird, dann, so meine ich, hat das vor allem mit der fehlenden Werteorientierung in der Gesellschaft zu tun und weniger damit, dass Gott vergessen wird.

Welche Werte außer gnadenloser Ökonomisierung hat dieses Land denn für die junge und nachwachsende Generation? Welche Entscheidungsmöglichkeiten, welche Freiheit haben diese Frauen aufgrund der Tatsache, dass Thüringen ein Niedriglohnland ist, dass in großem Umfang Arbeitsplätze für Frauen fehlen? Es muss versucht werden, die Arbeitgeber, auch die in der Privatwirtschaft, stärker in die Pflicht zu nehmen. Wer von der Arbeitsleistung von Frauen profitiert, ist auch gehalten, zu verbesserten Strukturen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Der Rückgang der Geburtenzahlen, das Verharren der Geburtendefizite auf einem hohen Niveau widerspiegelt die Verhältnisse in Deutschland eindrucksvoll.

Die Zahl der Neugeborenen je 1.000 Einwohner verringerte sich in Thüringen seit 1990 von elf auf sieben im vergangenen Jahr. Zwischen den Jahren 1991 und 2000 wurden im Freistaat 40 Prozent weniger Kinder geboren als im Jahrzehnt davor. Die DGB-Studie kommt zum Schluss: Um eine den alten Bundesländern adäquate Geburtenrate zu erreichen, müsste die jährliche Geburtenzahl in Thüringen von derzeit knapp 18.000 auf mindestens 24.000 oder 25.000 steigen. Damit wäre selbst die einfache Reproduktion der Bevölkerungszahl noch nicht gewährleistet.

Familienpolitik, meine Damen und Herren, hat seit der Gründung der Bundesrepublik ein Schattendasein geführt. Drei Ausnahmen hat es nur gegeben: 1974 die Einführung des einheitlichen Kindergeldes, 1986 die Einführung von Erziehungsgeld und der Erziehungszeit und 1992 die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz.

Es gibt zwar in Deutschland eine Vielzahl von Regelungen, die die Familien betreffen. Sie sind aber nicht nur nicht übersehbar, sie werden auch der Familie als dem wichtigsten Leistungsträger der Gesellschaft nicht gerecht. Diese Unüberschaubarkeit der Regelungen von Familien-

förderung sollte dringend, so meinen wir, durch eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern geregelt werden. Die Fortsetzung der Kleinstaaterie in Deutschland aus dem 19. Jahrhundert geht an der Realität vorbei. Für die Bündelung von Regelungen für die Familie wäre ein Familiengesetzbuch sinnvoll und gerade für die Betroffenen auch überschaubar.

Es gab im Übrigen Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre in der Bundesrepublik Überlegungen, ein Familiengesetzbuch zu schaffen, aber mit der CDU-FDP-Regierung wurde dieses Projekt beerdigt. Mittlerweile, meine Damen und Herren, gibt es für solch ein Familiengesetzbuch ein erfolgreiches Vorbild, ich denke, das ist das Sozialgesetzbuch. Im Übrigen hat die föderale Schweiz eine Anstoßfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze initiiert und damit weitsichtige Investitionen in Kinder statt in kinderlose Ehen vorgenommen. Die Abschaffung des Ehegattensplittings, ich hatte das heute schon einmal angesprochen, sollte deshalb ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Steuerprivilegierung von Ehemännern ist nämlich in Europa einzigartig.

Ich hatte eigentlich gedacht, Herr Schuster bleibt hier, weil ihn das Thema interessiert, aber wenn er hier vorn in der ersten Reihe mit Herrn Kretschmer schwatzt, dann nützt das dem hohen Haus eigentlich auch nichts.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Das kann Ihnen doch wohl gleich sein.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Familien in Thüringen eine Zukunft haben sollen, dann brauchen wir eben Arbeits- und Ausbildungsplätze. Thüringen braucht die einst vom Ministerpräsidenten dieser Landesregierung versprochenen 100.000 Arbeitsplätze oder mehr. Und doch, wie sieht es in der Realität aus? Ich möchte die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage an der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Thüringen messen. Die Wiedereingliederung allein Erziehender in den Arbeitsmarkt werde durch Landesarbeitsmarktprogramme gefördert. Doch, meine Damen und Herren, die Landesregierung hat genau diese Programme seit ihrem Amtsantritt von 322 Mio. auf 228 Mio. € reduziert.

Als eine Möglichkeit der Wiedereingliederung werden SAM und ABM genannt. Erinnert sich diese Landesregierung nicht daran, dass sie in den letzten Jahren deren Zahlen von 63.000 auf 26.000 dramatisch heruntergefahren hat? Da ist es egal, Herr Seela, ob es in dem Ländervergleich vielleicht noch die höchste Summe ist. Gekürzt ist gekürzt und die Kürzungen haben dann wieder Auswirkungen auf die Familien in Thüringen.

Völlig unverständlich, meine Damen und Herren, ist mir, wenn als Instrument zur Eingliederung allein Erziehender in den Arbeitsmarkt das Programm "50 PLUS" genannt wird. Wie viele allein Erziehende mit Kindern im betreuten Alter gibt es denn in dieser Altersklasse? Die Landes-

regierung behauptet, sie setze sich dafür ein, dass ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Von diesem Einsatz ist in der Wirklichkeit nicht viel zu spüren, im Gegenteil. Seit Amtsantritt der CDU-Alleinregierung sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 844.000 auf 778.000.

Noch ein Beispiel für Ihre Schönfärberei in diesen Antworten möchte ich Ihnen nennen. Man spricht sich für familienfreundliche Arbeitszeiten aus, aber im letzten Jahr hat die Landesregierung die Moderatorenrolle zwischen den Tarifpartnern abgelehnt, als sich die PDS in einem Antrag für Überstundenabbau und Arbeitszeitreduzierung eingesetzt hat. Damit, meine Damen und Herren, wären familienfreundliche Arbeitszeiten zustande gekommen, aber die Landesregierung und die CDU-Fraktion haben jegliche Mitarbeit verweigert.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Was, das ist aber ...)

Zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, meine Damen und Herren, das hatte ich heute auch schon einmal gesagt, brauchen wir in Thüringen ein Infrastrukturinvestitionsprogramm, brauchen wir stärkere Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen und die Förderung gemeinwohlorientierter Arbeit im Non-Profit-Bereich. Das Familiengeld wird nicht den Ausgleich bieten für wachsende Anforderungen an Mobilität und Flexibilität im Berufsleben. Notwendig ist eine regionale Strukturförderung. Unsere Fraktion hat dazu mehrfach Vorschläge unterbreitet. Herr Minister Schuster, gestern haben Sie bei dem Tagesordnungspunkt "Arbeitsmarktpolitik stärken und Arbeitslosigkeit bekämpfen" eins verwechselt: Wir wollen nicht an dem Symptom herumdoktern, wir wollen die Ursachen bekämpfen, doch Sie haben die Ursachen noch nicht einmal erkannt.

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion: Arbeitsmarkt ...)

Meine Damen und Herren, Familie braucht strukturelle und individuelle Förderung. Dazu gehören natürlich auch die Kindertagesstätten. Für die PDS-Fraktion grenzt es bereits an Heuchelei, wenn Sie immer wieder von dem flächendeckenden Netz von Betreuungseinrichtungen im Lande Thüringen sprechen, das durch Sie und Ihre Fraktion angeblich geschaffen wurde. Ich spreche nicht ab, dass ein gutes Angebot an Betreuungseinrichtungen in Thüringen vorhanden ist, aber dies resultiert natürlich auch aus den Jahren vor 1990.

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich, die alten Bundesländer müssen ja erst so etwas aufbauen. Sie haben aber dort gekürzt. Nicht mitgehen kann ich auch mit der Behauptung, dass der Bedarf in Thüringen in Bezug auf Krippenplätze in Kindertageseinrichtungen gedeckt sei. Sie müssen doch selbst wissen, dass

vor allem Krippenplätze bei weitem nicht mehr dem geforderten Bedarf gerecht werden. Die Kommunen greifen schon in die Trickkiste, um eine Steuerung bei der Vergabe der Plätze nach Kriterien wie Ausbildung, allein erziehend oder Studium zu erreichen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: SGB VIII.)

Einfach nur der Wunsch allein, sein Kind vielleicht mit sechs Monaten oder einem Jahr in einer Krippe betreuen zu lassen, reicht bei weitem nicht aus. Das Ganze reicht bis dahin, dass eine junge Mutter, die sich für einen Arbeitsplatz bewirbt, eine Bescheinigung vorlegen muss, dass ihr Kind in einer Tagesstätte untergebracht wird. Diese Bescheinigung erhält sie allerdings oft nur, wenn sie der Kindertagesstätte gegenüber wieder nachweisen kann, dass sie einen Arbeitsplatz hat. Hier geht es nicht darum, ob sie sich vielleicht nur beworben hat für einen Arbeitsplatz. Nur dann, wenn sie wirklich ihr Kind mit zweieinhalb Jahren in diese Kindertagesstätte bringen kann, dann ist dieses Recht auch wirklich realisiert. Die Katze beißt sich allerdings oft dabei in den Schwanz und Ihre Lobhudelei von der hervorragenden Betreuungsform in Thüringen bröckelt. Gleichzeitig wird natürlich Bedarf auch mit aufgrund der Gebühren reguliert. Welfremd finde ich die Antwort zu den durchschnittlichen Betriebskosten für Eltern. Sie sprechen von 75 bis 90 € im Monat. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn ein Vergleich zu den Betriebskosten in den Jahren vor 2000 und jetzt vorgenommen würde, denn beim genauen Hinsehen gab es mit der Novelle des Kindertagesstättengesetzes innerhalb des Haushaltsbegleitgesetzes Kostenerhöhungen von bis zu 40 Prozent für die Eltern.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Ach, das stimmt doch nicht.)

In Eisenberg müssen Eltern jetzt 100 € hinblättern, in Triptis und Unterweiden 80 €. Das können Sie doch nicht von der Hand weisen, das sind Fakten. Mit den Kosten für das Mittagessen geht oft das gesamte Kindergeld für die Betreuung der Kinder drauf.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Müssen Ihre Kinder zu Hause nichts essen?)

Sie, meine Damen und Herren der CDU, können doch nicht meinen, dass das kinder- und familienfreundlich wäre. Der Lobgesang der Landesregierung auf die getätigten Investitionsaufwendungen im Bereich von Kindertagesstätteneinrichtungen, meine Damen und Herren, ist bereits schmerzhaft. In den Jahren von 1990 bis 1998 wurden die aufgelisteten Investitionen aus den ganz normalen Zuschüssen für Kindertagesstätteneinrichtungen, die im Einzelplan 17 aufgeführt wurden, getätigt. Gründe waren die zurückgehenden Geburtenzahlen und damit auch Schließungen von Einrichtungen. Es war damals also Geld übrig. Erst ab 1998 haben Sie ein eigenes Investitionsprogramm für Kindertagesstätten eingerichtet. Hier wissen Sie ge-

nauso gut wie wir, dass diese Mittel längst den erhöhten Bedarf nicht decken können. Auch hier sind Wartelisten für Investitionen im Kindertagesstättenbereich keine Seltenheit. Bemerkenswert finde ich den Schluss, den Sie ziehen, dass Eltern durchaus bereit sind, Gebühren für die Betreuung der Kinder zu zahlen. Dies belegen Sie mit der Inanspruchnahme von über 90 Prozent der Thüringer Kinder in Einrichtungen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Da können die Gebühren wohl nicht zu hoch sein.)

94, ich habe ja gesagt, über 90, 94 sind auch über 90 Prozent.

Meine Damen und Herren, was haben denn Eltern in Thüringen überhaupt für eine andere Wahl? Sie haben keine, keine, wenn sie arbeiten wollen und auch keine, weil Kinder eben nun mal Kinder für ihre Entwicklung benötigen, zum Spielen und auch zum Lernen. Die PDS-Fraktion ist der Meinung, und diese Forderung wird auch durch Elternverbände und Gewerkschaften gestützt, dass unbedingt die so genannte Drittelfinanzierung, die wir bis 1991 in Thüringen hatten, wieder eingeführt werden muss. Bund, Land und Kommune sollten paritätisch einen Kindertagesstättenplatz finanzieren. Für die Eltern, das wissen Sie, bedeutet dies Beitragsfreiheit außer den Kosten für das Mittagessen. Wir tragen nicht die These mit, die Sie aufgemacht haben, dass mit einer Beitragsfreiheit für Eltern sozusagen die Planungssicherheit für Kindertagesstätten in Frage gestellt wird. Verbindliche Anmeldungen würde es eventuell nicht mehr geben. Wer hat Ihnen denn das, Herr Dr. Pietzsch, so ins Ohr gesäuselt? Die Eltern sind doch froh, wenn sie Arbeit haben oder hätten, wenn sie ihre Kinder dann gut betreut wüssten, betreut im Übrigen auf einem hohen qualitätsmäßigen Niveau. Doch in Bezug auf die Qualität der Arbeit mit den Kindern, bei dem was vermittelt wird, auch an Kompetenzen, sagen Sie in der Beantwortung Ihrer 68 Fragen nichts. Meine Damen und Herren, bewusst verschwiegen haben Sie in diesem gesamten Zusammenhang, dass nach dem Jahr 2000 das Haushaltsbegleitgesetz mit all seinen Auswirkungen auf die Familien gegriffen hat. Ihr immer wieder in höchsten Tönen gelobtes Landeserziehungsgeld haben Sie doch auch damit abgebaut. Wer die Möglichkeit nutzt, das Bundeserziehungsgeld in kürzerer Zeit, aber damit mit finanziellen Einbußen zu erhalten, kommt doch gar nicht mehr in den Genuss des Landeserziehungsgelds. Das war aber vorher anders, Frau Arenhövel, das wissen Sie. Sie verschweigen bewusst, dass Sie auch hier einen Abbau betrieben haben. Ebenso brauchen Sie die Horte an den Grundschulen nicht als Ihr großes Verdienst hervorzuheben. Sie, meine Damen und Herren der CDU, waren doch seit 1990 in der Regierung und Sie haben Jahr für Jahr in den 90er Jahren versucht, Stück für Stück etwas zurückzudrängen. Das begann Anfang der 90er-Jahre mit widersprüchlichen Anweisungen zu Hortbedingungen, mit dem Abdrücken der Arbeitsbedingungen für Horterzieher, mit der Einfüh-

rung von Beiträgen für die Hortbetreuung an Grundschulen. Während bis 13.00 Uhr die grundschulbegleitende Betreuung kostenfrei war, mussten die Eltern für die Hortbetreuung, selbst wenn das Kind nur bis 14.00 Uhr den Hort hätte besuchen wollen, bezahlen. Immer wieder wurden auch in den organisatorischen Festlegungen für die Schuljahre die Bedingungen für den Hort verschlechtert. Sollte ein Hort Anfang der 90er-Jahre sieben und dann später 10 Schülern vorgehalten werden, so sind es jetzt schon 15 Schüler und das bei einem Rückgang der Schülerzahlen. Der Hammer, meine Damen und Herren, kam aber erst später, als die Eltern anteilig für das Personal zur Kasse gebeten wurden. Wenn Sie, meine Damen und Herren der CDU, wirklich so ein Herz für Kinder und Familien haben, wie Sie es immer öffentlich darstellen wollen, dann kommen Sie unserer Forderung nach und machen Sie die Beteiligung der Eltern an den Personalkosten der Horterzieher völlig rückgängig. Sie wollen eine Stärkung der Wahlfreiheit durch das Familiengeld in Bezug auf Betreuungsformen für Kinder hervorheben. Gemeint sind wohl u.a. die Tagesmütter. Ich unterstelle nicht, dass hier eine Weichenstellung vorgenommen wird in Anlehnung eines Symposiums in Bayern Ende vergangenen Jahres zum Thema "Kindererziehung in Familie oder Kollektiv". Für mich ist es gar keine Frage, Kinder brauchen Familie, in welcher Lebensform auch immer und ich hoffe, immer eine intakte Familie. Kinder brauchen aber auch die Gesellschaft, sie brauchen Gleichaltrige für eine ausgewogene Sozialisation. Ich erinnere Sie nur an den tief beschworenen Teamgeist des Kollektivs der deutschen Mannschaft zur Fußball-Weltmeisterschaft. Wie wurde es ob seiner gemeinsamen Errungenen Erfolge gefeiert. Nur, solch ein Teamgeist kann eben auch nur im Team erlernt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine wesentliche Lehre aus dem furchtbaren, tragischen Gutenberg-Geschehen ist, dass Kinder und Jugendliche mehr Zeit und Aufmerksamkeit brauchen, damit es nicht zu Kommunikationsblockaden kommt. Leistung kann nur in einem menschenfreundlichen, in einem anregenden und sozialverträglichen Klima entstehen. Schülerhilfen haben Zulauf, Schulabbrecher nehmen zu. Was sind die Ursachen? Schule muss den Schülern helfen, mit ihren eigenen Fähigkeiten ihr Leben zu meistern. Schüler, junge Menschen sind ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend zu fördern, auch schwächere Schüler brauchen Zeit und Zuwendung. Nur Punkte und Leistungskurse reichen eben nicht. Die Lebensumstände von Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert durch Instabilität, Mobilität und Diskontinuität auch in den Familien. Die Zahl der allein erziehenden Eltern hat sich erhöht. Zwar ist die Solidarität der Familiengeneration stark ausgeprägt, aber wo größere Ressourcen vorhanden sind, fallen auch Unterstützungsleistungen größer aus. In den ersten Lebensjahren werden wesentliche Grundlagen für den Erfolg in Schule und Beruf gelegt und eine der wichtigsten Entscheidungen für das spätere Leben der Kinder fällt mit der Auswahl der Schule. Die Schullaufbahn ist die Folge für lebenslange Ungleichheit, für Beruf, Einkommen, Prestige, Karriere, Arbeits-

platzsicherheit, Beschäftigungsbedingungen, Vermögen, Rente, Partnerwahl, Gesundheit, Lebensdauer und vieles mehr. Laut PISA-Studie hängen nirgendwo Kompetenzen der Schüler so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Allein über Einkommenstransfers kann Armut nicht bekämpft werden. Zur Armutsprävention gehört auch die Bildung, das Erlernen persönlicher Bewältigungsstrategien. Der Schule wird oft vorgeworfen, sie vernachlässige die wirtschaftliche Allgemeinbildung. Die Durchführung von Kursen für hauswirtschaftliche Hilfen für Mädchen und Jungen würde vielleicht ein erster kleiner Schritt zur Überwindung der Geschlechtertrennung sein können. Kurse von Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen und von Familienbildungsstellen sind notwendig. Hier könnte Thüringen ein Zeichen setzen. Die Novellierung des Schulgesetzes bietet sich gerade dafür an, aber konkrete Ansätze inhaltlicher Fragen vermisste ich leider.

In der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion legt die Landesregierung ihre Auffassung zu Ganztagschulen dar. In den Augen der Landesregierung, und dazu gehört für mich auch der Kultusminister, sind gebundene Ganztagschulen nur in Einzelfällen sinnvoll, vor allem hinter dem Migrationshintergrund und von sozial benachteiligten Familien. Meine Damen und Herren, das ist aber nicht der Ansatz von Ganztagschulen. Ganztagschulen stehen für eine ganzheitliche und umfassende Ausbildung der Fähigkeiten und Fertigkeiten von Kindern und Jugendlichen in einem anderen Tagesrhythmus als an Halbtagschulen. Mit Ganztagschulen könnten auch Stundentafelprobleme gelöst werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich muss also davon ausgehen, dass Sie PISA nicht einmal in Ansätzen gelesen oder nicht verstanden haben.

(Beifall bei der PDS)

Mit einem bedarfsdeckenden Angebot von Ganztagschulen nach den Wünschen von Schülern und Eltern hätten wir bessere Möglichkeiten für die Bildung und Erziehung aller Schüler, egal welcher sozialer Herkunft und zur Unterstützung auch aller Familien auf verschiedenste Weise. Die damit erreichte Versorgung mit Bildung und Erziehung könnte den gewandelten Bedingungen und des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Es wäre auch ein weiterer Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich möchte noch einige Worte zur Sanierung von Schulen verlieren, da auch dort im großen Maße darauf eingegangen wurde.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Ja, das ist gut so.)

"Infolge dieser erheblichen finanziellen Leistungen konnte in dem genannten Zeitraum bereits eine deutliche Verbesse-

rung der Bausubstanz der Schulen und Schulsporthallen erreicht werden" - so weit das Zitat. Ich denke, es ist eine ungehörige Behauptung. Hier wird die schlechte Wertschätzung der Landesregierung für Schulbildung eigentlich deutlich, denn die äußeren Bedingungen der Schulen und Schulsporthallen werden bewertet. Es ist natürlich Aufgabe der Schulträger, dies zu tun und Wesentliches dafür zu leisten, aber die Landesregierung spendiert dafür nur ein kleines Zubrot. Es ist schon kühn, über eine deutliche Verbesserung zu reden, wenn nach zwölf Jahren Regierungsverantwortung fast jede zweite Schulsporthalle - das sind 50 Prozent - und jede vierte Schule - das sind 25 Prozent - unsaniert sind. Nur 28,1 Prozent der Schulturnhallen sind in einem guten Zustand, der überhaupt den Anforderungen entspricht. Noch schlimmer, nur 12,6 Prozent der Schulen sind inzwischen gut funktionstüchtig.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Sie haben doch gar keine Ahnung.)

Das sind die Zahlen, entschuldigen Sie, Herr Grob, ich orientiere mich nur an der Statistik.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Und da geben Sie uns 100 Prozent?)

Der Sanierungsstau ist groß und angesichts der knappen Kassen der Kommunen wird er noch relativ steigen, statt abgebaut zu werden. Eine Besserung der von Ihnen aufgelisteten Zustände wird es aber in den nächsten Jahren nicht geben, zumindest steht in dieser Antwort nicht, wie es weitergeht.

Ich möchte noch, meine Damen und Herren, einige Vorschläge bringen, wie wir uns vorstellen, wie Familien gestärkt und gefördert werden und gerade junge Leute sich die Entscheidung für ein Kind erleichtern könnten, für ein Kind im Übrigen mit dem "Leben für ein Kind in Thüringen". Im Falle von Niedrigeinkommen bei Eltern müssten die Kosten einer Ganztagsbetreuung von Kindern, egal welchen Alters, voll übernommen werden. Die Kommunen sollten dazu entsprechend ausgestattet werden. Kinder benötigen, meine Damen und Herren, statt eines Familiengeldes ein existenzsicherndes Kindergeld. Dort liegt meine Betonung eindeutig bei "existenzsichernd". Ihr Familiengeld ist doch bloß eine finanzielle Nullnummer, weil alle anderen Leistungen, wie Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, BAföG und das Kindergeld mit verrechnet werden.

Meine Damen und Herren, dann - das geht aus einer Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Herrn Höhn hervor - bleibt trotzdem noch eine Differenz übrig. Wie diese finanziert wird, das haben Sie bisher noch nie gesagt.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Doch, das haben wir.)

Sollten Sie in die Regierung gewählt werden, wollen Sie dieses Familiengeld plötzlich später einführen und nicht sofort, so wie Sie es vor einem Jahr angekündigt haben. Sie wissen schon, warum. Außerdem wird das Familiengeld gestaffelt sein. Dann, meine Damen und Herren, wenn Kinder und Jugendliche teurer werden, also älter, dann nimmt Ihre Staffelung ab. Sie haben das Bundesverfassungsgerichtsurteil beim Lesen wahrscheinlich auf den Kopf gestellt, denn das sagt eindeutig aus, "mit zunehmendem Alter werden Kinder teurer und sind dementsprechend stärker finanziell zu fördern". Da Sie in der Antwort auf die Anfrage Herrn Trautvetter aus einer Sitzung vom 14. März zitiert haben, möchte ich das auch tun, und zwar hat er nach meinem Satz, den ich zitieren möchte: "Bei ihrem Familiengeld haben letztlich die Familien mit Kindern auch nicht diese finanzielle Unterstützung in den Händen, wie sie sie nach unserem Antrag erhalten müssten und erhalten würden.", einfach gesagt: "So ist das".

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Einfach Geld aufteilen.)

Meine Damen und Herren, damit junge Eltern unter diesen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht einen familiären Verarmungsprozess erleben müssen, meine ich, wäre die Gewährung eines Haushaltskredits für die Familie in der Aufbauphase sinnvoll. Kinderbezogene Fördersysteme sollten flexibler und realitätsnäher auf Lebenslagen von Familien antworten. Eine Überprüfung der Fördersysteme ist deshalb generell angezeigt. Vielleicht hätte der Familienratgeber, den ich heute in der Post gefunden habe, zurückgehalten werden sollen, bis diese überarbeitet gewesen wären.

Unsere grundsätzliche Position zu Kindertageseinrichtungen für alle Altersstufen ist Ihnen bekannt - ganz einfach, gebührenfreie Nutzung für alle Kinder. Wie das finanziert werden kann, das habe ich Ihnen heute dargelegt.

(Beifall bei der PDS)

Aber auch die Privatwirtschaft hat ihren Teil zur Familie beizutragen, indem die Gleichstellung flächendeckend umgesetzt wird, denn Familienorientierung der Arbeitswelt ist letztendlich das Spiegelbild der Einstellung der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren der CDU, Ihre Anfrage ist sehr umfangreich. Einige Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion werden noch einmal auf Fragen konkreter eingehen. Für mich ist es jedoch wichtig, dass nicht nur über Familien in diesem Landtag gesprochen wird, sondern wir auch mit den Familien sprechen. Probleme gibt es noch mehr, als ich hier ansprechen konnte. Ich bitte um die weitere Beratung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Abgeordneter Panse zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Panse, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Nitzpon, Ihr Familienbild ist nicht unser Familienbild.

(Beifall bei der PDS)

Das wird mir nicht nur beim Ehegattensplitting deutlich. Wenn ich zitieren darf: "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." - Artikel 6 Grundgesetz.

(Beifall bei der CDU)

Für uns, Frau Nitzpon, ist das bindend. Wenn ich mir Ihren Vortrag hier angehört habe, wo Sie so ziemlich alles gestreift haben, was Ihnen zu dem Thema eingefallen ist, habe ich in der ganzen Zeit zum Thema "Kinder bekommen" darauf gewartet, dass Sie vielleicht von der Reproduktion der Produktivkräfte zu reden anfangen wie Ihre Kollegin gestern.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, eine beachtliche Fülle an Daten und Informationen wurde bei der Beantwortung der Großen Anfrage zusammengetragen, obwohl es ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Panse, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Dittes?

Abgeordneter Panse, CDU:

Nein, Herr Dittes macht es wie jedes Mal, setzt sich hin und wartet bis zum Ende meiner Ausführungen, dann werde ich die Frage gern zulassen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Am Ende, Herr Abgeordneter Dittes.

Abgeordneter Panse, CDU:

Das mache ich jedes Mal so mit ihm.

... keine spezielle Stelle zur diesbezüglichen Datenerfassung und kontinuierlichen Beobachtung der Situation von Familien in Thüringen gibt, ist es dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit gelungen, eine umfassende Bestandsaufnahme zur Situation von Familien und zugleich Perspektiven der Familienpolitik dar-

zulegen. Vielen Dank hierfür.

(Beifall bei der CDU)

Der von Ihnen, Frau Nitzpon, gerade zitierte und gestern vom Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit vorgestellte 3. Familienratgeber stellt in übersichtlicher Form die familienpolitischen Leistungen im Freistaat dar. Darüber hinaus enthält er ein umfangreiches Adressverzeichnis, wo und wie junge Mütter, junge Väter und Familien Hilfe bekommen können. Der Familienratgeber ist natürlich knapper gehalten und wahrscheinlich auch schneller zu lesen als die Beantwortung der Großen Anfrage, aber auch dieser Ratgeber dokumentiert, im Freistaat Thüringen ist auf eine familienfreundliche Politik Verlass.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Auch wir stehen in der Familienpolitik vor großen Herausforderungen und es gibt eine ganze Menge dabei zu tun. Nicht alles kann die Politik lösen, insbesondere bei der Bevölkerungsentwicklung, aber auch bei der Entwicklung zu immer mehr Einelternfamilien oder allein Erziehenden können wir nur schwerlich gegensteuern. Die Probleme, die sich aber aus diesen Entwicklungen ergeben, müssen wir sehr ernst nehmen. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage geht an zahlreichen Punkten genau darauf ein.

Wenn wir die grundlegenden Daten betrachten, werden viele bundesweite Trends der letzten Jahre bestätigt, aber auch Unterschiede in Thüringen deutlich, deshalb eingangs einige Zahlen dazu. Die deutliche Zunahme von allein Erziehenden - das wurde bereits mehrfach gesagt - ist ein Beispiel hierfür. In ganz Deutschland ist eine Zunahme auf nunmehr 22 Prozent zu beobachten; in Thüringen sind es sogar 29 Prozent, wobei allerdings in beiden Statistiken auch Lebensgemeinschaften als allein Erziehende gezählt werden. Die Geburtenrate steigt in Thüringen erfreulicherweise seit 1994 wieder an, aber sie hat immer noch nicht das Niveau von 1990 erreicht. Mit 47 Prozent werden mehr als doppelt so viele Kinder in Thüringen außer-ehelich geboren als im Bundesdurchschnitt.

Das Thüringer Landeserziehungsgeld - im Jahr 2001 waren es immerhin insgesamt 39 Mio. DM - ist für die Familien eine wichtige Ergänzung im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld.

(Beifall bei der CDU)

85 Prozent der Leistungsempfänger erhalten den Höchstsatz von 300 €. Ich darf daran erinnern, dass Rheinland-Pfalz und Berlin ihr Landeserziehungsgeld wieder abgeschafft haben. Neben Thüringen gibt es ein ähnliches Modell nur in den unionsgeführten Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation, in der wir uns auch in Thüringen befinden, ist die Zusage zur Fortführung des Landeserziehungs-

gelds ein ganz wichtiges familienpolitisches Signal.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bereits auf die steigende Zahl der allein Erziehenden verwiesen. Sorge muss uns dabei bereiten, dass bei ihnen ein stetiger Anstieg in der Sozialhilfestatistik zu erkennen ist. 7.584 allein Erziehende erhielten 2001 Hilfen zum Lebensunterhalt. Dies ist fast ein Drittel aller Haushalte mit Hilfen zum Lebensunterhalt in Thüringen. Die Reduzierung bzw. Streichung des Haushaltsfreibetrags durch die Bundesregierung hat die Situation der allein Erziehenden weiter verschlechtert. Der Verband der allein erziehenden Mütter und Väter beklagt sich zu Recht und auch wir haben uns hier bereits mehrfach damit auseinander gesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Antworten auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion gewinnen an zusätzlicher Aktualität, wenn man sie vor dem Hintergrund der soeben in der Öffentlichkeit vorgestellten 14. Shell-Jugendstudie betrachtet. Die Shell-Studie stellt fest, dass bei Jugendlichen, selbst denen, die an Politik mitwirken wollen, eine Faszination an der großen Politik nicht erkennbar ist. Das Phänomen der Parteienverdrossenheit, wie es bereits anderenorts in diversen Studien festgestellt wurde, auch dies ist zusätzlich noch einmal bestätigt worden. Allerdings, und damit sind wir bei unserem heutigen Thema, bedeutet das nicht, dass Jugendliche keine Werte anerkennen würden oder sich gesellschaftlich nicht engagieren wollten. Gefragt nach den wichtigsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben, nennen Jugendliche die Bereiche Arbeitsmarkt und Bildung, aber vor allem auch Kinder und Familie. Speziell Familie steht bei den Jugendlichen in hohem Ansehen. Dies wird verdeutlicht durch folgende fünf Punkte:

1. Die 14. Shell-Studie stellt fest, ich zitiere: "Dass unabhängig vom Geschlecht, regionaler Herkunft oder Schulform das Verhältnis zu den Eltern bei neun von zehn Jugendlichen recht gut ist und sich mit zunehmendem Alter der Nachkommen noch verbessert."

2. 70 Prozent der Jugendlichen glauben, dass man eine Familie zum Glücklichein braucht.

3. Das Heiraten machen die Jugendlichen abhängig von den jeweiligen Umständen, schließen es aber ihrer ganz überwältigenden Mehrheit nicht aus.

4. 67 Prozent der Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren geben an, später eigene Kinder haben zu wollen. 28 Prozent wissen es noch nicht. Nur ganze 5 Prozent verneinen, einen Wunsch nach eigenen Kindern zu haben. Weibliche Jugendliche und Jugendliche aus den neuen Bundesländern bejahen häufiger die Frage nach dem Kinderwunsch, als dies männliche Jugendliche bzw. solche aus den alten Bundesländern tun.

5. 71 Prozent der Jugendlichen wollten ihre Kinder genauso oder ungefähr so erziehen, wie es die eigenen Eltern getan haben.

Die 14. Shell-Jugendstudie stellt mit Blick auf ihre Vorläufer fest: "Damit wird deutlich, dass in der Beziehung zwischen den Eltern und der heute nachwachsenden Generation mehrheitlich wenig Konfliktpotenzial auszumachen ist." Die Shell-Jugendstudie hebt den Pragmatismus der Jugendlichen hervor, aber auch die Hochschätzung traditioneller Werte. Karriere machen, ist beispielsweise ein Lebensziel für 82 Prozent der Jugendlichen, dahinter kommt jedoch mit Treue bei 78 Prozent der Jugendlichen ein Punkt ganz oben in der Skala, den Jugendliche heute als "in" bezeichnen. Wieder wird auch von dieser Untersuchung festgestellt, dass Kinderwunsch und Kinder haben zwei ganz verschiedene Dinge sind und sich nicht entsprechen. Wir müssen uns also fragen, warum ausgerechnet eine sowohl pragmatische als auch an familiären Werten orientierte Generation so politikfern ist. Die Erklärung kann eigentlich nur lauten, dass "Familie" heute viel zu wenig handfest thematisiert wird. Offenbar erwarten gerade junge Menschen in Deutschland und auch hier in Thüringen, dass Politik ihre konkreten Lebensvorstellungen zur Kenntnis nimmt und dazu gehört, wie ich es gesagt habe, auf der Werteskala hoch oben die Familie. Die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt deutlich die Probleme, die Familien heute in Thüringen haben. Sie liegen weniger im Betreuungsbereich. Mit dem vorbildlichen Thüringer Modell der Kinderbetreuung gehören wir zu den Vorreitern in Deutschland. Vielmehr zeigen vor allem die Daten zur sozialen Situation von allein Erziehenden und zeigt auch der Vergleich von Familien zu Kinderlosen, dass der Familienleistungsausgleich ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen muss. Nur dann, wenn wir die tatsächlichen Themen junger Menschen in unserem Land, vor allem die Familie, auch wirklich politisch energisch wahrnehmen, können wir Politikverdrossenheit und Politikferne überwinden. Es muss Schluss sein mit der Situation, dass junge Menschen offenbar annehmen, ihre Lebenswirklichkeit sei meilenweit entfernt von dem, was Politiker diskutieren. Dies ist ein Appell an alle politischen Kräfte, aber kein Appell für billigen Populismus. Wir müssen aufhören, falsche Alternativen zu entwickeln. Die Antworten auf die Große Anfrage zeigen es ganz deutlich, junge Familien brauchen sowohl Betreuungsmöglichkeiten als auch ein besseres Transfereinkommen.

(Beifall bei der CDU)

Die 14. Shell-Jugendstudie kommt zu dem Ergebnis, dass aufgrund der stärker sozial geprägten Umgangsweise von Familien beide Geschlechter unterschiedliche Konfliktbewältigungsstrategien haben. Die Familie ist, wie insbesondere die Ergebnisse der Studie zu den Erziehungsstilen zeigen, sozusagen das Trainingscamp für soziales Verhalten. Dies ist ein ganz klarer Appell, endlich den Wert von Familienbindung für die Zukunft unserer Gesellschaft

höher zu schätzen. Es ist im Übrigen, ich habe es gesagt, eine falsche Diskussion, die Ehe gegen die Familie auszuspielen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Den Zustand der Gesellschaft, in der es vorgeschriebene Lebensläufe gab, haben wir glücklicherweise längst hinter uns gelassen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt gilt es, den klaren Erwartungen junger Menschen an die Qualität menschlicher Beziehungen auch durch eine Ermutigung und Unterstützung partnerschaftlicher Beziehungen in der Ehe und familiärer Bindungen zu entsprechen. Familienbildung, als Bildung auf Familie hin, spielt gerade für junge Menschen eine erhebliche Rolle. Wir sollten überlegen, ob wir wirklich im Schulunterricht genügend dafür tun, dass der Zusammenhang zwischen verantwortlich gelebter Sexualität, Partnerschaft, Ehe und Familie ausreichend dargestellt wird und den Jugendlichen der notwendige Optimismus vermittelt wird, der nun einmal zweifellos notwendig ist, wenn sie Verantwortung für sich und andere übernehmen wollen. Dass sie es wollen, steht nach der 14. Shell-Jugendstudie außer Frage. Neben dem Familienleistungsausgleich müssen wir auf Landesebene überlegen, inwieweit wir Familienbildung in all ihren Aspekten noch stärker als kontinuierliche Leistung des Landes verankern können.

Sehr geehrte Damen und Herren, 1 Mio. Kinder sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen. Der 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bestätigt, dass besonders Familien mit Kindern von Armut betroffen sind. "Arm dran in einer reichen Gesellschaft" ist dieses Kapitel in diesem Bericht überschrieben. Zu lesen ist darin, ich zitiere: "Kinder sichern nicht die Existenz, sie gefährden sie. Mit steigender Kinderzahl nehmen auch die Armutsquoten der entsprechenden Familien zu." Von Armut betroffen sind vor allem Einelternhaushalte mit Armutsraten von ca. 42 Prozent in den westlichen und 36 Prozent in den östlichen Bundesländern sowie Familien mit drei und mehr Kindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, von Gerhard Schröder stammt aus seiner Zeit als Mitglied des Deutschen Bundestages, bevor er Ministerpräsident von Niedersachsen war, das Zitat, ich zitiere: "Topfblumen und Kinder gehören in keinen anständigen Haushalt."

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Pfui.)

Ob das Heim der Familie Schröder mit Strohlumen und Plastikpflanzen wohnlicher wirkt, sei des Kanzlers Geschmack überlassen. In jedem Fall braucht aber dieser Pflanzenersatz keine Pflege und Zuwendung. Kinder brauchen hingegen sehr viel Liebe, Zuwendung und Pflege, und dies in jedem anständigen Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Das peinliche Zitat von Schröder scheint aber nicht nur einer seiner zahlreichen sprachlichen Ausrutscher zu sein. Genau in diesem Kontext stellt sich die Familienpolitik von Rotgrün seit 1998 dar. Seit der Regierungsübernahme von Rotgrün mussten Familien per Saldo und pro Kopf gegenüber Kinderlosen erhebliche finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Sie kennen die Gründe hierfür, auch hier im Thüringer Landtag haben wir mehrfach darüber gesprochen. Die negativen Effekte der Steuerreform, die Ökosteuer zur Rentenfinanzierung und die verunglückte Rentenreform belegen dies ganz klar. Bei denen von rotgrünen Politikern immer wieder ins Feld geführten einzelnen Leistungen für Familien wird stets verschwiegen, dass dabei nur Mindestvorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden. Nach dem aktuellen Rückzug von Clement und Schröder zum Thema "Kindergelderhöhung" am letzten Wochenende hat sich für mich erneut bestätigt, Familien mit Kindern bleiben bei Schröder die Verlierer. Dass die bisher vorgesehene Kindergelderhöhung nun für die Finanzierung von Ganztagsbetreuungsangeboten erhalten soll, belegt, wie wenig durchdacht die Familienpolitik dieser Bundesregierung ist. Die letzten Kindergelderhöhungen auf nun 154 € waren gemessen am Bedarf völlig unzulänglich, denn der größte Teil der Erhöhung wurde den Familien durch Ökosteuer und gestiegene Sozialabgaben wieder aus der Tasche gezogen. Zu Gunsten des Ausbaus von Ganztagsbetreuungsangeboten soll nun nach Meinung der SPD auf notwendige weitere Erhöhungen des Kindergeldes verzichtet werden. Die Situation von Thüringer Familien wird sich damit nicht verbessern, denn ein Programm zum Ausbau von Betreuungsangeboten ist ein Programm für die alten Bundesländer. Es ist hinlänglich bekannt, dass gerade die SPD-regierten Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein bundesweit Schlusslichter bei der Kinderbetreuung sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Thüringer Modell der Kinderbetreuung mit dem Landeserziehungsgeld, dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab zweieinhalb Jahren und dem Angebot der Hortbetreuung bis zum 4. Schuljahr beinhaltet demgegenüber Leistungen für Familien, von denen viele Bundesländer weit entfernt sind. Frau Wolf, Sie haben vorhin von einem halbwegs zufrieden stellenden Betreuungsangebot gesprochen. Ich empfehle Ihnen dringend, informieren Sie sich einmal bei Ihren Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern, wie es dort unter Verantwortung der PDS mit der Kinderbetreuung aussieht. Ich verkenne dabei nicht, dass im Alter unterhalb des Rechtsanspruchs von zweieinhalb Jahren in Thüringen eine steigende Nachfrage besteht. Im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir dies auch bei zukünftigen Planungen berücksichtigen müssen. In Thüringen, das ist bereits gesagt worden, besuchen gegenwärtig weit über 90 Prozent aller Kinder mit Rechtsanspruch eine Kindertagesstätte. In den alten Bundesländern liegt diese Zahl durchschnittlich unter

60 Prozent, oftmals sogar nur mit Halbtagsbetreuung. Dort, nicht hier, besteht ein akuter Handlungsbedarf, dieser aber doch wohl nicht zulasten von Kindergelderhöhungen. Den vorhin bereits erwähnten erschreckend hohen Quoten von Familien, die von Armut betroffen sind, kann nur mit einer neuen Familienpolitik begegnet werden. Wir wollen dazu, das ist bekannt, ein einheitliches Familiengeld. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD, Frau Schmidt, meinte vor Monaten, Familien in Deutschland brauchen kein Familiengeld, sondern Kita- und Ganztagsplätze. Das ist nicht ganz richtig. Familien brauchen nämlich beides. Vernünftige Betreuungsangebote und das Familiengeld.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Modell in den nächsten Jahren umzusetzen, ist ein gewaltiger Kraftakt. Aber wir bieten damit ein Modell, welches allen Familien mit Kindern wirklich helfen kann. Gute Betreuungsangebote haben wir bereits in Thüringen und das Familiengeld werden wir hoffentlich in ganz Deutschland bekommen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Zusammengefasst noch einmal die drei Punkte unserer familienpolitischen Zielstellung: Wir wollen erstens die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, zweitens mit dem Familiengeld finanzielle Gerechtigkeit für Eltern und Kinder und drittens die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken. Am 22. September, am nächsten Sonntag, wird der Wahlkampf beendet sein. Die Familienpolitik hier in Thüringen muss aber erst recht fortgesetzt werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Dittes, bitte schön.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Herr Panse, dank Ihres freundlichen Hinweises vorhin saß ich jetzt die ganze Zeit. Inzwischen habe ich mehrere Fragen. Erstens:

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Die Frage bitte.)

Abgeordneter Panse, CDU:

Der Reihe nach. Eine erst einmal.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Sind Sie der Meinung, dass die meisten hier im Saal befindlichen Menschen schon wissen, was sie am 22. September wählen?

Abgeordneter Panse, CDU:

Ich gehe davon aus, dass alle hier im Saal das wissen.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Dann habe ich Ihren Aufruf gerade nicht verstanden.

Abgeordneter Panse, CDU:

Vielleicht haben Sie auch nicht verstanden, welche Rolle wir hier als Parlament haben. Wir reden nicht, damit wir uns hier gegenseitig unterhalten können, sondern wir reden, damit es in diesem Land auch wahrgenommen wird.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Das ist richtig.

Abgeordneter Panse, CDU:

Danke.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Herr Panse, worin liegt Ihres Erachtens die Motivation für ein Werbeplakat der Lottogesellschaft mit einer Familie mit drei Kindern, wo darüber steht: "Jetzt bräuchte ich einen Lottogewinn!"?

Abgeordneter Panse, CDU:

Wie wäre es, wenn Sie die Lottogesellschaft danach fragen? Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten, denn sie hat das Plakat sicherlich in Auftrag gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Bechthum zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, am 01.02.2002 stellte die CDU-Fraktion die Große Anfrage zum Thema "Aktuelle Aspekte und Perspektiven der Familienpolitik in Thüringen". Mit Verwunderung und Erstaunen habe ich den Fragekatalog gelesen und ich fragte mich, was bezweckt die CDU damit? Jetzt allerdings scheint Sinn und Zweck klar. Die ungewöhnlich lange Bearbeitungszeit und der Termin der Plenartagung, in der dieses Thema im Plenum behandelt wird, wie die anderen auch, scheint genau geplant zu sein. Herr Panse, Ihr Beitrag hat diese Vermutung eigentlich nur bestätigt. Nun müssen Sie auch die Beiträge dazu hier mit ertragen.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Danke, Frau Bechthum.)

Es kann nicht sein, dass man das oberflächlich liest und so auch hinnimmt. Ich muss Ihnen sagen, die Fragen der CDU-Fraktion und die Antworten der Landesregierung darauf, sind ein einziges Sammelsurium aus den unterschiedlichsten Bereichen.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Wenn hier Normalitäten, Selbstverständlichkeiten stehen! Zum Beispiel auf Seite 17 ist eine Frage: "Welche Konzeption verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Erziehung und Bildung von Kindern?" Ich frage: Wie kommt das alles zusammen? Es war sehr, sehr seltsam. Aber die Gesetze der Bundesregierung, die Regelung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden bewusst nicht genannt. Nicht einmal die Studie zur Situation allein Erziehender mit richtungsweisenden Aussagen für Thüringen und finanziert vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Auch andere Studien, wie die zur Rolle des Vaters in der Familie oder zur Paarbeziehung, Elternschaft, die der prominente Familienexperte Prof. Fthenakis sowohl in der Konrad-Adenauer-Stiftung, ich war dabei, als auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt hatte, werden ebenfalls einfach ignoriert. Auch der erste Bundesbericht zur Armut oder auch dieser Kinder- und Jugendbericht, den zwar Herr Panse jetzt nur kurz erwähnte, diese Studien finden bundesweit Beachtung, aber in Ihren Berichten oder in Ihren Antworten werden sie nicht einmal erwähnt. Sie werden bewusst ausgeklammert. Sie passen nicht in das Bild der CDU, die im Familiengeld die Lösung all ihrer Familienprobleme sieht. Ich werde darauf noch eingehen. In der Begründung der Großen Anfrage der CDU wird das aber genau im ersten Satz ausgedrückt, was eben nicht stattfindet. Ich zitiere: "Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft beweist sich im Besonderen in ihrer Familienpolitik, die eine ständige Überprüfung und Fortschreibung erfordert. Die Antwort auf die Große Anfrage soll Grundlage für eine weitere erfolgreiche Familienpolitik im Freistaat Thüringen sein."

(Beifall bei der CDU)

Dann wurde darauf verwiesen, dass die bereits vorliegenden Erkenntnisse im zu erstellenden Sozialbericht berücksichtigt werden. Wie kann und soll das geschehen, wenn die Erkenntnisse aus den Studien gar nicht aufgenommen werden, ja wenn sie ignoriert werden? Herr Panse zitierte nur aus der 14. Shell-Jugend-Studie. Das ist für Sie wichtig.

Nun zu einzelnen Fragen und Antworten der Landesregierung. Es gibt verschiedene Überschneidungen, Doppelungen zur Situation von Frauen und sicherlich lässt sich das nicht vermeiden, aber Sie haben das ja alles noch heute auf diese Tagesordnung gebracht. Zur Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen, wurde heute früh schon sehr viel gesagt. Deshalb können wir darauf hier auch verzichten und uns die Zeit dazu auch sparen.

Aber die im ersten Kapitel, die durch diese Bundesregierung vorgenommene Erhöhung des Kindergeldes und die insbesondere im Zeitraum von 1998 bis 2001 erhöhten Aufwendungen des Bundes um immerhin ein Fünftel, dass Sie die nicht verschweigen können, das erfreut einen ja. Dass dies allerdings mit dem Zungenschlag dadurch steigender Finanzierungslasten für das Land Thüringen versehen wird, das spricht für Ihre Heuchelei. Das muss ich Ihnen so sagen. Verraten Sie doch einmal den Bürgern, welche Finanzierungslast durch das Utopie-Familiengeld zukünftig für das Land Thüringen entsteht.

Nun zu Kapitel II, Seite 17 - Lebensumstände von Familien in Thüringen. Zur Betreuung und Erziehung in Thüringen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird aufgezählt, was in Thüringen selbstverständlich ist. Ich bin stolz darauf, dass dieses bei uns tatsächlich selbstverständlich ist und dass Sozialdemokraten während der Regierungsverantwortung in der 2. Legislaturperiode ebenso wie bei den entsprechenden Gesetzesvorhaben ihren Teil zu dem jetzt erreichten Stand beigetragen haben. Wir werden mit Argusaugen darauf achten, dass ein Abbau bei der vorschulischen Betreuung und der Hortangebote vermieden wird und Familien sich diese Angebote leisten können.

Zur Ganztagschule: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, allein die Frage auf Seite 34 provoziert schon und zeigt Ihre eigentliche Haltung. "Wie beurteilt die Landesregierung rechtlich die Idee der Ganztagschule?" Die Jugendministerkonferenz unter Vorsitz von Minister Pietzsch stellte am 6./7. Juni 2002 zum Thema "Jugendhilfe und Bildung" fest, dass es einen hohen Bedarf für die Ganztagsangebote von Schülerinnen und Schülern gibt. Darauf reagieren die Länder mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Strategien. Die Jugendministerkonferenz hält eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur für einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsförderung junger Menschen und deshalb für ein wichtiges jugend- und bildungspolitisches Ziel. Die Landesregierung und der Vorsitzende der JMK widersprechen sich, wenn in dem Bericht folgender Satz steht: "Die Thüringer Landesregierung ist der Auffassung," - das ist Ihre Antwort - "dass gebundene Ganztagschulen nur in Einzelfällen aus bildungspolitischen Gründen sinnvoll sein können, vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien, in denen sie keine ausreichende Förderung erhalten." Das ist wirklich für mich Diskriminierung einer Ganztagschule.

(Beifall bei der PDS)

Es beweist, wie wenig Kenntnis Sie über den Inhalt von Ganztagschulen haben. Reden Sie eigentlich mit Eltern Zehnjähriger? Insbesondere berufstätige Eltern fordern und wünschen endlich eine Betreuung über das Hortalter hinaus. Die Bundesregierung will uns intensiv dabei unterstützen und diese Landesregierung verhält sich ignorant.

Nun zur Frage II.1.15: Wie beurteilt die Landesregierung die Betreuung von Kindern durch ihre Eltern und wie wird

diese gefördert? Hier wird ein völlig einseitiges Bild gezeichnet. Die Thüringer Frauen wollen in ihrer großen Mehrheit arbeiten und sie wollen gemeinsam mit ihren Männern Familie und Beruf unter einen Hut bringen. Verraten sie doch bei der Propagierung Ihres immer wieder im Vordergrund stehenden Familiengeldes endlich, das zieht sich wie ein roter Faden durch, woher Sie dieses Geld nehmen wollen? Ab 2004 wollen Sie damit anfangen. Da gibt es so Versprechungen. Ich befürchte, dass Sie dafür in bewährter Weise die Arbeitsmarktförderung endgültig ruinieren, um den notwendigen Druck gerade auf Frauen zu erhöhen.

Stellen Sie doch bei Ihrer durchschaubaren Strategie nicht immer die Veränderung eines angeblich überkommenen Rollenverhaltens in den Vordergrund,

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist doch gar nicht wahr.)

welchem Sie ansonsten kaum eine Beachtung schenken. Zuvor habe ich bereits auf die Ignoranz gegenüber Erkenntnissen zur Rolle der Väter hingewiesen. Oder meinen Sie mit dem überkommenen Rollenklischee die positive Haltung unserer Frauen zu Beruf und Familie? Vielleicht hilft es bei der künftigen Erstellung derartiger Berichte, diese Passagen mehr von Fachleuten erfassen zu lassen, die in den neuen Ländern aufgewachsen sind.

Zur Situation allein Erziehender: Hier wird ausgeführt, dass Untersuchungen zeigen, dass sich in zwei Bereichen eine schwierige Lebenssituation von allein Erziehenden ergibt. Warum wird nicht auf die Studie der Fachhochschule in Zusammenarbeit mit der Universität eingegangen? Sie haben viel Geld dafür ausgegeben. Die Schlussfolgerung der Landesregierung auf Seite 41 ist unglaublich. Ich zitiere: "Die Thüringer Landesregierung setzt sich gerade auch mit Blick auf die schwierige materielle Situation allein Erziehender für die Einführung eines Familiengeldes ein."

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Die von mir mehrfach erwähnte Studie belegt Folgendes, ich wiederhole das nochmals: Der beste Weg, Armut zu vermeiden, ist auch für allein Erziehende Erwerbsarbeit.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Befragt nach ihren Wünschen, in dieser Studie nennen die allein Erziehenden Unterstützung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie an erster Stelle. Ihre bessere Wahrnehmung und besonderes Entgegenkommen durch die Unternehmen, z.B. durch Wiedereinstiegsprogramme nach der Familienpause, Kündigungsschutz und Gewährleistung der Kinderbetreuung. Das sind Forderungen nach einem kinderfreundlichen Unternehmen. An zweiter Stelle stehen Wünsche nach finanziell relevanten Maßnahmen, die sich auch auf die Deckung von Kinderbetreuungskosten beziehen oder Kinderbetreuung

sichern helfen. Bei existenzsicherndem Einkommen wird auch die Möglichkeit der Teilzeitarbeit erwünscht.

Die Landesregierung vermischt ohne Bedenken Auffassungen des Verbandes allein erziehender Mütter und Väter mit ihren eigenen und bringt, wo immer möglich, auch hier wieder das Familiengeld ins Gespräch, was völlig realitätsfern ist.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Eine Erhöhung des Kindergeldes zum dritten Mal in einer Wahlperiode, was in der Geschichte der Bundesregierung noch nie da war, ist für die unteren und mittleren Einkommensgruppen bei weitem günstiger als der bisher nur minimal in Anspruch genommene Haushaltsfreibetrag. Das bestätigen Sie im Übrigen ja selbst im ersten Kapitel. Dort heißt es in Ziffer I.4: "Aufgrund der Thüringer Einkommensverhältnisse kann von einer geringen Inanspruchnahme der Kinderfreibeträge ausgegangen werden". Sie widersprechen sich ständig.

Zum Punkt "Erziehung, Ehe, Familien- und Lebensberatung": Ohne Zweifel leisten die Beratungsstellen eine umfangreiche Arbeit. Sie sind an der Belastungsgrenze angelangt. Dennoch muss ich kritisch anmerken, dass der Ausbau niedrigschwelliger Beratungsformen zu wünschen übrig lässt. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen und diese Forderung erhoben. Sie wissen es selbst, die Familien, Eltern, Mütter und Väter, die wegen ihrer Kinder um Hilfe bitten müssten oder verunsichert sind, haben zu hohe Hemmschwellen in der Regel, um eine offizielle Beratungsstelle aufzusuchen. Hier scheint mir z.B. eine Verknüpfung von Beratungsangeboten mit Kindertageseinrichtungen, aber auch an den Schulen, dringend geboten. Gerade in Kindertageseinrichtungen werden oft Eltern erreicht, die sich aufgrund ihrer Biografie und Erfahrungen scheuen, die Beratungsangebote zu nutzen. Warum wird hier nicht von der Landesregierung eine Verknüpfung mit Elternbildung und Elternberatung gerade an der Nahtstelle zwischen Kindertageseinrichtungen und dem Übergang zu den Schulen flächendeckend initiiert? Das wäre wesentlich günstiger, auch vom Geld her.

Zur Zeile 59 des Berichts: "Welche Hilfen gibt es darüber hinaus in Thüringen für Familien und einzelne Familienmitglieder in Konfliktsituationen?" Es wird wieder nur von Frauenzentren, Frauenhäusern, Frauenschutzwohnungen und Jugendsozialarbeit gesprochen. Wieso wird noch immer nicht von Männerberatungsstellen, die aufzubauen sind, geredet? In Schweden haben wir - ich habe das schon einmal erwähnt - eine Beratungsstelle besucht und sehr eindrucksvoll die Notwendigkeit, den Bedarf nach Männerberatung und die Möglichkeiten der Arbeit mit Männern erfahren.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich muss hier lobend hervorheben, die Evangelische Akademie Thüringen - Sie haben bestimmt auch die Einladung bekommen - nimmt sich dieser Thematik fast als Einzige an. Sie werden jetzt am 1./2. November 2002 dazu ein Seminar machen, nur für Männer, die dann sicherlich als Multiplikatoren arbeiten sollen. Nehmen Sie bitte zu denen Kontakt auf, dass wir so etwas auch thüringenweit erst einmal ins Gespräch bringen.

Zu Jugend und Familie und der Frage: "In welcher Art werden die Themen 'Familien als positive Lebensperspektive', 'Verantwortung für Kinder', 'Familien als Grundlage einer freien Gesellschaft und des demokratischen Staates' im Schulunterricht thematisiert?" Theoretisch klingt Ihre Antwort darauf wunderbar. Das Thema "Kindermütter" z.B., ebenso wie die tatsächliche Gleichstellung scheint noch ein Tabu in den Schulen zu sein. Die Landesregierung hätte die Istsituation selbstkritischer einschätzen sollen. Hier ist noch ein weites Feld zu beackern. In den Schulen bestände tatsächlich die Möglichkeit, Rollenklischees von Jungen und Mädchen im Hinblick auf ihre Aufgaben innerhalb von Familien zu überwinden. Das muss aber erlebt und vorgelebt werden, darf also keinesfalls Gegenstand nur theoretischer Diskurs hier sein. Sicherlich nicht nur ich, Sie werden das auch ständig erleben, wenn wir hier Schülergruppen haben und wir immer selbstbewusste Lehrerinnen dann sagen hören, ich bin Lehrer für Mathematik, ich bin Lehrer für Deutsch und ich sage: Lehrerin. Dann kriege ich auch oft als Antwort: Ich bin doch keine Emanze oder eine Feministin. Das werden Sie bestimmt auch schon gehört haben.

Verstehen diese Lehrerinnen und Lehrer überhaupt die jetzt hier angesprochene Aufgabe mit dieser angesprochenen Problematik? Ich bin Lehrerin, ich weiß, es ist die schwierigste Berufsgruppe. Die Arbeit mit Lehrerinnen und Lehrern zu Gender Mainstreaming hat zaghafte begonnen. Ich weiß, Frau Professor Richter von der Universität hat mit dem ThILLM zusammen schon Seminare gemacht, aber es ist ein zaghafte Beginn. Das ThILLM ist sehr interessiert daran und bemüht sich, diese Fortbildung mit den Lehrern zu organisieren. Wir sind auch dabei, aber ich kann Sie nur bitten, das mit zu unterstützen.

Schließlich noch auf der Seite 72 - die Familienzentren: Sie sollten sich in Zukunft den Paarbeziehungen und der Elternschaft besonders widmen. Langzeitstudien haben ergeben - Jetzt würde ich auch einmal hier vorn die Männer ansprechen, denn es ist ja Ihre Große Anfrage, Herr Abgeordneter Zeh, Frau Abgeordnete Groß, interessiert Sie überhaupt nicht, was dazu gesagt wird? Das ist wirklich herrlich von Ihnen, Ihre Arroganz ist grenzenlos, das muss man wirklich sagen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Hoffentlich fällt Ihnen das bald auf die Füße. Langzeitstudien haben ergeben, wenn Männer und Frauen vor der Geburt eines Kindes ihre Partnerschaft gut einschätzen,

so ist die Zuversichtlichkeit hinsichtlich der eigenen Eignung sowie der Eignung des Partners als Vater oder Mutter höher, als wenn die Partnerschaft vor der Geburt schon nicht sehr glücklich war. Ein Kind kittet keine bröckelnde Partnerschaft, das wissen Sie selbst auch. Aber die Kinder sind die Leid Tragenden aus so einer Partnerschaft. Die Ergebnisse zeigen, dass Väter vor allem dann Beruf und Familie gut vereinbaren, wenn ihre Partnerinnen ebenfalls berufstätig sind und wenn die Väter für ihre Berufsarbeit motiviert sind. Dagegen finden Väter, deren Partnerinnen nicht erwerbstätig sind, bei Vorgesetzten und Kollegen weniger Verständnis für den Wunsch, sich familiäre Aufgaben gleichmäßig mit ihrer Partnerin zu teilen.

Zu guter Letzt zu den Perspektiven: Das Familiengeld wird als die Alternative für die Familie gesehen. Das kann doch nicht ernst gemeint sein. Deshalb noch einmal: Wollen Sie damit erreichen oder hoffen zumindest darauf, die Frauen, die meistens noch immer die weniger Verdienenden sind, an den Herd zu verbannen. Ich sagte bereits, das wird Ihnen nicht gelingen, nicht in Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist doch eine Unterstellung.)

Immerhin bekennen Sie am Ende des Abschnitts, dass selbst diese Einführung praktisch auf den Sankt Nimmerleins-Tag verschoben wird. Da stehen keine konkreten Finanzierungsvorschläge, sondern es wird schon vorab auf die Berücksichtigung der engen finanziellen Möglichkeiten von Bund und Land verwiesen. Die Studien der Landesbausparkasse - Partnerschaft und Elternschaft - und der Bundesfamilienministerin zur Rolle des Vaters in der Familie werden völlig ignoriert. Ich wiederhole es nochmals. Die hohe Scheidungsrate hat doch Ursachen. Sie haben diese Woche auch die Zahlen bekommen.

Ich möchte Ihnen als Letztes hier noch sagen, die Einkommensbedingungen für unsere Leute so zu verbessern, dass sie den alten Bundesländern ebenbürtig sind, sollte das eigentliche Ziel sein, damit die jungen Leute hier bleiben und Familien gründen. Diese Situation ist aber nicht zu erreichen, indem Sie darauf hoffen, dass Frauen aus dem Berufsleben ausscheiden. Die hier beschriebenen Dinge, gerade im Bereich Betreuung und Unterstützung von Eltern mit ihren Kindern und Jugendlichen basieren dort, wo sich die Ergebnisse sehen lassen können, auf gesetzlichen Grundlagen der 1. Legislaturperiode und auf einer im Verlauf der 2. Legislaturperiode ausgebauten sozialen Infrastruktur. Ein neuer familienpolitischer Schwerpunkt, der offensichtlich mit der Umbenennung des entsprechenden Fachressorts beabsichtigt werden sollte, ist abgesehen davon, dass immer wieder das Familiengeld propagiert wird, nicht zu erkennen, eine konservative Familien- und Frauenpolitik untragbar.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Arenhövel zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist Freitagabend

(Beifall im Hause)

und auch das Parlament sollte familienfreundliche Arbeitszeiten berücksichtigen und

(Beifall bei der CDU, SPD)

von daher will ich Sie heute nicht mehr mit Details und Zahlen langweilen, sondern ich möchte gleich zur Sache kommen.

(Beifall bei der CDU)

Aber eines muss ich Ihnen noch sagen, Frau Nitzpon, wenn ich Sie hier so reden höre, dann fühle ich mich in finstere DDR-Zeiten zurückversetzt. Das, was Sie uns hier vorwerfen, was wir alles noch nicht saniert haben, da haben Sie vergessen dazu zu sagen, dass das die Hinterlassenschaften der SED sind und dass wir nun mal nicht alles gleichzeitig sanieren können, wie Hochschulen, Krankenhäuser, Straßen ausbauen usw. Das dauert auch ein paar Jahre, eh man das alles geschafft hat, eh man sämtliche Schulen durchsaniert hat, das ist keine einfache Sache. Bei den Kindertagesstätten sind wir zum Glück ein Stück vorangekommen, aber wir haben doch noch sehr stark mit diesen Dingen zu kämpfen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Familie ist Zukunft. Die CDU-Landtagsfraktion und die CDU in Thüringen haben sich diesem Thema von Anfang mit sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet.

(Beifall bei der CDU)

Die Große Anfrage der CDU-Fraktion enthält eine Fülle von detaillierten Daten und Fakten, die es wert sind, auch über den heutigen Tag hinaus beachtet zu werden. Es hat sich gezeigt, dass die Zahlen des Statistischen Landesamts außerordentlich hilfreich sind, um die Situation der Familien zu erfassen. Allerdings mussten zur Beantwortung der Anfragen die Daten aufbereitet werden, ein Umstand, der dem zuständigen Ministerium jede Menge Arbeit gemacht hat. Ich möchte deshalb den Mitarbeitern meinen Respekt vor dieser Leistung zum Ausdruck bringen. Haben wir hier doch eine außerordentlich gute Grundlage für die politische Arbeit erhalten. Dennoch, ein Staat ist so gut wie seine Familien.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Arenhövel, ich möchte Sie kurz unterbrechen. Ich denke, dass Ihren Worten die gehörige Aufmerksamkeit geschenkt werden soll und der Lärmpegel im Saal ist so, dass wirklich kaum noch zu verstehen ist, was Sie sagen. Lassen Sie einfach mal Ruhe reinkommen und dann sprechen Sie weiter.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Wir sind jetzt ganz Ohr.)

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Vielen Dank für Ihre Unterstützung, Frau Präsidentin. Ich glaube auch, das Thema wäre es heute wert, dass wir dem noch die gebührende Aufmerksamkeit schenken, bevor wir ins Wochenende starten.

Dennoch, ein Staat ist so gut wie die Familien, denn was hier an Miteinander, an Erziehung, Bildung und Zusammenhalt geleistet wird, das braucht vom Staat nicht geleistet zu werden. Familie ist deshalb längst kein so genanntes weiches Randthema in der Politik. Familie ist inzwischen ein hartes politisches Kernthema geworden, denn hier an dieser Stelle entscheidet sich, wie sich die moderne Gesellschaft entwickelt. Deshalb ist es wichtig, dass durch Statistik und Wissenschaft problematische Trends frühzeitig festgestellt und analysiert werden, damit die Politik hier an dieser Stelle eher vorausschauend als sozusagen reparierend reagieren kann. Aus diesem Grund kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass an der Universität Erfurt eine Stiftungsprofessur für Familienwissenschaften ausgeschrieben worden ist. Wir erwarten, dass wichtige Impulse für die Familienpolitik in Thüringen und weit darüber hinaus erfolgen. Denn, meine Damen und Herren, wir müssen sehr viel dafür tun und die Familien auch so unterstützen, damit Eltern in ihrer Erziehungs- und Bildungskompetenz gestärkt werden, damit Eltern sich verstärkt wieder für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder interessieren.

Meine Damen und Herren von der PDS, nun hören Sie bitte auch mal zu, das ist nämlich sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind nämlich nicht der Meinung, dass Kinder nur abgeschoben gehören in staatliche Einrichtungen, sondern wir sind der Meinung, dass die Familie für die Kinder sehr wichtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Gerade Erziehung und Bildung im Elementarbereich ist uns so wichtig, dass es im Auftrag der Enquetekommission "Erziehung und Bildung in Thüringen" mit eingebracht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass auch die Daten der Großen Anfrage hierfür eine gute und wichtige Arbeitsgrundlage bilden. Bildung und Erziehung beginnen im Elternhaus. Sie werden unterstützt und ergänzt durch Kindertageseinrichtungen und dann auch in der Schule fortgeführt. Nur, ich muss bei diesem Thema noch mal einen Moment bleiben, was im Alter von 0 bis 3 Jahren an personaler Bindung und Geborgenheit in der Familie nicht vorhanden ist, was im Alter von 2 bis etwa 5 Jahren nicht an Sprachkompetenz und anderen Fähigkeiten erreicht worden ist, das ist im späteren Leben der Kinder nur sehr schwer oder gar nicht mehr aufzuholen.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Sehr richtig, Frau Kollegin.)

Das heißt im Klartext: Familienbildung, Beratung, Begleitung, die Elementarerziehung können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und wir tun sehr gut daran, den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Frühpädagogik sehr viel mehr Raum zu geben und die Leistungen der Eltern, Erzieher und Lehrer deutlich aufzuwerten.

(Beifall bei der CDU)

Aus der Großen Anfrage geht hervor - und auch wenn Sie hier an vielen Dingen nörgeln, bleibt das so -, Thüringen ist ein kinderfreundliches und familienfreundliches Land.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben hier auch immer mit einem sehr hohen politischen Interesse, mit sehr viel Sorgfalt und auch mit einem hohen finanziellen Einsatz dieses Politikfeld vorangebracht und wir liegen an der Spitze der deutschen Bundesländer in diesem Bereich. Eine Sache möchte ich hier noch einmal erwähnen, weil es viel zu wenig bekannt ist: Außer den normalen Landesleistungen für Kindertagesstätten und Familienpolitik finanzieren das Land und die Kommunen im Jahr 228 Mio. € Kindergeld mit. Das ist also nicht nur eine Leistung des Bundes, sondern auch das Land und die Gemeinden und Städte in Thüringen sind daran beteiligt.

(Beifall bei der CDU)

Erfreulich sind auch die Steigerungen des Familieneinkommens, die Sie, Frau Nitzpon, offenbar übersehen haben, und das besonders zum Beispiel bei Familien mit zwei Kindern. Dort ist das Einkommen am stärksten gestiegen und das zeigt auch, dass es gut ist, wenn Familie eine wirtschaftliche Einheit verbindet, denn nur so wird die Familie eigentlich auch am besten verwirklicht. Nur, ich verhehle keineswegs, dass wir auch noch große Sorgen in diesem Bereich haben, das ist gar keine Frage. Wir haben arbeitslose Familien, wir haben sozial schwache Familien und dafür muss natürlich auch sehr viel getan werden. Anstatt Familien aber besser zu stellen, hat die rot-grüne Bundesregierung die Haushaltsfreibeträge für allein Erziehende abgeschafft und die Ausbildungsfreibeträge

auf ein Minimum reduziert und wenn mir das die Kollegen von der SPD nicht glauben, ich kann Ihnen meine Steuererklärung zeigen, das kostet mich 2.000 € im Jahr, ich habe zwei Kinder über 18 Jahre. So sieht es aus und so haben wir uns Familienförderung natürlich nicht vorgestellt und erst recht nicht die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu diesem Thema.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist doch Käse, was Sie da erzählen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Familienpolitik erfordert heutzutage Mut und Weitsicht und es muss sich auch grundsätzlich etwas ändern, weil ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass Familie in der Politik mehr Vorrang hat.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion in diesem Haus ist deshalb der Auffassung, dass das Familiengeld kommen muss und dass die sozialen Sicherungssysteme auch mit generativen Elementen untersetzt werden müssen. Das Familiengeld ist finanzierbar. Was dazu natürlich die Voraussetzung ist, sind eine wachstumsorientierte und beschäftigungsfördernde Politik. Ein Prozent Wachstum führt zu 8,5 Mrd. € Mehreinnahmen der öffentlichen Kassen. Hier sehen Sie, wo eigentlich der Kern der Sache liegt. Es ergeben sich natürlich, wenn das Familiengeld eingeführt wird, auch Einsparpotenziale zum Beispiel auf der Landes- und Kommunalebene, denn die Sozialhilfe für Kinder entfällt und die Sozialhilfe für Eltern reduziert sich damit deutlich und da wollen Sie dagegen sein, meine Damen und Herren von der Opposition? Das verstehe ich eigentlich überhaupt nicht.

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU: Ich auch nicht.)

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, dass die Realisierung des Familiengelds insgesamt gesehen ein finanzieller und politischer Kraftakt ist und dass es deshalb auch in mehreren Stufen umgesetzt werden muss. Aber man muss natürlich wollen, dass es den Familien besser geht und es muss Schluss sein mit einer Debatte, die Kinder als Armutsrisiko definiert.

(Beifall bei der CDU)

Wir lehnen es ab - mein Kollege Panse hat das auch schon gesagt -, dass Transferleistungen für Familien gegen eine abgesicherte Betreuung ausgespielt werden. Wir brauchen beides und wir müssen die Kinderbetreuung sensibel und behutsam umsetzen, denn sehr kleine Kinder brauchen auch ganz einfach ihre Eltern und, meine Damen und Herren, das hat nichts, aber auch gar nichts mit einem verstaubten oder überkommenen Familienbild zu tun, sondern wir wollen mit dem Familiengeld Wahlfreiheit für die Familien erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Das Familiengeld bewirkt die dringend notwendige Anerkennung der Erziehungsleistung in einer kinderentwöhnten Gesellschaft, wie wir sie momentan vorfinden. Und ich gebe sicher zu, dass die CDU auch hier vielleicht hätte mehr tun können oder sollen. Nur, Frau Nitzpon, das, was Sie aufgezählt haben, nämlich die Einführung des Erziehungsgelds usw., das ist eigentlich auch alles von uns gekommen und deswegen können wir für uns schon in Anspruch nehmen, dass wir eine Familienpartei sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer CDU kann für die bessere Anerkennung der Familie immer nur werben, arbeiten und streiten, meine Damen und Herren. Und weil hier flexible Arbeitszeiten usw., Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach der Familienphase diskutiert worden sind, wir haben mit unserem "Forum Familie" erreicht, dass der Verband der Arbeitgeber einen Präsidiumsbeschluss, und zwar einstimmig, gefasst hat, der diese Dinge enthält und der die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zum Ausdruck bringt, in diesen Dingen mehr zu tun, ich glaube, damit können wir uns sehen lassen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Nothnagel zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, und es ist doch Wahlkampf, zumindest muss ich den letzten Redebeitrag so interpretieren.

Ich möchte jetzt zum Thema Pflege kommen, dieses war ja in den letzten Parlamentssitzungen des Öfteren auch hier schon Thema. Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben sich nicht lumpen lassen, ein paar Fragen zur Pflege zu stellen. Wie soll es auch anders sein in Wahlkampfzeiten, man fragt nur das, was politisch genehm ist,

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Warum denn nicht?)

(Beifall bei der PDS)

(Unruhe bei der CDU)

und kritikwürdige Probleme lässt man lieber außen vor. Ihre Mutterpartei hat 1995 nach jahrzehntelangem Krampf und Kampf die Pflegeversicherung auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Ja, da können Sie ruhig klatschen. Sicher wurde viel geredet und gelöst, was für die Pflegebedürftigen und deren Angehörige von Nöten war, aber, wie bereits erwähnt, viele Probleme wurden nicht bzw. nur unbefriedigend geregelt. Die Pflegeversicherung ist eben nur eine Haftpflicht und keine Vollkasko. Erinnern möchte ich an dieser Stelle an die desolate Situation bei der Einstufung von schwerst behinderten und schwerst pflegebedürftigen Kleinkindern. Eltern und Verbände kritisieren diese Gesetzeslücke auf das Schärfste. Exemplarisch möchte ich die Elterninitiative krebskranker Kinder zitieren, die u.a. Folgendes bemängelt, Frau Präsidentin, ich zitiere: "Für krebskranke Kinder gibt es keine einheitlichen Kriterien für die Gewährung des Pflegegelds nach Pflegestufe I. Die Unsicherheiten der jeweiligen Gutachter sind der Situation geschuldet, dass die Richtlinien vor allem für pflegebedürftige Erwachsene gestellt wurden und somit für Kinder eine eingeschränkte Sicht besteht." Die Zeit zwischen der Ablehnung eines Antrags und dem notwendigen Widerspruch und dessen Entscheidung wird von Eltern als unerträglich und kräftezehrend geschildert. Ich kann mir auch noch ein bisschen mehr Zeit lassen, dann dauert es noch ein bisschen länger.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Wir halten das aus.)

Aber wir halten auch so manches aus. Hier, meine Damen und Herren, wird unbedingt Veränderungsbedarf im SGB XI im Pflegeversicherungsgesetz angemeldet. Eine einheitliche Einstufung für diese kleinen Patienten über einen längeren Zeitraum muss unbedingt geregelt werden. Ich möchte an dieser Stelle auch an geistig behinderte Kinder und an Kinder mit psychischen Erkrankungen erinnern. Gleiches gilt für den Fall, wo Eltern aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit ihr schwerst pflegebedürftiges Kind versorgen. Gehen Eltern den schweren Weg des Kindes mit und begleiten dieses ins Krankenhaus, so stehen sie automatisch dem Arbeitsamt nicht mehr zur Verfügung und ihnen droht der Verlust des Arbeitslosengelds.

Meine Damen und Herren, zu allem Ungemach entpuppt sich leider die Pflegeversicherung für Alte und Behinderte immer mehr zum Desaster. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen in die Pflegeeinstufung nicht den tatsächlichen Aufwand aufnimmt, der für einen Menschen zu leisten ist, sondern mit dem Ziel, der Kasse möglichst geringe Kosten zu verursachen. Ein Blick in die Statistik beweist, dass in den vergangenen Jahren immer mehr pflegebedürftige Menschen in die Pflegestufe I eingeordnet wurden, die nur eine 90minütige Hilfe pro Tag vorsieht. Die Einstufung in die Pflegestufe II und in die Pflegestufe III wird immer seltener, obwohl die Anzahl der Anträge konstant bleibt. Die Versorgung richtet sich nach der Uhrzeit und nicht nach dem tatsächlichen Bedarf. Beispiele für menschenunwürdige Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen oder auch von älteren Menschen gibt es hierfür zur Genüge.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, für uns als PDS-Fraktion ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, dass Sie keinerlei konkrete Angaben über die Hinzuziehung von Angehörigen zur Finanzierung eines Pflegeplatzes machen können. In den zuständigen örtlichen Sozialämtern des Freistaats Thüringen gibt es Angaben, denn dies ist die Stelle, und das müssten Sie als Aufsichtsbehörde wissen, die zuerst prüft, ob alle anderen Möglichkeiten der Finanzierung eines Pflegeheimplatzes ausgeschöpft wurden, bevor Sozialhilfe für den zu Pflegenden gewährt wird.

Meine Damen und Herren, wohl formuliert und vollmundig haben Sie aufgeschlüsselt, welche Hilfen Familien mit behinderten Kindern zur Unterstützung gewährt werden. Dies ist richtig und wichtig und regional verschieden, aber auch hier steckt der Teufel im Detail und Sie wissen, dass gerade die Eingliederungshilfe gemäß § 39 Bundessozialhilfegesetz für viele Eltern ein Hemmnis darstellt.

(Beifall bei der PDS)

Die PDS ist der Meinung, dass Eltern, deren Kinder im ambulanten Bereich betreut werden und die Härtefallgrenze der Eingliederungshilfe überschreiten, nicht mehr den vollen Betreuungsbetrag bezahlen müssen. Es kann nicht sein, dass Eltern ein Leben lang für behinderte Kinder, und dies bleiben sie, so lange sie leben, aufkommen müssen. Hier fordern wir ein Leistungsgesetz für behinderte Menschen, das die Eingliederungshilfe von ihrer Nachhaltigkeit befreit und aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgelöst wird.

Ein Blick in den Einzelplan 08 lässt bei mir immer wieder Zweifel aufkommen, ob die Landesregierung wirklich gewillt ist, Familien mit behinderten Kindern in Gänze zu unterstützen. An dieser Stelle möchte ich nur den Hickhack zwischen den Kostenträgern bei der Früherkennung und Frühförderung von Kindern, die systematische Reduzierung der Zuschüsse für den familienentlastenden Dienst, die Streichung der Finanzierung der halben Personalstelle bei integrativen Kindertagesstätteinrichtungen durch das Land und zum Schluss die immer geringer werdenden Zuschüsse des Landes für Erholungsmaßnahmen für Behinderte aufzählen. Das ist nicht gerade Spitze, wie Sie, Frau Arenhövel, hier behauptet haben.

(Beifall bei der PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Arbeit der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen in Thüringen hat dieses hohe Haus schon des Öfteren beschäftigt, aber ich muss schon sagen, mit einer Dreistigkeit erwecken Sie den Eindruck, dass mit den vorhandenen 41 Beratungsstellen oder - anders gesagt - mit den ca. 55 Vollbeschäftigungseinheiten alle Probleme gelöst werden. Das Gegenteil ist der Fall. In den Auswertungen der verschiedensten Träger von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass kein bedarfsgerechtes Angebot in Thüringen existiert. Wartezeiten von Klien-

ten von vier bis sechs Monaten, außer bei bestimmten Krisensituationen, sind hier leider keine Seltenheit, sondern die Regel. Die PDS-Fraktion fordert an dieser Stelle die Landesregierung auf, in dem in den nächsten Wochen zu beratenden Doppelhaushalt 2003/2004 auch die Zuschüsse für diese Beratungsstellen wieder mindestens auf das Niveau von 1999 zu heben,

(Beifall bei der PDS)

wo 3,48 Mio. DM zur Verfügung standen; in diesem Jahr sind es bloß 2,9 Mio. DM oder - anders gesagt - 1,48 Mio. €. Gleichzeitig muss eine Lösung gefunden werden, wie mit dem auslaufenden Modellprojekt zur Förderung von Personal- und Sachausgaben für eine juristische Zentralstelle zukünftig umgegangen werden soll.

Meine Damen und Herren, die im März 1992 durch die schwarzgelbe Bundesregierung unter Vorbehalt ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention sollte nun nach zehneinhalb Jahren endlich vom Vorbehalt befreit werden,

(Beifall bei der PDS)

um auf breiter Ebene Kinderrechte umzusetzen. In dieser Woche beschäftigte sich der Rechtsausschuss des Bundesrates mit diesem Thema. Die bayerische Landesregierung reichte einen Änderungsantrag ein, der zu einer Verschärfung der Nichtumsetzung der UN-Kinderrechtskonvention führt. Die Thüringer Landesregierung unterstützt natürlich diesen Antrag des Möchtegern-Kanzlers Stoiber und zeigt damit sehr deutlich, welche Haltung sie eine Woche vor dem Weltkindertag gegenüber Kindern einnimmt.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: ... Sie sollten sich schämen!)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen mir keine weiteren Redewünsche seitens der Abgeordneten vor. Ich frage einmal in Richtung Landesregierung - Herr Minister Pietzsch, möchten Sie? Aber sicher, dann dürfen Sie gleich.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

(Unruhe bei der CDU, PDS)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst einmal eines: Familienpolitik ist für die CDU-Landesregierung immer schon Schwerpunktthema gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat ein Familienforum gemacht, da haben sich andere darum noch gar nicht gekümmert. Ich

könnte ja jetzt sagen, da haben Sie Politik noch mit "ck" geschrieben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, aber die Landesregierung macht auch Familienpolitik

(Beifall bei der CDU)

so wie Sozialpolitik und Gesundheitspolitik mit Augenmaß und mit Verantwortung. Wenn ich mir das alles aufgeschrieben hätte, was von den Rednern der Opposition in den letzten eineinhalb Stunden hier gefordert worden ist, dann könnten wir jetzt die Bücher zuklappen, nach Hause gehen und brauchen keinen Haushalt mehr, brauchen uns keine Sorgen mehr über den Haushalt zu machen, da wären wir pleite hoch drei, meine Damen und Herren, und das ist unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Ist doch jetzt auch so.)

Ja, Frau Nitzpon, wo Sie in der Verantwortung sind, da werden nicht solche Forderungen erhoben, denken wir doch einmal an das Landeserziehungsgeld in Mecklenburg-Vorpommern, was nur noch zum Blinddarm mutiert ist unterdessen,

(Beifall bei der CDU)

nur noch für studierende junge Familien wird dieses zur Verfügung gestellt, fast nichts mehr. In Thüringen hat sich nichts geändert am Landeserziehungsgeld.

(Beifall bei der CDU)

Wir gewähren es auch in Zukunft, allerdings, meine Damen und Herren, und darauf habe ich hier ja schon einmal hingewiesen, wer meint, dass er zwischen Erziehungszeit und Kindergarten eine Pause machen will, das heißt, dort eine Lücke hineinlässt, wo wir eine durchgehende Betreuung installiert haben, wer meint, dort eine Lücke machen zu müssen, der hat dann auch keinen Anspruch mehr auf das Erziehungsgeld.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir gesagt, wer dieses Blockmodell in Anspruch nimmt, nur ein Jahr Bundeserziehungsgeld und dann nicht mehr, der kann dann auch nicht ein Landeserziehungsgeld in Anspruch nehmen, meine Damen und Herren, und das ist, meine ich, eine korrekte Angelegenheit.

(Beifall bei der CDU)

Was gerade dieses Modell der frühkindlichen Erziehung angeht, nämlich Bundeserziehungsgeld, Landeserziehungsgeld, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ab zweieinhalb Jahre übrigens, bundesweit einmalig ab zweieinhalb Jahre, und auch Rechtsanspruch auf die Hortbetreuung, meine Damen und Herren, das ist ein Konzept, wovon andere Länder in Deutschland nur träumen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dann hier immer noch zusätzliche Forderungen aufgemacht werden, dass dieses kostenfrei sein muss, obwohl die soziale Staffelung, die in den einzelnen Landkreisen, in den einzelnen Kommunen stattfindet, es Sozialhilfeempfängern natürlich freistellt, nicht zu zahlen, und das wird ja auch gemacht, dass man Kindergartenplätze kostenlos zur Verfügung stellt für diejenigen, die es sich sozial sonst nicht leisten können. Wenn 94 Prozent unserer Kinder im vorschulischen Alter in Kindergärten gehen und im letzten Jahr vor der Schule sogar 97 Prozent, meine Damen und Herren, dann ist das für mich ein Zeichen dafür, dass hier ein gutes Kindergartenbetreuungssystem vorhanden ist und dass es sich die Eltern auch leisten können.

Übrigens, Frau Nitzpon, wenn Sie davon gesprochen haben, dass wir die Kindergartenplätze aus DDR-Zeiten übernommen haben, also, sie waren schlecht genug, das wollen wir erst einmal sagen, und zum Zweiten könnte man natürlich darüber nachdenken, weshalb so viele Kindergartenplätze da waren, weil nämlich der Staat die Erziehung der Kinder übernehmen und sie möglichst dem elterlichen Einfluss entziehen wollte.

(Beifall bei der CDU)

Zum Dritten, da kann ich ganz persönlich ein Lied von singen: Wenn die Frau nicht berufstätig war, dann kam sie erst einmal herunter von der Liste und da gab es eben keinen Kindergartenplatz.

(Beifall bei der CDU)

Wir geben einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle, ob jemand berufstätig ist oder nicht. Das passt Ihnen nicht, das weiß ich.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Sie widersprechen sich in zwei Sätzen, Herr Minister.)

Ich widerspreche mir überhaupt nicht in zwei Sätzen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Auf der einen Seite wollte der Staat die Kinder haben, auf der anderen Seite schickte er nicht berufstätige Mütter weg. Was wollte er denn nun?)

(Unruhe bei der CDU, PDS)

Herr Buse, Sie haben es nicht kapiert, ich habe bei einigen Rednern der Opposition heute sowieso gemerkt, dass die da einiges nicht kapiert haben. Frau Bechthum hat Widersprüche konstruiert, die so nicht bestanden haben. Frau Bechthum, deswegen wollte ich nämlich auch noch einmal darauf hinweisen, was die Ganztagsschule angeht. Sie haben den Beschluss der Jugendministerkonferenz hier vorgelesen. Lesen Sie es sich genau durch, in dem Beschluss der Jugendministerkonferenz steht drin, "ein Ganztagsangebot zur Verfügung stellen", da steht nicht die Ganztagsschule im Beschluss drin. Denn Bayern und Thüringen, in Thüringen heißt das, Minister Pietzsch hat dafür gesorgt, dass dieser Begriff "Ganztagsschule" aus dem Beschluss herauskam. Wir wollen ein Ganztagsangebot machen für die Betreuung von Kindern.

(Beifall bei der CDU)

Dazu haben wir übrigens heute auch zusammengesessen, der Kultusminister und ich. Wir wollen gemeinsam dieses Ganztagsangebot für Kinder an den Schulen zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, für uns ist Familienpolitik ein Schwerpunkt. Dennoch, Familienpolitik ist eine ergänzende Leistung des Staates. Im Vordergrund steht noch immer die Familie, die für die Erziehung verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Frau Nitzpon, um auch das noch einmal zu sagen, wir machen Familienpolitik und nicht etwa so etwas ähnliches wie Reproduktionspolitik. Meine Damen und Herren, wir haben sehr wohl die Bedingungen für Familien im Blickfeld. Wir wollen diese Bedingungen für die Familien verbessern. Deswegen bekennen wir uns ganz eindeutig zu dem Familiengeld, weil wir meinen, dass dieses eine deutliche Verbesserung für die Familien bedeuten kann und bedeuten wird. Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen vor. Das bleibt auch so, so dass ich die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt schließen kann. Es ist allerdings beantragt worden, dass die Große Anfrage im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit fortberaten wird. Da müsste die CDU-Fraktion zustimmen. Ich schaue einmal in Richtung Parlamentarischer Geschäftsführer. Die CDU-Fraktion stimmt nicht zu. Demzufolge schließe ich den Tagesordnungspunkt 20.

Ich weise darauf hin, dass die nächsten Plenarsitzungstage der 10. und der 11. Oktober 2002 sind und ich beende die heutige Plenarsitzung, wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg und eine erfolgreiche Wahlkreiswoche.

Ende der Sitzung: 18.39 Uhr